

- **Österreichs Wirtschaftspolitik in COVID-19-Zeiten und danach.** Eine Einschätzung zur Jahreswende 2020/21
- **Kompensation hoher Wertschöpfungseinbußen.** Prognose für 2020 bis 2022
- **2020 Einbruch der Investitionen der Sachgütererzeugung – 2021 leichte Erholung erwartet.** Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2020
- **Bundeshaushalt und Staatsschuld in der COVID-19-Krise.** Bundesvoranschlag 2021 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2021 bis 2024
- **Der Beitrag der Konjunkturbelebung zur Transformation.** Einordnung von Maßnahmen der Bundesländer

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonominen und -Ökonomen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autorinnen und Autoren repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Christoph Badelt

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: Andreas Reinstaller

Lektorat: Christoph Lorenz • **Technische Redaktion:**
Tamara Fellinger, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2021

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



94. Jahrgang, Heft 1/2021

- 3-23 ■ **Österreichs Wirtschaftspolitik in COVID-19-Zeiten und danach.** Eine Einschätzung zur Jahreswende 2020/21

Christoph Badelt

Die österreichische Wirtschaftspolitik war im Jahr 2020 wesentlich durch die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie geprägt. Die Umsetzung des zu Jahresbeginn präsentierten neuen Regierungsprogrammes trat dadurch ebenso in den Hintergrund wie die Lösung einer Reihe von strukturellen Problemen der österreichischen Wirtschaft. Der vorliegende Beitrag fasst die Hauptlinien der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2020 zusammen, widmet sich den wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung und diskutiert die für 2021 anstehenden Themen und nötigen Reformschritte, wie z. B. die Klimapolitik oder die langfristige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. In den Referenzen wird auf die vertiefende WIFO-Forschung zu den jeweiligen Themen verwiesen.

Austria's Economic Policy in the Time of COVID-19 and Beyond. An Assessment at the Turn of the Year 2020-21

- 25-38 ■ **Kompensation hoher Wertschöpfungseinbußen.** Prognose für 2020 bis 2022

Stefan Schiman

Die Konjunktur erholte sich im Sommer 2020 in Österreich auch im internationalen Vergleich außerordentlich kräftig. Der zweite Lockdown drückt die Wirtschaftsaktivität 2020 wieder, aber – da die Industrie weniger betroffen ist – schwächer als der erste. Insgesamt sank das reale BIP 2020 um 7,3%, und die Arbeitslosigkeit stieg trotz der Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit um ein Drittel. Ohne weiteren Lockdown ("No Policy Change") dürfte das BIP 2021 um 4,5% wachsen, mit einem dritten Lockdown um 2,5%. Insbesondere der Wintertourismus wird aufgrund der anhaltenden Reisewarnungen in der bevorstehenden Saison empfindlich eingeschränkt bzw. fällt aus. Erst in der wärmeren Jahreszeit und mit der Durchimpfung der Bevölkerung können sich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten wieder normalisieren. Die Arbeitslosigkeit bleibt 2022 jedenfalls über dem Vorkrisenniveau.

Compensation of High Economic Losses. Economic Outlook for 2020 to 2022

- 39 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

- 41-51 ■ **2020 Einbruch der Investitionen der Sachgütererzeugung – 2021 leichte Erholung erwartet.** Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2020

Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl

Die Hochschätzung der Meldungen der Sachgütererzeuger im WIFO-Investitionstest ergibt für 2021 insgesamt eine Steigerung der realen Investitionen um +6,0% gegenüber 2020, als die Investitionen aufgrund der COVID-19-Krise um 15,7% einbrachen. Großunternehmen kürzten ihre Investitionen deutlicher als kleine und mittelgroße Betriebe, die auch für 2021 eine stärkere Ausweitung ihrer Investitionen planen. Der Rückgang 2020 ging insbesondere auf die Hersteller von Investitionsgütern und dauerhaften Konsumgütern zurück, wogegen der Anstieg 2021 voraussichtlich durch Produzenten von nichtdauerhaften Konsumgütern und Gebrauchsgütern getrieben wird. Für Österreichs Gesamtwirtschaft rechnet das WIFO 2021 mit einem realen Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen um 4,5%, der durch die Investitionsprämie unterstützt wird.

2020 Slump in Investment in Manufacturing – Slight Recovery Expected in 2021. Results of the WIFO Autumn 2020 Investment Survey

53-65 ■ **Bundeshaushalt und Staatsschuld in der COVID-19-Krise.** Bundesvoranschlag 2021 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2021 bis 2024

Simon Loretz, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

Unsicherheiten über die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen und der epidemiologischen Rahmenbedingungen prägen die Budgeterstellung für 2021 bis 2024. Zur Abfederung der ökonomischen und sozialen Folgen der COVID-19-Krise setzte die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen, deren Kosten zu einem Rekorddefizit 2020 beitrugen und weiterhin zu einem drastischen Anstieg der gesamtstaatlichen Schuldenquote auf bis zu 85% des BIP (2022) führen werden. Langfristig sollte die hohe Schuldenlast abgebaut werden; das anhaltend niedrige Zinsniveau begünstigt jedoch ein reduziertes Tempo der fiskalischen Konsolidierung und erlaubt es auch, teilweise auf ein "Herauswachsen" aus der Verschuldung zu setzen.

Federal Budget and Public Debt During the COVID-19-Crisis. Federal Budget 2021 and Medium-term Financial Framework 2021 to 2024

67-78 ■ **Der Beitrag der Konjunkturbelebung zur Transformation.** Einordnung von Maßnahmen der Bundesländer

Daniela Kletzan-Slamanig, Franz Sinabell

Die Erreichung ambitionierter Klimaziele erfordert eine weitreichende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Konjunkturbelebende Maßnahmen sollten nur dann umgesetzt werden, wenn sie Klimaschutz und Transformation befördern. Der vorliegende Beitrag ordnet Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie hinsichtlich ihres Beitrags zu Klimaschutz, Beschäftigungswachstum und Wertschöpfung ein. Obgleich die umweltbezogenen Budgets der Länder beschränkt sind, können sie Schwerpunkte setzen und innerhalb ihres Kompetenzbereiches (etwa über die Raumordnung, Bauordnungen oder den Infrastrukturausbau) Transformationsprozesse beschleunigen. Positiv in ihrer Wirkung und kurzfristig umsetzbar sind Maßnahmen zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder der Nutzung erneuerbarer Energieträger, zur Steigerung der Kapazität des Stromnetzes, zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft, zur Waldsanierung und Neuaufforstung sowie zur Transformation des Gebäudebestandes. Zudem sollte der Kapitalstock des öffentlichen Sektors klimaneutral umgestaltet werden.

The Contribution of Economic Recovery to Transformation. Classification of Measures by the Länder

79-91 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**
Economic Indicators

Österreichs Wirtschaftspolitik in COVID-19-Zeiten und danach

Eine Einschätzung zur Jahreswende 2020/21

Christoph Badelt

Österreichs Wirtschaftspolitik in COVID-19-Zeiten und danach. Eine Einschätzung zur Jahreswende 2020/21

Die österreichische Wirtschaftspolitik war im Jahr 2020 wesentlich durch die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie geprägt. Die Umsetzung des zu Jahresbeginn präsentierten neuen Regierungsprogrammes trat dadurch ebenso in den Hintergrund wie die Lösung einer Reihe von strukturellen Problemen der österreichischen Wirtschaft. Der vorliegende Beitrag fasst die Hauptlinien der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2020 zusammen, widmet sich den wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung und diskutiert die für 2021 anstehenden Themen und nötigen Reformschritte, wie z. B. die Klimapolitik oder die langfristige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. In den Referenzen wird auf die vertiefende WIFO-Forschung zu den jeweiligen Themen verwiesen.

JEL-Codes: A10, E66, H00 • **Keywords:** Österreichische Wirtschaftspolitik, allgemeiner Ausblick und Rahmenbedingungen

Der Autor dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des WIFO für umfangreiche Kommentare und inhaltliche Klarstellungen und Ergänzungen zu einem früheren Entwurf des Beitrags.

Begutachtung: Andreas Reinstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Anna Brunner (anna.brunner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 1. 1. 2021

Kontakt: em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt (christoph.badelt@wifo.ac.at)

Austria's Economic Policy in the Time of COVID-19 and Beyond. An Assessment at the Turn of the Year 2020-21

Austrian economic policy in 2020 was largely dominated by the fight against the COVID-19 pandemic. As a result, the implementation of the new government program presented at the beginning of the year took a back seat, as did the solution of a number of structural problems facing the Austrian economy. This article summarises the main lines of economic development in 2020, focuses on the government's main economic policy measures and discusses the issues and necessary reform steps to be taken in 2021, such as climate policy or the long-term consolidation of public budgets. The references refer to in-depth WIFO research on the respective topics.

Im Jahr 2020 stellte die COVID-19-Krise alle anderen wirtschaftspolitischen Herausforderungen in den Schatten. Am Jahresbeginn 2021 ist noch unklar, ob und wann die Wirtschaftspolitik die Aufarbeitung der Krise beginnen und sich wieder jenen Themen zuwenden kann, die wegen der COVID-19-Pandemie zurückgestellt werden mussten, für die langfristige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft jedoch von hoher Wich-

tigkeit sind. Die Ausgangssituation für Reformen verschlechterte sich durch die fiskalischen und realökonomischen Effekte der COVID-19-Krise deutlich, die Herausforderungen blieben allerdings dieselben.

Der vorliegende Beitrag blickt auf das abgelaufene Jahr zurück, gibt eine Einschätzung der Entwicklungen 2020 und diskutiert die wirtschaftlichen Herausforderungen für 2021.

1. Rückblick: Die ökonomische Entwicklung im Jahr 2020

Bis zur Diagnose des ersten COVID-19-Falles in Österreich Ende Februar 2020 schien sich eine unauffällige wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere eine leichte Abschwächung der Konjunktur, abzuzeichnen.

1.1 Das Umfeld der europäischen Wirtschaftspolitik

Zu Jahresbeginn 2020 wirkte sich eine **Schwächephase des Welthandels** dämpfend auf die Konjunktur in Österreich aus, die

im Wesentlichen durch den Konsum getragen war. Die WIFO-Prognose ging davon aus, dass die Exportdynamik Österreichs etwa zur Jahresmitte 2020 ihren Tiefststand erreichen würde (Glocker, 2020, S. 28).

Die Europäische Zentralbank (EZB) hatte bis Mitte 2019 durch eine Reduktion der monatlichen Anleihenankäufe Zeichen in Richtung einer "Normalisierung" der Geldpolitik gesetzt. Aufgrund des leichten Abschwungs in der zweiten Jahreshälfte 2019 wurde der expansive Kurs jedoch wieder aufgenommen, dessen Fortsetzung für das Jahr 2020 erwartet wurde.

Die Europäische Kommission hatte im Herbst 2019 die Pläne für einen "Green Deal" auf den Weg gebracht. Die politische Debatte kreiste um die Realisierungschancen des ambitionierten Vorhabens. Verhandlungen über den neuen "Mehrjährigen Finanzrahmen 2021/2027" waren im Gange, aber noch nicht weit fortgeschritten¹⁾. Die Kommission leitete auch eine Diskussion über eine mittelfristige Änderung der Fiskalregeln ein.

Diese eher unauffällige Entwicklung bei den großen wirtschaftspolitischen Playern Europas änderte sich nach der raschen Verbreitung der COVID-19-Pandemie in Europa binnen weniger Wochen.

Die **Europäische Zentralbank** reagierte rasch auf die COVID-19-Krise²⁾. Dies galt insbesondere für das PEPP (**Pandemic Emergency Purchase Programme**), das am 18. März 2020 im Ausmaß von 750 Mrd. € angekündigt wurde. Das Programm führte zu einer Beruhigung der Finanzmärkte im Euro-Raum und hat für eine Senkung der Zinssätze auf Staatsanleihen der Euro-Länder gesorgt. Es wurde zunächst im Juni und dann im Dezember auf insgesamt 1.850 Mrd. € aufgestockt und bis März 2022 verlängert.

Nach längeren Verhandlungen reagierte die EU mit einem finanzpolitischen Paket auf die COVID-19-Krise, das hinsichtlich seines Ausmaßes und seiner Ausgestaltung als historisch zu bezeichnen ist. Im November 2020 einigten sich der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament auf ein **Aufbaupaket zur Bekämpfung der Folgen der COVID-19-Pandemie (NextGenerationEU)**, das mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 verbunden ist. Dieser europäische Aufbauplan hat ein Gesamtvolumen von gut 1,8 Bio. €, wovon 1,074 Bio. € auf den "Mehrjährigen Finanzrahmen" und 750 Mrd. € auf das COVID-19-Aufbaupaket NextGenerationEU entfallen. Das Paket wird zunächst durch die Aufnahme von Schulden durch

die EU finanziert. 390 Mrd. € sollen als nicht rückzahlbare Zuschüsse an EU-Mitgliedsländer fließen, weitere 360 Mrd. € als Kredite, die von den betreffenden Ländern zu bedienen sind.

Der Aufbauplan setzt klare Schwerpunkte in den Bereichen Klimaschutz und Digitalisierung. So sollen 30% der Ausgaben für den Klimaschutz verwendet werden. Im bedeutendsten Instrument des Aufbaupaketes, der Resilienz- und Aufbaufähigkeit (RRF) mit einem Umfang von 672,5 Mrd. €, ist die Klimavorgabe sogar 37%; 20% der Mittel aus der RRF sollen in den digitalen Wandel fließen. Die Vereinbarung enthält auch einen Zeitplan zur Einführung innovativer Eigenmittel zur Bedienung der gemeinsam aufgenommenen Schulden. Zur Finanzierung des **Mehrjährigen Finanzrahmens** werden die bisherigen Eigenmittelquellen ab 2021 durch ein System ergänzt, das auf dem nicht recycelbaren Plastikabfall eines Landes basiert.

Die Mitgliedsländer werden durch die supranationalen Programme beträchtlich in ihren eigenen Bemühungen zur Krisenbekämpfung unterstützt. Freilich wirken die Programme erst längerfristig, weil die EU-Mittel erst ab 2021 fließen können und aus dem Aufbaupaket Mittel bis Ende 2023 abgerufen werden sollen.

Bei den Versuchen zur Unterstützung der Mitgliedsländer wurde die mangelnde **Entscheidungskompetenz** der Europäischen Kommission **in der Gesundheitspolitik** sichtbar. In der hektischen Suche nach knappen Produkten wie Mund-Nasen-Schutzmasken oder Schutzanzügen fehlte es nicht nur an Kooperation der Mitgliedsländer; vielmehr verhielten sich diese bisweilen protektionistisch und nationalistisch (Wolfmayr, 2020). Auch eine EU-interne Koordination der Reisebeschränkungen scheiterte. Gegen Jahresende gelang es der Kommission allerdings, bei der Beschaffung von Impfstoffen ein abgestimmtes Vorgehen zu erreichen, sodass bei Vertragsverhandlungen mit internationalen Pharmakonzernen die Marktmacht der EU ausgespielt werden konnte. Angesichts der Schwierigkeiten rund um die tatsächliche Lieferung der Impfstoffe muss sich diese jedoch erst bewähren.

1.2 Österreich zu Jahresbeginn 2020: Die Ambitionen eines neuen Regierungsprogrammes

Am 10. Jänner 2020, als SARS-CoV-2-Infektionen noch kein europäisches Problem zu sein schienen, legte die neu vereidigte Bundesregierung ihr Regierungsprogramm vor (Bundeskanzleramt, 2020).

¹⁾ Eine Einigung darüber im Europäischen Rat kam schließlich im Juli 2020 zustande.

²⁾ Für eine Übersicht siehe <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2020/html/ecb.sp200624-d102335222.en.html>.

EU und EZB setzten massive monetäre und fiskalische Impulse zur Bekämpfung der sich abzeichnenden COVID-19-Wirtschaftskrise.

Als grundsätzliche **finanzpolitische Vorhaben** (*Bundeskanzleramt, 2020, S. 76ff*) wurden eine Senkung der Abgabenquote in Richtung 40% des BIP, eine Verringerung der Schuldenquote in Richtung 60% des BIP und ein über den Konjunkturzyklus ausgeglichenes Budget formuliert. Mit einem konkreten Zeitplan ab 2021 versehen wurden beträchtliche Entlastungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer. Ohne nähere Fristigkeit wurden z. B. eine Senkung der Körperschaftsteuer auf 21% sowie die Einführung eines Verlustrücktrags für Einnahmen- und Ausgabenrechner angekündigt.

Im **Umweltbereich** bekannte sich die Regierung zu einer ökosozialen Abgabenreform "mit Lenkungseffekten zur erfolgreichen Bekämpfung des Klimawandels", wobei einige kleinere Maßnahmen als "erster Schritt" noch für 2020 angekündigt wurden. Für das Jahr 2022 wurde eine "wirksame Bepreisung von klimaschädlichen Emissionen" im Rahmen einer aufkommensneutralen ökosozialen Steuerreform in Aussicht gestellt.

Auch abseits der Abgabenpolitik ist der umweltpolitische Teil des Programmes (*Bundeskanzleramt, 2020, S. 100ff*) ambitioniert. Angekündigt wurden die Erreichung der Klimaneutralität Österreichs bis 2040, beträchtliche Investitionen für die Gebäudesanierung, ein Phase-out-Plan für den Einsatz fossiler Energieträger in der Raumwärmeerzeugung (1 Mio. Dächer mit Photovoltaik), ein "Green Deal" für Österreichs Wirtschaft, eine Technologieoffensive, die Einführung eines Österreich-Tickets für den öffentlichen Verkehr und Investitionen von je 1 Mrd. € in den Nah- und Regionalverkehr.

Schließlich wurden im Regierungsprogramm einige der oft eingemahnten "**Strukturreformen**" angekündigt: Dazu zählen ein neuer Finanzausgleich und ein neuer Kompetenzrahmen zwischen Bund und Ländern zur Erreichung der Klimaziele (*Bundeskanzleramt, 2020, S. 11f*), die Identifikation von "Deregulierungspotentialen in der Verwaltung" (S. 14) oder eine Förderstrategie des Bundes unter Einbeziehung der Gebietskörperschaften (S. 17).

Die Frage nach der **Finanzierbarkeit der Vorhaben** des Programmes wurde intensiv diskutiert, denn schon vor dem Ausbruch der COVID-19-Krise war unklar, wie die vielen Pläne gleichzeitig verwirklicht werden könnten, insbesondere die Steuerentlastung, der Ausgleich des Staatshaushaltes und die geplanten Investitionsvorhaben.

Aufgrund der einsetzenden COVID-19-Pandemie, die ab März 2020 die Ressourcen zu binden begann, hatte die neue Regierung kaum zwei Monate Zeit, um ihre Arbeit zu organisieren und konkrete Prozesse zur Bearbeitung der zahlreichen Vorhaben einzuleiten. Dennoch standen im weiteren Verlauf

des Jahres 2020 auch andere ökonomische Themen auf der Agenda: So wurden ein Pflegereformprozess eingeleitet, eine Reform der "Hacklerpension" diskutiert, die Themen Fachkräftemangel und Arbeitszeitverkürzung wiederholt angerissen und schließlich auch kleinere Teile einer ökosozialen Steuerreform (z. B. Neuregelung der Normverbrauchsabgabe) auf den Weg gebracht.

1.3 Die COVID-19-Pandemie und die allgemeine Konjunkturentwicklung in Österreich

Die österreichische Bundesregierung reagierte auf die sich ab Ende Februar 2020 rasch ausbreitende Pandemie mit einem weitreichenden Maßnahmenkatalog, der **Mitte März** zu einem nahezu **vollständigen "Lockdown"**, vor allem im Bereich der Dienstleistungen, führte. Die Industrie war von diesem Lockdown nur indirekt bzw. weniger stark betroffen, litt aber in den ersten Monaten des Jahres 2020 unter Verzögerungen in den Lieferketten, weil Vorleistungen aus China, anderen asiatischen Ländern und später auch aus Italien nicht rechtzeitig eintrafen. Dazu kamen in weiterer Folge Schwierigkeiten auf den Absatzmärkten bzw. Einschränkungen im Transport- und Reiseverkehr auch innerhalb Europas.

Es folgte eine Rezession, die in Geschwindigkeit und Tiefe des Einbruchs bisher einmalig für die Nachkriegszeit war. Das im Jahresverlauf 2020 dramatisch schwankende Ausmaß der Wirtschaftstätigkeit kann am **Wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI)** abgelesen werden (Abbildung 1; *Bilek-Steindl et al., 2020*). Dieser misst die realwirtschaftliche Aktivität der österreichischen Volkswirtschaft auf Grundlage 14 wöchentlicher, sieben monatlicher und eines vierteljährlichen Indikatoren.

Die Wirtschaftsentwicklung spiegelte 2020 das Infektionsgeschehen und die politischen Reaktionen darauf wider: Auf den dramatischen Konjunktureenbruch Ende März folgte ab der zweiten Aprilhälfte ein kräftiger Rebound, der durch das erneute Öffnen der Geschäfte und damit die Belebung des Konsums verursacht wurde. Ab Mai begann eine Phase langsamerer, aber stetiger Erholung, die auch den Sommer über anhielt, u. a. dank der teilweise regen Nachfrage im Sommertourismus. Trotz bereits im Frühherbst deutlich steigender Infektionszahlen entwickelte sich die Wirtschaft bis Ende Oktober relativ günstig, wengleich die Wertschöpfung durchwegs unter dem Vorjahresniveau blieb. Die Politik reagierte erst Anfang November mit einem zunächst teilweisen und zwei Wochen später verschärften Lockdown auf die starke Zunahme der COVID-19-Fälle. Dementsprechend brach die wirtschaftliche Aktivität ab der zweiten Novemberwoche erneut rasch ein, wenn auch nicht so tief wie im Frühjahr. Der "harte" Lockdown ab

Die neue Koalitionsregierung setzte zu Jahresbeginn 2020 programmatische Schwerpunkte in der Umwelt- und Finanzpolitik. Die Politik geriet aber schon bald unter den Druck der COVID-19-Pandemie.

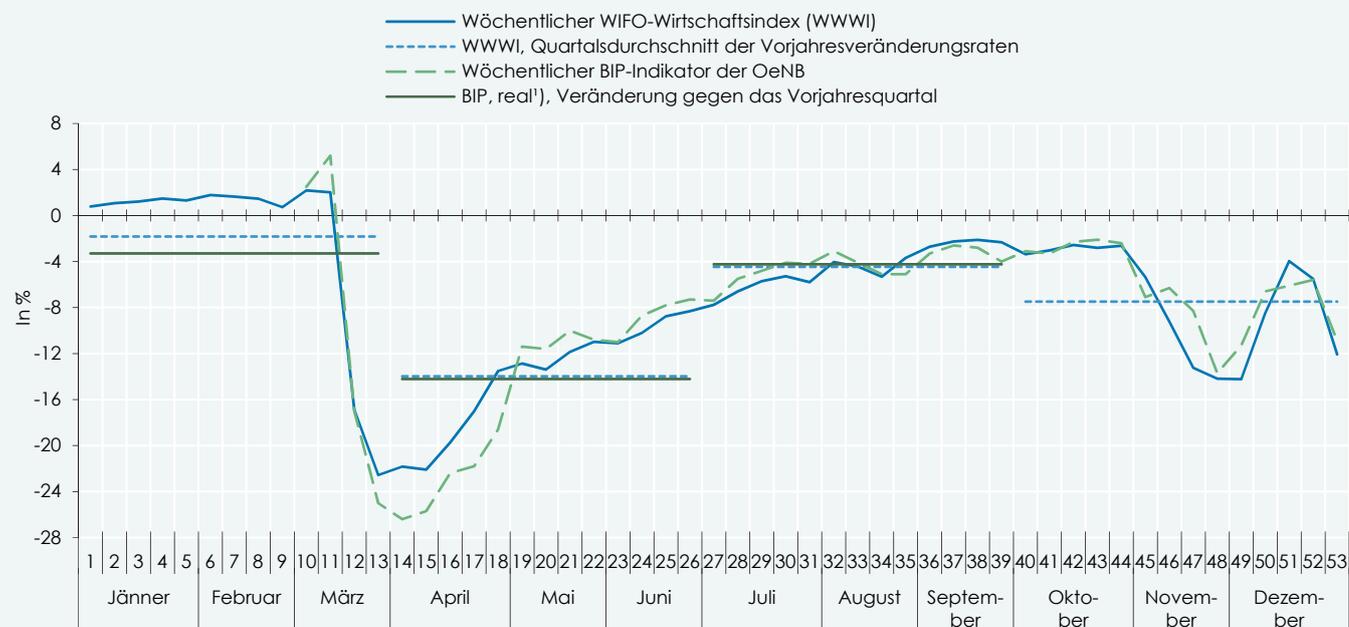
Der Lockdown Mitte März 2020 löste die bislang schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit aus.

17. November schlug sich in den Indikatoren ebenso nieder wie die Erholung nach der teilweisen Lockerung ab der zweiten Dezemberwoche (Abbildung 1). Der Lockdown in

der letzten Jahreswoche führte erneut zu einem deutlichen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten.

Abbildung 1: **Wöchentliche Kennzahlen der Wirtschaftsaktivität**

2020



Q: OeNB, Statistik Austria, WIFO. – 1) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat.

Die historisch einmalige Rezession stellte die Wirtschaftsforschung vor besondere Herausforderungen. Aufgrund der volatilen epidemiologischen Lage bestand in sehr kurzen Zeitabständen ein **Bedarf an Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung**. Die Erwartungen konnten mit dem traditionellen Instrumentarium nicht erfüllt werden: Weder standen die nötigen Datengrundlagen für eine Prognose zur Verfügung, noch gab und gibt es verlässliche Erfahrungswerte dazu, wie sich Wirtschaftssubjekte unter völlig veränderten Rahmenbedingungen verhalten.

Konventionelle Konjunkturprognosen stießen an ihre Grenzen, das WIFO ersetzte und ergänzte sie durch Alternativszenarien.

Das WIFO ersetzte daher seine üblichen kurz- und mittelfristigen Prognosen teilweise durch Szenarien bzw. ergänzte Prognosen um **Alternativszenarien**, die von unterschiedlichen Annahmen zur Entwicklung der Infektionszahlen und zu den daraus abgeleiteten Maßnahmen ausgingen³⁾. Mit Fortschreiten der Pandemie mussten die Prognosen mehrfach adaptiert werden, wobei sich die Aussichten für das Wirtschaftswachstum 2020, mit Ausnahme einer kurzen Aufhellung im Sommer, immer weiter eintrübten (Abbildung 2)⁴⁾. Hauptgrund dafür war eine Verschlechterung der gesundheitlichen Lage im

Herbst, mit der man zu Sommerbeginn noch nicht in diesem Ausmaß gerechnet hatte.

Auch wenn zur Jahreswende 2020/21 ein Ende der Rezession noch nicht exakt vorhergesagt werden kann, stehen einige generelle Charakteristika der Krise bereits fest. Da sie durch eine gesundheitliche Bedrohungslage und die notwendigen politischen Reaktionen darauf verursacht wurde, ist sie **mit keiner herkömmlichen Rezession vergleichbar**, insbesondere nicht mit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008/09. Der wirtschaftliche Einbruch durch die COVID-19-Krise wird voraussichtlich tiefer und kürzer ausfallen als jener der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. Konjunkturpolitische Maßnahmen allein können die Krise zwar abmildern, aber nicht nachhaltig beenden. Dies wird erst dann möglich sein, wenn durch Impfungen oder Therapien die gesundheitliche Bedrohung dauerhaft bewältigt sein wird.

Die Spezifika der COVID-19-Rezession sind auch anhand der **Branchenbetroffenheit** zu erkennen. Während die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise besonders stark die Industrie betroffen hatte, waren 2020 die stärksten

³⁾ Im Dezember 2020 wurden auch alternative Szenarien für den Konjunkturverlauf im Jahr 2021 berechnet.

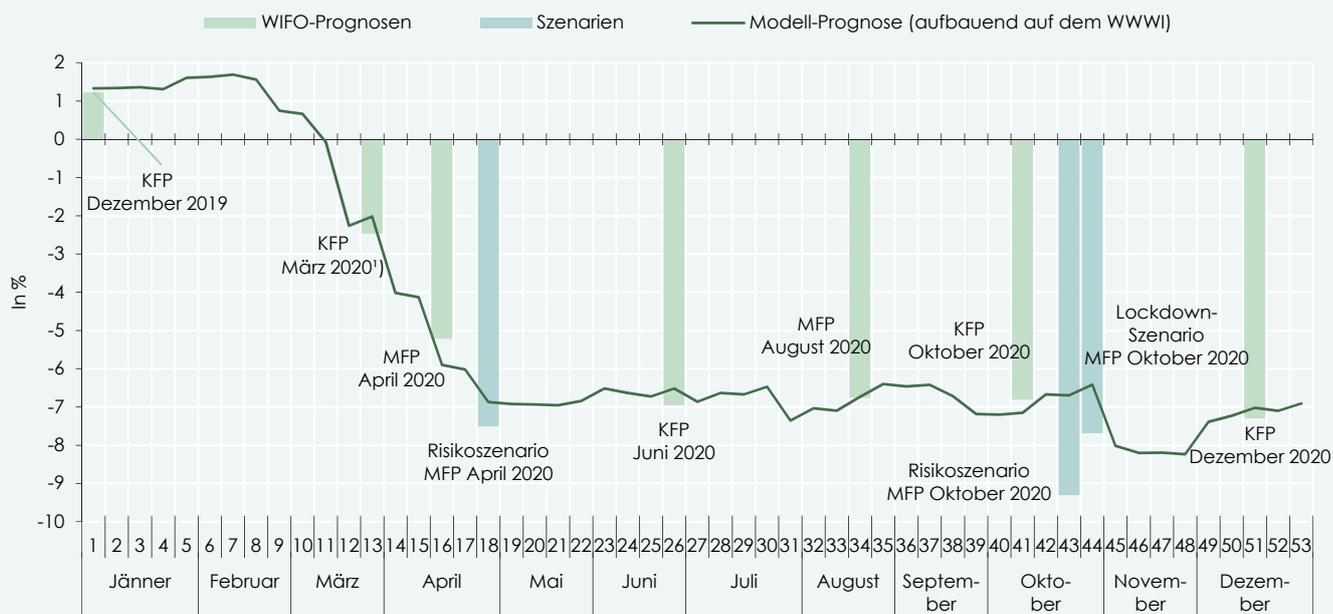
⁴⁾ Für die zu Jahresende aktuelle Prognose der Konjunktur im Jahr 2020 anhand von konventionellen

makroökonomischen Indikatoren vgl. Schiman (2021, S. 25-38).

Rückgänge der Bruttowertschöpfung im Bereich der Dienstleistungen (einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung; siehe z. B. Pitlik – Fritz – Streicher, 2020) und in der Beherbergung bzw. in der Gastronomie zu beobachten. Die schwersten Verwerfungen

liegen im Tourismus. Für die Herstellung von Waren (einschließlich Bergbau) wird ein Rückgang von -7,7% erwartet, während z. B. der Tourismus mit Nächtigungsrückgängen von bis zu 40% – bezogen auf das Gesamtjahr 2020 – kämpfen musste⁵⁾.

Abbildung 2: Prognosen und Szenarien des BIP-Wachstums



Q: WIFO. WWVI . . . Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex, KFP . . . kurzfristige Prognose, MFP . . . mittelfristige Prognose. – 1) Im März 2020 wurde ein Konjunkturszenario für 2020 veröffentlicht.

1.4 Die spezielle Betroffenheit des Tourismus

Mit der unterschiedlichen Betroffenheit einzelner Branchen gingen auch **regionale Unterschiede** in den Auswirkungen der Krise einher. Das WIFO schätzte in der Frühphase des ersten Lockdown die relative Betroffenheit der Wirtschaft nach Bundesländern⁶⁾ (Bachtrögl et al., 2020) auf Basis einer Analyse von 88 ÖNACE-Abteilungen und auf Grundlage von Annahmen dazu, wie der Lockdown die verschiedenen Branchen treffen würde⁷⁾.

Ober- und Niederösterreich wiesen Anfang April 2020 den geringsten Anteil an Erwerbstätigen in ökonomisch stark oder sehr stark betroffenen Branchen auf. In Tirol und Salzburg – beides Bundesländer mit einer erheblich vom Tourismus bestimmten Wirtschaftsstruktur – war dieser Anteil am höchsten.

Die bedeutende Rolle des Tourismus lässt sich auch an Daten des AMS zur kleinräumigen Entwicklung der Arbeitslosigkeit ablesen (Abbildung 3). Am deutlichsten traten regionale Unterschiede in der Phase des vollständigen Lockdown im Frühjahr 2020 zutage.

Das WIFO legte deshalb mehrere Detailanalysen zur speziellen Situation im Tourismus vor⁸⁾. Nach Jahren einer beinahe stetigen Zunahme der Nachfrage wurde die österreichische **Tourismuswirtschaft** von der COVID-19-Krise **besonders hart getroffen**. Sowohl die verschiedenen Reisewarnungen als auch die verminderte Reisefreudigkeit führten zu einer drastischen Abnahme der Reisetätigkeit. Dazu kamen die angebotsseitigen Beschränkungen im Zuge der verschiedenen Lockdown-Phasen.

Konnte die Zunahme der Inlandsnachfrage die Verluste im Sommer 2020 noch dämp-

Die Wirtschaftskrise betrifft verschiedene Branchen und Regionen unterschiedlich stark. Der Tourismus erwies sich als besonderes Problemfeld.

⁵⁾ Für eine detaillierte Beschreibung der Betroffenheit nach Branchen siehe Schiman (2021).

⁶⁾ Siehe für eine interaktive Karte mit laufend aktualisierten Daten zu den einzelnen Bundesländern <https://corona.wifo.ac.at/arbeitslosigkeit/2020-11/AT>.

⁷⁾ Als "sehr stark" betroffen wurden dabei jene Branchen eingestuft, die ihre Geschäftstätigkeit aufgrund der Maßnahmen nicht oder nur deutlich einge-

schränkt fortführen konnten und für die ein Nachholen des Einnahmenentganges unwahrscheinlich erschien. Weitere Kriterien für die Einstufung waren ein Rückgang der Export- und Konsumnachfrage sowie angebotsseitige Einschränkungen durch die Unterbrechung oder Verzögerung von Lieferketten.

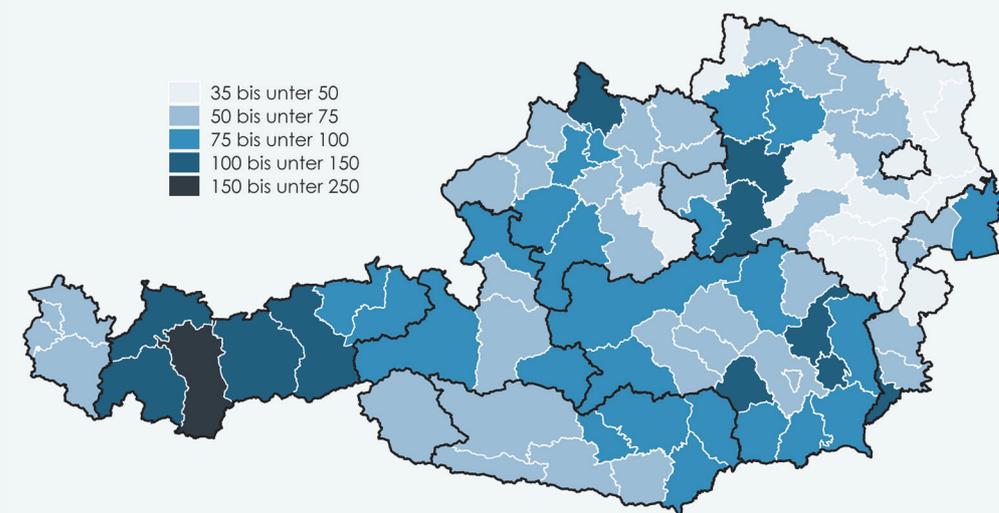
⁸⁾ Eine zusammenfassende Darstellung findet sich in Fritz – Ehn-Fragner (2020).

fen, so sind die Aussichten für die laufende Wintersaison insgesamt trüb, sowohl wegen des neuerlichen Lockdown zu Jahresbeginn 2021 als auch deshalb, weil eine Kompen-

sation des Ausfalles der ausländischen Nachfrage durch den Inländertourismus im Winter nicht zu erwarten ist.

Abbildung 3: **Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Arbeitsmarktbezirken**

April 2020, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Darstellung. Arbeitslosigkeit: Arbeitslose und Personen in Schulung.

Trotz des massiven Einsatzes von Kurzarbeit geriet der Arbeitsmarkt in eine schwere Krise; die Zahl der Arbeitslosen erreichte zeitweise einen Höchstwert von 522.253 Personen.

Im Kalenderjahr 2020 dürfte die Zahl der Nüchtigungen um rund 37% niedriger gewesen sein als im Vorjahr. Geht man davon aus, dass zahlreiche Länder ihre Reisewarnungen für Österreich erst im Laufe des Frühjahrs aufheben werden, wird sich die Tourismuskonsumnachfrage im Jahr 2021 nur sehr langsam erholen; in der Wintersaison 2020/21 werden die Nüchtigungseinbußen rund 70% erreichen. Erst im Frühsommer sollte sich die Erholung im Tourismus beschleunigen und gegen Jahresende 2021 abgeschlossen sein. In diesem Szenario werden die Übernachtungszahlen 2021 im Vorjahresvergleich um nur rund 11% steigen. Frühestens 2022 kann wieder von einem "Normaljahr" im Tourismus ausgegangen werden, falls auch die wirtschaftliche Krise bis dahin bewältigt werden kann. Im Städtetourismus dürften sich die Marktverhältnisse aufgrund der hohen Abhängigkeit von Fernmärkten noch später normalisieren.

Aus diesen Gründen stand die Situation der Tourismuswirtschaft in den **wirtschaftspolitischen Diskussionen** über Art, Umfang und Dauer der staatlichen Unterstützungen besonders im Fokus. An Beispielen dieser Art wird die Grundsatzfrage aufgeworfen, wie lange öffentliche Förderungen ausgeschüttet werden können bzw. ob und wie stark auch Unternehmensschließungen zur Markt-

berreinigung in Kauf genommen werden müssen.

1.5 Folgen der COVID-19-Krise für Arbeitsmarkt und Soziales

Die COVID-19-Wirtschaftskrise war von historischer Tragweite für den österreichischen Arbeitsmarkt. Der Lockdown Mitte März 2020 verursachte innerhalb weniger Tage den höchsten **Rückgang der unselbständigen Beschäftigung** seit fast 70 Jahren⁹⁾, wobei die umfangreiche Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit einen noch stärkeren Beschäftigungsabbau verhinderte. Dennoch erreichte die Arbeitslosigkeit einen neuen Höchstwert.

Ende 2020 waren die Folgen für die unselbständige Beschäftigung noch immer merklich spürbar: War die aktive unselbständige Beschäftigung¹⁰⁾ im März 2020 im Vorjahresvergleich um 4,9% (April 5,0%) gesunken, lag der Beschäftigtenstand Ende Dezember um 3,3% unter dem Niveau des Vorjahres. Die Zahl der zur Kurzarbeit angemeldeten Arbeitskräfte sank, nach dem Höhepunkt im Mai mit über 1,3 Mio. Fällen, bis Anfang November auf 133.000¹¹⁾ und erhöhte sich bis Jahresende infolge des zweiten Lockdown auf 417.113.

⁹⁾ Siehe dazu auch Bock-Schappelwein – Huemer – Hyll (2020A), Bock-Schappelwein et al. (2020A).

¹⁰⁾ Laut Dachverband der Sozialversicherungsträger ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die

Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten.

¹¹⁾ <https://www.bmfi.gv.at/Services/News/Aktuelle-Arbeitsmarktzahlen.html>.

Nach einem drastischen **Anstieg der Arbeitslosigkeit** zwischen Mitte März und Mitte April 2020 sank diese bis Ende September schrittweise und stieg ab Mitte Oktober erneut, u. a. mit Ende der Sommersaison im Tourismus. Ende Dezember lag die Arbeitslosigkeit um 109.887 bzw. 31,4% über dem Vorjahreswert, einschließlich Personen in Schulungsmaßnahmen um 113.047 bzw. 27,7% darüber.

Besonders schwer wiegt der Anstieg der Zahl der **Langzeitbeschäftigungslosen**. Ende Dezember waren in Österreich 166.868 Personen – von kürzeren Unterbrechungen abgesehen – seit mehr als einem Jahr ohne Beschäftigung. Das entspricht einer Steigerung um rund ein Drittel gegenüber dem Vorjahr. 32% aller Arbeitslosen und Personen in Schulung waren zum Jahresende 2020 langzeitbeschäftigungslos. Für viele, die bereits vor der COVID-19-Krise (länger) arbeitslos gewesen waren, sanken die Chancen, einen Arbeitsplatz zu finden, noch weiter.

Bereits im Gefolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 war eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit erkennbar gewesen. Die Sockelarbeitslosigkeit hatte sich auch während der Konjunkturerholung nach Ende der Krise vergrößert. Besonders von einer **Verfestigung der Arbeitslosigkeit** bedroht ist die wachsende Zahl Älterer und gesundheitlich Eingeschränkter. Diese Gruppen finden nach einem Arbeitsplatzverlust nur schwer in die Beschäftigung zurück.

Nach **Wirtschaftsbereichen** verzeichneten zu Beginn der Krise im März 2020 das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (etwa der Arbeitskräfteverleih) und das Bauwesen die größten Beschäftigungsverluste (Bock-Schappelwein – Huemer – Hyll, 2020A). Ab April verzeichneten auch die kontaktintensiven Bereiche Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie die persönlichen Dienstleistungen empfindliche Einbußen (Bock-Schappelwein et al., 2020B). Mit Ausnahme des Bauwesens erreichte die Beschäftigung bis zum Herbst in keiner der genannten Branchen das Niveau des Vorjahres. Zum Jahresende verschlechterte sich mit dem zweiten Lockdown die Situation in den kontaktintensiven Branchen abermals.

Jüngere Arbeitskräfte (20 bis 24 Jahre) waren von den Auswirkungen der COVID-19-Maßnahmen überproportional betroffen. Sie sind nicht nur relativ oft in besonders stark beeinträchtigten Branchen beschäftigt, sondern zählen – wegen ihrer vergleichsweise kurzen Betriebszugehörigkeit – auch zu jenem Teil der Belegschaft, der in einer Krise

zuerst den Arbeitsplatz verliert. **Jugendliche** bis 19 Jahre traf insbesondere der deutliche Rückgang der während des Sommers angebotenen Ferialstellen (Bock-Schappelwein – Huemer – Hyll, 2020B).

Männer verloren insbesondere zu Beginn der Krise überdurchschnittlich häufig ihren Arbeitsplatz (Bock-Schappelwein – Famira-Mühlberger – Mayrhuber, 2020). Im Mai und Juni profitierten Männer von der Wiederaufnahme der Bautätigkeit. Der Beschäftigungsabbau der **Frauen** konzentrierte sich dagegen stärker auf den Tourismus, weshalb sie in den Sommermonaten von der Hochsaison im Tourismus profitierten. Im September verzeichneten Männer, wie schon seit dem Sommer, etwas höhere Beschäftigungsverluste als Frauen, da die Zuwächse im Bauwesen, im IKT-Bereich oder in den öffentlichkeitsnahen Dienstleistungen einem weiterhin niedrigen Beschäftigungsniveau im Arbeitskräfteverleih und im Verkehrswesen gegenüberstanden. Frauen profitierten dagegen etwas stärker von den Zuwächsen in den öffentlichkeitsnahen und freiberuflichen Dienstleistungen sowie im IKT-Bereich.

Arbeiterinnen und Arbeiter verloren ungleich häufiger ihren Arbeitsplatz als Angestellte (einschließlich Beamtinnen und Beamte; Bock-Schappelwein et al., 2020B). **Ausländische Arbeitskräfte**, insbesondere Pendlerinnen und Pendler mit ausländischem Wohnsitz, waren stärker betroffen als Inländerinnen und Inländer.

Die COVID-19-Krise traf im Jahr 2020 in hohem Ausmaß auch **Selbständige**, die (häufig als **Ein-Personen-Unternehmen – EPU**) in den vom Lockdown direkt und indirekt besonders belasteten Dienstleistungsbereichen tätig sind. Die soziale Absicherung dieser Personengruppe ist schlechter als jene der unselbständig Beschäftigten, auch wenn die Regierung mit Maßnahmen gegensteuert.

Die Krisenfolgen für die selbständig Erwerbstätigen zeigen sich weniger an den Beschäftigtenzahlen als vielmehr an **Einkommens- bzw. Umsatzeinbußen**, insbesondere in kundenintensiven Bereichen wie der Gastronomie, den persönlichen Dienstleistungen, im Direktvertrieb, in Freizeit, Sport, Handel, Kultur und in der Personenbetreuung. Ausgehend von der Branchenstruktur der selbständigen Beschäftigung schätzt das WIFO¹²⁾, dass zumindest 37% aller Selbständigen (34% der Ein-Personen-Unternehmen und 43% der Selbständigen, die Arbeitskräfte beschäftigen) Einbußen erlitten (Bock-Schappelwein – Mayrhuber, 2020).

Besondere Probleme entstanden in den von Schließungen betroffenen Branchen. Die typischen Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt leiden auch unter der COVID-19-Krise erheblich.

Selbständige (vor allem Ein-Personen-Unternehmen) gehören zu den sozial am stärksten betroffenen Gruppen. Die Lücken in ihrer sozialen Absicherung werden deutlich.

¹²⁾ Die Schätzungen stammen von August 2020.

Die Höhe des Verdienstentgangs und die Wirkung der Hilfsmaßnahmen für Selbständige ließen sich zum Jahresende 2020 noch nicht quantifizieren, da die Antragsfristen für

bestimmte Maßnahmen (z. B. 3. Tranche des Fixkostenzuschusses) noch nicht abgelaufen waren.

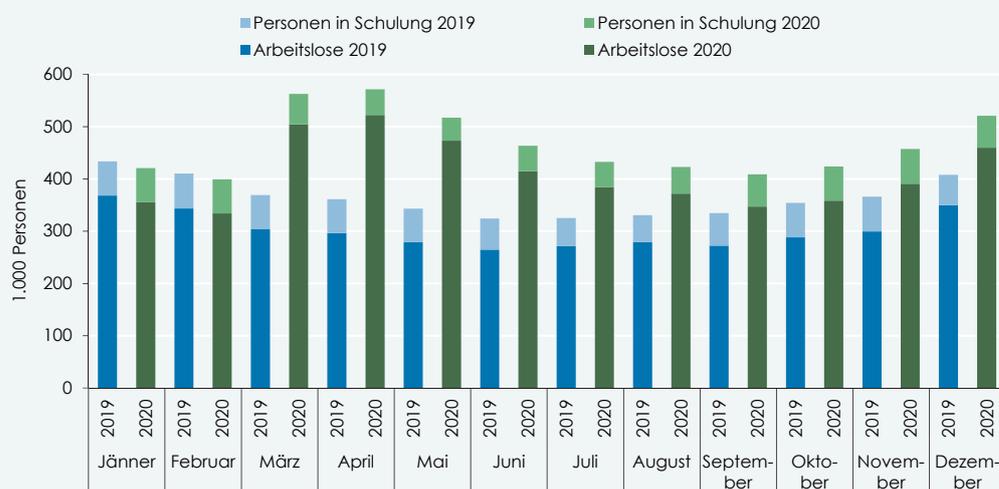
Abbildung 4: **Entwicklung der unselbständig Beschäftigten**

2020, Veränderung gegen das Vorjahr



Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 5: **Arbeitslosigkeit (einschließlich Personen in Schulung)**



Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

Die relativen Einkommensausfälle dürften im Fall der von der Krise betroffenen Selbständigen in der Regel höher sein als für die betroffenen unselbständig Beschäftigten, da die Ersatzraten der bis zum zweiten Lockdown gewährten Hilfsmaßnahmen für Selbständige geringer waren als im Rahmen der COVID-19-Kurzarbeit. Besonders wichtig sind überdies die langfristigen Effekte der Krise, etwa auf das Lebenseinkommen und insbesondere auf die Situation im Pensionsalter. Da die COVID-19-Hilfen, anders als in Zeiten der Arbeitslosigkeit oder der Kurzarbeit, in der Sozialversicherung keine Teilversicherungszeiten begründen, entstehen für Selbständige vor allem bei länger andauernden Geschäftsschließungen merkliche Nachteile

in der Pensionshöhe. Auch eine Herabstufung auf die Mindestbeitragsgrundlage hat ähnliche Folgen.

Die wissenschaftliche Erfassung der allgemeinen **sozialen Folgen** der COVID-19-Krise steht erst am Anfang. Erste Analysen zeigen, dass **Frauen** stärker als Männer von den neu entstandenen Herausforderungen im Alltag betroffen waren, etwa von der Notwendigkeit, Home Office und Homeschooling zu vereinbaren (Bock-Schappelwein – Famira-Mühlberger – Mayrhuber, 2020). Frauen sind zudem häufiger als Männer in systemrelevanten Branchen tätig, aber auch häufiger in Branchen, die unmittelbar von Lockdowns betroffen waren.

Das WIFO untersuchte mithilfe der Mikrosimulation die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die **Einkommenslage der privaten Haushalte** (Fink – Moreau – Rocha-Akis, 2020), jedoch ohne Berücksichtigung von Selbständigenhaushalten. Die Ergebnisse zeigen eine heterogene Entwicklung der verfügbaren Haushaltsäquivalenzeinkommen¹³⁾ nach Personengruppen und Einkommensklassen. Für das unterste Einkommensquintil wirkte sich die COVID-19-Krise in einer leichten Verbesserung der Einkommen aus, vor allem, da diese Gruppe viele Erwerbsferne (z. B. Pensionistinnen und Pensionisten) und Arbeitslose umfasst, die durch COVID-19 keinen Einkommensverlust erlitten hatten, dennoch aber aufgrund der Krise in den Genuss von zusätzlichen Sozialleistungen gekommen waren. Mit wachsendem Einkommen steigen die Einkommensverluste der Haushalte jedoch sowohl absolut als auch relativ. Die gemessenen Effekte sind allerdings zu gering, um sich in Armutskennzahlen niederzuschlagen.

Ergebnisse dieser Art bedürfen einer sorgfältigen Interpretation. Erstens hängen die Einkommensverluste eng mit der krisenbedingten Arbeitslosigkeit zusammen. Solange diese durch Kurzarbeitsregelungen begrenzt werden kann, können allzu große Einkommensverluste einer breiten Bevölkerungsschicht vermieden werden. Dies unterstreicht die Relevanz der Kurzarbeit, aber auch die Labilität der ökonomischen Situation.

Zweitens sind zur Einschätzung der Lage von Ein-Personen-Unternehmen eigene Informationen erforderlich. 50% der EPU mussten Förderungen aus dem Härtefallfonds in Anspruch nehmen (Bock-Schappelwein – Mayrhuber, 2020, S. 220) – ein Hinweis auf die prekäre Situation dieser Personengruppe.

Generell gibt es empirische Hinweise darauf, dass Bevölkerungsschichten, die schon zuvor armutsgefährdet waren, besonders stark von der COVID-19-Krise getroffen wurden; darüber hinaus könnten jedoch, etwa mit den EPU, ganz neue Bevölkerungsschichten in die **Armutsgefährdung** abgleiten (Heitzmann, 2020). Auch Berichte, wonach bei Wohlfahrtsorganisationen Menschen vorstellig wurden, die sich bisher nie um Hilfe bemüht hatten, deuten in diese Richtung¹⁴⁾.

1.6 Wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise

Hatten die politischen Entscheidungen im März 2020 gesundheitlichen Zielen eindeutig Priorität gegeben, so wurden im weiteren Jahresverlauf aufgrund der Verschärfung der ökonomischen Lage immer mehr wirtschaftliche und gesundheitspolitische

Aspekte abgewogen. Dies war vor allem mit Blick auf die Situation der Tourismusbetriebe, teilweise aber auch im Fall des Handels zu erkennen, als etwa gegen Jahresende das Bedürfnis, "einen Teil des Weihnachtsgeschäftes zu retten", in politische Entscheidungsprozesse einfluss.

Wie ein internationaler Vergleich der **Intensität der gesetzten Maßnahmen** zeigt, gehörte Österreich im Frühjahr 2020 zu jenen Ländern, die das öffentliche und wirtschaftliche Leben am stärksten regulierten (Abbildung 6). Schon ab dem Frühsommer waren die Beschränkungen in Österreich dagegen besonders großzügig, was sich auch in einer relativ günstigen Entwicklung des Sommertourismus niederschlug. Auch wenn es nahe liegt, dies als Ursache für den starken Anstieg des Infektionsgeschehens im Herbst anzuführen, genügt der deskriptive Befund allein nicht für einen wissenschaftlichen Beweis dieses Zusammenhangs. Mit den ab Mitte Oktober schrittweise eingeführten Verschärfungen näherte sich Österreich wieder der Regulierungspraxis der Vergleichsländer an.

Wie tiefgreifend auch immer die gesundheitspolitischen Regulierungen in Österreich ausgefallen sein mögen: Die **Wirtschaftspolitik** reagierte prompt auf deren ökonomische Effekte. Ein vollständiger **Überblick über die getroffenen Maßnahmen** ist schwierig, weil im Laufe des Jahres 2020 immer wieder neue Maßnahmen entwickelt bzw. einzelne Maßnahmen abgeändert wurden. Dies gilt auch für besonders ausgabenintensive Bereiche wie z. B. die COVID-19-Kurzarbeit, die im Jahresverlauf 2020 in drei Varianten vorlag und die auch 2021 noch gewährt wird. Abbildung 7 gibt einen schematischen Überblick über die verschiedenen Maßnahmen.

Die Maßnahmen lassen sich sowohl zeitlich als auch nach ihren Zielgruppen bzw. primären Zielsetzungen strukturieren. Zu Beginn des ersten Lockdown sollten vor allem Sofortmaßnahmen eine allzu hohe Arbeitslosigkeit und existenzbedrohende **Liquiditätssengpässe** der von Betriebsschließungen betroffenen Unternehmen verhindern. Besonders wichtig waren die Einführung einer neuen **Kurzarbeitsregelung ("COVID-19-Kurzarbeit")**, aber auch Soforthilfen für Unternehmen (Härtefallfonds und Fixkostenzuschuss). Begleitet wurden diese Instrumente durch weitreichende **Garantien und Haftungen für Unternehmenskredite** sowie durch Herabsetzung und **Stundung** von Forderungen bei Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen, zunächst bis Ende September 2020. In weiterer Folge wurden Maßnahmen nachgeschärft (Fixkostenzuschuss) bzw. für besonders gefährdete Zielgruppen ergänzt, z. B. für Arbeitslose, Familien oder Non-Profit-Organisationen, teilweise verlängert (z. B.

Im internationalen Vergleich reagierte die österreichische Politik im Frühjahr 2020 besonders scharf auf den Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Im Sommer waren die Regelungen in Österreich hingegen besonders liberal.

Die Wirtschaftspolitik reagierte mit einem umfassenden Bündel an Maßnahmen auf die Krise; in der praktischen Umsetzung kam es zu Problemen.

¹³⁾ Die Haushaltsäquivalenzeinkommen erfassen für alle Haushalte die Summe der Einkommen der darin lebenden Personen, wobei mit einer Bedarfsskala

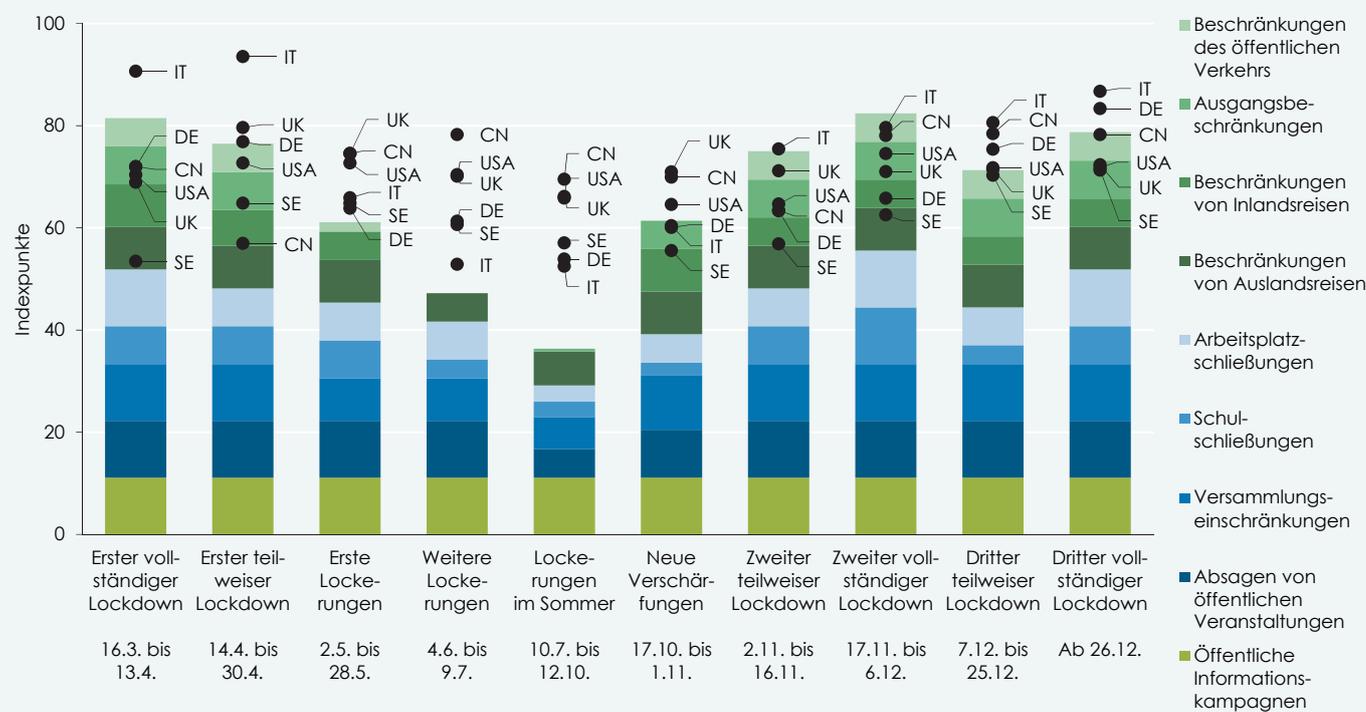
(OECD-Skala) je nach Struktur des Haushaltes (Größe und Alter der Haushaltsmitglieder) normiert wird.

¹⁴⁾ Z. B. Heschl (2020).

Stundung von Steuer- und Abgabenschulden, zweite Einmalzahlung für Arbeitslose, Lohnersatz für Sonderbetreuungszeit) sowie weitere Maßnahmen eingeführt (Lockdown-

Umsatzersatz für im November und Dezember von behördlichen Schließungen betroffene Unternehmen).

Abbildung 6: Intensität von Lockdown-Maßnahmen im internationalen Vergleich



Q: Blavatnik School of Government, University of Oxford, WIFO.

Eine besondere Dynamik erhielt die Diskussion über die verschiedenen Formen des **Fixkostenzuschusses**. Er soll Unternehmen, deren Umsätze infolge von COVID-19-Maßnahmen direkt (durch Schließungen) oder indirekt eingebrochen sind, für einen längeren Zeitraum unterstützen, indem ein Teil ihrer Fixkosten durch einen staatlichen Zuschuss abgegolten wird.

Die Ausgabenprogramme wurden durch **steuerliche Maßnahmen** – über die Stundung und Herabsetzung von Steuern und Abgaben hinaus – ergänzt. Diese hatten einerseits das Ziel, die Liquidität in bestimmten Branchen (z. B. Gastronomie und Hotellerie, Buchhandel, Kultur) durch temporäre Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes auf 5% zu stützen – was von der Europäischen Kommission toleriert wurde. Andererseits wurde die erste Phase der von der Regierung bereits geplanten Lohnsteuersenkung auf Jänner 2020 vorgezogen, womit insbesondere eine Senkung des Eingangssteuersatzes sowie einige Begleitmaßnahmen für Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen verbunden waren. Dies zielte auf eine allgemeine Stärkung der Kaufkraft ab, mit dem Ziel, damit auch Impulse für den Konsum zu geben.

Damit ging die COVID-19-Hilfe nahtlos in ein Konjunkturbelebungsprogramm über.

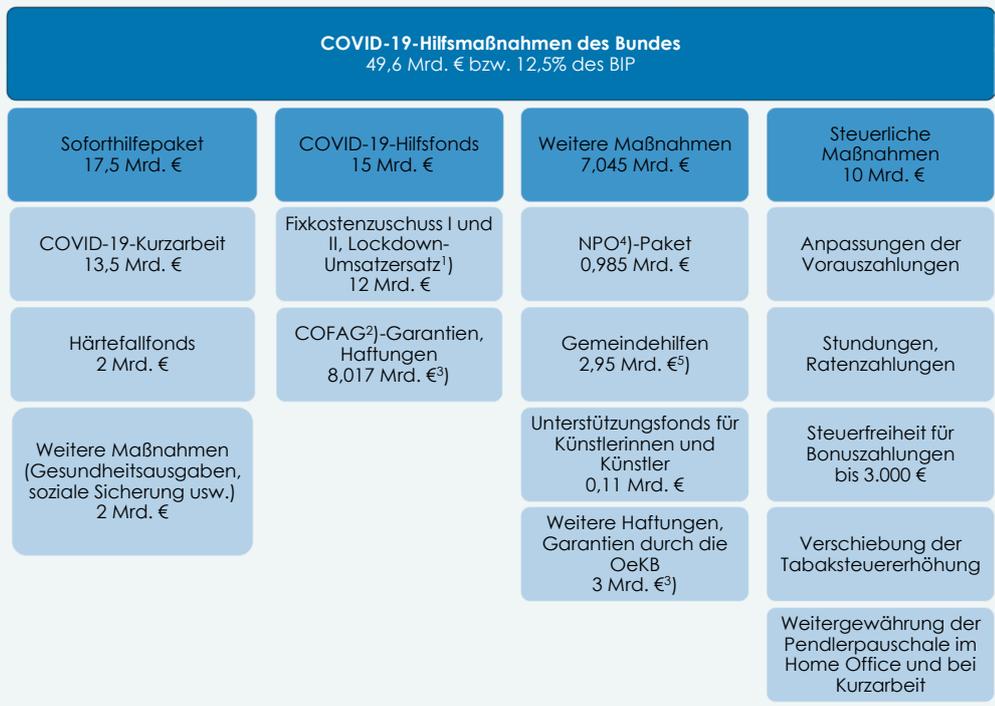
Im Zusammenhang mit den Lockdown-Phasen zu Jahresende 2020 wurden verschiedene Formen eines **Umsatzersatzes** eingeführt, zunächst ein pauschaler Ersatz von 80% des Vorjahresumsatzes für die Gastronomie und Tourismusbetriebe, später – nach Verschärfung des Lockdown Mitte November – ein nach Branchen differenzierter Umsatzersatz für den Handel mit Ersatzraten zwischen 20% und 60%. Nachdem die Regierung im Frühjahr für Verzögerungen bei der Auszahlung von versprochenen Unterstützungsleistungen heftig kritisiert worden war, entschloss man sich im Herbst zu einer pauschalisierten Auszahlung unter Heranziehung der Umsätze des Jahres 2019. Dies ermöglichte zwar eine unbürokratische Abwicklung, löste jedoch die (an sich berechnete) Kritik an "Überförderungen" aus¹⁵⁾, da weder Kurzarbeitsförderungen noch andere Unterstützungsleistungen (z. B. Sofortzahlungen, Haftungsübernahmen usw.) und auch nicht trotz Schließung getätigte Umsätze (etwa durch die Abholung von Speisen) mit dem Umsatzersatz gegengerechnet werden mussten. Zur Bemessung der Ersatzleistung hätte dann statt des Umsatzes etwa der

¹⁵⁾ Vgl. z. B. Szigetvari (2020).

regional typische Betriebsüberschuss des Vorjahres herangezogen werden können. Der Umsatzeratz lief mit Jahresende 2020

aus; ab 2021 können nur mehr der Fixkostenzuschuss und ein **Verlustrücktrag** gewährt werden.

Abbildung 7: COVID-19-Hilfsmaßnahmen im Überblick



Q: Budgetdienst, Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Zusammenstellung (siehe auch Loretz – Pitlik – Schratzenstaller, 2021, in diesem Heft). Details zum beschlossenen Haftungsrahmen zur Abdeckung des Insolvenzrisikos für Kundengelder für Pauschalreiseanbieter (300 Mio. €) sowie zum beschlossenen Schutzschirm für entfallene Veranstaltungen (300 Mio. €) sind noch nicht bekannt; sie sind daher hier nicht berücksichtigt. – ¹⁾ Bzw. Verlustersatz. – ²⁾ COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH. – ³⁾ Rahmen; tatsächliche Zahlungsverpflichtung abhängig vom Ausmaß der Inanspruchnahme. – ⁴⁾ Non-Profit-Organisationen. – ⁵⁾ Gemeindeförderungsprogramm 1 Mrd. €, nicht rückzahlbare Zuschüsse 0,5 Mrd. €, Vorschüsse 1,45 Mrd. €.

Die Gemeinden waren durch den Ausfall an Kommunalsteuereinnahmen und Ertragsanteilen im Zuge des Steuerverbundes mit einem drastischen Rückgang der Einnahmen konfrontiert. Im Zuge des **Gemeindeinvestitionsprogrammes** erhielten sie zusätzlich 1 Mrd. € für die Kofinanzierung von Investitionen. Zusätzlich werden nicht rückzahlbare Zuschüsse des Bundes an die Gemeinden im Umfang von 0,5 Mrd. € (0,4 Mrd. € Ersatz für Ertragsanteile und 0,1 Mrd. € Erhöhung des Strukturfonds für finanzschwache Gemeinden für das Jahr 2021) sowie Vorschüsse von 1,45 Mrd. €¹⁶⁾ gewährt.

Ergänzend zu den verschiedenen COVID-19-Hilfsmaßnahmen schnürte die Regierung Mitte Juni 2020 ein **Konjunkturpaket**, das im Wesentlichen aus öffentlichen Investitionen, primär in den Klimaschutz, sowie aus einer Investitionsprämie und einigen anderen steuerlichen Maßnahmen zur Investitionsförderung (degressive Abschreibung) bzw. Liquiditätsstützung für Unternehmen

(Verlustrücktrag, Umsatzsteuersenkung) bestand. Im Bundesvoranschlag 2021 werden die COVID-19-Hilfsmaßnahmen und das Konjunkturpaket getrennt dargestellt, wenn gleich die beiden Maßnahmenpakete nicht exakt voneinander abgegrenzt werden können.

Die Konzeption und die Abwicklung der verschiedenen Hilfsmaßnahmen wirkten sich auch auf die **wirtschaftspolitischen Institutionen** in Österreich aus. In den ersten Wochen nach dem Lockdown im Frühjahr 2020 kam es durch massive Überlastung der für die Abwicklung der Hilfen zuständigen Organisationen zu Verzögerungen, was zu heftiger Kritik führte. Dies betraf z. B. das Arbeitsmarktservice (AMS), zum Teil auch die für Soforthilfenzahlungen zuständigen Banken. Die Auszahlung von Geldern aus dem Härtefallfonds durch die Wirtschaftskammer war politisch umstritten. Anfang April 2020 wurde die **COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG)** geschaffen und mit der

In der COVID-19-Krise gewann die Rolle der Sozialpartner an Gewicht, auch über neue Zuständigkeiten bei Fördermaßnahmen.

¹⁶⁾ Eine Rückverrechnung dieser Vorschüsse ist frühestens ab dem Jahr 2023 vorgesehen.

Abwicklung der Unternehmensförderungen beauftragt.

Die COVID-19-Krise hatte einen spürbaren **Bedeutungsgewinn der Sozialpartner** zur Folge. Sie waren nicht nur in die Konzeption der meisten Maßnahmen eingebunden; in wichtigen Bereichen, wie z. B. der COVID-19-Kurzarbeit, ging die Ausgestaltung der Instrumente auf die Einigung zwischen den Sozialpartnern zurück. Die Sozialpartner bewiesen in der Krise ein hohes Maß an Verantwortung. So wurden einige wichtige Lohnabschlüsse (z. B. Metallindustrie, Handel) in kurzer Zeit erzielt.

Im 2. Halbjahr 2020 legte das WIFO erste Studien zur Wirksamkeit der COVID-19-Maßnahmen vor.

Je länger die Krise andauert, desto mehr wird in der politischen Diskussion die Frage nach der **Wirksamkeit der wirtschaftspolitischen Maßnahmen** gestellt. Das Maßnahmenpaket konnte bis Jahresende 2020 noch nicht umfassend evaluiert werden, da wichtige dafür erforderliche Daten fehlten. Es besteht aber kein Zweifel daran, dass die Maßnahmen schon aufgrund ihres Umfangs große Wirkungen entfalten, vor allem im Vergleich mit dem kontrafaktischen Szenario eines Nichteingreifens des Staates. Die sozialen Kosten wären in diesem Fall dramatisch hoch gewesen, bedenkt man allein die Zahl der potentiell Arbeitslosen oder der möglichen Insolvenzen von Unternehmen.

Im Zuge der COVID-19-Krise wurde erneut deutlich, dass die Forschung eines besseren Zugangs zu Registerdaten bedarf.

Einige Versuche der zeitnahen ökonomischen Bewertung einzelner Maßnahmen wurden jedoch unternommen. Ein Beispiel dafür ist die von WIFO, IHS und EcoAustria gemeinsam erarbeitete Kurzstudie über das **Maßnahmenpaket**, das die Regierung im **Juni 2020** vorgelegt hatte (Baumgartner et al., 2020A). Das Paket enthielt im Wesentlichen die Verlängerung des Fixkostenzuschusses, verschiedene Vorhaben zur Stärkung der privaten Haushaltseinkommen und zur Investitionsförderung sowie einige öffentliche Investitionen. Ein kleinerer Teil dieser Maßnahmen (insgesamt 10,3 Mrd. €) konnte untersucht werden, wobei Effekte auf BIP und Arbeitslosigkeit nachgewiesen werden konnten. Wären die untersuchten Maßnahmen unterblieben, so wäre die Arbeitslosenquote um 0,43 Prozentpunkte höher und die Wertschöpfung um 0,7 Prozentpunkte niedriger ausgefallen.

Der an sich großzügig bemessene Budgetrahmen der COVID-19-Maßnahmen wurde bis Ende 2020 in sehr unterschiedlichem Ausmaß ausgeschöpft.

Ein Forschungsprojekt von IHS und WIFO untersucht derzeit mittels **Mikro- und Makrosimulationen** sowie **multiregionaler Input-Output-Analyse** die konjunkturellen, fiskalischen und verteilungspolitischen Wirkungen der wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Abfederung der COVID-19-Krise.

¹⁷⁾ Rocha-Akis, S. (Projektleitung), Volkswirtschaftliche und fiskalische Effekte der COVID-19-Krise und der Maßnahmen zur Gegensteuerung. Mikro- und makroökonomische Analysen (Beschreibung siehe <https://www.wifo.ac.at/wifo/pubid/66380>).

¹⁸⁾ Zu diesem Befund gibt es zwei wichtige Ausnahmen: Die Dotierung der Kurzarbeit war vor allem in der Anfangsphase der Krise deutlich zu gering und wurde

Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch die Unterstützungsleistungen um insgesamt 3,1 Mrd. € höher ausfielen, als sie ohne diese Leistungen gewesen wären. Das reale BIP wäre ohne die Maßnahmen um 0,5 bis 1 Prozentpunkt geringer gewesen¹⁷⁾.

Eine erste Einschätzung der **Reaktionen der Unternehmen** auf die Hilfsmaßnahmen wurde durch Sonderbefragungen im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests in der Zeit zwischen April und August 2020 möglich. Als besonders hilfreich wurde die COVID-19-Kurzarbeit eingestuft, den Fixkostenzuschuss hatte zur Zeit der Befragung erst eine Minderheit der Unternehmen in Anspruch genommen. Die Liquiditätshilfen wurden heftig kritisiert, dennoch spielten sie offensichtlich eine wichtige Rolle (Hözl et al., 2020).

Die skizzierten Analysen verdeutlichen einen allgemeinen Befund: Zur umfassenden Abschätzung der Auswirkungen von COVID-19-Maßnahmen – wie auch wirtschaftspolitischer Interventionen im Allgemeinen – bedarf die Forschung eines unbeschränkten **Zugangs zu Registerdaten** und anderen Statistiken. Dies ist bislang leider nur in unzureichendem Maße gewährleistet und es besteht derzeit mehr denn je Handlungsbedarf seitens der zuständigen Stellen.

1.7 Die Wirkung auf die öffentlichen Haushalte

Die Regierung versah die angekündigten wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit einem zum Teil sehr großzügig bemessenen¹⁸⁾ Budgetrahmen. Mit Stand Ende 2020 addierten sich die budgetierten Teilpositionen für die diversen COVID-19-Hilfsprogramme auf 49,6 Mrd. € (Loretz – Pitlik – Schratzenstaller, 2021), verteilt auf mehrere Jahre. Hinzu kommen konjunkturbelebende Maßnahmen im Ausmaß von 11,6 Mrd. € für die Jahre 2020 und 2021 (Bundesministerium für Finanzen, 2020).

Das Bundesministerium für Finanzen veröffentlicht monatlich in einer eigenen COVID-19-Berichterstattung die für die einzelnen Programme tatsächlich ausgezahlten Beträge¹⁹⁾²⁰⁾. Der **Ausschöpfungsgrad der Teilbudgets** variiert beträchtlich zwischen den Ausgabenkategorien. Der Rahmen kleinerer, eher sozialpolitisch orientierter Maßnahmen wurde voll ausgeschöpft, z. B. für die Einmalzahlung für Arbeitslose oder für den Kinderbonus. Andere, sehr hoch budgetierte Maßnahmen wurden nur in geringem Maß abgerufen. Aufgrund des Abrechnungsmodus

daher mehrfach erhöht. Ebenso führte die hohe Inanspruchnahme der Investitionsprämie rasch zur Notwendigkeit einer Nachdotierung.

¹⁹⁾ <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/das-budget/budget-2020.html>.

²⁰⁾ Eine genauere Analyse dieser Daten erfolgt in einem eigenen Beitrag im vorliegenden Heft (Loretz – Pitlik – Schratzenstaller, 2021).

hinken die Auszahlungen für die COVID-19-Kurzarbeit den Genehmigungen deutlich hinterher; es ist damit zu rechnen, dass eine Verlängerung der Kurzarbeit über März 2021 hinaus zum Teil aus den bisher genehmigten Budgetansätzen finanziert werden kann.

Der Fixkostenzuschuss wurde in mehreren Tranchen beschlossen und kann bis weit in das Jahr 2021 hinein abgerufen werden. Der Budgetrahmen von insgesamt 12 Mrd. € wurde bis Ende 2020 nur zu einem sehr kleinen Teil in Anspruch genommen, und es ist offen, ob er jemals zur Gänze ausgeschöpft werden wird.

Dadurch entstehende budgetäre Spielräume ermöglichen der Regierung eine gewisse Flexibilität bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen; diese ist auch im Bundeshaushalt 2021 vorgesehen.

Die Budgetspielräume können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die **Wirkungen der COVID-19-Krise auf die öffentlichen Haushalte** in Österreich dramatisch sind. Die Folgen der politischen Ankündigung zu Krisenbeginn, zur Abfederung der Rezession nahezu unbegrenzt finanzielle Mittel bereitzustellen ("Koste es, was es wolle"), lassen sich anhand von makroökonomischen Daten illustrieren. Diese zeigen eine in der Zweiten Republik einmalige Entwicklung: Hatte Österreich 2019 für den öffentlichen Sektor insgesamt noch einen **Maastricht-Budgetüberschuss** von +0,7% und eine Staatsverschuldung von 70,4% des BIP erreicht, so änderte

sich die Situation für die Folgejahre dramatisch: Für 2020 erwartet das WIFO in seiner Prognose vom Dezember 2020 ein **Maas-tricht-Defizit** von -10,1% sowie eine Staatsverschuldung von 85,7% des BIP. Für 2021 wird je nach Szenario von einem Budgetdefizit zwischen -5,5% und -6,2% und von einer **Staatsverschuldung** zwischen 85,4% und 87,7% des BIP ausgegangen (Schiman, 2021).

Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und im internationalen Vergleich sind diese Werte nicht dramatisch. Dennoch ist es bemerkenswert, dass dieser Kurs von einer Regierung eingeschlagen wurde, die sich ursprünglich einen ausgeglichenen Staatshaushalt und eine deutliche Senkung der Abgabenlast zum Ziel gesetzt, und dies im Regierungsprogramm festgeschrieben hatte.

Ob die tatsächliche budgetäre Entwicklung den Prognosen entsprechen wird, hängt vor allem von der Dauer und Intensität der Pandemie im Jahr 2021 ab. Die WIFO-Prognosen gehen für den öffentlichen Sektor von einer "No-Policy-Change"-Annahme aus; in der Zukunft liegende politische Beschlüsse, die einkommen- oder ausgabenrelevant sind, können nicht einfließen. Die WIFO-Prognosen beruhen auf der Annahme eines Abklingens der COVID-19-Pandemie im Jahr 2021, so dass die Gesundheitspolitik in der zweiten Jahreshälfte keine relevanten Einschränkungen der Wirtschaftsaktivitäten mehr setzen muss.

Budgetdefizit und Staatsverschuldung steigen infolge der COVID-19-Krise in einem historisch einmaligen Ausmaß. Über die Berechtigung dieser Entwicklung herrscht breiter wirtschaftspolitischer Konsens.

2. Ausblick: Wirtschaftspolitik in der Zeit nach COVID-19

Vordringlichste Aufgabe der Politik für 2021 ist, die gesundheitliche Krise zu beenden. Je länger die Pandemie andauert, desto länger müssen Hilfsmaßnahmen fortgeführt werden, desto größer sind die wirtschaftliche Krise und die Belastungen für die öffentlichen Haushalte.

Die Wirtschaftspolitik wird sich im Jahr 2021 aber nicht nur damit befassen können, die durch die COVID-19-Krise entstandenen Schäden zu beheben. Sie wird sich auch einer Reihe von **grundsätzlichen Problemen der österreichischen Wirtschaft** widmen müssen, die durch die COVID-19-Pandemie monatelang überdeckt wurden und deren Lösung in die Zukunft verschoben wurde. Die nachstehende Auflistung der Themen ähnelt daher der Punktation vom Jänner des Vorjahres (Badelt, 2020, S. 12ff). Im Wesentlichen geht es darum

- sich in **Europa verstärkt zu engagieren** und die **Strukturprobleme des österreichischen Außenhandels** zu lösen,
- die durch die COVID-19-Krise entstandenen Unsicherheiten zu reduzieren und die Forschungs- und Technologiepolitik in ein

Feld **kohärenter Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit** einzubinden,

- neben der **Langzeitarbeitslosigkeit** einer Reihe weiterer **gesellschaftspolitischer Fehlentwicklungen** im Umfeld der Arbeitswelt entgegenzuwirken,
- die vorhandenen Ansätze in der **Umweltpolitik** zu einem **umfassenden Prozess der Transformation** weiter zu entwickeln,
- die **öffentlichen Haushalte** wieder zu stabilisieren und dabei **Strukturprobleme**, welche die nachhaltige Entwicklung des öffentlichen Sektors gefährden, zu lösen.

Durch mehrere Maßnahmenfelder ziehen sich mit der **Alterung der Gesellschaft** und der **Digitalisierung** zwei Herausforderungen, die den sozioökonomischen Wandel der Gesellschaft in vielfacher Hinsicht prägen.

2.1 Herausforderungen durch ein neues internationales Umfeld

Das internationale Umfeld der österreichischen Wirtschaft unterliegt einem tiefgreifenden Wandel. Dies betrifft zunächst die **Euro-päische Union** selbst, die sich nicht nur auf

Die COVID-19-Krise drängte in Österreich wichtige wirtschaftspolitische Themen in den Hintergrund; sie müssen 2021 dringend angegangen werden.

die Zeit nach dem Brexit einstellen muss, sondern auch eine Reihe neuer Aufgaben zu bewältigen hat, z. B. die im Europäischen Aufbauplan vorgesehene Anleihenvergabe. Auch in der **Steuerpolitik** sind wichtige Vorhaben weiter zu verfolgen, etwa die Arbeiten an einer effektiven Besteuerung der Gewinne multinationaler Unternehmen im Allgemeinen und von Digitalunternehmen im Besonderen.

Österreich sollte sich im eigenen Interesse verstärkt in den anstehenden wirtschaftspolitischen Diskussionen auf EU-Ebene engagieren.

Von großer Bedeutung sind auch die Arbeiten an **innovativen Eigenmitteln**, die in den kommenden Jahren zur Finanzierung des EU-Wiederaufbaufonds eingeführt werden sollen. So soll die Europäische Kommission bis Juni 2021 Vorschläge für einen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und eine Digitalsteuer vorlegen, die spätestens 2023 eingeführt werden sollen. Ebenfalls bis Mitte 2021 soll ein auf dem Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) basierendes System von Eigenmitteln entwickelt werden. Bis Mitte 2024 sollen weitere neue Eigenmittel vorgeschlagen werden, die etwa auf einer Besteuerung von Finanztransaktionen oder einer Harmonisierung der Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer basieren könnten. Auch ein Vorschlag für die längst überfällige Revision der Energiesteuerrichtlinie soll erarbeitet werden.

Da die Ausgestaltung all dieser Themen auf die österreichische Politik rückwirkt, wäre es im nationalen Interesse Österreichs, sich bei deren Bearbeitung engagiert einzubringen. Dies gilt auch für Bestrebungen zu einer Neuformulierung der **Fiskalregeln**, die durch die Auswirkungen der COVID-19-Krise an Fahrt gewinnen werden.

Auch die weltwirtschaftlichen Entwicklungen bergen Unsicherheiten bzw. neuartige Herausforderungen. Die COVID-19-Krise verstärkte **protektionistische Tendenzen**, die schon im Zuge der Globalisierungsdiskussion aufgekeimt waren, zeigte sie doch die Nachteile einer Versorgungsrisiken ignorierenden internationalen Arbeitsteilung, etwa bei der Bereitstellung von Medikamenten oder ähnlich dringend benötigten Produkten. Die Versorgungsprobleme könnten durch eine Neuorientierung der **europäischen Industriepolitik** beseitigt werden. Die dahinterstehenden Haltungen entsprechen allerdings protektionistischen Tendenzen, wie sie vor allem durch die USA stark propagiert wurden. Auch wenn die Biden-Administration wohl in manchen Punkten von der Politik Trumps abweichen dürfte, ist eine Liberalisierung der Handelsbeziehungen zwischen Europa und den USA nicht ausgemacht.

Unsicherheiten bezüglich weiterer **Handelskonflikte** und zur Zukunft der WTO sowie die weitere Umsetzung des Brexit-Austrittsabkommens, das am 1. Jänner 2021 in Kraft trat, werden das außenwirtschaftliche Umfeld weiter belasten.

Das Phase-I-Abkommen (vgl. *FIW*, 2020) zwischen China und den USA birgt für die EU und Österreich die **Gefahr von Handelsumlenkungen**. Generell hat sich die EU im Wettstreit zwischen den USA und China nicht deutlich positioniert und noch keine stringente Gegenposition zur erstarkenden **Macht Chinas** – siehe etwa das Projekt "Neue Seidenstraße" oder die Strategie "Made in China 2025" – entwickelt.

Die österreichische Wirtschaft wird sich in ihrem Exportverhalten mit diesen neuen Bedingungen arrangieren und stärker **neue Märkte auch außerhalb Europas** bedienen müssen. Als spezifische außenwirtschaftliche Herausforderungen sind vor allem zu nennen:

- Die **Strukturprobleme in der Exportwirtschaft** sind zu lösen, z. B. in der Kfz- bzw. der teilweise sehr spezialisierten Autozulieferindustrie, die sich auf die notwendigen Anpassungsprozesse durch den **Technologiewandel** (E-Mobilität) einstellen muss. Die hohe Spezialisierung in technologisch und wirtschaftlich eng verflochtenen Branchen erhöht Klumpenrisiken bei einer ungünstigen Entwicklung oder einer Verschiebung der Nachfrage. Ein großer Bedeutungsgewinn elektrischer Antriebe im Individualtransport würde daher nicht nur einzelne Produktlinien im Exportwarenkorb, sondern die gesamte österreichische Zulieferindustrie sowie weite Teile vor- und nachgelagerter Branchen treffen.
- Eine Sicherung der **Resilienz internationaler Liefer- und Wertschöpfungsketten**, eine Gewährleistung der Versorgungssicherheit für kritische Produkte sowie die Reduktion der Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten (Lieferländern) müssen nicht zwingend durch Rückverlagerung und Verkürzung der Lieferketten mittels verstärkter heimischer oder europäischer Produktion erreicht werden. Möglich sind auch eine breitere geographische Diversifikation der Lieferketten oder eine verstärkte Lagerhaltung.

2.2 Neue Impulse für die Technologie- und Forschungspolitik zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes

Die durch die COVID-19-Pandemie verursachte Unsicherheit und der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität werden das Produktivitätswachstum aufgrund der Einschränkung der F&E-Ausgaben langfristig dämpfen. Auf Basis der im April 2020 vorgelegten Prognose des realen BIP und des Arbeitsvolumens schätzt das WIFO die **Verlangsamung des Wachstums der F&E-Investitionen** gegenüber 2019 auf knapp 5 Prozentpunkte (vgl. *Reinstaller*, 2020). Demnach hätten die F&E-Ausgaben des Unternehmenssektors für 2020 etwa stagniert. Allerdings wirkt sich bereits eine Abschwächung der

Die anstehenden Herausforderungen auf den Weltmärkten erfordern eine Neuorientierung des österreichischen Exportverhaltens.

Eine antizyklische Ausweitung von Innovations- und F&E-Förderungen ist notwendig.

Wachstumsdynamik negativ auf den Produktivitätspfad und die Beschäftigung im Unternehmenssektor aus. Da gegen Jahresende 2020 die Unsicherheit erneut zunahm, wird sich eine **antizyklische Ausweitung von Innovations- und F&E-Förderungen** als notwendig erweisen, um Innovationstätigkeiten wieder anzustoßen, da derzeit auch von Zinssenkungen kaum mehr Impulse zu erwarten sind (Benigno – Fornaro, 2018, Friesenbichler et al., 2020).

Dies weist auf ein grundsätzliches Problem für die Zeit nach Überwindung der COVID-19-Pandemie hin: Maßnahmen der Bundesregierung zur Sicherung von Liquidität der Unternehmen und Beschäftigung sollten nur als Überbrückungs- und Anpassungshilfen verstanden werden. Sonst besteht die Gefahr einer Entstehung von **"Zombie-Unternehmen"**, die auch längerfristig nur mehr mit staatlicher Hilfe überleben. Solche Unternehmen ziehen Ressourcen von gesunden Teilen der Wirtschaft ab und dämpfen den Erholungsprozess und das Produktivitätswachstum. Auch aus diesem Grund sind öffentliche Förderungen für Grundlagenforschung und Innovation auszuweiten und rasch auszahlbar; daneben sind spezifische Förderungen für Investitionen notwendig, um eine kontinuierliche Produktivitätssteigerung sicherzustellen.

Dass sich die krisenbedingte Unsicherheit sehr negativ auf das Investitions- und Innovationsverhalten der Unternehmen und damit auf die langfristige Wettbewerbsfähigkeit auswirkt, konnte das WIFO auch empirisch belegen. Wie mehrere Befragungswellen des WIFO-Konjunkturtests im Krisenverlauf zeigten, beabsichtigen etliche Unternehmen, geplante Investitionsvorhaben aufzuschieben oder zu verwerfen (Hözl et al., 2020).

Investitionsförderung und Standortpolitik sollten daher zu einer **kohärenten Strategie zwischen unterschiedlichen Feldern der Wirtschaftspolitik** und Ressorts entwickelt werden. So sind Maßnahmen der Exportförderung mit Forschungsförderung sowie mit bildungs- und standortpolitischen Ansätzen zu verbinden. Der Digitalisierung und digitalen Technologien sollte dabei besonderes Augenmerk zukommen. In der Praxis bedeutet das:

- Digitalisierungspotentiale sind auszuschnöpfen und entsprechende Defizite zu beseitigen (vgl. dazu Hözl, 2019).
- Investitionen in die österreichische IKT-Infrastruktur sind auszuweiten, auch über EU-Programme. Sicherheitsbedenken und mangelnde technologische

Standards bilden z. B. ein Diffusionshemmnis für Industrie 4.0-Technologien (Hözl et al., 2019)²¹⁾.

- Risikoreiche F&E und Innovationen – insbesondere solche, die unterschiedliche Technologie- und Anwendungsfelder verknüpfen – sind zu fördern.
- Investitionen in die Ausbildung akademischer und nichtakademischer Fachkräfte und in die Steigerung der technologischen Kompetenzen der Beschäftigten sowie der Schülerinnen und Schüler sind zu verstärken. Dies beinhaltet eine Requalifizierungsoffensive mit Fokus auf digitale Kompetenzen für Personen mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko²²⁾.
- Darüber hinaus bedarf es der Standortpolitik zur Stärkung der Kompetenzbasis. Der Fokus sollte auf Direktinvestitionen mit potentiell hohen Spillover- oder Demonstrationseffekten liegen, die von Maßnahmen zur Einbettung der Unternehmen in das nationale Innovations- und Produktionssystem flankiert werden sollten.

2.3 Neue Schwerpunktsetzungen im Bereich der Arbeitswelt

Die COVID-19-Krise verursachte auf dem Arbeitsmarkt die schwersten Probleme seit der Nachkriegszeit. Erfahrungen aus vergangenen Krisen lassen befürchten, dass die Arbeitslosigkeit nach Krisenende auf höherem Niveau verharren wird als vor Beginn der Krise. Darüber hinaus hat die COVID-19-Krise noch andere Auswirkungen auf die Arbeitswelt und zieht Herausforderungen nach sich, denen sich die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Jahr 2021 stellen muss.

Das erste Themenfeld betrifft die **Langzeitarbeitslosigkeit** bzw. allgemein die Verfestigung der Arbeitslosigkeit. Einerseits werden Instrumente zur Reintegration von Langzeitbeschäftigungslosen in den Arbeitsmarkt nötig sein; die Arbeitsmarktpolitik wird jedoch andererseits auch **präventiv** tätig sein müssen: Etwa im Bereich der Gesundheitspolitik, durch die Schaffung von altersgerechten Arbeitsplätzen oder von Anreizen, die der Freisetzung von älteren Arbeitskräften entgegenwirken. Eine wichtige Rolle spielen dabei **Qualifizierungsmaßnahmen**, umso mehr, als in Österreich in manchen Berufen nach wie vor ein beträchtlicher **Fachkräftemangel** herrscht. Daher wird es etwa nötig sein, auch über 50-Jährige gezielt weiterzubilden, um sie auch für das fortgeschrittene Erwerbsalter mit den erforderlichen Qualifikationen auszustatten.

Je größer das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit ist, desto mehr entsteht die Notwendigkeit für **direkte Beschäftigungspolitik**, z. B.

Tätigkeiten oder an Tätigkeiten angesprochen, die zunehmend durch den Einsatz von KI-Applikationen unterstützt werden. Daher adressiert die Requalifizierung auch klassische qualifizierte Dienstleistungsberufe.

Exportförderung ist mit Forschungsförderung sowie bildungs- und standortpolitischen Maßnahmen zu verbinden; besonders im Hinblick auf die Digitalisierung.

Langzeitarbeitslosigkeit ist durch Prävention, Qualifizierungsmaßnahmen und direkte Beschäftigungspolitik zu bekämpfen.

²¹⁾ Vgl. <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/9b64a034-8e58-11e9-9369-01aa75ed71a1>.

²²⁾ Damit sind vor allem Gering- und Mittelqualifizierte in Berufen mit einem hohem Anteil an standardisierten

durch **Beschäftigungsprojekte** mit eigenen Stellen zur Reintegration von Langzeitarbeitslosen. Für manche Altersgruppen sind diese Projekte von besonderer Relevanz: Sei es für junge Langzeitarbeitslose, um nicht die Fähigkeit, ein geordnetes Arbeitsleben zu führen, zu verlieren; sei es für Ältere in den letzten Jahren vor Erreichung des Pensionsalters. Einschlägige politische Experimente wären auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen statt Maßnahmen unter ideologischen Gesichtspunkten zu diskutieren, wie dies z. B. bei der "Aktion 20.000" der Fall war.

Ein besonderes Problemfeld bezieht sich auf die **Zukunftschancen der Jugendlichen**. Zur im Kapitel 1.5 erwähnten generellen Verschärfung der Arbeitsmarktsituation (z. B. durch das Fehlen von Ferienstellen) kam in den meisten Regionen Österreichs ein **Mangel an Lehrstellen**, der Schulabgängerinnen und Schulabgängern den Zugang zu einer Berufsausbildung erschwerte. Weiters litten Kinder und Jugendliche unter den **Schulschließungen**. Diese ziehen hohe individuelle und gesellschaftliche Kosten nach sich und wirken im weiteren Leben der Betroffenen direkt (über Einkommenseinbußen) oder indirekt nach. Besonders betroffen dürften Kinder am Beginn der formalen Schulausbildung sein, die umfassende Unterstützung beim Erlernen des Lernens benötigen (Bock-Schappelwein – Famira-Mühlberger, 2020). Das Problem ist umso gravierender für Kinder aus bildungsfernen Familien (oft mit Migrationshintergrund), denen es während der Schließungsphasen an der nötigen Unterstützung mangelt.

Da im Jahr 2020 an weniger als der Hälfte aller Schultage ein regulärer Präsenzunterricht stattfand, verschärfte sich vor allem für diese benachteiligten Gruppen die schon bisher bestehende Gefahr, Bildungsziele, z. B. in Schreiben, Lesen oder Mathematik, zu verfehlen (Bock-Schappelwein – Huemer, 2017). Dies ist nicht nur für den weiteren Lebensweg der Betroffenen problematisch, sondern auch für die Volkswirtschaft, weshalb es 2021 wichtig sein wird, mögliche negative Langzeitfolgen der Krise durch **gezielte Bildungsangebote** abzumildern.

Das System des **"Home Office"** führte zu Herausforderungen technischer wie gesellschaftlicher Natur, warf **arbeitsrechtliche Fragen** auf, die etwa um den Einsatz privater Ressourcen wie Computer oder Mobiltelefone für dienstliche Zwecke kreisten und begründete **geschlechtsspezifische Belastungen**, die den Keim einer Renaissance **traditioneller Geschlechterrollen** in sich tragen. So sind Frauen häufiger der erhöhten Doppelbelastung durch Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung bzw. Heimunterricht ausgesetzt (Mader et al., 2020, Berghammer – Beham-Rabanser, 2020, Berghammer, 2020A, 2020B). Offensichtlich übernehmen sie auch während der COVID-19-Krise den überwie-

genden Teil der unbezahlten Arbeit (Bock-Schappelwein – Famira-Mühlberger – Mayrhuber, 2020).

Sollte Home Office auch nach Ende der Krise verstärkt zum Einsatz kommen, könnte dies den Druck, sich einer Doppelbelastung auszusetzen, selbst dann verstärken, wenn Bildungseinrichtungen wieder geöffnet sind. Eine **emanzipatorische Gesellschaftspolitik**, die auf die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben abzielt, muss verstärkt Anreize setzen, um Frauen in die Erwerbsarbeit einzubeziehen, z. B. durch den Ausbau von Kinderbetreuungsangeboten oder durch Änderungen im Steuerrecht.

Der Druck zur Etablierung von Home-Office-Arbeitsplätzen brachte jedoch auch **positive Impulse für die Digitalisierungsbemühungen von Unternehmen**. Digitale Skills bzw. eine entsprechende technologische Ausstattung rückten sowohl für Unternehmen als auch für viele Arbeitskräfte und Familien unvermittelt in den Fokus. Insofern war mit der COVID-19-Krise auch ein Modernisierungsschub verbunden.

Anhand der Tätigkeitsprofile von Berufen lässt sich das **Home-Office-Potential in Österreich** berechnen. Für Home Office geeignet sind vor allem Berufe mit nichtmanuellem Tätigkeitsschwerpunkt ohne persönlichen Kundenkontakt sowie mit kognitivem Routine-Schwerpunkt (z. B. Büro-tätigkeiten). 2019 dürften in Österreich rund 45% aller unselbständigen Beschäftigungsverhältnisse ein Home-Office-Potential aufgewiesen haben (Bock-Schappelwein – Firgo – Kügler, 2020). Dem steht die tatsächliche Nutzung gegenüber: Nur 22% der Beschäftigten arbeiteten 2019 zumindest manchmal von zuhause aus. Im europäischen Vergleich (z. B. Schweden 37%) besteht damit in Österreich noch Spielraum nach oben – eine Diagnose, die einen wichtigen Teilaspekt der **Digitalisierungsstrategie in Österreich** anspricht und die entsprechende Initiativen nach sich ziehen sollte (Kügler et al., 2020), freilich unter Beachtung unerwünschter gesellschaftspolitischer Nebenfolgen (vgl. Bock-Schappelwein – Firgo – Kügler, 2020).

Die für Home Office geeigneten Berufe unterliegen – in Abhängigkeit vom spezifischen Tätigkeitsbündel – jedoch auch einem besonderen **Konkurrenzdruck durch "Digital Migrants"** – also durch Personen in Niedriglohnländern, die solche Tätigkeiten über das Internet anbieten. Die COVID-19-Krise könnte daher auch zu neuartigen Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt führen (vgl. Baldwin, 2019, Kapitel 5).

2.4 Neustart für eine umfassende Klimapolitik

Die Umwelt- und Klimaproblematik rückte im Jahr 2020 aufgrund der COVID-19-Krise

Die infolge der COVID-19-Maßnahmen populär gewordenen Formen des "Home Office" sind mit Blick auf eine emanzipatorische Gesellschaftspolitik zu gestalten.

Home Office kann Teil einer breiteren Digitalisierungsstrategie werden; sein Potential ist teilweise noch ungenutzt.

etwas in den Hintergrund – zu Unrecht, da die Probleme nicht kleiner geworden sind. Deshalb ist es dringend geboten, im anlaufenden Jahr einen markanten Schwerpunkt auf eine umfassende Klimapolitik zu legen.

Die **Ausgangssituation** ist kritisch. Die österreichische Volkswirtschaft ist weit davon entfernt, klimaneutral zu sein. Im Jahr 2019 wurden 80,4 Mio. t **Treibhausgase** ausgestoßen; binnen 20 Jahren sollte dieser Wert auf Null sinken. Zwar gingen durch die COVID-19-Maßnahmen weltweit Produktion und Konsum und damit auch die Emissionen zurück: Auch in Österreich dürften die Treibhausgasemissionen 2020 gegenüber dem Vorjahr deutlich abgenommen haben (Sinabell – Sommer – Streicher, 2020). Doch ist dieser

Effekt nicht nachhaltig, da der für 2021 erwartete Wirtschaftsaufschwung wieder zu einem Anstieg der Emissionen führen wird, wie dies auch nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 der Fall war (Köppel et al., 2020).

Bei einer **Gesamtbetrachtung der Lebenssituation** in Österreich zählt die Umweltthematik zu den wenigen kritisch zu bewertenden Faktoren, wie dies z. B. das von Statistik Austria publizierte Indikatorset "Wie geht's Österreich" belegt (Statistik Austria, 2020). Das Set enthält auch Indikatoren, die Rückschlüsse auf die Ursachen der Treibhausgasemissionen erlauben, z. B. zu Verkehr, Materialverbrauch oder Bodenversiegelung (Abbildung 8).

Die Ausgangssituation der österreichischen Volkswirtschaft in Bezug auf die Treibhausgasemissionen ist kritisch und zeigt dringenden Handlungsbedarf auf.

Abbildung 8: **Hauptergebnisse des Indikatorsets "Wie geht's Österreich" 2020**



Q: Statistik Austria (2020, S. 18). Positive Werte entsprechen einer günstigen Bewertung.

Auf der politischen Ebene ist die Ausgangssituation durch ein ambitioniertes Regierungsprogramm (vgl. Kapitel 1.2) und durch erste Schwerpunktsetzungen im Haushalt 2021 gekennzeichnet, die sich auf umweltrelevante öffentliche Investitionen und die Förderung einschlägiger privater Investitionen (Investitionsprämie) beziehen. Darauf aufbauend sind nunmehr auf einer breiteren Basis konkrete und aufeinander abgestimmte Aktivitäten zu setzen, die einen **umfassenden Transformationsprozess der österreichischen Wirtschaft** einleiten.

Im Hinblick auf die marktwirtschaftlichen Lenkungs- und Anreizeffekte stellt die für 2022 geplante ökosoziale Neuorientierung des Abgabensystems mittels Einführung einer CO₂-Bepreisung einen Schlüsselfaktor dar. Es gilt, klare **Preissignale auf Emissionen** auszusenden und die Preisentwicklung für einen längerfristigen Entwicklungspfad festzulegen, um den Unternehmen und Haushalten entsprechende Verhaltensanpassungen zu ermöglichen, die nicht zulasten des Wirtschaftsstandortes bzw. der Wettbewerbsfähigkeit gehen. Zu diesem Zweck braucht es **politische Grundsatzentscheidungen**, z. B. zur

In der Umweltpolitik ist ein umfassender Transformationsprozess der österreichischen Wirtschaft einzuleiten.

Bemessungsgrundlage von Steuern – einschließlich der Entscheidungen über bisherige Steuern mit Emissionsbezug –, zur Höhe der Emissionsbepreisung im Zeitverlauf und zur Verwendung der durch die Abgaben erzielten Einnahmen. Diese ist mit den Zielen zur Höhe der Abgabenlast insgesamt und zur Finanzierung klimarelevanter Investitionen abzustimmen.

Empirisch orientierte Forschung zu den Auswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen sollte Teil des Transformationsprozesses sein.

Aufgrund der Komplexität dieser Fragen und der **Vielzahl der involvierten Stakeholder** ist ein **Ablaufplan des Transformationsprozesses** zu entwerfen, der auch die institutionellen Besonderheiten Österreichs berücksichtigt, z. B. die Rolle der Länder und Gemeinden, sowohl hinsichtlich der Zuständigkeiten als auch hinsichtlich der Geldflüsse, die sich aus dem Finanzausgleich ergeben.

Die Länder und Gemeinden setzen schon jetzt eine Vielzahl von Aktivitäten, die in einem Transformationsprozess zur Nachhaltigkeit eine entscheidende Rolle spielen. Dazu gehören z. B. die Planung sowie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energieträger oder die Waldsanierung und Aufforstung²³⁾. Der öffentliche Sektor ist zudem durch sein eigenes Verhalten einer der wesentlichsten Gestalter des Transformationsprozesses: Der Kapitalstock von Fuhrpark, Anlagen und Gebäuden im öffentlichen Sektor sollte systematisch und beständig in Richtung Klimaneutralität umgestaltet werden.

Umfang und Bedeutung des Transformationsprozesses fordern auch die **empirisch orientierte Forschung** heraus. Während zu den prinzipiellen Wirkungszusammenhängen rund um die Klimaproblematik umfangreiche Evidenz vorliegt, wird zur besseren Fundierung politischer Entscheidungen viel Forschungsarbeit zu leisten sein. Dies betrifft insbesondere die Klärung (un-)gewollter **Auswirkungen umweltpolitischer Maßnahmen**, z. B. auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen oder die Wettbewerbsfähigkeit; auch der Bedarf an Umstrukturierung der Beschäftigung bzw. der Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte wird dadurch sichtbar. Der Transformationsprozess sollte auf der Evidenz eines umweltökonomischen Forschungsprogrammes ruhen.

2.5 Neue und alte Herausforderungen für die öffentlichen Haushalte

Die Situation der öffentlichen Haushalte wird im Jahr 2021 erheblich von den Maßnahmen zur Bewältigung der COVID-19-Krise bestimmt (vgl. Kapitel 1.7). Die Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik haben sich durch die Wirtschaftskrise deutlich verschärft.

Auf den ersten Blick geht es vor allem um die Frage, wie rasch und mit welcher Konsequenz das historisch einmalig hohe Maastricht-Defizit wieder an ein **ausgeglichenes Budget** herangeführt werden kann und soll. Wenn auch in den Wirtschaftswissenschaften über die Notwendigkeit eines "Nulldefizits" keine Einigkeit besteht, so wird doch nicht bezweifelt, dass ein Finanzierungssaldo des Staates von mehr als –10% des BIP selbst beim herrschenden Niedrigzinsniveau kein Dauerzustand sein sollte. Ebenso offensichtlich kann ein Defizit nicht nur durch den Aufschwung der Wirtschaft innerhalb einiger Jahre abgebaut werden, wenn die öffentliche Hand zugleich Beschlüsse trifft, die zu einer Ausgabenerhöhung führen. Die mittelfristige Prognose des WIFO geht – abhängig von der weiteren Entwicklung des Infektionsgeschehens, aber stets unter der Annahme "No Policy Change" – für das Jahr 2025 von einem Defizit zwischen 1,0% und 2,4% des BIP aus (Baumgartner et al., 2020B).

Ähnliches gilt für die **Staatsverschuldung**. Im Szenario "No Policy Change" würde sich für das Jahr 2025 eine Staatsverschuldung zwischen 80,1% und 93,2% des BIP ergeben (Baumgartner et al., 2020B). Damit stellt sich die Frage nach einem Zeithorizont für den Abbau der Staatsverschuldung, z. B. auf das gemäß Maastricht-Kriterien zulässige Niveau.

Selbst wenn das "Herauswachsen" aus Budgetdefiziten und hohen Schuldenquoten zur politischen Maxime erhoben wird, wäre eine Diskussion über künftige **Schwerpunktsetzungen bei den öffentlichen Ausgaben** unvermeidbar, denn sowohl im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise als auch aus anderen Gründen ergibt sich erheblicher Ausgabenbedarf oder werden zumindest Forderungen nach **Zusatzausgaben der öffentlichen Hand** laut.

Viele Herausforderungen im Gefolge der COVID-19-Krise ziehen letztlich neue Staatsausgaben nach sich. Dies gilt z. B. für die Arbeitsmarktpolitik, für die Forschungs- und Technologieförderung und für viele Aspekte der Klimapolitik; für letztere umso mehr, wenn man beabsichtigt, die ohnehin nur langsam wachsenden Einnahmen aus einer Bepreisung von Emissionen durch die Senkung anderer Abgaben auszugleichen.

Dazu kommen andersartige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Probleme, die schon seit längerer Zeit einer Lösung harren. Viele von ihnen stehen im Zusammenhang mit dem **demographischen Wandel**. Dazu gehören insbesondere die Pflegeproblematik, aber auch die Frage nach einem vertretbaren Niveau der öffentlichen Ausgaben für Pensionen, sowie einige Aspekte des Gesundheitswesens. Zur Verbesserung des Wirtschaftsstandortes sind Investitionen in

Die finanzpolitische Planung für die Zeit nach Bewältigung der COVID-19-Pandemie muss rasch beginnen und sollte mit der Festlegung von Prioritäten anheben.

Der demographische Wandel lässt die Staatsausgaben ansteigen; dies ist bei der Finanzplanung mit zu bedenken.

²³⁾ Für Details vgl. Kletzian-Slamanig – Sinabell (2021).

Forschung und Technologie, in den Ausbau der für die Digitalisierung nötigen Infrastruktur und in Bildung erforderlich, etwa um sicherzustellen, dass grundlegende Bildungsziele erreicht werden, und um einem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Natürlich wird die Dringlichkeit und Priorisierung dieser Ausgabenkategorien in unterschiedlichen politischen Lagern verschieden gesehen. Allerdings entwickeln die Ausgaben in vielen Bereichen (z. B. Pensionssystem) eine Eigendynamik. Bestimmte Themen, wie etwa die Pflegeproblematik, können von der Politik nicht ignoriert werden. Dazu kommt die – auch im Regierungsprogramm verankerte – politische Zielsetzung einer **Senkung der Abgabenquote**, die dem Anliegen von Ausgabensteigerungen diametral entgegengesetzt ist.

Dieser gordische Knoten kann nur durch eine Diskussion von **Prioritäten bei den Staatsausgaben** und -aufgaben aufgelöst werden, die auch das unpopuläre Thema von Ausgabenkürzungen in weniger dringlichen Bereichen berücksichtigt. Ausgabenkürzungen könnten ihre politische Sprengkraft verlieren, wenn im öffentlichen Sektor Effizienzsteigerungen erzielt werden können. Solche wären nicht nur durch das allgemeine und oft verwendete Schlagwort der "Verwaltungsreform", sondern auch durch **Strukturreformen** erreichbar, die systeminhärente Anreize zur Sparsamkeit in sich tragen. So könnte z. B. im Bereich des Föderalismus schon eine Zusammenführung von Ausgaben- und Einnahmenverantwortung, eine damit verbundene Bereinigung der Aufgaben und deren möglichst eindeutige Zuordnung die erwünschte Wirkung erzielen.

Die Umsetzung solcher Strukturreformen muss politische Widerstände überwinden. Bislang

waren diese offensichtlich zu stark, um tatsächliche Änderungen zu bewirken, wie z. B. an der nicht umgesetzten Reform der Kompetenzverteilung zwischen den Gebietskörperschaften erkennbar ist. Auch ohne Verfassungsänderung könnten allerdings manche Verbesserungen durch einen neuen **Finanzausgleich** erreicht werden, der an sich 2021 zur Neuverhandlung anstünde. Beispiele dafür wären eine verbesserte Koordination von Förderungen, eine Reform der Grundsteuer, eine gemeinsame Vorgangsweise in der Pflegebedarfsplanung oder eine Änderung der Gemeindefinanzierung. Die Einnahmen der Gemeinden sind sehr konjunkturabhängig, wodurch sich wirtschaftliche Krisen stark auf die Gemeindehaushalte auswirken. Die Gemeinden sind allerdings bei externen Schocks kaum in der Lage, Haushaltskrisen aus eigener Kraft zu bewältigen. Selbst wenn – wie politisch angekündigt – der Finanzausgleich ein weiteres Jahr verlängert wird, sollte die dadurch gewonnene Zeit daher für die Aushandlung von Grundsatzreformen verwendet werden.

Die Einmahnung von Strukturreformen im öffentlichen Sektor stellt eine Art "**Ceterum Censeo**" der Wirtschaftsforschung dar. In der Rückschau zeigt sich, dass diese Forderung schon sehr oft erhoben wurde. Unter den Bedingungen der Ausgangslage der öffentlichen Haushalte nach der COVID-19-Krise wären, sofern keine Strukturreformen umgesetzt werden, allerdings nur drei Wege einer Sanierung des Staatshaushaltes denkbar: Eine Erhöhung von Abgaben, eine Streichung bzw. Kürzung laufender Ausgaben oder die Inkaufnahme höherer Defizite – auch in Phasen der Prosperität. Alle drei Wege wären hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit kritisch zu bewerten.

Die angestrebten Ziele der Finanzpolitik lassen sich nur durch Effizienzsteigerungen im öffentlichen Sektor und die nötigen Strukturreformen erreichen.

3. Literaturhinweise

- Badelt, Ch., "Österreichs Wirtschaftspolitik an der Jahreswende. Rückblick und Herausforderungen in der Zukunft", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(1), S. 5-18, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62438>.
- Bachtrögler, J., Firgo, M., Fritz, O., Klien, M., Mayerhofer, P., Piribauer, P., Streicher, G., "Regionale Unterschiede der ökonomischen Betroffenheit von der aktuellen COVID-19-Krise in Österreich. Ein Strukturansatz auf Ebene der Bundesländer", WIFO Working Papers, 2020, 597, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65871>.
- Baldwin, R., The Globotics Upheaval. Globalization, Robotics, and the Future of Work, W&N, London, 2019.
- Baumgartner, J., Bierbaumer-Polly, J., Fink, M., Friesenbichler, K. S., Kaniowski, S., Klien, M., Loretz, S., Pitlik, H., Rocha-Akis, S., Sinabell, F., Schnabl, A., Lappöhn, S., Mateeva, L., Plank, K., Wimmer, L., Berger, J., Schwarzbauer, W., Strohn, L. (2020A), Ökonomische Bewertung der in der Regierungsklausur am 16. Juni 2020 vorgestellten Maßnahmen, WIFO-IHS-EcoAustria, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66415>.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., Glocker, C., Hyll, W., Pitlik, H. (2020B), "COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten. Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(10), S. 731-753, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66558>.
- Benigno, G., Fornaro, L., "Stagnation Traps", Review of Economic Studies, Oxford University Press, 2018, 85(3), S. 1425-1470.
- Berghammer, C. (2020A), Alles traditioneller? Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in der Corona-Krise, Universität Wien, 8. 5. 2020, <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog33/>.
- Berghammer, C. (2020B), Familienkonflikte in der Corona-Krise, Universität Wien, 8. 4. 2020, <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog06/>.

- Berghammer, C., Beham-Rabanser, M., Wo bleibt die Zeit? Bezahlte und unbezahlte Arbeit von Frauen und Männern in der Corona-Krise, Universität Wien, 15. 6. 2020, <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog57/>.
- Bilek-Steindl, S., Bock-Schappelwein, J., Glocker, Ch., Kaniowski, S., Koch, S., Sellner, R., Hochfrequente Konjunkturbeobachtung, WIFO-IHS, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66530>.
- Bock-Schappelwein, J., Eppel, R., Huemer, U., Hyll, W., Mahringer, H. (2020A), "Abgeschwächter Arbeitsmarktaufschwung 2019 und der COVID-19-Schock im Frühjahr 2020", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(5), S. 363-375, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66021>.
- Bock-Schappelwein, J., Eppel, R., Huemer, U., Hyll, W., Mahringer, H. (2020B), "COVID-19-Pandemie: Rückgang der Beschäftigung und Anstieg der Arbeitslosigkeit halten im April an", WIFO Research Briefs, 2020, (5).
- Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., "Ökonomische Folgen von Schulschließungen", WIFO Research Briefs, 2020, (18).
- Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Mayrhuber, Ch., "COVID-19: Ökonomische Effekte auf Frauen", WIFO Research Briefs, 2020, (3).
- Bock-Schappelwein, J., Firgo, M., Kügler, A., "Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Home-Office-Potential", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(7), S. 527-538, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66198>.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., "Österreich 2025 – Die Rolle ausreichender Basiskompetenzen in einer digitalisierten Arbeitswelt", WIFO-Monatsberichte, 2017, 90(2), S. 131-140, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/59295>.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Hyll, W. (2020A), "COVID-19: Beschäftigungssituation – Bilanz nach einem halben Jahr COVID-19-Pandemie", WIFO Research Briefs, 2020, (16).
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Hyll, W. (2020B), "COVID-19-Pandemie: Weniger Sommerjobs für Jugendliche im Juli", WIFO Research Briefs, 2020, (10).
- Bock-Schappelwein, J., Mayrhuber, Ch., "Selbständige", in Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Hrsg.), COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich, Wien, 2020, S. 211-239.
- Bundeskanzleramt, Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020-2024, Wien, 2020, <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/die-bundesregierung/regierungsdokumente.html>.
- Bundesministerium für Finanzen, Strategiebericht 2021-2024, Wien, 2020.
- Fink, M., Moreau, C., Rocha-Akis, S., "Auswirkungen der Covid-19-Krise auf die Einkommenslage der privaten Haushalte", in Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Hrsg.), COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich, Wien, 2020, S. 44-59.
- FIW, FIW-Jahresgutachten. Die österreichische Außenwirtschaft, Wien, 2020, https://fiw.ac.at/fileadmin/Documents/Publikationen/Jahresgutachten2020/FIW_Jahresgutachten_2020_final.pdf.
- Friesenbichler, K. S., Janger, J., Kügler, A., Reinstaller, A., Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Forschungs- und Innovationsaktivität, WIFO, Wien, 2020.
- Fritz, O., Ehn-Fragner, S., "COVID-19-Krise stoppt dynamische Expansion im Tourismus", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(11), S. 835-844, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66655>.
- Glocker, Ch., "Schwäche der Weltwirtschaft dämpft Konjunktur in Österreich. Prognose für 2020 und 2021", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(1), S. 19-31, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/62439>.
- Heitzmann, K., "Armut und soziale Ausgrenzung während der COVID-19 Pandemie", in Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Hrsg.), COVID-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich, Wien, 2020, S. 60-87.
- Heschl, G., "Anna Parr im Gespräch: Die Caritas ist ein soziales Fieberthermometer", 2020, <https://www.meinekirchenzeitung.at/kaernten-sonntag/c-gesellschaft-soziales/die-caritas-ist-ein-soziales-fieberthermometer-a12081> (abgerufen am 15. 12. 2020).
- Hözl, W., "Herausforderungen für kleinere Unternehmen durch die Digitalisierung. Bestandsaufnahme und Prioritäten", WIFO-Monatsberichte, 2019, 92(9), S. 685-695, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61968>.
- Hözl, W., Klien, M., Kügler, A., Friesenbichler, K., "Umsatzentwicklung, Investitionsverhalten und Erwartungen bezüglich der Normalisierung. Ergebnisse der vierten Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2020", WIFO-Konjunkturtest, Sonderausgabe 2020, (4).
- Hözl, W., Bärenthaler-Sieber, S., Bock-Schappelwein, J., Friesenbichler, K. S., Kügler, A., Reinstaller, A., Reschenhofer, P., Dachs, B., Risak, M., Digitalisation in Austria. State of Play and Reform Needs, WIFO-AIT, Wien, 2019, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61892>.
- Kletzan-Slamanic, D., Sinabell, F., "Der Beitrag der Konjunkturbelebung zur Transformation. Einordnung von Maßnahmen der Bundesländer", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(1), S. 67-78, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66833>.
- Köpl, A., Schleicher, St., Schratzenstaller, M., Steininger, K. W., "COVID-19, Klimawandel und Konjunkturpakete", WIFO Research Briefs, Wien, 2020, (1).
- Kügler, A., Friesenbichler, K. S., Hözl, W., Reinstaller, A., "Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2019", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(3), S. 207-215, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/65835>.
- Loretz, S., Pitlik, H., Schratzenstaller, M., "Bundeshaushalt und Staatsschuld in der COVID-19-Krise. Bundesvoranschlag 2021 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2021 bis 2024", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(1), S. 53-65, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66832>.

- Mader, K., Derndorfer, J., Disslbacher, F., Lechinger, V., Six, E., Genderspezifische Effekte von COVID-19, Wirtschaftsuniversität Wien, 2020, <https://www.wu.ac.at/vw3/forschung/laufende-projekte/genderspezifische-effektevon-covid-19>.
- Pitlik, H., Fritz, O., Streicher, G., Ökonomische Bedeutung der Kulturwirtschaft und ihre Betroffenheit in der COVID-19-Krise, WIFO, Wien, 2020.
- Reinstaller, A., "Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(6), S. 449-460, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66144>.
- Schiman, St., "Kompensation hoher Wertschöpfungseinbußen. Prognose für 2020 bis 2022", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(1), S. 25-38, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66830>.
- Sinabell, F., Sommer, M., Streicher, G., "Abschätzung der Verringerung der Treibhausgasemissionen aufgrund des Konjunkturerinbruchs", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(8), S. 599-607, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66288>.
- Statistik Austria, Wie geht's Österreich?, Indikatoren und Analysen sowie Covid-19-Ausblick, Wien, 2020.
- Szigetvari, A., "Entschädigungen für Restaurants und Hotels: Auf der Butterseite des Lockdowns?", Der Standard, 2020, <https://www.derstandard.at/story/2000121475725/entschaedigungen-fuer-restaurants-und-hotels-auf-der-butterseite-des-lockdowns> (abgerufen am 15. 12. 2020).
- Wolfmayr, Y., Versorgungsengpässe bei medizinischer Schutzausrüstung, WIFO, 3. 4. 2020, https://www.wifo.ac.at/news/versorgungsengaesse_bei_medizinischer_schutzausruestung.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

1/2021 **Beschäftigung 2020: Bilanz nach einem Jahr COVID-19-Pandemie**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie hinterließen deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Nach den drastischen Einbußen im Frühjahr 2020 gingen mit dem Wiederhochfahren der Wirtschaft und der Belebung des Sommertourismus die Beschäftigungsverluste zurück. Aufgrund des erneuten Lockdown im November und des hinausgeschobenen Beginns der Wintersaison im Tourismus zu Jahresende sank die Beschäftigung jedoch abermals und lag Ende Dezember 2020 um 3,3% unter dem Vorjahresniveau. Im Jahresdurchschnitt 2020 – d. h. einschließlich der Zeit bis zum ersten Lockdown im März – betrug der Rückgang der aktiv unselbständigen Beschäftigung 2,0%. Besonders von Arbeitsplatzverlusten betroffen waren junge Menschen sowie Arbeiterinnen und Arbeiter; nach Wirtschaftsbereichen büßten neben dem Tourismus der Arbeitskräfteverleih, die Reisebranche (Reisebüros, Reiseveranstalter), die kontaktintensiven Bereiche Freizeit, Kultur und persönliche Dienstleistungen sowie der Verkehr am stärksten an Beschäftigten ein.

Jänner 2021 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66814>

Frühere Ausgaben

19/2020 **Hochfrequenzkonjunkturanalyse bis Mitte November 2020**

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Christian Glocker, Serguei Kaniovski

November 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66565>

18/2020 **Ökonomische Folgen von Schulschließungen**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Famira-Mühlberger

November 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66599>

17/2020 **Makroökonomische Effekte des zweiten Lockdown in Österreich**

Josef Baumgartner, Walter Hyll, Hans Pitlik, Stefan Schiman

November 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66582>

16/2020 **COVID-19: Beschäftigungssituation – Bilanz nach einem halben Jahr COVID-19-Pandemie**

Julia Bock-Schappelwein, Ulrike Huemer, Walter Hyll

Oktober 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66565>

15/2020 **Hochfrequenzkonjunkturanalyse vom September 2020**

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Christian Glocker, Serguei Kaniovski

September 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66527>

14/2020 **Hochfrequenzkonjunkturanalyse vom August 2020**

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Christian Glocker, Serguei Kaniovski

August 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66526>

13/2020 **Hochfrequenzkonjunkturanalyse vom Juli 2020**

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Christian Glocker, Serguei Kaniovski

Juli 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66525>

12/2020 **COVID-19-Pandemie: Sommertourismus dämpfte Beschäftigungsverluste**

Julia Bock-Schappelwein, Oliver Fritz, Ulrike Huemer, Walter Hyll

September 2020 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66422>

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

Kompensation hoher Wertschöpfungseinbußen

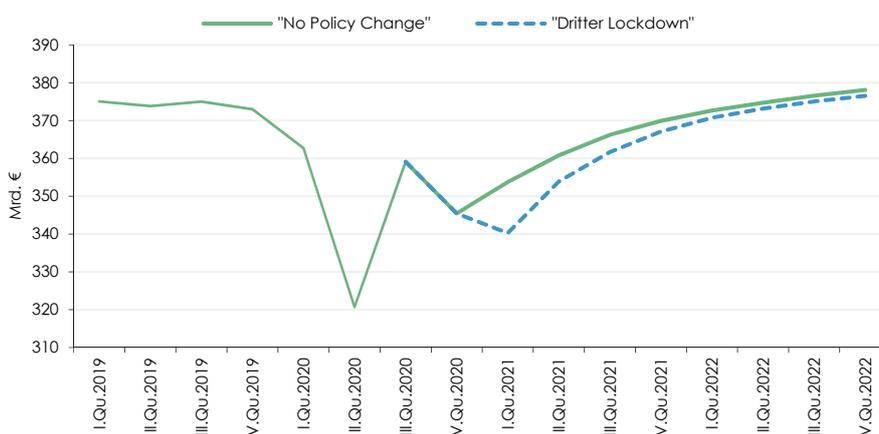
Prognose für 2020 bis 2022

Stefan Schiman

- Die Konjunktur erholte sich im Sommer 2020 in Österreich aus dem ersten COVID-19-Einbruch überdurchschnittlich kräftig.
- Der zweite Lockdown drückt die Wirtschaftsaktivität 2020 wieder, aber – aufgrund der geringeren Betroffenheit der Industrie – weniger als der erste.
- Ohne weiteren Lockdown wird für 2021 ein Wirtschaftswachstum von 4,5% prognostiziert, mit einem dritten Lockdown von 2,5%. Die Krise würde in beiden Szenarien erst 2022 überwunden werden.
- Ohne weiteren Lockdown würde der Wintertourismus aufgrund der anhaltenden Reisewarnungen stark eingeschränkt, mit einem dritten Lockdown würde er ganz ausfallen.
- In beiden Szenarien geht die Arbeitslosigkeit, die 2020 trotz Kurzarbeit deutlich gestiegen ist, 2021 nur langsam zurück.
- Erst in der wärmeren Jahreszeit und mit der Durchimpfung der Bevölkerung können sich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten wieder normalisieren.

BIP-Verlauf in den Szenarien "No Policy Change" und "Dritter Lockdown"

BIP real, saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat, annualisiert



"Aufgrund anhaltender Reisewarnungen werden sich die Gastronomie und Hotellerie – die Branchen mit den bisher höchsten Einbußen – nur langsam erholen. Von einem dritten Lockdown wären sie besonders betroffen."

Das Szenario "Dritter Lockdown" berücksichtigt – im Gegensatz zum Szenario "No Policy Change" – einen weiteren Lockdown im I. Quartal 2021. Die Konjunkturerholung setzt daher erst später ein. Ein geringfügiger Wertschöpfungsverlust bleibt bis zum Ende des Prognosezeitraums bestehen (Q: WIFO, Statistik Austria; bis zum III. Quartal 2020 realisierte Werte).

Kompensation hoher Wertschöpfungseinbußen

Prognose für 2020 bis 2022

Stefan Schiman

Kompensation hoher Wertschöpfungseinbußen. Prognose für 2020 bis 2022

Die Konjunktur erholte sich im Sommer 2020 in Österreich auch im internationalen Vergleich außerordentlich kräftig. Der zweite Lockdown drückt die Wirtschaftsaktivität 2020 wieder, aber – da die Industrie weniger betroffen ist – schwächer als der erste. Insgesamt sank das reale BIP 2020 um 7,3%, und die Arbeitslosigkeit stieg trotz der Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit um ein Drittel. Ohne weiteren Lockdown ("No Policy Change") dürfte das BIP 2021 um 4,5% wachsen, mit einem dritten Lockdown um 2,5%. Insbesondere der Wintertourismus wird aufgrund der anhaltenden Reisewarnungen in der bevorstehenden Saison empfindlich eingeschränkt bzw. fällt aus. Erst in der wärmeren Jahreszeit und mit der Durchimpfung der Bevölkerung können sich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten wieder normalisieren. Die Arbeitslosigkeit bleibt 2022 jedenfalls über dem Vorkrisenniveau.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 16. 12. 2020

Kontakt: Stefan Schiman, MSc (stefan.schiman@wifo.ac.at)

Compensation of High Economic Losses. Economic Outlook for 2020 to 2022

In the summer of 2020, economic recovery in Austria was extraordinarily strong, even by international standards. The second lockdown depresses economic activity again in 2020, but – since industry is less affected – by less than the first. Overall, real GDP fell by 7.3 percent in 2020 and unemployment rose by one-third despite the use of COVID-19 short-time work. Without a further lockdown ("no policy change"), GDP is expected to grow by 4.5 percent in 2021; and by 2.5 percent with a third lockdown. Upcoming winter tourism in particular will be severely curtailed due to the ongoing travel warnings, or even fully cancelled. Only in the warmer season and with the vaccination coverage of the population can social and economic activities return to normal. In any case, unemployment will remain above the pre-crisis level in 2022.

Die Wirtschaftsleistung brach in Österreich 2020 stark ein. Der BIP-Rückgang fiel aber mit –7,3% (Prognose) weniger heftig aus, als es die Gegebenheiten der letzten Wochen – der Lockdown seit Anfang November in unterschiedlicher Intensität – vermuten ließen. In seiner Prognose von Anfang Oktober erwartete das WIFO bereits einen Rückgang um 6,8%. Die relativ geringe Prognoserevision für 2020 hat im Wesentlichen zwei Ursachen:

- Die Erholung fiel im Sommer kräftiger aus als erwartet und war, gemessen an der Tiefe des vorangegangenen Einbruchs, auch im internationalen Vergleich überdurchschnittlich. Der kräftige Rebound war neben der großzügigen Lockerung von Maßnahmen zur Einschränkung der COVID-19-Pandemie auch auf die expansive Wirtschaftspolitik zurückzuführen, die die Einkommen der privaten Haushalte und damit die Konsumnachfrage stabilisierte, sowie auf die rasche

Erholung des Welthandels, von der der Außenhandel und in der Folge die Industrieproduktion und die Investitionen profitierten.

- Die solide Entwicklung des Welthandels erklärt auch, warum die Konjunktur vom zweiten Lockdown seit November 2020 weniger beeinträchtigt wird als vom ersten. Die internationalen Lieferketten wurden aufrechterhalten, Fabriken nicht geschlossen und angebotsseitige Produktionshemmnisse in der Industrie vermieden. Der zweite Lockdown wirkt sich hauptsächlich in den Dienstleistungsbranchen aus und hat daher geringere gesamtwirtschaftliche Effekte als der erste.

Unter den aktuellen Rahmenbedingungen dürfte der Mittelwert des Prognoseintervalls – im Gegensatz zur üblichen Annahme – nicht dem Wert mit der höchsten Eintrittswahrscheinlichkeit entsprechen. Vielmehr erscheint ein bimodales Prognoseintervall

plausibel, also eine Bandbreite mit zwei wahrscheinlichen Ergebnissen: Entweder bleiben die gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen unverändert ("No Policy Change"), und im I. Quartal 2021 folgt eine Erholung aus dem aktuellen Lockdown. Oder im I. Quartal wird ein neuerlicher Lockdown verhängt, sodass ein Rebound erst im II. Quartal einsetzt, aber verhältnismäßig kräftiger ausfällt:

- Im Szenario "Dritter Lockdown" wird ein vollständiger Lockdown von vier Wochen ab Ende Jänner 2021 angenommen und ein anschließender teilweiser Lockdown bis Ende März 2021 mit weiterhin geschlossenen Gaststätten und Beherbergungsbetrieben. Das BIP würde dadurch im I. Quartal 2021 weiter abnehmen, und die Konjunkturerholung würde sich verzögern. Mit der Schließung des Handels würde die Inanspruchnahme von COVID-19-Kurzarbeit wieder zunehmen, während das jährliche Ende der Wintertouris-

mussaison insbesondere die Saisonarbeitslosigkeit vorübergehend erhöhen würde.

- Im Szenario "No Policy Change" ohne dritten Lockdown wäre im I. Quartal 2021 ein Niveausprung der Wirtschaftsleistung zu erwarten, da Betriebe, die Ende 2020 über mehrere Wochen schließen mussten, wieder aktiv wären. Dies betrifft zum einen den Einzelhandel, wenngleich Nachholkäufe teilweise schon vor Weihnachten erfolgen, zum anderen die Gastronomie und, in schwächerem Ausmaß, das Beherbergungswesen. Beherbergungsbetriebe würden die Wertschöpfungsverluste nur sehr langsam kompensieren, da Reisewarnungen wichtiger Herkunftsländer ausländische Gäste noch bis einschließlich Februar 2021 von einem Urlaub in Österreich abhalten werden. Der Rebound würde daher nach dem zweiten Lockdown insgesamt schwächer ausfallen als nach dem ersten oder einem allfälligen dritten.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose – Szenario "No Policy Change"

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,4	- 7,3	+ 4,5	+ 3,5	
Herstellung von Waren	+ 3,7	+ 5,3	+ 0,7	- 7,7	+ 5,5	+ 3,7	
Handel	+ 0,1	+ 2,9	+ 0,6	- 6,3	+ 5,7	+ 1,5	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	- 8,3	+ 5,9	+ 3,0	
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,0	+ 1,1	- 0,4	- 3,5	+ 6,0	+ 2,5	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,0	- 5,0	+ 4,0	+ 2,9	
Ausrüstungen ²⁾	+ 5,4	+ 4,1	+ 4,3	- 6,5	+ 4,7	+ 3,6	
Bauten	+ 2,5	+ 3,6	+ 3,6	- 3,2	+ 3,1	+ 2,1	
Exporte, real	+ 4,9	+ 5,5	+ 2,9	- 11,6	+ 5,2	+ 7,3	
Warenexporte, fob	+ 4,9	+ 5,4	+ 2,1	- 8,3	+ 6,0	+ 4,3	
Importe, real	+ 5,3	+ 5,0	+ 2,4	- 11,0	+ 6,2	+ 6,0	
Warenimporte, fob	+ 4,4	+ 3,8	+ 1,1	- 8,7	+ 6,2	+ 4,0	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,3	+ 4,3	+ 3,2	- 6,1	+ 6,1	+ 5,2	
	Mrd. €	369,34	385,36	397,58	373,41	396,22	416,93
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	1,4	1,3	2,8	2,6	2,2	3,0
Verbraucherpreise		+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6
Dreimonatszinssatz	in %	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,3
Sekundärmarktrendite ³⁾	in %	0,6	0,7	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 0,8	0,2	0,7	- 10,1	- 5,5	- 3,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 2,0	+ 2,5	+ 1,6	- 2,0	+ 1,3	+ 2,0
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		5,5	4,9	4,5	5,4	5,1	4,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		8,5	7,7	7,4	9,9	9,3	8,5

Q: WIFO. 2020 bis 2022: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Labour Force Survey. – ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Im Jahresverlauf 2021 dürften zuerst die steigenden Außentemperaturen und spätestens in der zweiten Jahreshälfte auch die Durchimpfung der Bevölkerung wieder mehr gesellschaftliche und damit wirtschaftliche Aktivitäten zulassen, die Rückkehr zu einem normalen Sozialverhalten ermöglichen und

damit die Konjunkturerholung stützen. Auf Basis dieser Annahme wird für 2021 im Szenario "No Policy Change" eine BIP-Wachstumsrate von 4,5% und im Szenario "Dritter Lockdown" von 2,5% prognostiziert. Die krisenbedingten Wertschöpfungsverluste werden in beiden Szenarien erst 2022 kompen-

siert. Die Arbeitslosenquote, die 2020 trotz breiter Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit um 2,5 Prozentpunkte auf 9,9% stieg, wird 2021 in beiden Szenarien auf 9,3%

zurückgehen. Das Budgetdefizit dürfte von rund 10% des BIP 2021 auf etwa 5,5% (Szenario "No Policy Change") bzw. 6,2% (Szenario "Dritter Lockdown") sinken.

Zwischen dem Wirtschaftswachstum und der Veränderung der Lockdown-Intensität besteht ein negativer Zusammenhang. Die Stärke des Wirtschaftseinbruchs ist aber ein besserer Indikator für den darauffolgenden Rebound.

1. COVID-19-Pandemie prägt die Weltwirtschaft

Die erste Welle der COVID-19-Pandemie und die damit einhergehenden Eindämmungsmaßnahmen (vor allem Grenz-, Geschäfts- und Fabrikschließungen) sowie das Social Distancing hatten weltweit einen drastischen Rückgang der Wirtschaftsleistung zur Folge. Der Warenhandel sank im 1. Halbjahr 2020 gegenüber 2019 um 8,8%, die Industrieproduktion um 7,3%. Zwischen der Intensivierung der Maßnahmen und der Stärke des Einbruchs zeigte sich ein Zusammenhang: Je schärfer der Lockdown in einem Land, desto

höher waren tendenziell die Wertschöpfungsverluste. So wurde in Finnland und Südkorea der Lockdown im II. Quartal nur leicht verschärft, die Wirtschaftsleistung verringerte sich in diesen Ländern dementsprechend um 4% bzw. 3% gegenüber dem Vorquartal. Im Vereinigten Königreich und in Mexiko hingegen wurden die Maßnahmen deutlich gestrafft, und die Wertschöpfung brach um 20% bzw. 17% ein.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2019 in %		2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Waren-	Welt-BIP ²⁾	BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
	exporte ¹⁾							
EU 27	66,7	15,4	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,5	- 6,9	+ 4,4	+ 3,0
Euro-Raum	51,5	12,5	+ 2,6	+ 1,9	+ 1,3	- 7,5	+ 4,8	+ 3,1
Deutschland	29,3	3,5	+ 2,6	+ 1,3	+ 0,6	- 5,1	+ 3,4	+ 2,3
Italien	6,4	2,0	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,3	- 9,3	+ 6,1	+ 2,4
Frankreich	4,4	2,4	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,5	- 9,3	+ 6,8	+ 2,4
MOEL 5 ³⁾	14,7	1,8	+ 4,7	+ 4,7	+ 3,8	- 4,8	+ 3,2	+ 2,7
Ungarn	3,6	0,2	+ 4,3	+ 5,4	+ 4,6	- 6,6	+ 3,0	+ 2,4
Tschechien	3,5	0,3	+ 5,2	+ 3,2	+ 2,3	- 6,9	+ 2,7	+ 2,4
Polen	3,4	1,0	+ 4,8	+ 5,4	+ 4,5	- 3,4	+ 3,1	+ 2,4
USA	6,7	15,9	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,2	- 3,9	+ 3,1	+ 2,2
Schweiz	5,0	0,5	+ 1,6	+ 3,0	+ 1,1	- 3,7	+ 3,1	+ 2,0
Vereinigtes Königreich	2,9	2,4	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,3	- 11,3	+ 4,2	+ 3,2
China	2,9	17,4	+ 6,9	+ 6,7	+ 6,1	+ 1,8	+ 7,9	+ 5,0
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		52	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,2	- 3,2	+ 5,2	+ 3,4
Exportgewichtet ⁵⁾	84		+ 2,8	+ 2,3	+ 1,7	- 6,4	+ 4,4	+ 3,0
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+ 6,5	+ 4,4	+ 1,4	- 7,8	+ 7,5	+ 4,0
Annahmen zur Prognose								
Erdölpreis								
Brent, \$ je Barrel			54,3	71,0	64,3	43	48	49
Wechselkurs								
Dollar je Euro			1,129	1,181	1,120	1,15	1,18	1,18
Internationale Zinssätze								
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %			0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %			0,3	0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,3

Q: WIFO. 2020 bis 2022: Prognose. – 1) Österreichische Warenexporte. – 2) Kaufkraftgewichtet. – 3) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – 4) EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2019. – 5) EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2019. – 6) Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – 7) Mindestbietungssatz.

Der negative Zusammenhang zwischen Lockdown-Intensität und Wirtschaftswachstum galt auch im III. Quartal 2020: Je mehr der Lockdown in einem Land gelockert wurde, desto höher war tendenziell der Rebound nach dem Einbruch. So waren etwa die Lockerungen in Schweden und in Japan gering, die Wertschöpfung nahm in

diesen Ländern um nur 5% zu. In der Slowakei und in Österreich wurden die strengen Maßnahmen hingegen großzügig gelockert, und der BIP-Rebound fiel entsprechend stärker aus (jeweils +12%).

Allerdings wurde der Zusammenhang zwischen Lockdown-Intensität und Wirtschafts-

wachstum im III. Quartal schwächer. Als besserer Indikator für die Stärke des Rebound erwies sich das Ausmaß des vorangegangenen Einbruchs. So waren etwa die Lockerungen in Mexiko und im Vereinigten Königreich fast so zurückhaltend wie in Japan und Schweden, aber das BIP stieg im III. Quartal um 12% bzw. 15,5% – da es im II. Quartal empfindlich geschrumpft war. Umgekehrt wuchs das BIP in Finnland nach der merklichen Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen im III. Quartal um nur etwas mehr als 3%, da es im II. Quartal wenig gesunken war.

Von den zehn wichtigsten Handelspartnern Österreichs verschärften Italien, Frankreich und die MOEL die Lockdown-Maßnahmen zuletzt wieder erheblich, Deutschland, die USA und die Schweiz weniger stark. Dementsprechend werden für die erste Gruppe im IV. Quartal 2020 stärkere Wertschöpfungseinbußen angenommen als für letztere, gefolgt von einem höheren Rebound. Das BIP dürfte daher in diesen Ländern insgesamt und exportgewichtet 2020 um 6,4% geschrumpft sein, im Euro-Raum um 7,5%; 2021 wird es um 4,4% bzw. 4,8% steigen.

2. Rebound im Sommer 2020 in Österreich stärker als erwartet

Der Rebound nach dem ersten Lockdown im Frühjahr fiel stärker aus als vom WIFO prognostiziert. Die Wirtschaftsleistung lag im III. Quartal 2020 um nur mehr 4% unter dem Vorjahresniveau und saisonbereinigt um 12% über dem Wert des Vorquartals. Wenn man das Ausmaß des Wirtschaftseinbruchs im 1. Halbjahr als Prädiktor für den Rebound im III. Quartal zugrunde legt – das Bestimmtheitsmaß dieses Zusammenhanges in einem Querschnitt von 40 Ländern liegt bei über 60% –, war die Erholung in Österreich überdurchschnittlich stark. Gemäß diesem Zusammenhang würde der BIP-Rückgang im 1. Halbjahr 2020 von –14% (II. Quartal 2020 gegenüber IV. Quartal 2019) im III. Quartal einen Zuwachs von nur gut 10% implizieren.

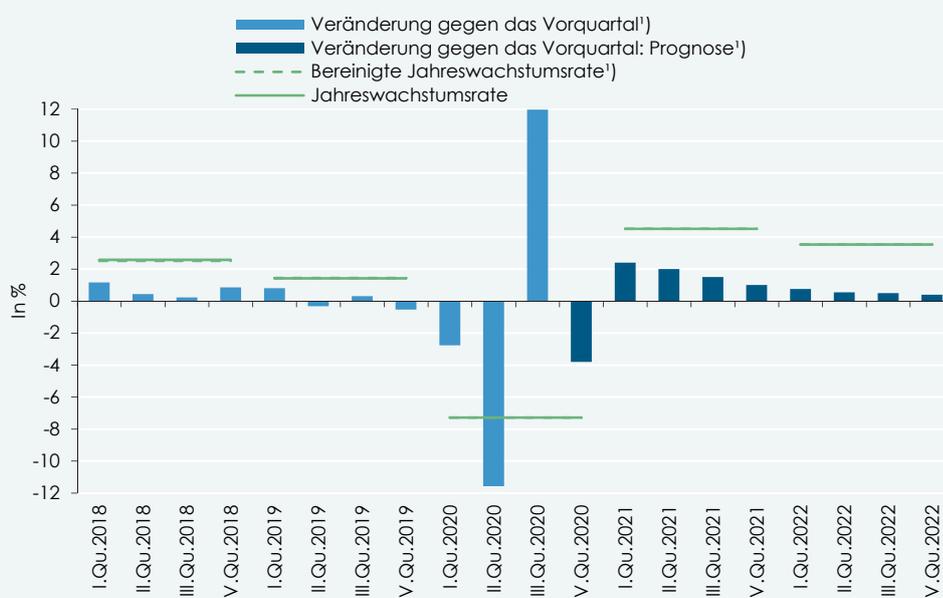
Die Konjunkturerholung kam im Sommer nahezu allen Wirtschaftsbereichen zugute. Die vom Lockdown besonders betroffene Touris-

musbranche (Beherbergung und Gastronomie) erholte sich deutlich, im Handel erreichte die Wertschöpfung sogar das Vorjahresniveau. Auch die Herstellung von Waren, die u. a. aufgrund der Unterbrechung der internationalen Lieferketten empfindlich geschrumpft war, wuchs kräftig, ebenso das Bauwesen. Weniger dynamisch war der Rebound in den Bereichen Verkehr und sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, insbesondere der Arbeitskräfteverleih blieb hinter der allgemeinen Entwicklung zurück. Die von den gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie weniger beeinträchtigten Bereiche wie Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und der öffentliche Sektor samt Gesundheitswesen und Erziehung entwickelten sich auch im Sommer 2020 stabil.

Die Konjunkturerholung war im Sommer 2020 in Österreich im internationalen Vergleich überdurchschnittlich und betraf fast alle Wirtschaftsbereiche.

Abbildung 1: Konjunkturbild Österreich – Szenario "No Policy Change"

BIP, real



Q: WIFO. – 1) Saison- und arbeitstagsbereinigt gemäß Eurostat.

Abbildung 2: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik – Szenario "No Policy Change"

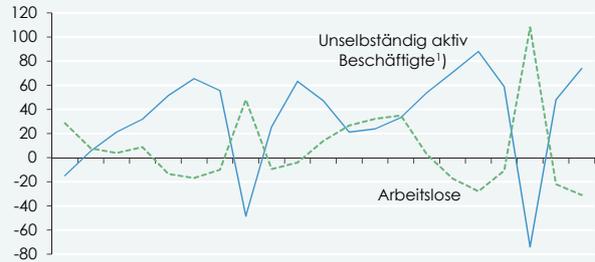
Wirtschaftswachstum

In %



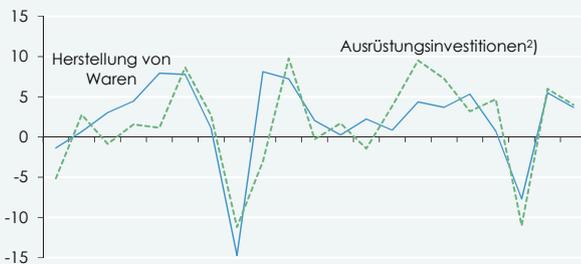
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



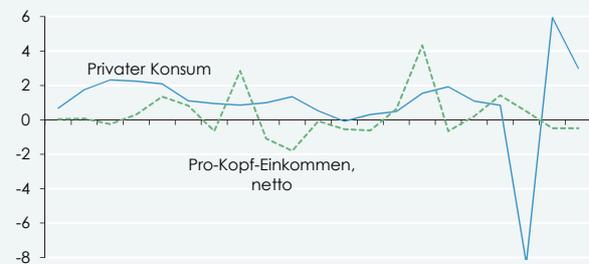
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



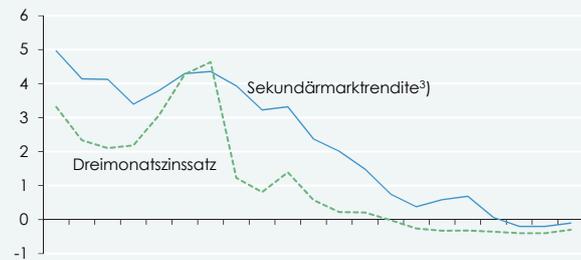
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



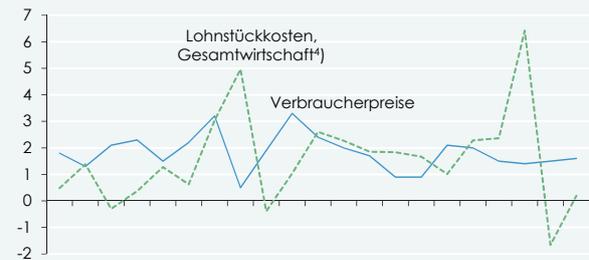
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



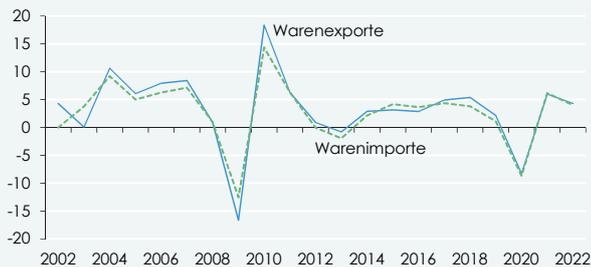
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO. 2020 bis 2022: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Beschäftigtenstatistik. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁵⁾ Q: Europäische Kommission.

Der besonders kräftige Rebound erfordert eine Aufwärtsrevision der Prognose für 2020, aber auch für 2021. In Kombination mit dem

Konjunkturmuster der WIFO-Prognose von Anfang Oktober 2020 würde sich für 2020 eine Jahresveränderungsrate des realen BIP

von -6,2% ergeben, für 2021 ein Zuwachs von 4,6% (WIFO-Prognose von Anfang Oktober -6,8% bzw. +4,4%). Der zweite Lockdown, der von Anfang November 2020 bis Anfang Jänner 2021 in unterschiedlicher Intensität in Kraft ist, erfordert jedoch eine Abwärtsrevision, die diese Aufwärtskorrektur überkompensiert.

2.1 Zweiter Lockdown dämpft die Wirtschaftsleistung 2020

Von 3. bis 16. November 2020 waren in Österreich gesundheitspolitische Maßnahmen in Kraft, ähnlich jenen in der ersten Maihälfte 2020 (Teil-Lockdown): Der gesamte Einzelhandel hatte geöffnet, persönliche Dienstleistungen waren erlaubt, Gastronomie und Hotellerie geschlossen und Veranstaltungen (weitgehend) untersagt. Von 17. November bis 6. Dezember wurden die Maßnahmen ähnlich dem ersten Lockdown im März und April 2020 verschärft (Voll-Lockdown); insbesondere musste der nicht systemrelevante Handel schließen, und es galten ganztägige Ausgangsbeschränkungen.

Die Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Effekte des zweiten Lockdown stützt sich auf den wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI), einen Hochfrequenzindikator zur Messung der aktuellen realwirtschaftlichen Aktivität in Österreich¹⁾. Mit dem Einsetzen des Teil-Lockdown sank der Index von -2,6% Ende Oktober (Kalenderwoche 44) auf -5,4% Anfang November (Kalenderwoche 45) und weiter auf -9,2% in der Kalenderwoche 46. Mit dem Inkrafttreten des Voll-Lockdown nahm die Wirtschaftsaktivität weiter ab, der WWWI sank auf bis zu -14,8% in der Kalenderwoche 49.

Insbesondere die Teilindikatoren für die Kreditkartenumsätze, für Hotelbuchungsanfragen, den Arbeitsmarkt und die Mobilitätsdaten waren zuletzt deutlich rückläufig, einige unterschritten sogar den Tiefpunkt aus dem ersten Lockdown. Zugleich ziehen die produktionsbezogenen Indikatoren merklich an. So nahmen zuletzt der Güterverkehr, der Stickstoffdioxidausstoß und der Stromverbrauch zu. In Summe zeigen die Teilindikatoren eine Zweiteilung der Konjunktur: Eine Fortsetzung der Konjunkturerholung in der Industrie steht einer abwärtsgerichteten Dynamik im Bereich der Marktdienstleistungen gegenüber.

¹⁾ Der WWWI wird mit Hilfe eines dynamischen Faktormodells erstellt und umfasst derzeit folgende Wochen- daten, Lkw-Fahrleistung, Stromverbrauch, Kreditkartentransaktionsvolumen, Arbeitslosigkeit, Stickstoffdioxidausstoß, Zahl und Volumen von Finanztransaktionen, Flugverkehr, Güterverkehr, Suchanfragen zu Hotelbuchungen, Google-Daten zur Mobilität (Einzelhandel und Erholung, Lebensmittelhandel und Apothe-

ken, Bahnhöfe, Arbeitsplätze) sowie Daten aus den Wochenauswertungen des WIFO-Konjunkturtests. Er wird als jährliche BIP-Veränderungsrate ausgewiesen: Ein Wert von +2% in einer bestimmten Woche bedeutet, dass ein BIP-Wachstum von 2% im Vergleich zum Vorjahresquartal erwartet würde, sofern die Bedingungen dieser Woche ein ganzes Quartal lang anhalten.

Im Folgenden wird das Szenario "No Policy Change" näher beschrieben. Angesichts der hohen Infektionszahlen zu Redaktionsschluss (16. Dezember 2020) nimmt die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Szenarios ab und jene eines dritten Lockdown zu. Die BIP-, Arbeitsmarkt- und Budgeteffekte eines dritten Lockdown werden in Kapitel 3 diskutiert.

2.2 Wirtschaft erholt sich 2021

Selbst wenn Teile der österreichischen Volkswirtschaft, insbesondere das Beherbergungswesen, Anfang 2021 noch stark unterausgelastet sein werden, ist im I. Quartal 2021 ein Rebound der Wirtschaftsleistung zu erwarten, weil der Handel sowie persönliche und sonstige Dienstleistungen nach der wochenlangen Schließung im IV. Quartal 2020 wieder zugelassen sind. Ähnlich wie nach dem ersten Lockdown ist mit Nachziehkäufen zu rechnen, da wieder ein erheblicher Konsumrückstau entstanden ist und die Einkommen der privaten Haushalte vom Staat gestützt werden. Insgesamt dürfte das reale BIP im I. Quartal 2021 gegenüber dem Vorquartal um 2,4% wachsen. Damit werden nur gut 60% des aktuellen Einbruchs wettgemacht. Der Rebound im III. Quartal 2020 kompensierte hingegen 73% der Einbußen im vorangegangenen Halbjahr.

Im weiteren Jahresverlauf werden sich mit der wärmeren Jahreszeit und später der Durchimpfung der Bevölkerung die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten wieder normalisieren. Nach dem Rebound zu Jahresbeginn flacht die Konjunktur etwas ab, die vierteljährliche BIP-Wachstumsrate sinkt auf 1% zum Jahresende. Im Durchschnitt sollte das reale BIP 2021 um 4,5% über dem Vorjahreswert liegen. 2022 wird sich die Expansion abgeschwächt fortsetzen (+3,5%), sodass die Wertschöpfung Mitte 2022 wieder das Vorkrisenniveau erreicht.

Der zweite Lockdown bewirkt eine "Double-Dip-Rezession" in Österreich und erfordert eine Abwärtsrevision der Prognose. Die Effekte des zweiten Lockdown sind kleiner als die des ersten, weil die Industrie kaum betroffen ist.

Der Rebound im I. Quartal 2021 wird schwächer sein als jener im Sommer 2020, da die Hotellerie und das Beherbergungswesen noch länger unterausgelastet sind.

Übersicht 3: Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP Szenario "No Policy Change"

		2019	2020	2021	2022
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	+ 0,9	- 0,3	- 0,4	+ 2,0
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	+ 0,2	- 7,4	+ 7,1	+ 2,2
Jahreswachstumsrate	in %	+ 1,4	- 7,3	+ 4,5	+ 3,5
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	+ 1,4	- 7,3	+ 4,5	+ 3,5
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	- 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0

Q: WIFO. 2020 bis 2022: Prognose. – ¹⁾ Effekt der unterjährig Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ²⁾ Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ³⁾ Saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – ⁴⁾ Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

2.3 Warenaußenhandel vom zweiten Lockdown wenig betroffen

Im Warenaußenhandel ist 2020 mit Marktanteilsverlusten zu rechnen, die sich durch negative Waren- und Länderstruktureffekte ergeben: Die Rezession im 1. Halbjahr 2020 traf zum einen einige Hauptmärkte Österreichs überdurchschnittlich (Frankreich, Italien, MOEL), zum anderen vor allem die für den österreichischen Export wichtigsten Warengruppen Maschinen und Fahrzeuge, Investitionsgüter sowie Metallwaren.

Im Gegensatz zum ersten Lockdown beeinträchtigt der zweite Lockdown den Waren-

außenhandel nur wenig. Die Warenexporte gehen viel weniger zurück als im Frühjahr, weil die Lieferketten aufrecht blieben und die Nachfrage auf wichtigen Zielmärkten, insbesondere Deutschland, USA und Schweiz, aber auch in Asien robust ist.

Auch 2021 sind noch Marktanteilsverluste zu erwarten, da die Wirtschaft wichtiger Handelspartner langsamer wächst als Märkte, auf denen Österreich weniger stark vertreten ist. Die Welthandelsentwicklung dürfte weiterhin durch das Handelswachstum in Asien bestimmt sein.

Übersicht 4: Entwicklung der Nachfrage – Szenario "No Policy Change"

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	263,11	247,77	259,32	265,59	+ 1,0	- 5,8	+ 4,7	+ 2,4
Private Haushalte ¹⁾	191,36	175,38	185,80	191,37	+ 0,8	- 8,3	+ 5,9	+ 3,0
Staat	71,75	72,37	73,51	74,21	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,0
Bruttoinvestitionen	94,79	86,70	90,68	94,06	+ 0,8	- 8,5	+ 4,6	+ 3,7
Bruttoanlageinvestitionen	91,68	87,07	90,54	93,18	+ 4,0	- 5,0	+ 4,0	+ 2,9
Ausrüstungen ²⁾	31,75	28,26	29,96	31,15	+ 4,7	- 11,0	+ 6,0	+ 4,0
Bauten	40,22	38,94	40,14	40,99	+ 3,6	- 3,2	+ 3,1	+ 2,1
Sonstige Anlagen ³⁾	19,72	19,82	20,41	21,02	+ 3,6	+ 0,5	+ 3,0	+ 3,0
Inländische Verwendung	359,24	334,58	351,28	360,97	+ 1,1	- 6,9	+ 5,0	+ 2,8
Exporte	214,54	189,73	199,57	214,22	+ 2,9	- 11,6	+ 5,2	+ 7,3
Reiseverkehr	16,85	9,63	10,24	15,55	+ 3,1	- 42,9	+ 6,4	+ 51,8
Minus Importe	199,72	177,68	188,63	200,01	+ 2,4	- 11,0	+ 6,2	+ 6,0
Reiseverkehr	9,11	4,01	4,59	7,95	+ 0,0	- 56,0	+ 14,4	+ 73,3
Bruttoinlandsprodukt	374,05	346,75	362,38	375,20	+ 1,4	- 7,3	+ 4,5	+ 3,5
Nominell	397,58	373,41	396,22	416,93	+ 3,2	- 6,1	+ 6,1	+ 5,2

Q: WIFO. 2020 bis 2022: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

2.4 Stabilisierung der Investitionsnachfrage steht noch bevor

Die aktuell vielfache Unsicherheit – drohende Insolvenzen, eine weitere COVID-19-Infektionswelle (siehe Szenario "Dritter Lock-

down", Kapitel 3) oder eine neuerliche Unterbrechung der Lieferketten – und die internationalen Rahmenbedingungen – drohender Hard Brexit, weitere Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und China – dämpfen die Investitionsneigung. Die Finanzierungsbedin-

gungen sind hingegen sehr gut. Die Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen liegen bei etwa 1,4% für Kredite über 1 Mio. € und werden auf absehbare Zeit aufgrund der akkommodierenden Geldpolitik niedrig bleiben.

Unterstützt wird die Investitionstätigkeit durch die Investitionsprämie, die von September 2020 bis Februar 2021 nicht-klimaschädliche materielle und immaterielle Neuinvestitionen in das Anlagevermögen fördert. Dies löst zwar Mitnahmeeffekte aus, aber auch Vorzieheffekte, die den Rückgang der Investitionen dämpfen. Zudem dürften einige bereits stornierte Projekte nun doch realisiert werden, da die Investitionsprämie einen beträchtlichen Investitionsanreiz setzt (7% des Investitionsvolumens plus 7% für Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Digitalisierung und Ökologisierung).

2.5 Solide Entwicklung im Bauwesen

Die Bauwirtschaft hat den COVID-19-Schock bereits überwunden und produzierte im III. Quartal 2020 wieder auf oder über dem Niveau des Vorjahres. Die mehrheitlich optimistische Stimmung verbesserte sich aber zuletzt nicht weiter. Wenngleich der zweite Lockdown das Bauwesen nicht betrifft, sind auch Einschränkungen der Bauproduktion zu erwarten. Im IV. Quartal 2020 dürfte die Expansion daher eher etwas schwächer ausfallen als im III. Quartal.

Die Entwicklung im Jahr 2021 hängt erheblich von der Investitionstätigkeit der Länder und Gemeinden ab. In vergangenen Krisen wurde diese durch den massiven Rückgang von Steuereinnahmen und Ertragsanteilen gedämpft. Das kommunale Investitionsprogramm des Bundes (1 Mrd. €) wirkt hier teilweise kompensierend.

Der zweite Lockdown beeinträchtigt die Investitionen und die Industrieproduktion zwar wenig, die Aufträge erholen sich aber nur schleppend, und der Auftragsüberhang vor Ausbruch der Krise ist weitgehend abgebaut.

Übersicht 5: Entwicklung der Bruttowertschöpfung – Szenario "No Policy Change"

Zu Herstellungspreisen

	2019	2020	2021	2022	2019	2020	2021	2022
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,30	4,34	4,34	4,34	- 0,8	+ 1,0	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	67,07	61,90	65,31	67,72	+ 0,6	- 7,7	+ 5,5	+ 3,7
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	10,21	9,70	10,09	10,24	+ 3,6	- 5,0	+ 4,0	+ 1,5
Bauwirtschaft	20,69	20,21	20,63	21,07	+ 2,7	- 2,3	+ 2,1	+ 2,1
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	39,10	36,64	38,73	39,31	+ 0,6	- 6,3	+ 5,7	+ 1,5
Verkehr	18,92	16,08	17,69	18,75	+ 1,6	-15,0	+10,0	+ 6,0
Beherbergung und Gastronomie	16,62	11,14	12,25	15,19	+ 2,1	-33,0	+10,0	+24,0
Information und Kommunikation	13,14	13,25	13,51	13,72	+ 3,7	+ 0,8	+ 2,0	+ 1,5
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	15,08	15,41	15,66	15,94	+ 3,0	+ 2,2	+ 1,6	+ 1,8
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,31	31,94	32,42	32,90	+ 1,2	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	32,98	28,03	30,55	32,39	+ 2,1	-15,0	+ 9,0	+ 6,0
Öffentliche Verwaltung ²⁾	56,05	56,22	56,50	56,79	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	8,96	7,17	8,24	8,65	+ 0,7	-20,0	+15,0	+ 5,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	334,29	311,77	325,55	336,76	+ 1,4	- 6,7	+ 4,4	+ 3,4
Bruttoinlandsprodukt	374,05	346,75	362,38	375,20	+ 1,4	- 7,3	+ 4,5	+ 3,5

Q: WIFO. 2020 bis 2022: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

2.6 Nach Abflachung wieder hohe Einbußen im Tourismus

Die massiven Nächtigungseinbußen in der Sommervoraison 2020 (Mai bis Juni –70% gegenüber dem Vorjahr) flachten in der Sommerhauptsaison (Juli bis August) deutlich ab (auf –14%). Im Herbst 2020 verringerte sich der Zustrom von Reisenden aufgrund des Anstieges der COVID-19-Infektionszahlen

und der Zunahme der Reisewarnungen erneut. Die Schließung von Gastronomiebetrieben und das Betretungsverbot für Beherbergungsbetriebe zu Tourismuszwecken, die aufgrund des zweiten Lockdown von 3. November 2020 bis voraussichtlich 7. Jänner 2021 gelten, bringen den Tourismus wieder zum Erliegen. Im gesamten Jahr 2020 liegt die Zahl der Nchtigungen um rund 37% unter dem Vorjahresniveau.

Anhaltende Reisewarnungen und das Ausbleiben inländischer Gäste werden den Wintertourismus massiv beeinträchtigen.

Die Erholung der Tourismuswirtschaft wird sich weiter verzögern. Nach Einschätzung des WIFO bleiben die Reisewarnungen im Jänner und Februar 2021 aufrecht, Reisen nach Österreich werden daher erst im März 2021 wieder möglich sein. Aber auch der Inlandtourismus wird sich nur schrittweise erholen. Insgesamt dürfte die Zahl der Nächtigungen in der Wintersaison 2020/21 (November 2020 bis April 2021) um rund 70% unter dem Niveau der (bereits durch die COVID-19-Pandemie verkürzten) Wintersaison 2019/20 liegen.

Erst mit der Durchimpfung der Bevölkerung wird sich die Reisetätigkeit wieder normalisieren. Die Erholung wird im Tourismus daher später einsetzen als in den meisten anderen Wirtschaftsbereichen.

2.7 Lohnsteigerungen verlangsamen sich

Die Abschlüsse der Herbstlohnrunde 2019 für das Jahr 2020 sahen Lohnsteigerungen von 2,2% bis 2,7% vor. In den nach Ausbruch der COVID-19-Krise erzielten Abschlüssen für 2020 und 2021 fielen die vereinbarten Lohnsteigerungen mit bis zu +1,6% niedriger aus. In der für viele Branchen maßgeblichen Lohnrunde der Metallindustrie vom September 2020 wurde eine Anhebung der Pro-Kopf-Löhne um 1,45% vereinbart. Die Lohnprognose für 2020 berücksichtigt eine Dämpfung des Wachstums der Pro-Kopf-Löhne durch die Verringerung der Arbeitszeit pro Kopf (Abbau von Überstunden und Zeitguthaben) wie auch die Verringerung der Bruttoeinkommen durch die COVID-19-Kurzarbeit.

Übersicht 6: **Löhne, Wettbewerbsfähigkeit – Szenario "No Policy Change"**

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,9	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,5
Real ²⁾						
Brutto	- 0,5	+ 0,7	+ 1,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1
Netto	- 0,7	+ 0,2	+ 1,4	+ 0,5	- 0,5	- 0,5
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,9	+ 5,3	- 3,2	- 0,9
	In %					
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	68,9	68,8	68,3	70,0	69,7	69,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 1,0	+ 2,3	+ 2,4	+ 6,4	- 1,7	+ 0,2
Herstellung von Waren	- 0,9	+ 0,6	+ 3,8	+ 8,5	- 3,1	- 0,8
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	+ 0,7	+ 1,7	- 0,7	+ 1,3	- 0,4	+ 0,3
Real	+ 1,0	+ 1,7	- 1,0	+ 1,5	- 0,7	+ 0,0

Q: WIFO, 2020 bis 2022: Prognose. – 1) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – 2) Deflationiert mit dem VPI. – 3) Laut VGR. – 4) Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen, bereinigt um die Veränderung des Anteiles der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995. – 5) Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte je von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – 6) Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

2021 werden die Tariflohnsteigerungen weiter abflachen, wie der Abschluss für die metallverarbeitende Industrie sowie weitere Abschlüsse seither zeigen (Handel +1,5%, öffentlicher Dienst +1,45%). Der prognostizierte Wiederanstieg der Arbeitszeit wirkt diesem Rückgang entgegen. Die Nettolöhne werden 2020 durch die Senkung des Eingangsteuersatzes in der Einkommensteuer von 25% auf 20% sowie die verzögerte Wirkung des 2019 eingeführten "Familienbonus Plus" über die Arbeitnehmerveranlagung erhöht. 2021 werden sie durch die Wirkung der kalten Progression und das Auslaufen der COVID-19-Kurzarbeit gedämpft.

2.8 Verhaltene Erholung auf dem Arbeitsmarkt

Das gesamtwirtschaftliche Arbeitszeitvolumen bricht 2020 in ähnlicher Größenordnung ein wie das reale BIP (-7,0%). Dieser Rückgang ergibt sich aufgrund der regen Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit hauptsächlich durch eine Senkung der Arbeitszeit pro Kopf. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (einschließlich geringfügiger Beschäftigung) sinkt nach einem Einbruch im März und April um gut 102.000 bzw. 2,5%. Im etwa gleichen Ausmaß steigt die erweiterte Arbeitslosigkeit (einschließlich Personen in Schulungen).

Übersicht 7: Arbeitsmarkt – Szenario "No Policy Change"

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 76,8	+ 91,5	+ 61,0	- 77,0	+ 47,0	+ 73,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 70,7	+ 88,0	+ 58,9	- 74,0	+ 48,0	+ 74,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 23,8	+ 33,7	+ 12,3	- 54,0	+ 17,0	+ 16,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 46,8	+ 54,4	+ 46,6	- 20,0	+ 31,0	+ 58,0
Selbständige ³⁾	+ 6,1	+ 3,5	+ 2,1	- 3,0	- 1,0	- 1,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 23,0	+ 13,2	+ 11,4	+ 12,7	+ 2,3	- 6,0
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 59,4	+ 63,7	+ 50,2	+ 31,0	+ 25,0	+ 42,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	- 17,3	- 27,9	- 10,8	+ 108,0	- 22,0	- 31,0
Personen in Schulung	+ 4,9	- 3,4	- 6,8	- 5,0	+ 18,0	- 5,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁵⁾	5,5	4,9	4,5	5,4	5,1	4,8
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	7,6	6,9	6,6	8,9	8,3	7,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	8,5	7,7	7,4	9,9	9,3	8,5
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,6	- 2,0	+ 1,3	+ 2,0
Arbeitslose (laut AMS)	- 4,9	- 8,2	- 3,5	+ 35,8	- 5,4	- 8,0
Stand in 1.000	340,0	312,1	301,3	409,3	387,3	356,3

Q: WIFO. 2020 bis 2022: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ³⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁵⁾ Labour Force Survey.

Übersicht 8: Produktivität – Szenario "No Policy Change"

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,4	- 7,3	+ 4,5	+ 3,5
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,7	- 7,0	+ 4,2	+ 2,6
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,4	+ 0,6	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,9
Erwerbstätige ³⁾	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,3	- 2,4	+ 1,1	+ 1,8
Herstellung von Waren						
Produktion ⁴⁾	+ 3,7	+ 5,3	+ 0,7	- 7,7	+ 5,5	+ 3,7
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 1,0	+ 2,4	+ 0,7	- 6,8	+ 4,8	+ 1,0
Stundenproduktivität ²⁾	+ 2,6	+ 2,9	- 0,0	- 0,9	+ 0,7	+ 2,7
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 1,3	+ 2,8	+ 1,3	- 1,4	± 0,0	+ 0,5

Q: WIFO. 2020 bis 2022: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. – ³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁴⁾ Nettoproduktionswert, real. – ⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ⁶⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

2021 dürfte das Arbeitszeitvolumen etwas schwächer zunehmen als die Wirtschaftsleistung, sodass sich eine leichte Produktivitätssteigerung ergibt. Das Arbeitszeitvolumen erhöht sich aber stärker als die Zahl der Beschäftigten, da die Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit zurückgeht und die Arbeitszeit pro Kopf entsprechend steigt. In der

Sachgütererzeugung wird die Beschäftigung 2021 hingegen lediglich stagnieren.

Die Beschäftigung wird 2021 und 2022 – wie bereits vor der Krise – nur zum Teil durch die Einstellung von Arbeitslosen ausgeweitet, weil zugleich zusätzliche Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt eintreten. Zum einen gewinnt

Der Großteil des Rückganges des Arbeitszeitvolumens erfolgt durch eine Senkung der Arbeitszeit pro Kopf aufgrund der regen Inanspruchnahme der COVID-19-Kurzarbeit. Aber auch das Ausmaß des Beschäftigungsrückganges und des Anstieges der Arbeitslosigkeit ist beträchtlich.

der Nettozufluss an ausländischen Arbeitskräften, der krisenbedingt unterbrochen war (vor allem die Saisonbeschäftigung im Wintertourismus), wieder an Schwung. Zum anderen werden jene, die ihren Berufseinstieg krisenbedingt verschoben haben, auf den Arbeitsmarkt drängen.

2.9 Lockdowns verursachen Konsumrückstau

Der mäßige Lohnanstieg und die Beschäftigungseinbußen haben 2020 einen Rückgang der Arbeitnehmerentgelte zur Folge.

Auch die Selbständigen- und Vermögenseinkommen sinken. Die Abnahme der Primäreinkommen wird durch die Einkommensteuersenkung kompensiert. Zusammen mit der Steigerung der monetären Sozialtransfers ergibt sich 2020 gegenüber 2019 eine leichte Zunahme der verfügbaren Einkommen zu laufenden Preisen. Ein Großteil der krisenbedingten Markteinkommensverluste wird demnach durch die automatischen Stabilisatoren und die diskretionären fiskalischen Maßnahmen ausgeglichen.

Übersicht 9: Konsum, Einkommen und Preise – Szenario "No Policy Change"

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	- 8,3	+ 5,9	+ 3,0
Dauerhafte Konsumgüter	+ 2,0	+ 1,1	- 0,4	- 3,5	+ 6,0	+ 2,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,0	- 8,9	+ 5,9	+ 3,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,3	- 0,2	+ 0,0	+ 1,3
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	7,5	7,8	8,2	15,7	10,7	9,2
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	6,8	7,1	7,6	15,1	10,1	8,6
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 0,7	+ 4,9	+ 4,4	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,7
	Verbraucherpreise					
National	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6
Harmonisiert	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,6
Kerninflation ²⁾	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,6

Q: WIFO, 2020 bis 2022: Prognose. – 1) Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Dennoch ist der private Konsum im gesamten Jahr 2020 deutlich geringer als 2019. Dies ist vor allem auf das durch die Lockdowns verursachte Zwangssparen zurückzuführen. Als Folge steigt die Sparquote 2020 stark. Obwohl sich der Konsumrückstau nach den Lockdowns teilweise auflöst, erholt sich der private Konsum aufgrund des vermehrten Vorsichtssparens nicht so rasch, wie es die Einkommensentwicklung zulassen würde. Die Sparquote wird daher auch 2021 noch überdurchschnittlich hoch sein.

2.10 Hohes Budgetdefizit auch nach 2020

Die Unterbrechung der Wirtschaftsaktivitäten durch die Lockdowns und die fiskalischen Rettungs- und Unterstützungsmaßnahmen haben beträchtliche Konsequenzen für die öffentlichen Haushalte. Die Staatsausgaben übersteigen die Staatseinnahmen nicht nur 2020 deutlich, sondern auch in den Folgejahren. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit dürfte 2020 10,1% des BIP betragen und in

den Jahren 2021 und 2022 auf 5,5% bzw. 3,0% zurückgehen.

Kurzarbeitsbeihilfen, Fixkostenzuschuss und Umsatzerersatz bestimmen die Entwicklung der Subventionsausgaben, sie betragen 2020 20,0 Mrd. € bzw. 5,4% des BIP und 2021 9,0 Mrd. € bzw. 2,4% des BIP. Davon entfallen auf die Kurzarbeitsbeihilfe 6,7 Mrd. € (2020) bzw. 0,8 Mrd. € (2021), auf die interagierenden Hilfsmaßnahmen Fixkostenzuschuss und Umsatzerersatz 6,8 bzw. 2 Mrd. €.

Massiv ausgeweitet werden auch die Ausgaben für monetäre Sozialleistungen (2020 +6,2 Mrd. €, 2021 +0,9 Mrd. €). Dazu zählen u. a. das Arbeitslosengeld, der Kinderbonus, die Negativsteuer, die Notstandshilfe, Zahlungen aus dem Härtefallfonds und Pensionsanpassungen über der Inflationsrate. Investitionsfördernde Maßnahmen wie die Investitionsprämie, das Klimapaket, der Breitbandnetzausbau oder das Schulentwicklungsprogramm sind größtenteils ab 2021

budgetwirksam. Die niedrigen Zinssätze verringern den Budgetdruck ein wenig. Eine gewisse Entlastung ergibt sich zudem durch die gedämpfte Entwicklung des öffentlichen Konsums.

Auch auf der Einnahmenseite wird der konjunkturbedingte Rückgang durch diskretionäre Maßnahmen verstärkt. Dazu zählen insbesondere der steuerliche Verlustrücktrag, die Beschleunigung von Abschreibungen, die Senkung des Eingangssteuersatzes der Einkommensteuer und die temporäre Herabsetzung des Umsatzsteuersatzes im Gastro-

nomie-, Hotellerie- und Kulturbereich. Die Sozialbeitragseinnahmen sinken hingegen aufgrund der Kurzarbeitsregelungen nur wenig.

Der Einnahmenausfall im Bereich der direkten Steuern wird 2021 nur teilweise wettgemacht, da die Abschreibungsvergünstigungen und der Verlustrücktrag auch in den Folgejahren wirken. Allerdings wird für 2022 aufgrund des Auslaufens temporärer Regelungen und der Erholung des privaten Konsums ein kräftiger Anstieg des Aufkommens aus indirekten Steuern erwartet.

Übersicht 10: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen – Szenario "No Policy Change"

	2017	2018	2019	2020	2021	2022
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	- 0,8	0,2	0,7	- 10,1	- 5,5	- 3,0
Primärsaldo des Staates	1,0	1,8	2,1	- 8,7	- 4,3	- 2,0
Staatseinnahmen	48,5	48,9	49,1	48,0	47,7	47,6
Staatsausgaben	49,3	48,7	48,4	58,0	53,3	50,6
	In%					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,3
Sekundärmarktrendite ²⁾	0,6	0,7	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,1

Q: WIFO. 2020 bis 2022: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

3. Szenario "Dritter Lockdown"

Ein hohes Risiko geht für die vorliegende WIFO-Prognose davon aus, dass aufgrund übermäßig steigender COVID-19-Infektionszahlen ein neuerlicher, dritter Lockdown Anfang 2021 nötig sein könnte.

Das WIFO berechnete bereits in seiner Prognose von Anfang Oktober 2020 ein Risikoszenario eines zweiten Lockdown, der dann tatsächlich eintrat. Die veranschlagten Effekte waren dabei größer als die realisierten. Zwar bestätigten sich die Annahmen hinsichtlich der Intensität des Lockdown, nämlich ein Anstieg des "Stringency-Indikators" der Blavatnik School of Government auf über 70 ab November bis nach den Weihnachtsfeiertagen. Doch die Effekte des zweiten Lockdown wurden überschätzt, insbesondere jene für die Industrie, da dasselbe Muster des Wirtschaftseinbruchs wie im Frühjahr 2020 angenommen wurde.

Das Szenario eines dritten Lockdown unterstellt nun einen Voll-Lockdown in der letzten Jännerwoche und in den ersten drei Februarwochen 2021 (weitgehende Schließung von Geschäften, Gaststätten und Beherbergungsbetrieben, Verbot persönlicher Dienstleistungen und von Veranstaltungen, Ausgangsbeschränkungen) sowie einen Teil-Lockdown bis Ende März, in dem Beherbergung und Gastronomie weiter geschlossen bleiben. Wie im zweiten Lockdown wird

angenommen, dass der produzierende Bereich kaum beeinträchtigt wird.

Verhältnismäßig stark betroffen wäre in diesem Szenario das Gaststätten- und Beherbergungswesen, da die Wintertourismussaison im Jänner abbrechen würde statt sich mit zunehmender Nachfrage der inländischen Gäste langsam zu erholen. Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung würde im I. Quartal 2021 gegenüber dem Vorquartal weiter zurückgehen (-1,5%), da zum einen die Maßnahmen schärfer wären (Voll-Lockdown um eine Woche länger) und zum anderen im Oktober 2020 eine relativ günstige Entwicklung verzeichnet wurde. Die Erholung würde in diesem Szenario erst im II. Quartal 2021 einsetzen. Parallel zur Entwicklung nach dem ersten Lockdown wird unterstellt, dass 73% des Einbruchs seit November 2020 kompensiert würden. Für das gesamte Jahr 2021 ergäbe sich dadurch eine BIP-Wachstumsrate von 2,5%. Nach +5,1% im Jahr 2022 wäre das BIP 2022 noch um ½% geringer als im Szenario ohne dritten Lockdown.

Die Auswirkungen eines dritten Lockdown auf den Arbeitsmarkt würden vorwiegend über die Kurzarbeit abgefangen. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wären vor allem durch das abrupte Ende der Wintersaison im Tourismus betroffen, die Nachfrage nach

Ein dritter Lockdown würde vor allem den Wintertourismus empfindlich treffen und die Saisonarbeitslosigkeit erhöhen.

weiteren Saisonarbeitskräften würde ausbleiben, bestehende Dienstverhältnisse von Saisonarbeitskräften würden gekündigt. Allerdings würde dieser Effekt kleiner ausfallen als im ersten Lockdown, da der Beschäftigungsstand im Jänner 2021 geringer sein wird als im Winter 2020 (verzögerter Saisonstart, Reise警告ungen).

Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten würde im Jahr 2021 daher insgesamt nur etwas verhaltener steigen als im Szenario ohne dritten Lockdown. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit 2021 würde aufgrund der etwas höheren Saisonarbeitslosigkeit mit $-5,1\%$ geringer ausfallen als ohne dritten Lockdown ($-5,4\%$). 2022 würden sich die negativen Arbeitsmarkteffekte wieder ausgleichen.

Für die öffentlichen Haushalte würde sich ein dritter Lockdown in höheren Ausgaben für Kurzarbeit und Hilfsmaßnahmen für betroffene Unternehmen niederschlagen. Gleichzeitig sinken der private Konsum und damit die Einnahmen aus indirekten Steuern, während der Rückgang der lohnbezogenen Abgaben aufgrund der Kurzarbeit gedämpft ausfallen würde. Insgesamt wäre somit im Jahr 2021 mit einem gesamtstaatlichen Defizit von etwa $6,2\%$ zu rechnen. 2022 würden die Effekte auf die öffentlichen Haushalte zwar kompensiert werden. Allerdings ist der Staatsschuldenstand zum Jahresende 2022 um rund 2,5 Mrd. € höher als im Szenario "No Policy Change".

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preis-

stabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2015) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivil-diener. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Kurzanalyse ausgewählter Fördermaßnahmen Wiens in der COVID-19-Krise

Eine erste qualitative Einschätzung

Peter Mayerhofer, Julia Bachtrögler-Unger, Matthias Firgo, Oliver Fritz, Michael Klien, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher



WIFO ■

Kurzanalyse ausgewählter Fördermaßnahmen Wiens in der COVID-19-Krise
Eine erste qualitative Einschätzung

Peter Mayerhofer, Julia Bachtrögler-Unger, Matthias Firgo, Oliver Fritz, Michael Klien, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher

Wissenschaftliche Assistenz: Elisabeth Arnold, Maria Riegler, Birgit Schuster

August 2020
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Zur ökonomischen Legitimation der Unterstützungsmaßnahmen: Einige allokatstheoretische Überlegungen

Akuthilfen für Wiener Unternehmen
Bürgschaften für Überbrückungskredite ("Corona-Überbrückungsaktion" WKBG) – Erleichterungen bei Gebühren und Abgaben – ÖHT-Anschlussförderung – Notlagenfonds Wien – Temporäre Unternehmensbeteiligungen (SaWB)

Förderung des Konsums in Wien
Wirtshausgutscheine – Taxigutscheine für Wienerinnen und Wiener 65+

Versorgungssicherheit; kritische Produkte
Kofinanzierung Corona Emergency Call FFG – WWTF-Call zur Datensammlung bzw. -analyse in der aktuellen Krise – Koordination Fertigung Schutzmasken – Innovate4Vienna: Innovationsförderung

Kompetenzaufbau in der Digitalisierung und Förderung von Innovation
Home-Office-Förderung – "Wien Online" Förderprogramm – Ideenwettbewerb Creatives for Vienna #weltvonmorgen – Angebote Internethandel "Kauf in Wien für Wien"

Arbeitsmarkt und Qualifizierung
Aufstockung der Mittel für Insolvenz- und Unternehmensstiftungen – Ausbildungspaket für Menschen unter 25 Jahren (überbetriebliche Lehrausbildung, Qualifikationsspass, Jugendstiftung Zukunftsberufe)

Schlussfolgerungen
Zur Wirkung des Maßnahmenpaketes – Lehren aus dem Maßnahmenpaket

Die vorliegende Kurzanalyse bietet einen kompakten Überblick über Inhalt und Umsetzungsstand von insgesamt 17 der von der Stadt Wien bisher gesetzten Maßnahmen zur Unterstützung der regionalen Unternehmen und ihrer Beschäftigten in der COVID-19-Krise und nimmt eine erste qualitative Einschätzung ihrer potentiellen Effekte vor. Angesichts des noch unvollständigen Datenstandes kann die vorliegende Studie die zu bewertenden Maßnahmen nicht umfassend evaluieren. Sie stellt vielmehr eine informierte Zwischenbilanz dar, die es erlaubt, erste Schlussfolgerungen zum bisher Erreichten zu ziehen, aber auch Verbesserungspotentiale aufzuzeigen, wodurch Lehren für möglicherweise notwendige weitere Initiativen abgeleitet werden können. Die Ergebnisse lassen eine rasche Umsetzung der Maßnahmen sowie – großteils – deren regionale Treffsicherheit und kurzfristige ökonomische Wirksamkeit erkennen. Die Kernaufgabe des untersuchten Maßnahmenpaketes, in der Pandemie rasch wirksame Soforthilfe zu leisten, scheint damit erfüllt. Weitere (längerfristige) Nutzendimensionen wurden durch die Maßnahmen nur teilweise berührt, sie werden bei möglichen weiteren, auf die Stützung der Konjunktur gerichteten Initiativen stärker in den Vordergrund zu rücken sein.

Im Rahmen des Konsumentenvertrages mit dem Magistrat der Stadt Wien, MA 23 – Wirtschaft, Arbeit und Statistik • August 2020 • 76 Seiten • 50 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66811>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

2020 Einbruch der Investitionen der Sachgütererzeugung – 2021 leichte Erholung erwartet

Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2020

Klaus S. Friesenbichler, Werner Hölzl

2020 Einbruch der Investitionen der Sachgütererzeugung – 2021 leichte Erholung erwartet. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2020

Die Hochschätzung der Meldungen der Sachgütererzeuger im WIFO-Investitionstest ergibt für 2021 insgesamt eine Steigerung der realen Investitionen um 4,8% gegenüber 2020, als die Investitionen aufgrund der COVID-19-Krise um 15,9% einbrachen. Großunternehmen kürzten ihre Investitionen deutlicher als kleine und mittelgroße Betriebe, die auch für 2021 eine stärkere Ausweitung ihrer Investitionen planen. Der Rückgang 2020 ging insbesondere auf die Hersteller von Investitionsgütern und dauerhaften Konsumgütern zurück, wogegen der Anstieg 2021 voraussichtlich durch Produzenten von nichtdauerhaften Konsumgütern und Gebrauchsgütern getrieben wird. Für Österreichs Gesamtwirtschaft rechnet das WIFO 2021 mit einem realen Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen um 4,5%, der durch die Investitionsprämie unterstützt wird.

2020 Slump in Investment in Manufacturing – Slight Recovery Expected in 2021. Results of the WIFO Autumn 2020 Investment Survey

The estimate based on the data of the manufacturing companies surveyed in the WIFO Investment Survey shows a recovery of real investments by 4.8 percent for 2021 compared to 2020 in which investment slumped by 15.9 percent against the backdrop of COVID-19. The decline was more pronounced by large enterprises than by small and medium enterprises which also bear the recovery. The decline in 2020 was particularly strong in the manufacturing of investment goods and durable consumer goods. The increase in the coming year will be driven by producers of non-durable consumer goods and durable goods for Austria's economy as a whole, WIFO expects gross fixed capital formation to increase by 4.5 percent in real terms in 2021, which is facilitated by the "Investitionsprämie", an investment subsidy.

JEL-Codes: D92, D22 • **Keywords:** Investitionen, Prognose, Sachgütererzeugung, Bausektor, COVID-19

Der WIFO-Investitionstest wird seit 1963 durchgeführt und ist seit 1996 Teil des gemeinsamen harmonisierten Programmes für Konjunkturumfragen in der Europäischen Union. Dieses Programm wird von der Europäischen Kommission (GD ECFIN) finanziell unterstützt. Detaillierergebnisse finden sich im Anhang.

Begutachtung: Serguei Kaniovski • **Wissenschaftliche Assistenz:** Birgit Agnezy (birgit.agnezy@wifo.ac.at), Nicole Schmidt-Padickakudy (nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 21. 12. 2020

Kontakt: Mag. Dr. Klaus S. Friesenbichler (klaus.friesenbichler@wifo.ac.at), Dr. Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at)

Zwischen September und Dezember 2020 befragte das WIFO etwa 300 Unternehmen aus der Sachgütererzeugung zu Investitionsabsichten und Umsatzerwartungen. Nach einem Anstieg 2019 investierten die befragten Sachgütererzeuger 2020 vor dem Hintergrund der COVID-19-Krise deutlich weniger. Vor allem Großunternehmen sowie Hersteller von Investitionsgütern und dauerhaften Konsumgütern meldeten einen Rückgang der Investitionstätigkeit. Für 2021 wird mit einer leichten Erholung gerechnet – vor allem Klein- und Mittelbetriebe sowie Konsumgüterproduzenten wollen wieder verstärkt

investieren; das Vorkrisenniveau dürfte jedoch nicht erreicht werden. Nominell ging die Investitionstätigkeit im Jahr 2020 um 15,7% zurück; 2021 wird sie voraussichtlich um 6% zunehmen. Für Österreichs Gesamtwirtschaft rechnet das WIFO in seiner jüngsten Prognose vom Dezember 2020 mit einem realen Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen (einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen, ohne Bauten) im Jahr 2020 um –6,5%. Für 2021 wird von einem Anstieg von 4,5% ausgegangen (Schiman, 2020).

1. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests

Gemäß den hochgeschätzten Ergebnissen des jüngsten WIFO-Investitionstests investierten die österreichischen Sachgütererzeuger

2020 etwa 7,5 Mrd. €. Für 2021 planen sie eine Ausweitung der Investitionen auf etwa 8,0 Mrd. €.

Nach erheblichen Rückgängen 2020 wollen die Sachgütererzeuger 2021 wieder vermehrt investieren.

Klein- und Mittelbetriebe sowie Konsumgüterproduzenten planen 2021 die stärksten Ausweitungen ihrer Investitionstätigkeit.

Die Sachgütererzeuger reduzierten 2020 ihre nominellen Investitionen um 15,7%. Der Rückgang wurde vor allem durch Großunternehmen getragen. 2021 planen die Sachgütererzeuger eine Ausweitung der Investitionstätigkeit um 6% gegenüber dem Vorjahr. Kleine und mittelgroße Betriebe rechnen mit einer stärkeren Ausweitung. Vor allem Hersteller von Investitionsgütern und dauerhaften Konsumgütern meldeten starke Rückgänge für 2020. Der Anstieg der Investitionen 2021 dürfte vor allem bei den Produzenten

von dauerhaften und nichtdauerhaften Konsumgütern ausgeprägt sein.

Die Investitionsquote (Investitionen in Prozent des Umsatzes) lag 2019 noch bei 4,3%. 2020 sank sie auf 3,9%, weil die Investitionen noch stärker schrumpften als die Umsätze. 2021 dürfte sie leicht auf 4,0% anziehen. Damit ist sie jedoch weiterhin deutlich niedriger als vor Ausbruch der COVID-19-Krise. Die Verluste dürften also nur teilweise aufgeholt werden.

Übersicht 1: Investitionen der Sachgütererzeugung

Nach ÖNACE-Gliederung

		2019	2020	2021
Nominell	Mio. €	8.941	7.533	7.985
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	+ 4,7	- 15,7	+ 6,0
Real, zu Preisen von 2015	Mio. €	8.641	7.265	7.613
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	+ 3,4	- 15,9	+ 4,8

Q: WIFO-Investitionstest. Hochschätzung.

Übersicht 2: Investitionskennzahlen der Sachgütererzeugung – Investitionsintensität, Investitionsquote

Nach ÖNACE-Obergruppen

	Investitionsintensität				Investitionsquote			
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
	Investitionen pro Kopf (Beschäftigte) in €				Investitionen in % des Umsatzes			
Sachgütererzeugung insgesamt	13.019	13.716	11.749	12.452	4,2	4,3	3,9	4,0
Vorprodukte	16.773	17.833	15.995	16.387	4,9	5,2	4,9	4,8
Investitionsgüter	3.741	3.692	2.991	3.186	1,5	1,4	1,3	1,3
Kraftfahrzeuge	30.880	30.175	22.669	24.118	6,4	6,5	6,0	6,1
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	7.442	8.058	6.718	7.406	3,9	4,2	3,5	3,8
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	10.120	10.155	9.245	10.912	4,6	4,6	4,1	4,7
Nahrungsmittel und Getränke	12.236	10.791	10.095	11.206	4,4	4,1	3,6	3,9

Q: WIFO-Investitionstest. Hochschätzung.

Der WIFO-Investitionstest

Von September bis Dezember 2020 erhob das WIFO im Rahmen des WIFO-Investitionstests Investitionsabsichten und Umsatz-erwartungen der Unternehmen in Österreich. Rund 300 Unternehmen aus der Sachgütererzeugung beteiligten sich an der Erhebung. Der WIFO-Investitionstest wird seit 1963 durchgeführt und ist seit 1996 Teil des gemeinsamen harmonisierten Programmes für Konjunkturumfragen in der Europäischen Union. Dieses Programm wird von der Europäischen Kommission (GD ECFIN) finanziell unterstützt.

2. COVID-19 prägt das Investitionsumfeld

Die COVID-19-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung bestimmten das makroökonomische Umfeld 2020. Der Investitionsrückgang betraf alle Branchen der österreichischen Sachgütererzeugung, je nach deren Betroffenheit von der COVID-19-Krise jedoch unterschiedlich stark. So waren etwa Hersteller von Nahrungsmitteln und Getränken stärker betroffen als Produzenten von Vorprodukten.

Das unsichere Umfeld beeinflusst die Investitionsentscheidungen der Unternehmen. Weitere COVID-19-Infektionswellen, erneute Lockdowns oder neuerliche Unterbrechungen der Lieferketten sind nicht auszuschließen. Auch die Entwicklungen der Handelsbeziehungen mit dem Vereinigten Königreich nach dem Brexit oder die auch nach der Präsidentschaftswahl in den USA anhaltenden Handelsstreitigkeiten zwischen den USA und China dürften weiterhin die Investitionsneigung dämpfen. Die externen

Finanzierungsbedingungen sind hingegen sehr gut: Die Zinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen liegen für Kredite über 1 Mio. € bei etwa 1,4% und dürften aufgrund der akkommodierenden Geldpolitik in absehbarer Zeit nicht steigen (Schiman, 2021, in diesem

Heft)¹⁾. Durch die COVID-19-Pandemie muss jedoch, gemessen am Cash-Flow der Sachgüterproduktion, mit einem erheblichen Rückgang der Innenfinanzierung gerechnet werden (Friesenbichler – Schmidt-Padick-akudy – Robubi, 2020).

3. Einflussfaktoren und Motive von Investitionen

Im Zuge des WIFO-Investitionstests werden die österreichischen Sachgütererzeuger auch zu den Faktoren befragt, die ihre Investitionsentscheidungen im laufenden und im kommenden Jahr positiv oder negativ beeinflussen. Die Ergebnisse sind als Saldo zu interpretieren, d. h. als Differenz der Anteile positiver und negativer Einschätzungen in Prozentpunkten. Im Herbst 2020 lag dieser Saldo für die Frage nach der Bedeutung technologischer Entwicklungen und deren Nutzbarkeit für das Unternehmen bei 60 Prozentpunkten. Technologische Entwicklungen waren somit 2020 der wichtigste Treiber für Investitionen und sind dies – mit gleichbleibendem Wert – voraussichtlich auch 2021. Auch die Bedeutung der Nachfrage für Investitionsentscheidungen wurde 2020 mit 36 Prozentpunkten per Saldo positiv eingeschätzt, dürfte aber gegenüber dem Vorjahr

abgenommen haben (Herbst 2019: 57 Prozentpunkte). 2021 sollte sie erneut leicht steigen (38 Prozentpunkte). Die Bedeutung der finanziellen Ressourcen des Unternehmens und der erwarteten Gewinne dürfte 2021 stagnieren (31 nach 30 Prozentpunkten 2020).

Als Zweck der geplanten Investitionen ("Investitionsmotive") nannten im Herbst 2020 42% der Sachgütererzeuger den Ersatz alter Anlagen (2020). Der Wert für 2021 ist mit 39% etwas geringer. Die Rationalisierung war mit 27% 2020 das zweitwichtigste Investitionsmotiv (2021: 30%). Zudem gaben 18% der im Herbst 2020 befragten Unternehmen als Investitionszweck die Ausweitung der Kapazitäten in der Produktion an. Dieser Anteil dürfte 2021 leicht sinken (17%).

Insbesondere technologische Entwicklungen waren 2020 Anlass für Investitionen. Die Nachfrage verlor als Investitionsstreiber merklich an Bedeutung.

Das Hauptmotiv für Investitionen war 2020 der Ersatz alter Anlagen; Erweiterungsinvestitionen verloren, Rationalisierungsinvestitionen gewannen leicht an Bedeutung.

Übersicht 3: Investitionsmotive in der Sachgütererzeugung

Nach ÖNACE-Obergruppen

	2020				2021			
	Ersatz alter Anlagen	Kapazitätsausweitung	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke	Ersatz alter Anlagen	Kapazitätsausweitung	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke
	Meldungen in % der Unternehmen							
Sachgütererzeugung insgesamt	42,1	18,3	27,4	12,2	39,3	17,1	30,0	13,7
Vorprodukte	42,1	18,1	27,3	12,5	35,5	18,4	31,2	14,9
Investitionsgüter	44,0	17,9	27,6	10,4	45,4	16,9	27,7	10,0
Kraftfahrzeuge	45,0	20,0	30,0	5,0	30,4	21,7	30,4	17,4
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	37,1	17,1	28,6	17,1	50,0	9,4	21,9	18,8
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	40,4	21,2	26,9	11,5	33,9	16,1	35,7	14,3
Nahrungsmittel und Getränke	44,0	24,0	20,0	12,0	34,6	15,4	34,6	15,4

Q: WIFO-Investitionstest. Gewichtet mit Daten der Leistungs- und Strukturhebung. Mehrfachnennungen möglich, Summen auf 100% normiert.

4. Investitionspläne variieren nach Branchen und Größenklassen

Das Ausmaß des Rückgangs der hochgeschätzten Investitionen 2020 unterscheidet sich nach Branchen: Die Hersteller von dauerhaften Konsumgütern (-16,6%) und von Investitionsgütern (-20,5%) kürzten ihre Investitionen am stärksten, vor allem die Kraftfahrzeugindustrie (-26,0%). Am geringsten war der Rückgang in der Herstellung von Vorprodukten (-11,7%).

Für das Jahr 2021 wird mit einer deutlichen Ausweitung der Investitionen gerechnet, der Rückgang im Vorjahr wird dadurch aber nur

teilweise wettgemacht. Am stärksten dürften die Erzeuger nichtdauerhafter Konsumgüter (+18%) die Investitionen ausweiten, Erzeuger von Investitionsgütern nur schwach. Die Produzenten von Nahrungsmitteln und Getränken sind stark von den Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie betroffen und planen für die Erholungsphase 2021 eine Ausweitung ihrer Investitionen um 11% (2020 -13%).

2021 dürfte der Investitionsrückgang des Vorjahres nur teilweise wettgemacht werden.

¹⁾ <https://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=2.10> (abgerufen am 11. 12. 2019).

Kleine und mittelgroße Unternehmen reduzieren ihre Investitionen 2020 weniger stark als Großbetriebe und wollen diese 2021 ausweiten.

Die für 2021 erwarteten Umsatzsteigerungen können die Rückgänge 2020 nur teilweise wettmachen.

Die Investitionspläne der Unternehmen unterscheiden sich nicht nur nach Branchen, sondern auch nach Größenklassen. Vor allem Großunternehmen ab 250 Beschäftigte

schränkten ihre Investitionen 2020 ein und werden diese, im Gegensatz zu Klein- und Mittelbetrieben, auch 2021 kaum erhöhen.

5. Umsätze 2020 rückläufig

Im Rahmen des WIFO-Investitionstests werden auch die Erwartungen zur Umsatzentwicklung in der Sachgütererzeugung erhoben. Die befragten Unternehmen meldeten für 2020 einen Umsatzrückgang um 7,1% und rechnen für 2021 mit einer Steigerung der nominellen Umsätze um 4%. Diese Entwick-

lung wird den Rückgang 2020 also voraussichtlich nicht ausgleichen. Die größten Umsatzsteigerungen erwarten Hersteller von Investitionsgütern, insbesondere im Kfz-Bereich.

Übersicht 4: **Entwicklung der Investitionen und des Umsatzes der Sachgütererzeugung**
Nach ÖNACE-Obergruppen

	Hochgeschätzte Investitionen		
	2019	2020	2021
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Sachgütererzeugung insgesamt	+ 4,7	- 15,7	+ 6,0
Vorprodukte	+ 6,0	- 11,7	+ 2,5
Investitionsgüter	- 5,0	- 20,5	+ 6,5
Kraftfahrzeuge	+ 1,0	- 26,0	+ 6,4
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	+ 10,0	- 16,6	+ 10,2
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	+ 3,0	- 13,2	+ 18,0
Nahrungsmittel und Getränke	- 10,0	- 13,0	+ 11,0
	Hochgeschätzter Umsatz		
	2019	2020	2021
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Sachgütererzeugung insgesamt	+ 1,7	- 7,1	+ 4,0
Vorprodukte	+ 1,2	- 5,9	+ 4,0
Investitionsgüter	+ 1,7	- 11,0	+ 4,5
Kraftfahrzeuge	+ 0,0	- 20,0	+ 4,8
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	+ 2,4	- 1,7	+ 3,2
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	+ 2,9	- 2,9	+ 4,0
Nahrungsmittel und Getränke	- 3,1	- 2,1	+ 3,4

Q: WIFO-Investitionstest. Hochschätzung.

6. Auswirkungen der Investitionsprämie in der Sachgütererzeugung

Unterstützt wird die Investitionstätigkeit durch die Investitionsprämie, mit der von September 2020 bis Februar 2021 nicht-klimaschädliche materielle und immaterielle Neuinvestitionen in das Anlagevermögen gefördert werden. Der Zuschuss beträgt 7% der Neuinvestitionen, für Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Digitalisierung und Ökologisierung 14%. Die Investitionsprämie schafft durch einen breiten Anwendungsbereich und eine beachtliche Förderhöhe erhebliche Investitionsanreize.

Eine im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests im Oktober 2020 durchgeführte Sonderbefragung von 1.403 Unternehmen in der Bauwirtschaft, der Sachgütererzeugung und im Dienstleistungssektor beleuchtet die Wirkung der Investitionsprämie (Hölzl *et al.*, 2020). 57% der befragten Unternehmen gaben an, die Prämie zu nutzen, rund 29% nutzten sie nicht;

weitere 14% teilten mit, die Investitionsprämie sei für sie nicht relevant.

Die befragten Sachgütererzeuger (Stichprobe: 377 Unternehmen) machten mit 71% deutlich mehr Gebrauch von der Prämie als Unternehmen der Bauwirtschaft oder des Dienstleistungssektors. Ein Drittel der Unternehmen, die die Prämie nutzten, gab an, dadurch Investitionen vorgezogen zu haben. Knapp ein Viertel (24%) plante aufgrund der durch die Prämie erhöhten Anreize mehr zu investieren. Beide Aspekte tragen dazu bei, die Wirtschaft während der Rezession zu stützen.

Bei 20% der befragten Unternehmen kam es durch die höhere Förderung von Schwerpunktbereichen zu einer inhaltlichen Neuausrichtung der Investitionen. Dies ist beabsichtigt und soll zum Strukturwandel in Rich-

tung der vorgegebenen Schwerpunkte beitragen. 40% der Unternehmen, die die Förderung in Anspruch nahmen, planten keine Veränderung ihres Investitionsverhaltens.

Die Investitionsprämie dürfte zwar Mitnahmeeffekte auslösen, aber auch gewünschte

Vorzieheffekte zur Folge haben, die den Rückgang der Investitionen dämpfen. Zudem dürften aufgrund des beträchtlichen Anreizes zusätzliche Investitionsprojekte realisiert werden.

Übersicht 5: Umfang der Erhebung in der Sachgütererzeugung

Nach ÖNACE-Obergruppen

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte 2020		Repräsentationsgrad in %
		Gemeldet	Insgesamt ¹⁾	
Sachgütererzeugung insgesamt	259	73.753	641.212	11,5
Vorprodukte	138	37.332	278.875	13,4
Investitionsgüter	76	24.691	154.062	16,0
Kraftfahrzeuge	10	6.601	39.049	16,9
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	20	8.624	39.161	22,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	28	5.288	119.702	4,4
Nahrungsmittel und Getränke	15	1.680	82.769	2,0

Q: WIFO-Investitionstest. – ¹⁾ Hochschätzung. Die Summe der Obergruppen ("Main Industrial Groupings") entspricht aufgrund der Branchenzuordnungen (Q: Statistik Austria, Eurostat) nicht der ausgewiesenen "Sachgütererzeugung insgesamt".

7. Literaturhinweise

Europäische Kommission, GD ECFIN, Business and Consumer Survey Results. April 2018, Brüssel, 2018, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/esi_2018_04_en.pdf.

Friesenbichler, K. S., Schmidt-Padickakudy, N., Robubi, A., "Cash-Flow-Quote der österreichischen Sachgütererzeugung 2019 rückläufig", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(9), S. 649-658, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66418>.

Hözl, W., Klien, M., Kügler, A., Friesenbichler, K. S., "Umsatzentwicklung, Investitionsverhalten und Erwartungen bezüglich der Normalisierung. Ergebnisse der vierten Sonderbefragung zur COVID-19-Krise im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2020", WIFO-Konjunkturtest Sonderausgabe, 2020, (4), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66612>.

Schiman, St., "Kompensation hoher Wertschöpfungseinbußen. Prognose für 2020 bis 2022", WIFO-Monatsberichte, 2021, 94(1), S. 25-38, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66830>.

8. Anhang: Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2020

Übersicht 1: Entwicklung der Investitionen und Umsätze

	2019	2020	2021
		Mio. €	
Investitionen			
Industrie nach Fachverbänden	8.105	6.829	7.238
Sachgütererzeugung nach ÖNACE	8.941	7.533	7.985
Real, zu Preisen von 2015	8.641	7.265	7.613
Umsätze			
Industrie nach Fachverbänden	204.351	189.801	197.393
Sachgütererzeugung nach ÖNACE	208.551	193.702	201.450
Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Investitionen			
Industrie nach Fachverbänden	+ 2,4	- 15,7	+ 6,0
Sachgütererzeugung nach ÖNACE	+ 4,7	- 15,7	+ 6,0
Real, zu Preisen von 2015	+ 3,4	- 15,9	+ 4,8
Umsätze			
Industrie nach Fachverbänden	+ 1,7	- 7,1	+ 4,0
Sachgütererzeugung nach ÖNACE	+ 1,7	- 7,1	+ 4,0

Q: WIFO-Investitionstest. Hochschätzung.

8.1 Industrie nach Fachverbänden

Übersicht 2: Umfang der Erhebung

	Beschäftigte 2020		Repräsentationsgrad
	Gemeldet	Insgesamt ¹⁾	In %
Industrie insgesamt	77.081	438.748	17,6
Basissektor	6.964	41.869	16,6
Chemie	11.490	49.499	23,2
Technische Verarbeitung	44.927	204.839	21,9
Bauzulieferung	7.549	79.699	9,5
Traditionelle Konsumgüter	6.151	56.226	10,9
Bergwerke	592	2.182	27,1
Stahlerzeugende Industrie	1.022	15.792	6,5
NE-Metallindustrie	1.002	7.125	14,1
Stein- und keramische Industrie	2.664	12.959	20,6
Glasindustrie	732	7.321	10,0
Chemische Industrie	11.490	49.499	23,2
Papierindustrie	1.904	5.688	33,5
Produkte aus Papier und Karton	1.812	10.876	16,7
Holzindustrie	4.153	28.992	14,3
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	2.757	29.643	9,3
Textilindustrie	1.302	7.805	16,7
Bekleidungsindustrie	280	3.754	7,5
Gießereiindustrie	2.444	7.766	31,5
Metalltechnische Industrie	35.188	131.952	26,7
Fahrzeugindustrie	1.835	33.340	5,5
Elektro- und Elektronikindustrie	7.904	46.388	17,0

Q: WIFO-Investitionstest. – ¹⁾ Hochschätzung. Einzelne Fachverbände werden aufgrund der zu geringen Stichprobengröße nicht ausgewiesen. Die Summe der Fachverbände entspricht somit nicht den Fachverbandsgruppen. Zudem weicht die Summe der Fachverbandsgruppen vom für die "Industrie Insgesamt" ausgewiesenen Wert ab. Der Unterschied geht auf die "Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen" zurück, die in der Umfrage nicht berücksichtigt, in der Wirtschaftskammersystematik allerdings der Sparte "Industrie" zugeordnet werden. Die Hochschätzung für den Gesamtwert berücksichtigt somit nicht die idiosynkratischen Entwicklungen einiger Fachverbände.

Übersicht 3: Investitionsentwicklung

	2018	2019	2020	2021	2020	2021
		Mio. € (hochgeschätzt)			Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Industrie insgesamt	7.917	8.105	6.829	7.238	- 15,7	+ 6,0
Basissektor	1.929	1.910	1.478	1.577	- 22,6	+ 6,7
Chemie	1.076	1.141	1.095	1.117	- 4,0	+ 2,0
Technische Verarbeitung	3.096	3.189	2.584	2.713	- 19,0	+ 5,0
Bauzulieferung	1.093	984	974	994	- 1,0	+ 2,0
Traditionelle Konsumgüter	723	882	698	837	- 20,9	+ 20,0
Bergwerke	39	36	55	103	+ 52,6	+ 85,6
Stahlerzeugende Industrie	358	369	411	384	+ 11,5	- 6,7
NE-Metallindustrie	124	126	84	151	- 33,0	+ 79,1
Stein- und keramische Industrie	287	250	250	250	+ 0,0	+ 0,0
Glasindustrie	195	198	109	102	- 44,9	- 6,9
Chemische Industrie	1.076	1.141	1.095	1.117	- 4,0	+ 2,0
Papierindustrie	216	143	51	108	- 64,3	+ 110,9
Produkte aus Papier und Karton	92	108	74	165	- 31,5	+ 122,2
Holzindustrie	414	306	306	306	+ 0,0	+ 0,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	541	671	584	649	- 12,9	+ 11,1
Textilindustrie	58	49	44	41	- 10,5	- 5,7
Bekleidungsindustrie	22	16	9	17	- 42,5	+ 84,7
Gießereiindustrie	116	141	117	113	- 16,7	- 3,4
Metalltechnische Industrie	1.528	1.620	1.277	1.542	- 21,2	+ 20,7
Fahrzeugindustrie	568	468	309	320	- 34,0	+ 3,7
Elektro- und Elektronikindustrie	1.000	1.050	1.114	1.143	+ 6,1	+ 2,6

Q: WIFO-Investitionstest. Getrennte Hochschätzung für jede Obergruppe und jeden Fachverband. "Industrie insgesamt": Summe der Obergruppen, entspricht daher nicht der Summe der einzelnen Fachverbände.

Übersicht 4: Entwicklung des Umsatzes

	2018	2019	2020	2021	2020	2021
		Mio. € (hochgeschätzt)			Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Industrie insgesamt	200.991	204.351	189.801	197.393	- 7,1	+ 4,0
Basissektor	38.606	39.028	33.734	36.935	- 13,6	+ 9,5
Chemie	23.623	25.318	24.168	25.439	- 4,5	+ 5,3
Technische Verarbeitung	77.189	77.401	70.925	72.580	- 8,4	+ 2,3
Bauzulieferung	22.057	23.210	22.284	23.252	- 4,0	+ 4,3
Traditionelle Konsumgüter	17.205	17.186	16.765	16.765	- 2,5	+ 0,0
Bergwerke	828	859	868	908	+ 1,1	+ 4,6
Stahlerzeugende Industrie	7.755	8.166	6.695	7.700	- 18,0	+ 15,0
NE-Metallindustrie	5.076	4.975	4.597	5.013	- 7,6	+ 9,0
Stein- und keramische Industrie	3.637	3.842	3.522	3.702	- 8,3	+ 5,1
Glasindustrie	1.291	1.324	1.339	1.353	+ 1,1	+ 1,1
Chemische Industrie	23.623	25.318	24.168	25.439	- 4,5	+ 5,3
Papierindustrie	5.342	5.176	4.106	4.505	- 20,7	+ 9,7
Produkte aus Papier und Karton	2.720	2.849	2.823	2.813	- 0,9	- 0,3
Holzindustrie	9.135	9.637	9.406	9.782	- 2,4	+ 4,0
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	11.133	11.019	10.752	10.838	- 2,4	+ 0,8
Textilindustrie	1.779	1.781	1.831	1.831	+ 2,8	+ 0,0
Bekleidungsindustrie	683	677	553	566	- 18,4	+ 2,4
Gießereiindustrie	1.656	1.640	1.378	1.521	- 16,0	+ 10,4
Metalltechnische Industrie	41.065	41.558	37.590	37.768	- 9,5	+ 0,5
Fahrzeugindustrie	17.594	17.593	14.074	14.766	- 20,0	+ 4,9
Elektro- und Elektronikindustrie	18.529	18.140	17.565	18.254	- 3,2	+ 3,9

Q: WIFO-Investitionstest. Getrennte Hochschätzung für jede Obergruppe und jeden Fachverband. "Industrie insgesamt": Summe der Obergruppen entspricht daher nicht der Summe der einzelnen Fachverbände.

Übersicht 5: Investitionskennzahlen – Investitionsintensität, Investitionsquote

	Investitionsintensität				Investitionsquote			
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2020	2021
	Investitionen pro Kopf (Beschäftigte) in €				Investitionen in % des Umsatzes			
Industrie insgesamt	17.864	18.171	15.564	16.497	3,9	4,0	3,6	3,7
Basissektor	44.791	44.242	35.292	37.656	5,0	4,9	4,4	4,3
Chemie	22.558	23.319	22.120	22.563	4,6	4,5	4,5	4,4
Technische Verarbeitung	14.036	14.789	12.616	13.247	4,0	4,1	3,6	3,7
Bauzulieferung	14.346	12.587	12.222	12.467	5,0	4,2	4,4	4,3
Traditionelle Konsumgüter	13.725	15.290	12.412	14.895	4,2	5,1	4,2	5,0
Bergwerke	18.040	16.551	25.388	47.118	4,7	4,2	6,4	11,3
Stahlerzeugende Industrie	23.277	23.012	26.041	24.288	4,6	4,5	6,1	5,0
NE-Metallindustrie	18.678	17.424	11.806	21.147	2,4	2,5	1,8	3,0
Stein- und keramische Industrie	21.818	19.293	19.293	19.293	7,9	6,5	7,1	6,8
Glasindustrie	26.983	26.549	14.895	13.873	15,1	14,9	8,1	7,5
Chemische Industrie	22.558	23.319	22.120	22.563	4,6	4,5	4,5	4,4
Papierindustrie	29.421	25.112	8.974	18.926	4,1	2,8	1,2	2,4
Produkte aus Papier und Karton	10.398	9.246	6.812	15.138	3,4	3,8	2,6	5,9
Holzindustrie	14.517	10.289	10.561	10.561	4,5	3,2	3,3	3,1
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	18.658	21.862	19.710	21.900	4,9	6,1	5,4	6,0
Textilindustrie	7.345	6.170	5.621	5.298	3,3	2,8	2,4	2,3
Bekleidungsindustrie	6.062	4.023	2.386	4.406	3,3	2,3	1,6	2,9
Gießereindustrie	15.650	17.468	15.094	14.575	7,0	8,6	8,5	7,4
Metalltechnische Industrie	11.291	12.349	9.679	11.684	3,7	3,9	3,4	4,1
Fahrzeugindustrie	16.391	13.277	9.258	9.605	3,2	2,7	2,2	2,2
Elektro- und Elektronikindustrie	19.772	21.283	24.010	24.641	5,4	5,8	6,3	6,3

Q: WIFO-Investitionstest. Hochschätzung.

Übersicht 6: Investitionsmotive

	2020				2021			
	Ersatz alter Anlagen	Kapazitätsausweitung	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke	Ersatz alter Anlagen	Kapazitätsausweitung	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke
	Anteile an der Zahl der Meldungen in %							
Industrie insgesamt	42,0	18,4	27,4	12,2	38,3	17,4	30,2	14,0
Basissektor	46,7	15,6	17,8	20,0	35,8	20,8	26,4	17,0
Chemie	34,6	23,1	32,1	10,3	36,0	20,0	33,3	10,7
Technische Verarbeitung	44,6	18,0	27,0	10,4	42,5	17,2	30,3	10,0
Bauzulieferung	39,1	16,3	30,4	14,1	36,0	15,7	27,0	21,3
Traditionelle Konsumgüter	41,5	20,0	26,2	12,3	32,4	16,2	33,8	17,6
Bergwerke	42,9	28,6	14,3	14,3	37,5	25,0	25,0	12,5
Stahlerzeugende Industrie	40,0	0,0	20,0	40,0	42,9	0,0	28,6	28,6
NE-Metallindustrie	44,4	22,2	11,1	22,2	33,3	22,2	22,2	22,2
Stein- und keramische Industrie	36,4	21,2	27,3	15,2	25,7	25,7	28,6	20,0
Glasindustrie	50,0	0,0	50,0	0,0	40,0	20,0	40,0	0,0
Chemische Industrie	34,6	23,1	32,1	10,3	36,0	20,0	33,3	10,7
Papierindustrie	66,7	0,0	0,0	33,3	44,4	11,1	22,2	22,2
Produkte aus Papier und Karton	40,0	20,0	33,3	6,7	23,8	19,0	42,9	14,3
Holzindustrie	40,0	14,5	30,9	14,5	42,9	8,2	24,5	24,5
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	41,2	23,5	17,6	17,6	34,3	17,1	28,6	20,0
Textilindustrie	50,0	10,0	40,0	0,0	36,4	18,2	36,4	9,1
Bekleidungsindustrie	33,3	16,7	33,3	16,7	42,9	0,0	28,6	28,6
Gießereindustrie	44,4	16,7	27,8	11,1	30,0	30,0	30,0	10,0
Maschinen und Metallwaren	45,9	15,1	28,1	11,0	46,9	13,1	29,7	10,3
Fahrzeugindustrie	38,9	22,2	33,3	5,6	22,2	33,3	33,3	11,1
Elektro- und Elektronikindustrie	43,1	24,1	22,4	10,3	37,9	22,4	31,0	8,6

Q: WIFO-Investitionstest. Mehrfachnennungen möglich, Summen auf 100% normiert.

Übersicht 7: Bestimmungsfaktoren der Investitionen

	2020				2021			
	Welche Faktoren beeinflussen die Investitionen?							
	Positiv	Kein Einfluss	Behindernd	Keine Antwort	Positiv	Kein Einfluss	Behindernd	Keine Antwort
	Anteile an der Zahl der Meldungen in %							
Industrie insgesamt								
Nachfrage	57,3	19,1	21,5	2,1	58,5	17,0	20,4	4,2
Finanzielle Ressourcen	50,0	26,7	19,8	3,5	50,9	25,4	19,2	4,5
Technologische Entwicklungen	60,7	34,5	0,3	4,5	60,6	32,1	1,0	6,3
Anderes	29,0	47,8	12,7	10,5	32,1	45,0	11,4	11,4
Basissektor								
Nachfrage	53,6	7,1	39,3	0,0	63,0	7,4	29,6	0,0
Finanzielle Ressourcen	35,7	25,0	39,3	0,0	48,1	18,5	33,3	0,0
Technologische Entwicklungen	53,6	42,9	0,0	3,6	63,0	33,3	0,0	3,7
Anderes	23,1	57,7	15,4	3,8	40,0	44,0	12,0	4,0
Chemie								
Nachfrage	65,7	11,4	20,0	2,9	52,9	29,4	14,7	2,9
Finanzielle Ressourcen	66,7	21,2	0,0	12,1	29,4	38,2	17,6	14,7
Technologische Entwicklungen	60,0	14,3	22,9	2,9	52,9	23,5	17,6	5,9
Anderes	70,6	20,6	0,0	8,8	44,1	32,4	8,8	14,7
Technische Verarbeitung								
Nachfrage	54,1	20,5	23,8	1,6	44,7	31,7	20,3	3,3
Finanzielle Ressourcen	64,3	33,3	0,0	2,4	32,5	48,7	11,1	7,7
Technologische Entwicklungen	54,0	17,7	22,6	5,6	44,7	29,3	22,0	4,1
Anderes	62,9	31,5	0,8	4,8	31,3	48,7	11,3	8,7
Bauzulieferung								
Nachfrage	62,3	23,0	9,8	4,9	60,7	14,8	18,0	6,6
Finanzielle Ressourcen	60,7	32,8	1,6	4,9	19,0	48,3	12,1	20,7
Technologische Entwicklungen	65,6	18,0	9,8	6,6	62,3	18,0	11,5	8,2
Anderes	56,7	31,7	1,7	10,0	17,5	47,4	14,0	21,1
Traditionelle Konsumgüter								
Nachfrage	54,8	23,8	21,4	0,0	57,1	28,6	11,9	2,4
Finanzielle Ressourcen	50,0	45,2	0,0	4,8	36,6	46,3	12,2	4,9
Technologische Entwicklungen	57,1	21,4	21,4	0,0	52,4	31,0	14,3	2,4
Anderes	50,0	42,9	2,4	4,8	40,0	42,5	10,0	7,5

Q: WIFO-Investitionstest.

8.2 Nach ÖNACE-Obergruppen

Übersicht 8: Entwicklung der Investitionen

	2017	2018	2019	2020	2018	2019	2020
	Mio. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Sachgütererzeugung insgesamt	8.539	8.941	7.533	7.985	+ 4,7	- 15,7	+ 6,0
Vorprodukte	4.763	5.049	4.461	4.570	+ 6,0	- 11,7	+ 2,5
Investitionsgüter	610	579	461	491	- 5,0	- 20,5	+ 6,5
Krafffahrzeuge	1.184	1.196	885	942	+ 1,0	- 26,0	+ 6,4
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	287	316	263	290	+ 10,0	- 16,6	+ 10,2
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	1.237	1.274	1.107	1.306	+ 3,0	- 13,2	+ 18,0
Nahrungsmittel und Getränke	1.067	960	836	927	- 10,0	- 13,0	+ 11,0

Q: WIFO-Investitionstest. Hochschätzung.

Übersicht 9: Entwicklung der Umsätze

	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2021
	Mio. €			Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Sachgütererzeugung insgesamt	205.000	208.551	193.702	201.450	+ 1,7	- 7,1	+ 4,0
Vorprodukte	96.500	97.658	91.856	95.531	+ 1,2	- 5,9	+ 4,0
Investitionsgüter	39.943	40.622	36.147	37.790	+ 1,7	- 11,0	+ 4,5
Kraftfahrzeuge	18.522	18.522	14.818	15.525	+ 0,0	- 20,0	+ 4,8
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	7.385	7.562	7.430	7.668	+ 2,4	- 1,7	+ 3,2
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	26.951	27.733	26.943	28.013	+ 2,9	- 2,9	+ 4,0
Nahrungsmittel und Getränke	24.388	23.632	23.139	23.924	- 3,1	- 2,1	+ 3,4

Q: WIFO-Investitionstest. Hochschätzung.

Übersicht 10: Investitionskennzahlen – Investitionsintensität, Investitionsquote

	Investitionsintensität				Investitionsquote			
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2021	2018
	Investitionen pro Kopf (Beschäftigte) in €				Investitionen in % des Umsatzes			
Sachgütererzeugung insgesamt	13.019	13.716	11.749	12.452	4,2	4,3	3,9	4,0
Vorprodukte	16.773	17.833	15.995	16.387	4,9	5,2	4,9	4,8
Investitionsgüter	3.741	3.692	2.991	3.186	1,5	1,4	1,3	1,3
Kraftfahrzeuge	30.880	30.175	22.669	24.118	6,4	6,5	6,0	6,1
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	7.442	8.058	6.718	7.406	3,9	4,2	3,5	3,8
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	10.120	10.155	9.245	10.912	4,6	4,6	4,1	4,7
Nahrungsmittel und Getränke	12.236	10.791	10.095	11.206	4,4	4,1	3,6	3,9

Q: WIFO-Investitionstest. Hochschätzung.

Übersicht 11: Investitionsmotive

	2020				2021			
	Ersatz alter Anlagen	Kapazitätsausweitung	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke	Ersatz alter Anlagen	Kapazitätsausweitung	Rationalisierung	Andere Investitionszwecke
	Anteile an der Zahl der Meldungen in %							
Sachgütererzeugung insgesamt	42,1	18,3	27,4	12,2	39,3	17,1	30,0	13,7
Vorprodukte	42,1	18,1	27,3	12,5	35,5	18,4	31,2	14,9
Investitionsgüter	44,0	17,9	27,6	10,4	45,4	16,9	27,7	10,0
Kraftfahrzeuge	45,0	20,0	30,0	5,0	30,4	21,7	30,4	17,4
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	37,1	17,1	28,6	17,1	50,0	9,4	21,9	18,8
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	40,4	21,2	26,9	11,5	33,9	16,1	35,7	14,3
Nahrungsmittel und Getränke	44,0	24,0	20,0	12,0	34,6	15,4	34,6	15,4

Q: WIFO-Investitionstest. Gewichtet nach Beschäftigtenzahl und Bruttowertschöpfung. Mehrfachnennungen möglich, Summen auf 100% normiert.

Übersicht 12: Bestimmungsfaktoren der Investitionen

	2020				2021			
	Welche Faktoren beeinflussen die Investitionen?							
	Positiv	Kein Einfluss	Behindernd	Keine Antwort	Positiv	Kein Einfluss	Behindernd	Keine Antwort
	Anteile an der Zahl der Meldungen in %							
Sachgütererzeugung insgesamt								
Nachfrage	57,3	19,1	21,5	2,1	58,5	17,0	20,4	4,2
Finanzielle Ressourcen	50,0	26,7	19,8	3,5	50,9	25,4	19,2	4,5
Technologische Entwicklungen	60,7	34,5	0,3	4,5	60,6	32,1	1,0	6,3
Anderes	29,0	47,8	12,7	10,5	32,1	45,0	11,4	11,4
Vorprodukte								
Nachfrage	59,6	17,2	21,2	2,0	58,7	16,7	20,0	4,7
Finanzielle Ressourcen	48,7	27,3	20,7	3,3	46,3	26,8	21,5	5,4
Technologische Entwicklungen	62,0	32,7	0,7	4,7	61,9	30,6	0,7	6,8
Anderes	22,5	51,4	14,1	12,0	27,9	45,7	12,9	13,6
Investitionsgüter								
Nachfrage	50,7	25,3	24,0	0,0	51,9	19,5	26,0	2,6
Finanzielle Ressourcen	44,7	34,2	19,7	1,3	50,0	30,3	18,4	1,3
Technologische Entwicklungen	64,1	34,6	0,0	1,3	62,8	33,3	1,3	2,6
Anderes	42,5	42,5	11,0	4,1	39,4	46,5	9,9	4,2
Kraftfahrzeuge								
Nachfrage	66,7	0,0	33,3	0,0	66,7	0,0	33,3	0,0
Finanzielle Ressourcen	55,6	11,1	33,3	0,0	77,8	11,1	11,1	0,0
Technologische Entwicklungen	88,9	11,1	0,0	0,0	87,5	12,5	0,0	0,0
Anderes	71,4	14,3	14,3	0,0	85,7	0,0	14,3	0,0
Dauerhafte Konsumgüter								
Nachfrage	54,2	12,5	25,0	8,3	62,5	12,5	16,7	8,3
Finanzielle Ressourcen	62,5	8,3	20,8	8,3	66,7	12,5	12,5	8,3
Technologische Entwicklungen	58,3	33,3	0,0	8,3	58,3	29,2	0,0	12,5
Anderes	16,7	41,7	20,8	20,8	8,7	52,2	17,4	21,7
Nichtdauerhafte Konsumgüter								
Nachfrage	60,6	18,2	18,2	3,0	60,6	18,2	18,2	3,0
Finanzielle Ressourcen	54,5	24,2	15,2	6,1	51,5	24,2	18,2	6,1
Technologische Entwicklungen	51,5	39,4	0,0	9,1	45,5	42,4	3,0	9,1
Anderes	33,3	48,5	9,1	9,1	42,4	39,4	6,1	12,1
Nahrungsmittel und Getränke								
Nachfrage	53,3	26,7	20,0	0,0	53,3	26,7	20,0	0,0
Finanzielle Ressourcen	53,3	33,3	13,3	0,0	40,0	40,0	20,0	0,0
Technologische Entwicklungen	33,3	60,0	0,0	6,7	26,7	66,7	6,7	0,0
Anderes	20,0	73,3	6,7	0,0	40,0	46,7	6,7	6,7

Q: WIFO-Investitionstest. Gewichtet nach Beschäftigtengröße und Bruttowertschöpfung.

Fehlzeitenreport 2020

Krankheits- und unfallbedingte Fehlzeiten in Österreich

Thomas Leoni



Hauptergebnisse

Das Krankenstandsgeschehen in Österreich – Ausblick

Entwicklung und Verteilung der Krankenstände

Definitionen und Datenbeschreibung – Entwicklung der Krankenstände – Erkrankungsquote sowie Zahl und Dauer der Krankenstandsfälle – Die Bedeutung der Kurzkrankenstände für die Fehlzeiten – Krankenstandshäufigkeit nach Saison und Wochentag – Gruppenspezifische Krankenstandsentwicklung – Regionale Unterschiede in der Krankenstandsentwicklung – Verteilung der Krankenstände nach Krankheitsgruppen – Die Entwicklung und Verteilung der Arbeitsunfälle

Anhang

Übersichten zur langfristigen Entwicklung der Krankenstände

Der Fehlzeitenreport vermittelt einen Überblick über Entwicklung und Verteilung der gesundheitlich bedingten Fehlzeiten in Österreich. 2019 verbrachten die unselbständig Beschäftigten durchschnittlich 13,3 Kalendertage im Krankenstand. Diese Zahl war etwas höher als im Vorjahr und entsprach einem Verlust an Jahresarbeitszeit von 3,6%. Atemwegserkrankungen verzeichneten gegenüber dem Vorjahr einen deutlichen Rückgang, diesem wirkte aber vor allem Steigerung der psychischen Erkrankungen und der Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems entgegen.

Im Auftrag von Bundesarbeitskammer, Wirtschaftskammer Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger • November 2020 • 76 Seiten • 70 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66636>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Bundeshaushalt und Staatsschuld in der COVID-19-Krise

Bundesvoranschlag 2021 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2021 bis 2024

Simon Loretz, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

- Beträchtliche Unsicherheiten über die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen und der epidemiologischen Rahmenbedingungen beeinflussen die Budgeterstellung für 2021 bis 2024.
- Maßnahmen zur Konjunkturbelebung und zur Unterstützung von Unternehmen und privaten Haushalten bestimmen maßgeblich den erwarteten Budgetpfad bis 2022.
- Der drastische Einbruch der Wirtschaftsleistung und hohe Kosten der COVID-19-Maßnahmen führen zu Rekorddefiziten und einem erheblichen Anstieg der Staatsschulden.
- Die derzeitige Niedrigzinsphase begünstigt ein graduelles Vorgehen beim Schuldenabbau.

Rahmen für die COVID-19-Hilfsmaßnahmen des Bundes

Gesamtvolumen 49,6 Mrd. € (12,5% des BIP)			
Soforthilfepaket 17,5 Mrd. €	COVID-19-Hilfsfonds 15 Mrd. €	Weitere Maßnahmen 7,045 Mrd. €	Steuerliche Maßnahmen 10 Mrd. €
COVID-19-Kurzarbeit 13,5 Mrd. €	Fixkostenzuschuss I und II, Lockdown-Umsatzersatz 12 Mrd. €	NPO-Paket 0,985 Mrd. €	Anpassungen der Vorauszahlungen
Härtefallfonds 2 Mrd. €	COFAG-Garantien, Haftungen 8,017 Mrd. €	Gemeindehilfen 2,95 Mrd. €	Stundungen, Ratenzahlungen
Weitere Maßnahmen (Gesundheitsausgaben, soziale Sicherung usw.) 2 Mrd. €		Unterstützungsfonds für Künstlerinnen und Künstler 0,11 Mrd. €	Steuerfreiheit für Bonuszahlungen bis 3.000 €
		Weitere Haftungen, Garantien durch die OeKB 3 Mrd. €	Verschiebung der Tabaksteuererhöhung
			Weitergewährung der Pendlerpauschale im Home Office und bei Kurzarbeit

"Die COVID-19-Krise bestimmt wesentlich den kurz- und mittelfristigen Budgetpfad. Neue Ausgaben-schwerpunkte sind in den Budgetplanungen nur in Ansätzen erkennbar."

Zur Abfederung der COVID-19-Krise setzte die österreichische Bundesregierung für 2020 und 2021 Hilfsmaßnahmen im Umfang von 49,6 Mrd. € (12,5% des BIP 2019). Sie richten sich an unterschiedliche Zielgruppen. Der bisherige Ausschöpfungsgrad variiert erheblich (Q: Budgetdienst (2020A, 2020B, 2021), Bundesministerium für Finanzen (2020A, 2020B, 2020C, 2020D), WIFO-Zusammenstellung).

Bundshaushalt und Staatsschuld in der COVID-19-Krise

Bundesvoranschlag 2021 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2021 bis 2024

Simon Loretz, Hans Pitlik, Margit Schratzenstaller

Bundshaushalt und Staatsschuld in der COVID-19-Krise. Bundesvoranschlag 2021 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2021 bis 2024

Unsicherheiten über die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen und der epidemiologischen Rahmenbedingungen prägen die Budgeterstellung für 2021 bis 2024. Zur Abfederung der ökonomischen und sozialen Folgen der COVID-19-Krise setzte die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen, deren Kosten zu einem Rekorddefizit 2020 beitrugen und weiterhin zu einem drastischen Anstieg der gesamtstaatlichen Schuldenquote auf bis zu 85% des BIP (2022) führen werden. Langfristig sollte die hohe Schuldenlast abgebaut werden; das anhaltend niedrige Zinsniveau begünstigt jedoch ein reduziertes Tempo der fiskalischen Konsolidierung und erlaubt es auch, teilweise auf ein "Herauswachsen" aus der Verschuldung zu setzen.

JEL-Codes: E62, H12, H20, H68 • **Keywords:** COVID-19, Budgetpolitik, Maastricht-Defizit, Verschuldung, Krisenmanagement

Begutachtung: Christoph Badelt, Michael Klien • **Wissenschaftliche Assistenz:** Andrea Sutrich (andrea.sutrich@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 15. 1. 2021

Kontakt: Dr. habil. Simon Loretz (simon.loretz@wifo.ac.at), apl. Prof. Dr. Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at), Dr. Margit Schratzenstaller (margit.schatzenstaller@wifo.ac.at)

Federal Budget and Public Debt During the COVID-19-Crisis. Federal Budget 2021 and Medium-term Financial Framework 2021 to 2024

Uncertainties about macroeconomic and epidemiologic developments are shaping the budget process for 2021 to 2024. To mitigate the economic and social consequences of the COVID-19 crisis, the federal government implemented a number of measures, the cost of which contributed to a record deficit in 2020 and will continue to lead to a sharp increase in the general government debt ratio to up to 85 percent of GDP (2022). In the long term, the high debt burden should be reduced; however, the persistently low level of interest rates favors a reduced pace of fiscal consolidation and also allows partial reliance on "growing out" of debt.

1. Wirtschaftliche und gesundheitspolitische Rahmenbedingungen der Budgeterstellung

Die Budgeterstellung war hinsichtlich der wirtschaftlichen und gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen von hoher Unsicherheit geprägt.

Der Bundesvoranschlagsentwurf (BVA-E) für 2021 ist vornehmlich durch die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen gesundheits- und konjunkturpolitischen Maßnahmen geprägt. War das WIFO im Dezember 2019 für 2020 noch von einem moderaten Wirtschaftswachstum von 1,2% ausgegangen, so musste die BIP-Prognose im Lauf des Jahres 2020 mehrfach gesenkt werden. Aufgrund der unbeständigen gesundheitspolitischen Lage veränderten sich 2020 auch die Informationsgrundlagen für die Budgetplanung mehrfach und teilweise grundlegend (Loretz – Pitlik – Schratzenstaller, 2020).

Der Erstellung des BVA-Entwurfs für 2021 und des Bundesfinanzrahmens für 2021 bis 2024, die am 14. Oktober 2020 dem Nationalrat vorgelegt wurden, lag das Hauptszenario

der WIFO-Konjunkturprognose (Schiman, 2020) und der darauf aufbauenden mittelfristigen Prognose bis 2025 (Baumgartner et al., 2020B) von Anfang Oktober 2020 zugrunde. Darin wurden für 2020 ein Rückgang des realen BIP von 6,8% gegenüber dem Vorjahr und für 2021 ein Wachstum von +4,4% prognostiziert¹⁾.

Bereits im Oktober waren die COVID-19-Infektionszahlen so weit angestiegen, dass die Bundesregierung einen Lockdown für Tourismus, Gastronomie und Freizeitwirtschaft verhängte, der am 3. November 2020 in Kraft trat. Der Aktualisierung des BVA-Entwurfs für 2021 lag eine Revision der WIFO-Kurzfristprognose zugrunde, die jedoch die Ausweitung der Maßnahmen auf den Handel und körpernahe Dienstleistungen sowie die Schulen ab dem 17. November 2020

¹⁾ Die WIFO-Prognosen von Oktober 2020 enthielten neben dem Hauptszenario auch ein pessimistischeres "Risikoszenario", das für das IV. Quartal 2020 von einer zweiten Infektionswelle und einer dadurch verursachten Verschärfung der gesundheitspolitischen Maß-

nahmen ausging. Dieses Risikoszenario schätzte für 2020 einen BIP-Einbruch von 9,3% gegenüber dem Vorjahr und rechnete für 2021 kaum mit einer Erholung (+0,4%).

nicht berücksichtigen konnte. In diesem "Lockdown"-Szenario (Baumgartner et al., 2020A) erwartete das WIFO für 2020 einen BIP-Rückgang von -7,7% und für 2021 mit +2,4% ein nur sehr gedämpftes Wachstum.

In allen Prognoseszenarien für die Budgetplanung musste für 2020 von einem drasti-

schon Anstieg der Arbeitslosigkeit ausgegangen werden (deutlich über +100.000 Personen gegenüber 2019) und für 2021 von einer nur schwachen Erholung auf dem Arbeitsmarkt. Die Auswirkungen der Verschärfung der gesundheitspolitischen Maßnahmen Mitte November 2020 konnten nicht mehr in die Budgetplanung einfließen.

Übersicht 1: Wirtschaftliche Eckdaten

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise	Lohn- und Gehaltssumme, brutto, nominell		Unselbständig aktiv Beschäftigte	Arbeitslose		Arbeitslosenquote		
	Real Veränderung gegen das Vorjahr in %	Nominell	Nominell Mrd. €		Insgesamt Veränderung gegen das Vorjahr in %	Pro Kopf		In 1.000	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000	In % der unselbständigen Erwerbspersonen	In % der Erwerbspersonen laut Eurostat	
Mittelfristige WIFO-Prognose Dezember 2019 (Basis für Strategiebericht März 2020 und Bundesfinanzrahmen 2020 bis 2023)												
2019	+ 1,7	+ 3,5	399,3	+ 1,5	+ 4,4	+ 2,9	+ 1,6	301,1	- 11,0	4,6	7,3	
2020 ¹⁾	+ 1,2	+ 3,0	411,3	+ 1,5	+ 3,2	+ 2,2	+ 1,1	306,1	+ 5,0	4,7	7,4	
2021	+ 1,4	+ 3,1	423,9	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,1	311,1	+ 5,0	4,7	7,4	
2022	+ 1,4	+ 3,0	436,7	+ 1,6	+ 2,9	+ 2,0	+ 1,0	316,0	+ 4,9	4,7	7,5	
2023	+ 1,3	+ 2,9	449,2	+ 1,6	+ 2,7	+ 1,9	+ 0,9	321,3	+ 5,3	4,8	7,5	
Mittelfristige WIFO-Prognose Oktober 2020 (Basis für Bundesvoranschlag 2021 und Bundesfinanzrahmen 2021 bis 2024)												
2019	+ 1,4	+ 3,2	397,6	+ 1,5	+ 4,4	+ 2,9	+ 1,6	301,3	- 10,8	4,5	7,4	
2020	- 6,8	- 5,0	377,5	+ 1,3	- 0,9	+ 1,4	- 1,9	403,3	+ 102,0	5,4	9,8	
2021	+ 4,4	+ 6,1	400,7	+ 1,5	+ 3,2	+ 1,5	+ 1,3	365,3	- 38,0	5,0	8,8	
2022	+ 2,4	+ 4,0	416,7	+ 1,6	+ 4,0	+ 2,2	+ 1,9	345,4	- 19,9	4,8	8,3	
2023	+ 1,8	+ 3,5	431,2	+ 1,7	+ 3,8	+ 2,3	+ 1,5	330,5	- 14,9	4,6	7,8	
2024	+ 1,5	+ 3,2	445,0	+ 1,7	+ 3,3	+ 2,2	+ 1,2	327,6	- 2,9	4,5	7,7	
Mittelfristige WIFO-Prognose Oktober 2020, Risikoszenario (in Bundesvoranschlag 2021 und Bundesfinanzrahmen 2021 bis 2024 nicht berücksichtigt)												
2019	+ 1,4	+ 3,2	397,6	+ 1,5	+ 4,4	+ 2,9	+ 1,6	301,3	- 10,8	4,5	7,4	
2020	- 9,3	- 7,5	367,8	+ 1,2	- 1,2	+ 1,4	- 2,2	417,0	+ 115,6	5,7	10,1	
2021	+ 0,4	+ 1,7	374,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,1	427,6	+ 10,6	6,2	10,3	
2022	+ 4,8	+ 6,0	396,7	+ 1,3	+ 3,9	+ 1,6	+ 2,0	387,1	- 40,4	5,6	9,3	
2023	+ 2,2	+ 3,7	411,4	+ 1,4	+ 3,9	+ 2,3	+ 1,7	365,9	- 21,2	5,4	8,7	
2024	+ 1,5	+ 3,2	424,4	+ 1,5	+ 3,6	+ 2,5	+ 1,0	355,1	- 10,8	5,3	8,4	
WIFO-Prognose Anfang November 2020 (Basis für Lockdown-Berechnungen)												
2019	+ 1,4	+ 3,2	397,6	+ 1,5	+ 4,4	+ 2,9	+ 1,6	301,3	- 10,8	4,5	7,4	
2020	- 7,7	- 5,8	374,4	+ 1,3	- 1,0	+ 1,4	- 2,0	408,0	+ 106,7	5,5	9,9	
2021	+ 2,8	+ 4,2	390,2	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,2	+ 0,7	400,7	- 7,3	5,6	9,7	

Q: WIFO. – ¹⁾ Laut Bundesministerium für Finanzen, Strategiebericht März 2020: BIP real +0,8%, nominell +3,2%.

2. COVID-19-Maßnahmen des Bundes

Zur Abfederung der sozialen und ökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie setzte die österreichische Bundesregierung für 2020 und 2021 einerseits Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen und privaten Haushalten im Umfang von 49,6 Mrd. € (12,5% des BIP 2019) und andererseits konjunkturbelebende Maßnahmen im Umfang von 11,6 Mrd. € (2,9% des BIP). Das für 2020 und 2021 geplante Gesamtvolumen der COVID-19-Maßnahmen des Bundes beträgt somit 61,2 Mrd. € (15,4% des BIP 2019).

2.1 COVID-19-Hilfsmaßnahmen des Bundes im Überblick

Beginnend mit dem am 15. März 2020 – zeitgleich mit dem Beginn des ersten Lockdown – verabschiedeten ersten COVID-19-Hilfspaket im Umfang von 4 Mrd. € (Loretz – Pitlik – Schratzenstaller, 2020) gewährt der Bund zahlreiche Hilfsmaßnahmen zur Sicherung der Liquidität von Unternehmen, zur Stützung der Einkommen der privaten Haushalte und zur Stabilisierung der Beschäftigung. Die Maßnahmen und der dafür vorgesehene

Die von der Bundesregierung beschlossenen COVID-19-Hilfsmaßnahmen haben ein potentielles Gesamtvolumen von fast 50 Mrd. €.

Rahmen wurden schrittweise ausgedehnt; das maximale potentielle Gesamtvolumen beträgt inzwischen (Stand Dezember 2020)

49,6 Mrd. € oder 12,5% des BIP 2019 (Abbildung 1)²⁾.

Abbildung 1: Rahmen für die COVID-19-Hilfsmaßnahmen des Bundes

Gesamtvolumen 49,6 Mrd. € (12,5% des BIP)			
Soforthilfepaket 17,5 Mrd. €	COVID-19-Hilfsfonds 15 Mrd. €	Weitere Maßnahmen 7,045 Mrd. €	Steuerliche Maßnahmen 10 Mrd. €
COVID-19-Kurzarbeit 13,5 Mrd. €	Fixkostenzuschuss I und II, Lockdown-Umsatzersatz ¹⁾ 12 Mrd. €	NPO ⁴⁾ -Paket 0,985 Mrd. €	Anpassungen der Vorauszahlungen
Härtefallfonds 2 Mrd. €	COFAG ²⁾ -Garantien, Haftungen 8,017 Mrd. € ³⁾	Gemeindehilfen ⁵⁾ 2,95 Mrd. €	Stundungen, Ratenzahlungen
Weitere Maßnahmen (Gesundheitsausgaben, soziale Sicherung usw.) 2 Mrd. €		Unterstützungsfonds für Künstlerinnen und Künstler 0,11 Mrd. €	Steuerfreiheit für Bonuszahlungen bis 3.000 €
		Weitere Haftungen, Garantien durch die OeKB 3 Mrd. € ³⁾	Verschiebung der Tabaksteuererhöhung
			Weitergewährung der Pendlerpauschale im Home Office und bei Kurzarbeit

Q: Budgetdienst (2020A, 2020B, 2021), Bundesministerium für Finanzen (2020A, 2020B, 2020C, 2020D), WIFO-Zusammenstellung. – ¹⁾ Bzw. Verlustersatz. – ²⁾ COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH. – ³⁾ Garantien, Haftungen: Rahmen; tatsächliche Zahlungsverpflichtung abhängig vom Ausmaß der Inanspruchnahme. – ⁴⁾ Non-Profit-Organisationen. – ⁵⁾ Gemeindeinvestitionsprogramm 1 Mrd. €, nicht rückzahlbare Zuschüsse 0,5 Mrd. €, Vorschüsse 1,45 Mrd. €.

Ein inzwischen auf ein potentielles Volumen von 17,5 Mrd. € angewachsenes Soforthilfepaket umfasst die COVID-19-Kurzarbeit mit einem Rahmen von 13,5 Mrd. € (12 Mrd. € für 2020, 1,5 Mrd. € für 2021), den Härtefallfonds für Selbständige, freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer, Mitglieder der freien Berufe und kleine Betriebe mit bis zu 9 Beschäftigten (2 Mrd. €) sowie weitere 2 Mrd. € für sonstige krisenbedingte Mehrausgaben der Ressorts (für Gesundheit, Forschung, Familienhärtefonds usw.). Unter dem Dach des COVID-19-Hilfsfonds versammeln sich erstens der Fixkostenzuschuss I und II sowie der Umsatzersatz für die während des zweiten Lockdown ab Anfang November 2020 behördlich geschlossenen Unternehmen mit einem Rahmen von insgesamt 12 Mrd. €³⁾. Zweitens gehören zum COVID-19-Hilfsfonds die von der COFAG⁴⁾ verwalteten Garantien und Haftungen für Unternehmenskredite mit einem gesetzlichen Rahmen von bis zu

8,017 Mrd. €, wovon allerdings nur ein geringerer Teil auch schlagend werden und zu tatsächlichen Auszahlungen führen dürfte.

Für die Herabsetzung und Stundung von Steuern und Abgaben der Unternehmen wurde ein Rahmen von 10 Mrd. € definiert; dabei handelt es sich eher um eine zeitliche Verschiebung von Einnahmen denn um endgültige Ausfälle, sofern die betreffenden Steuern und Abgaben nicht endgültig uneinbringlich sind. Hinzu kommen kleinere steuerliche Maßnahmen, die allerdings nur zu geringfügigen Einnahmefällen führen. Weitere Hilfsmaßnahmen im Ausmaß von insgesamt 7,045 Mrd. € beinhalten das NPO-Paket mit 0,985 Mrd. €, Hilfen für die Gemeinden in Höhe von 2,95 Mrd. € (Gemeindeinvestitionsprogramm 1 Mrd. €, nicht rückzahlbare Zuschüsse des Bundes 0,5 Mrd. €, davon 0,4 Mrd. € Ersatz für Ertragsanteile und 0,1 Mrd. € Erhöhung des Strukturfonds für finanzschwache Gemeinden für

²⁾ Details zum beschlossenen Haftungsrahmen zur Abdeckung des Insolvenzrisikos für Kundengelder für Pauschalreiseanbieter (300 Mio. €) sowie zum beschlossenen Schutzschirm für entfallene Veranstaltungen (300 Mio. €) sind noch nicht bekannt; sie sind daher hier nicht berücksichtigt.

³⁾ Hinzu kommt der mit der Verlängerung des ursprünglich bis 24. Jänner 2021 befristeten Lockdown auf 7. Februar 2021 beschlossene Ausfallsbonus, für den jedoch bei Redaktionsschluss noch keine Details

vorlagen und der daher nicht berücksichtigt werden konnte.

⁴⁾ Die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG) stellt den heimischen Unternehmen Garantien und Fixkostenzuschüsse sowie den Lockdown-Umsatzersatz mit einem Gesamtvolumen von 15 Mrd. € zur Verfügung.

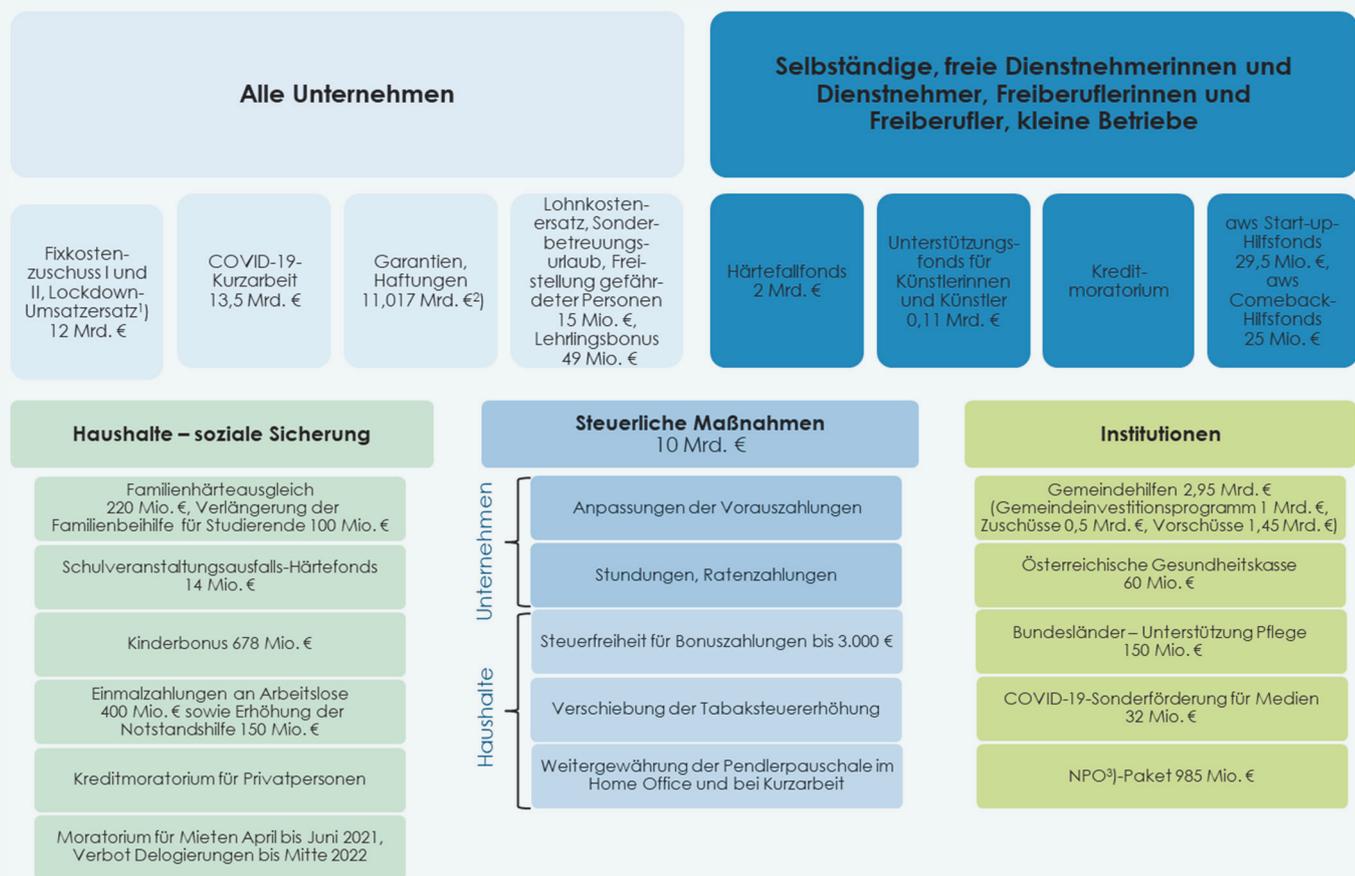
2021; Vorschüsse von 1,45 Mrd. €)⁵⁾, Haftungen und Garantien unter dem Dach der Oesterreichischen Kontrollbank (OeKB) im Ausmaß von 3 Mrd. € und den Unterstützungsfonds für Künstlerinnen und Künstler mit 0,11 Mrd. €.

Die COVID-19-Hilfsmaßnahmen des Bundes richten sich an unterschiedliche Zielgruppen (Abbildung 2). Fixkostenzuschuss einschließlich Lockdown-Umsatzersatz, COVID-19-Kurzarbeit, Garantien und Haftungen sowie verschiedene weitere Leistungen (Lohnkostenerersatz für Sonderbetreuungsurlaub und die

Freistellung von Angehörigen einer Risikogruppe, Lehrlingsbonus usw.) können von allen Unternehmen in Anspruch genommen werden. Für Selbständige, freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer, Mitglieder freier Berufe und kleine Betriebe wurden der Härtefallfonds, der Unterstützungsfonds für Künstlerinnen und Künstler sowie der Start-up- und Comeback-Hilfsfonds des aws⁶⁾ eingerichtet. Sozialtransfers werden insbesondere für Familien und Arbeitslose gewährt. Steuerliche Maßnahmen entlasten in erster Linie die Unternehmen; ein kleinerer Teil richtet sich an private Haushalte.

COVID-19-Hilfsmaßnahmen des Bundes richten sich an unterschiedliche Zielgruppen.

Abbildung 2: **Rahmen für die COVID-19-Hilfsmaßnahmen des Bundes nach Zielgruppen**



Q: Budgetdienst (2020A, 2020B, 2021), Bundesministerium für Finanzen (2020A, 2020B, 2020C, 2020D), WIFO-Zusammenstellung. – ¹⁾ Bzw. Verlustersatz. – ²⁾ Rahmen; tatsächliche Zahlungsverpflichtung abhängig vom Ausmaß der Inanspruchnahme. – ³⁾ Non-Profit-Organisationen.

Eine Reihe von Maßnahmen und somit auch die damit verbundenen Belastungen für das Budget erstrecken sich über mehrere Jahre: Die COVID-19-Kurzarbeit, Zahlungen im Rahmen des Fixkostenzuschusses I und II, Zuschüsse an die Gemeinden innerhalb des Gemeindeinvestitionsprogrammes und weitere nicht rückzahlbare Gemeindeförderungen sowie die Möglichkeit der Herabsetzung bzw. Stundung von Steuer- und Abgabenzah-

lungen werden in den Jahren 2020 und 2021 gewährt. Die übernommenen Haftungen und Garantien für Unternehmen betreffen einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren, innerhalb dessen der Bund für eventuelle Ausfälle einspringen muss.

Der Rahmen für die COVID-19-Hilfsmaßnahmen des Bundes von knapp 50 Mrd. € stellt aus heutiger Sicht den potentiellen

Zahlreiche Hilfsmaßnahmen reichen über das Jahr 2020 hinaus und werden den Bundeshaushalt erst in den Folgejahren spürbar belasten.

⁵⁾ Eine Rückverrechnung dieser Vorschüsse ist frühestens ab dem Jahr 2023 vorgesehen.

⁶⁾ Die Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH (aws) vergibt die unternehmensbezogenen

Wirtschaftsförderungen des Bundes, wickelt diese ab und erbringt Finanzierungs- und Beratungsleistungen zur Unterstützung der Wirtschaft.

Höchstumfang dar und wird daher voraussichtlich nicht in vollem Ausmaß auf das Budget durchschlagen. So wird der Rahmen für die COVID-19-Kurzarbeit (2020: 12 Mrd. €) bei weitem nicht ausgeschöpft werden: Bis Mitte Dezember 2020 wurden erst 5,3 Mrd. € ausgezahlt (Übersicht 2). Allerdings kann eine Überschreitung der für 2021 budgetierten 1,5 Mrd. € nicht ausgeschlossen werden, wenn die COVID-19-Kurzarbeit aufgrund einer Verlängerung oder Verschärfung⁷⁾ gesundheitspolitischer Restriktionen über den März 2021 hinaus gewährt wird.

Einige Hilfsmaßnahmen dienen der kurzfristigen Sicherung der Liquidität und sind nur mit einer zeitlichen Verschiebung von Einnahmen, aber nicht notwendigerweise mit Budgetbelastungen verbunden: Dies gilt für Vor-

schüsse im Rahmen der Gemeindehilfen sowie grundsätzlich – sofern die entsprechenden Zahlungen nicht endgültig ausfallen – für die Möglichkeit zur Herabsetzung bzw. Stundung oder Ratenzahlung von Steuer- und Abgabenforderungen. Auch Kreditgarantien und -haftungen werden nur dann als Vermögenstransfers budgetwirksam, wenn die abgesicherten Kredite tatsächlich ausfallen. Während sich der Maastricht-Saldo durch Mindereinnahmen aufgrund der Herabsetzung und Stundung von Steuern verschlechtert, wirkt sich die Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen nicht unmittelbar auf den Maastricht-Saldo aus; dieser würde erst durch einen endgültigen Ausfall der gestundeten Sozialversicherungsbeiträge belastet.

Übersicht 2: **Vollzugsstand von COVID-19-Hilfsmaßnahmen des Bundes per 15. Dezember 2020**

Bezeichnung	Zielgruppe	Abgewickelt durch . . .	Rahmen	Auszahlung oder Leistung an Zielgruppe Mrd. €	Freier Rahmen	Ausschöpfungsgrad In %
COVID-19-Kurzarbeit	Unternehmen, Beschäftigte	Arbeitsmarktservice Österreich	13,500	5,346	8,154	39,6
Gemeindeinvestitionsprogramm ¹⁾	Kommunen	Bund	1,000	0,207	0,793	20,7
Garantien, Haftungen ²⁾	Kleine und mittlere Unternehmen, Großunternehmen, Exportunternehmen	Bundesministerium für Finanzen, COFAG ³⁾	11,017	6,572	4,580	59,7
Härtefallfonds	Ein-Personen-Unternehmen, freie Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Kleinunternehmen, Landwirte, Privatzimmervermieter	Wirtschaftskammer Österreich, Agrarmarkt Austria	2,000	0,828	1,172	41,4
Fixkostenzuschuss I und II sowie Lockdown-Umsatzersatz ⁴⁾	Unternehmen	COFAG ³⁾	12,000	1,884	10,116	15,7
NPO-Unterstützungsfonds	Gemeinnützige sowie kirchliche Organisationen, freiwillige Feuerwehren und Sportligen	aws ⁵⁾ , Sozialversicherung der Selbständigen, Betriebssport-GmbH	0,985	0,173	0,812	17,5
Unterstützungsfonds für Künstlerinnen und Künstler	Selbständige Künstlerinnen und Künstler	Sozialversicherung der Künstlerinnen und Künstler	0,110	0,053	0,057	47,8
Steuererleichterungen	Unternehmen, Selbständige	Finanzamt, Bundesministerium für Finanzen	10,000	6,421	3,579	64,2
Genehmigte Herabsetzungen						
Einkommensteuervorauszahlungen			.	1,112	.	.
Körperschaftsteuervorauszahlungen			.	2,760	.	.
Genehmigte Stundungen						
			.	2,549	.	.

Q: Budgetdienst (2021), Bundesministerium für Finanzen (2020D), WIFO-Zusammenstellung. – ¹⁾ Anteil gemäß Kommunalinvestitionsgesetz 2020. – ²⁾ Rahmen; tatsächliche Zahlungsverpflichtung abhängig vom Ausmaß der Inanspruchnahme. – ³⁾ COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH. – ⁴⁾ Bzw. Verlustersatz. – ⁵⁾ Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH

Eine endgültige Quantifizierung der Ausschöpfung des Rahmens für die einzelnen diskretionären Maßnahmen sowie deren Auswirkungen auf das Budget werden erst nach Laufzeitende der Maßnahmen möglich sein. Eine Ausnahme stellen die steuerlichen Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität von Unternehmen (Herabsetzung,

Stundung bzw. Möglichkeit zur Ratenzahlung) dar, die miteinander sowie mit weiteren steuerlichen Maßnahmen interagieren (vgl. Kapitel 2.4) und deren Wirkung von jener der automatischen Stabilisatoren kaum zu trennen sind.

⁷⁾ Die Ende Jänner 2021 angekündigte Aufstockung der Mittel für die Kurzarbeit ist hier noch nicht berücksichtigt.

2.2 Vollzug der COVID-19-Hilfsmaßnahmen des Bundes

Die einzelnen COVID-19-Hilfsmaßnahmen wurden bisher (Stand Mitte Dezember 2020) sehr unterschiedlich ausgeschöpft (Übersicht 2). Am höchsten ist die Inanspruchnahme bei Steuererleichterungen sowie bei Garantien und Haftungen mit Ausschöpfungsgraden von 64% bzw. 60%. Für die COVID-19-Kurzarbeit wurden bei einem Rahmen von 12 Mrd. € (2020) bzw. 13,5 Mrd. € (einschließlich 2021) bisher Zahlungen von gut 5,3 Mrd. € geleistet; der bisherige Ausschöpfungsgrad beträgt also knapp 40%. Im Rahmen des Fixkostenzuschusses I und II wurden aufgrund des bis August 2021 reichenden Beantragungszeitraums bisher erst gut 0,4 Mrd. € ausgezahlt. Der ab Mitte November 2020 ausgeschüttete Umsatzerlös erreichte dagegen bereits Mitte Dezember 2020 ein Auszahlungsvolumen von immerhin 1,473 Mrd. €.

Das Gemeindeinvestitionsprogramm wurde bisher erst zu knapp 21% ausgeschöpft und damit nur wenig genutzt. Dies liegt nicht nur am Beantragungszeitraum der Förderung, der sich bis Ende 2021 erstreckt, sondern auch daran, dass der Zuschuss des Bundes aus eigenen Gemeindemitteln aufgestockt werden muss, was einer Reihe von Gemeinden aufgrund krisenbedingter finanzieller Engpässe schwerfallen dürfte. Zudem dürfte es vor allem in der Phase des Anlaufens von Hilfszahlungen im Rahmen des Härtefallfonds, des Fixkostenzuschusses sowie des Umsatzerlöses zu administrativ bedingten Verzögerungen bei der Abwicklung von Anträgen und Auszahlungen gekommen sein. Ein geringer Ausschöpfungsgrad kann auch auf eine sehr großzügige Budgetierung hinweisen, was als Ausdruck der politischen Bereitschaft gedeutet werden kann, die Betroffenen zu unterstützen, das Ausmaß der tatsächlichen Hilfeleistung jedoch überzeichnet.

Der bisherige Ausschöpfungsgrad der Hilfsmaßnahmen variiert erheblich.

Übersicht 3: COVID-19-Maßnahmen des Bundes zur Konjunkturbelebung

	2020	2021	2022	2023	2024	2020/21	2020/2024
	Mrd. €						
Insgesamt	4,347	7,258	6,284	3,285	3,174	11,605	24,348
Einnahmenseitig: Steuerliche Maßnahmen	4,347	5,943	4,438	2,498	2,368	10,290	19,594
Senkung des Eingangsteuersatzes von 25% auf 20%, Verlängerung des Spitzensteuersatzes von 55% bis 2025, Erhöhung der Rückerstattung von Sozialversicherungsbeiträgen, Verbesserungen der Besteuerung der Sonstigen Bezüge	1,375	1,825	1,700	1,700	1,700	3,200	8,300
Verlustrücktrag	2,000	2,000	1,000	-1,000	-1,000	4,000	3,000
Entlastungsmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft	0,000	0,020	0,020	0,020	0,020	0,020	0,080
Degressive Abschreibung für Abnutzung 30% und beschleunigte Abschreibung für Gebäude	0,000	0,280	1,220	1,530	1,400	0,280	4,430
Befristete Senkung der Umsatzsteuer auf Speisen, Getränke, Beherbergung, kulturelle und künstlerische Leistungen, Zeitungen	0,960	0,320	0,000	0,000	0,000	1,280	1,280
Gastronomiepaket, dauerhafte Maßnahmen: Steuerbefreiung von Essensgutscheinen, Abschaffung der Schaumweinsteuer, Gaststättenpauschalierung	0,012	0,248	0,248	0,248	0,248	0,260	1,004
Verlängerung der befristeten Umsatzsteuersenkung	0,000	1,250	0,250	0,000	0,000	1,250	1,500
Ausgabenseitig: Investitionen	.	1,315	1,846	0,787	0,806	1,315	4,754
Pensionsversicherung: Unterstützung für BSVG-Versicherte	.	0,020	0,020	0,020	0,020	0,020	0,080
8-Punkte-Plan für den digitalen Unterricht	.	0,235	.	.	.	0,235	0,235
Klimafreundliche Investitionen und Förderung klimafreundlicher Industrien	.	0,100	0,100	.	.	0,100	0,200
Investitionsprämie	.	0,400	1,120	0,130	0,249	0,400	1,899
Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Bund, Ländern und Gemeinden	.	0,100	0,100	0,100	0,000	0,100	0,300
1-2-3 Klimaticket (1. Stufe: 3 € pro Tag österreichweit)	.	0,095	0,150	0,160	0,170	0,095	0,575
Forstpaket, Waldfondsgesetz	.	0,158	0,070	0,035	0,000	0,158	0,263
Breitbandausbau	.	0,042	0,042	0,042	0,042	0,042	0,166
Ausbau erneuerbarer Energieträger	.	0,082	0,062	0,060	0,060	0,082	0,263
Umweltförderung im Inland und Sanierungsoffensive	.	0,085	0,183	0,241	0,265	0,085	0,773

Q: Bundesministerium für Finanzen (2020A), WIFO-Zusammenstellung.

2.3 Konjunkturstabilisierende Maßnahmen

Mitte Juni 2020 wurden neben der Aufstockung einiger COVID-19-Hilfen des Bundes auch konjunkturstabilisierende Maßnahmen verabschiedet (Übersicht 3). Deren Kosten für die Jahre 2020 und 2021 werden vom

Bundesministerium für Finanzen insgesamt mit 11,6 Mrd. € (oder 2,9% des BIP) beziffert. Den Großteil machen Steuererleichterungen aus, einen kleineren Teil investive Ausgaben des Bundes, vor allem für verschiedene Klimaschutz-Investitionen.

2.4 Zusammenspiel der steuerlichen COVID-19-Hilfs- und -Konjunkturmaßnahmen

Zwischen einzelnen steuerlichen Maßnahmen bestehen starke Interdependenzen, was eine Abschätzung der budgetären Effekte erschwert.

Für Unternehmen wurden im Rahmen der COVID-19-Hilfen bzw. des Konjunkturpaketes eine Reihe steuerlicher Maßnahmen gesetzt, welche kurzfristig die Liquidität sichern und längerfristig zur Stärkung der Konjunktur beitragen sollen. Das Ausmaß der budgetären Belastung durch die Maßnahmen und damit auch ihre Wirksamkeit hängen wesentlich von der steuerlichen Gewinnsituation der Unternehmen vor und während der COVID-19-Krise ab. Zusätzlich gibt es Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Maßnahmen.

Übersicht 4 veranschaulicht diese Zusammenhänge für die fünf wichtigsten einnahmenseitigen COVID-19-Maßnahmen. Sowohl die Herabsetzung der Gewinnsteuer-Vorauszahlungen als auch der befristete Verlustrücktrag unterstützen in erster Linie Unternehmen, die vor der COVID-19-Krise steuerliche Gewinne erzielten und durch die Krise in eine Verlustsituation geraten sind. Die Wirkung beider Maßnahmen ist liquiditätsfördernd durch eine schnellere steuerliche Verwertung der Verluste bzw. durch die Vermeidung von Steuervorauszahlungen auf potentiell nicht mehr erzielbare Gewinne.

Übersicht 4: Zusammenhang der wichtigsten einnahmenseitigen COVID-19-Hilfs- bzw. -Konjunkturmaßnahmen

		Während der COVID-19-Krise	
		Verluste	Gewinne
Vor der COVID-19-Krise	Verluste		Steueraufschiebend²⁾ <ul style="list-style-type: none"> • Degressive AfA³⁾ Steuermindernd²⁾ <ul style="list-style-type: none"> • Gastronomiepaket • Senkung des Eingangsteuersatzes
	Gewinne	Steueraufschiebend¹⁾ <ul style="list-style-type: none"> • Herabsetzung von Vorauszahlungen • Verlustrücktrag Indirekte Wirkung durch Verlustrücktrag <ul style="list-style-type: none"> • Degressive AfA³⁾ • Gastronomiepaket 	Steueraufschiebend <ul style="list-style-type: none"> • Degressive AfA³⁾ • Herabsetzung von Vorauszahlungen Steuermindernd <ul style="list-style-type: none"> • Gastronomiepaket • Senkung des Eingangsteuersatzes

Q: WIFO-Darstellung. – 1) Steuerrückzahlungen bzw. Steuerherabsetzungen werden vorgezogen. – 2) Wirkung potentiell verzögert, wenn Verlustvortrag geltend gemacht werden kann. – 3) Absetzung für Abnutzung.

Die erhöhte steuerliche Absetzbarkeit von Essensgutscheinen und Geschäftsessen im Zuge des Gastronomiepaketes, die Möglichkeit einer degressiven Absetzung für Abnutzung und die Senkung des Eingangsteuersatzes der Einkommensteuer wirken zunächst nur bei jenen Unternehmen unmittelbar, welche auch während der COVID-19-Krise steuerliche Gewinne erzielen und deren Steuerzahlungen nicht gestundet oder herabgesetzt wurden. Bei Unternehmen, die noch anrechenbare Verlustvorträge aus der Zeit vor der COVID-19-Krise aufweisen, kann sich die Wirkung verzögern. Umgekehrt ist für jene Unternehmen, die während der COVID-19-Pandemie Verluste erleiden, auch eine sofortige indirekte Wirkung über den Verlustrücktrag denkbar, wenn die schnellere Abschreibung oder die erhöhte Absetzbarkeit die erstattungsfähigen Verluste erhöhen.

Die budgetierten fiskalischen Kosten der steuerlichen Hilfs- bzw. Konjunkturmaßnahmen berücksichtigen das mögliche Zusammenspiel der unterschiedlichen Maßnahmen wohl nur bedingt. Die Herabsetzung der Vorauszahlungen scheint mit Stand 15. Dezember 2020 mit 3,87 Mrd. € in der COVID-19-

Berichterstattung des *Bundesministeriums für Finanzen (2020D)* auf, ist aber nicht im Bundesvoranschlag abgebildet, da die Kosten gänzlich 2020 anfallen. Inwieweit die herabgesetzten Vorauszahlungen 2021 zu höheren Steuernachzahlungen führen werden, ist fraglich, da sich ein wesentlicher Teil der Vorauszahlungen auf nicht mehr erzielbare Gewinne beziehen dürfte.

Für den Verlustrücktrag sind für den Zeitraum 2020 bis 2022 Steuerausfälle von insgesamt 5 Mrd. € budgetiert. Zusätzlich wurden für die degressive AfA für den Zeitraum 2021 bis 2024 4,43 Mrd. € an Steuermindereinnahmen berücksichtigt und für die Einkommensteuermaßnahmen im Gastronomiepaket jährlich 248 Mio. € budgetiert. Aus der Senkung des Eingangsteuersatzes der Einkommensteuer wird mit jährlichen Steuermindereinnahmen von rund 1,6 Mrd. € gerechnet, anteilig entspricht dies zumindest 200 Mio. € für die veranlagte Einkommensteuer⁸⁾. Somit summieren sich die für die Jahre 2021 und 2022 budgetierten Kosten auf jeweils rund 2,7 Mrd. €, was etwa einem Fünftel der Einnahmen aus veranlagter Einkommensteuer und Körperschaftsteuer vor der COVID-19-

⁸⁾ In den letzten Jahren nahmen die kassamäßigen Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer kontinuierlich zu und machten 2019 mit 4,9 Mrd. € rund

14,7% der gesamten Lohn- und Einkommensteuereinnahmen aus.

Krise entspricht. Dies steht im Einklang mit den budgetierten Steuerausfällen in der veranlagten Einkommensteuer (-37,2%) bzw. der Körperschaftsteuer (-36,2%) für das Jahr 2021, die auch in den Folgejahren noch nicht wettgemacht werden dürften.

Gleichwohl kann der Entlastungseffekt durch die steuerlichen COVID-19-Maßnahmen nicht vom erwarteten Rückgang der Steuereinnahmen aufgrund der schlechteren konjunkturellen Lage getrennt werden.

3. Eckdaten der Budgetplanung bis 2024

Die unsicheren gesamtwirtschaftlichen und gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen sowie die ständige Anpassung der Hilfs- und Konjunkturpakete spiegeln sich deutlich in der Budgetplanung des Bundes für 2021 bis 2024. Insbesondere die Eckwerte des

Bundesvoranschlags 2020 und des BVA-Entwurfs 2021 waren mehreren Anpassungen unterworfen, die jedoch aufgrund selektiver Aktualisierungen nur teilweise den jeweiligen Informationsstand zum Zeitpunkt der Planung erkennen lassen.

Übersicht 5: Der Bundeshaushalt im Überblick

	2019 Erfolg	2020 Bundes- voran- schlag	2021 Bundes- voran- schlags- entwurf	2020 Bundesvoranschlags- entwurf neu ¹⁾ vom November 2020	2021	2020	2021	2022	2023	2024
	Bundesfinanzrahmen vom Oktober 2020									
	Mrd. €									
Einzahlungen	80,36	81,79	76,36	81,79	75,17	81,79	76,36	78,73	83,58	86,27
Auszahlungen	78,87	102,39	97,35	102,39	97,80	110,27	102,36	91,15	88,94	91,22
Administrativer Saldo	1,49	- 20,60	- 20,99	- 20,60	- 22,63	- 28,48	- 26,00	- 12,42	- 5,36	- 4,94
Maastricht-Saldo	1,78	- 33,34	- 22,71	- 34,07	- 24,59	- 33,34	- 22,71	- 13,51	- 7,63	- 6,62
Bruttosteuerereinnahmen	90,89	92,20	84,55	92,20	83,05	92,20	84,55	89,35	95,20	99,20
Nettosteuerereinnahmen	55,02	55,40	51,32	51,32	50,32	55,40	51,32	53,19	57,15	59,36
	In % des BIP									
Einzahlungen	20,2	21,7	19,1	21,8	19,3	21,7	19,1	18,9	19,4	19,4
Auszahlungen	19,8	27,1	24,3	27,3	25,1	29,2	25,5	21,9	20,6	20,5
Administrativer Saldo	0,4	- 5,5	- 5,2	- 5,5	- 5,8	- 7,5	- 6,5	- 3,0	- 1,2	- 1,1
Maastricht-Saldo	0,4	- 8,8	- 5,7	- 9,1	- 6,3	- 8,8	- 5,7	- 3,2	- 1,8	- 1,5
Bruttosteuerereinnahmen	22,9	24,4	21,1	24,6	21,3	24,4	21,1	21,4	22,1	22,3
Nettosteuerereinnahmen	13,8	14,7	12,8	13,7	12,9	14,7	12,8	12,8	13,3	13,3

Q: Bundesministerium für Finanzen (2020A, 2020B, 2020C), Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. - ¹⁾ "Lockdown-Bundesvoranschlagsentwurf".

Übersicht 6: Entwicklung wichtiger gesamtnationaler Kennzahlen bis 2024

	1995	2000	2005	2010	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
	In % des BIP													
Ausgabenquote ¹⁾	55,8	51,0	51,2	52,8	51,1	50,1	49,3	48,7	48,4	57,4	53,4	51,3	50,2	50,0
Einnahmenquote	49,7	48,6	48,6	48,4	50,1	48,5	48,5	48,9	49,1	47,9	47,1	47,7	48,3	48,5
Abgabenquote ²⁾	41,6	42,6	41,2	41,1	43,2	41,8	41,9	42,3	42,6	41,4	40,7	41,4	42,1	42,3
Maastricht-Saldo Gesamtstaat	- 6,1	- 2,4	- 2,5	- 4,4	- 1,0	- 1,5	- 0,8	+ 0,2	+ 0,7	- 9,5	- 6,3	- 3,5	- 1,9	- 1,5
Bund	- 5,4	- 2,1	- 2,4	- 3,3	- 1,2	- 1,2	- 0,9	- 0,1	+ 0,4	- 8,8	- 5,7	- 3,2	- 1,8	- 1,5
Länder	+ 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,9	+ 0,1	- 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,4	- 0,4	- 0,1	± 0,0	± 0,0
Gemeinden	- 0,7	- 0,1	- 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	± 0,0
Sozialversicherungsträger	- 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	- 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Zinsausgabenquote	4,0	3,6	3,2	2,9	2,3	2,1	1,8	1,6	1,4	1,4	1,2	1,1	0,9	0,9
Primärsaldo	- 2,1	+ 1,2	+ 0,7	- 1,5	+ 1,3	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,1	- 8,1	- 5,1	- 2,5	- 0,9	- 0,6
Struktureller Budgetsaldo	.	.	.	- 5,2	+ 0,3	- 1,0	- 1,1	- 0,9	- 0,7	- 6,5	- 5,3	- 2,8	- 1,5	- 1,5
Maastricht-Schuldenstand	68,3	66,1	68,6	82,7	84,9	82,8	78,5	74,0	70,5	84,0	84,8	85,0	84,0	82,9

Q: Statistik Austria, ab 2020 Bundesministerium für Finanzen (2020A). Rundungsdifferenzen. - ¹⁾ Harmonisiert (ohne Swaps). - ²⁾ Indikator 2, daher ohne imputierte Sozialbeiträge. 2021 bis 2024 Prognosewerte gemäß Bundesfinanzrahmen vom Oktober 2020.

Ausgehend von einem (vorläufigen) Einnahmenerfolg des Bundeshaushaltes 2019 von 80,4 Mrd. € wurde für das Budgetjahr 2020 mit Einnahmen von 81,8 Mrd. € gerechnet

(+1,8%). Obwohl sich bereits im Frühjahr ein massiver Wirtschaftseinbruch abgezeichnet hatte, wurde die Einnahmenerwartung in den folgenden Budgetdokumenten für das

Jahr 2020 nicht gesenkt⁹⁾). Hingegen wurden die im Bundesfinanzrahmen für die Jahre 2021 bis 2024 erwarteten Einnahmen von 76,4 Mrd. € für das Jahr 2021 (BVA-Entwurf nochmals auf 75,2 Mrd. € ("Lockdown BVA-Entwurf") angepasst. Im Vergleich mit 2019 ist dies ein Rückgang um 6,5%. Bis 2024 wird im Bundesfinanzrahmen wieder ein Anstieg auf 86,3 Mrd. € erwartet – wobei das Einnahmenniveau von 2019 erst 2023 wieder erreicht werden dürfte.

Die COVID-19-Krise schlägt sich im Bundesvoranschlag in einem drastischen Anstieg der Ausgaben und einem beträchtlichen Einbruch der Einnahmen nieder. Der Bundeshaushalt ist 2020 und 2021 von Rekorddefiziten geprägt.

Die gesamtstaatliche Verschuldung wird im Jahr 2022 mit voraussichtlich 85% des BIP einen neuen Höchststand erreichen.

Krisenbedingte Adaptierungen wurden in den Budgetentwürfen vor allem auf der Ausgabenseite vorgenommen. Nach einem Budgeterfolg von 78,9 Mrd. € (2019) wurden im BVA-Entwurf vom Oktober 2020 die Bundesausgaben für 2020 mit 102,4 Mrd. € angesetzt; die allgemeine Überschreitungsermächtigung für Dotierungen aus dem COVID-19-Krisenbewältigungsfonds bis 8 Mrd. € wurde dabei nicht berücksichtigt. In den Bundesfinanzrahmen 2021 bis 2024 ging diese jedoch ein, sodass darin für 2020 sogar Ausgaben von 110,3 Mrd. € aufscheinen. Planmäßig sollen laut Bundesfinanzrahmen die Ausgaben des Bundes bis 2023 wieder auf 88,9 Mrd. € reduziert werden, wobei von einem planmäßigen Auslaufen der Stützungsmaßnahmen ausgegangen wird.

Da die Einnahmenseite im Bundesvoranschlag 2020 nicht angepasst wurde, lässt sich das administrative Defizit von 20,6 Mrd. € (bzw. 28,5 Mrd. € laut Bundesfinanzrahmen) nur schwer interpretieren. Das geplante administrative Defizit für 2021 beläuft sich auf 26 Mrd. € und soll bis 2024 auf 4,9 Mrd. € sinken. Der im Bundesfinanzrahmen

dargestellte Finanzierungssaldo des Bundessektors nach Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010) soll wieder langsam verringert werden, von –33,3 Mrd. € (–8,8% des BIP) im Jahr 2020 auf –22,7 Mrd. € (–5,7%) 2021 und auf –6,6 Mrd. € (–1,5%) bis zum Jahr 2024.

Die gesamtstaatliche Ausgabenquote nach ESVG-2010-Abgrenzung dürfte, nachdem 2019 mit 48,4% des BIP der niedrigste Wert seit über 30 Jahren erreicht wurde, krisenbedingt auf 57,4% des BIP (2020) ansteigen und bis 2024 wieder langsam auf 50% sinken. Die gesamtstaatliche Einnahmenquote schwankt etwas weniger stark, wobei der Tiefststand mit 47,1% des BIP erst 2022 erreicht werden sollte und für 2024 ein Wert von 48,5% erwartet wird.

Nachdem die Staatsschuldenquote im Gefolge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 angestiegen war, im Jahr 2015 ihren bisherigen Höchstwert von 84,9% erreicht hatte und bis 2019 auf 70,5% des BIP abgebaut werden konnte, sorgte das Rekorddefizit des Jahres 2020 – und die Vorfinanzierung der nicht-defizitwirksamen Abgabenstundungen – erneut für einen beträchtlichen Anstieg auf rund 85% des BIP (2021: 84,8%, 2022: 85%). Erst danach dürften die erwartete wirtschaftliche Erholung und das geplante Auslaufen der Konjunkturstützungs- und Hilfsprogramme wieder zu einem, wenn auch äußerst moderaten, Rückgang der Schuldenquote auf voraussichtlich 82,9% 2024 führen. Explizite Konsolidierungsmaßnahmen sind bisher nicht vorgesehen.

4. Ausgewählte Aspekte der Ausgaben und Einnahmen des Bundesbudgets

4.1 Arbeitsmarktbezogene Ausgaben

In der COVID-19-Krise kommt insbesondere den arbeitsmarktbezogenen Ausgaben zentrale Bedeutung zu. Bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie war die Arbeitslosigkeit in Österreich vergleichsweise hoch: Im Jahr 2019 waren rund 363.000 Personen als arbeitslos vorgemerkt oder in Schulungen; die Arbeitslosenquote lag mit 7,4% immer noch um 1,5 Prozentpunkte über dem Niveau vor Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008. Mit Ausbruch der COVID-19-Pandemie im Frühjahr 2020 wurden auf dem Arbeitsmarkt ein massiver Beschäftigungsrückgang und ein beispielloser Anstieg der Arbeitslosigkeit verzeichnet, wobei manche Branchen, etwa die Beherbergung und Gastronomie, besonders betroffen waren. Speziell durch die Kurzarbeitsprogramme konnten 2020 ein noch deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit vermie-

den und viele Personen in Beschäftigung gehalten werden (*Bock-Schappelwein – Huemer – Hyll, 2020*).

Die krisenbedingten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt werden das Bundesbudget jedoch über 2020 hinaus prägen. Zum einen wird das Instrument der Kurzarbeitsbeihilfen auch 2021 stark in Anspruch genommen werden, wofür für 2021 vorläufig 1,5 Mrd. € budgetiert wurden. Zum anderen wird die Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit zu den wesentlichen arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen zählen. Daher wurden im Budget zusätzliche Mittel von 700 Mio. € für eine Qualifizierungsoffensive ("Corona-Arbeitsstiftung") bereitgestellt, die vor allem in den Jahren 2021 und 2022 ausgezahlt werden sollen. Insgesamt sind für 2021 im Finanzrahmen in der UG 20 "Arbeit" 11,3 Mrd. € an arbeitsmarktbezogenen Auszahlungen vorgesehen; bis 2024 soll das Auszahlungs-

Kurzarbeitsbeihilfen, Arbeitslosengeld und Qualifizierungsoffensive werden das Arbeitsmarktbudget der kommenden Jahre prägen.

⁹⁾ Vgl. *Loretz – Pitlik – Schratzenstaller (2020)* für Details.

volumen auf 9,2 Mrd. € abgeschmolzen werden. Im Jahr 2019 beliefen sich die Ausgaben noch auf knapp 8,3 Mrd. €.

4.2 Pensionsausgaben

Von besonderer Bedeutung für die längerfristige Entwicklung des Bundeshaushaltes sind die Pensionsausgaben. Darunter fallen erstens die Ausgaben für Pensionen der Bundesbeamtinnen und -beamten in der Hoheitsverwaltung und in ausgliederten Einheiten, bei Post und ÖBB, sowie der Landeslehrerinnen und -lehrer. Zwischen 2005 und 2019 wuchsen diese Ausgaben von 6,7 Mrd. € auf 9,5 Mrd. €. Für die Jahre 2020 (9,9 Mrd. €) und 2021 (10,3 Mrd. €) ist ein weiterer Anstieg budgetiert.

Zweitens spielen die Zuschüsse des Bundes zur Pensionsversicherung und Ausgleichszulagen eine wichtige Rolle. In Summe machten diese Ausgaben 2005 noch 6,9 Mrd. € aus. Für das Jahr 2021 werden insgesamt 12,3 Mrd. € erwartet. Dieser deutliche Zuwachs wird strukturell-demographisch vom anstehenden Pensionseintritt geburtenstärkerer Jahrgänge getrieben. Darüber hinaus ist er die Folge hoher Pensionsanpassungen sowie der Beitragsmindereinnahmen während der COVID-19-Krise. Die Nettoausgaben für Pensionen, also abzüglich der Pensionsbeiträge der Beamtinnen und Beamten, stiegen von 13,3 Mrd. € (5,2% des BIP) 2005 auf 19,6 Mrd. € (6% des BIP) 2019 an. Bis 2021 wird ein weiterer Anstieg auf 23,6 Mrd. € erwartet.

Übersicht 7: Ausgaben des Bundes für Alterssicherung

	2005	2018	2019	2020	2021	2005/2019	2005/2021
	Mrd. €					Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate in %	
Ausgaben brutto ¹⁾	14,8	20,8	21,8	23,1	25,7	+ 2,8	+ 3,5
Pensionen Beamte und Beamtinnen	6,7	9,2	9,5	9,9	10,3	+ 2,5	+ 2,7
Zuschüsse zur Pensionsversicherung	6,1	8,2	8,9	9,6	11,2	+ 2,8	+ 3,9
Ausgleichszulagen	0,8	1,0	1,0	1,1	1,0	+ 1,3	+ 1,5
Pensionsversicherungsbeiträge für Pensionsersatzzeiten	1,2	2,5	2,4	2,5	3,1	+ 4,8	+ 5,9
Bereich Arbeit ²⁾	0,7	1,3	1,2	1,3	1,6	+ 4,0	+ 5,1
Bereich Soziales ³⁾	0,0	0,1	0,1	0,1	0,2	+ 9,2	+ 8,9
Bereich Familie ⁴⁾	0,5	1,1	1,0	1,1	1,4	+ 5,3	+ 6,6
Einzahlungen (Pensionsbeiträge) Beamte und Beamtinnen	1,6	2,2	2,2	2,2	2,1	+ 2,4	+ 1,7
Nettoausgaben für Pensionen	13,3	18,6	19,6	21,0	23,6	+ 2,8	+ 3,7
	In %						
Bruttoausgaben für Pensionen	in % der Gesamtausgaben	22,5	26,7	27,6	22,6	26,2	
Bruttoausgaben für Pensionen	in % des BIP	5,8	5,4	5,5	6,2	6,6	
Nettoausgaben für Pensionen	in % des BIP	5,2	4,8	4,9	5,6	6,0	

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. Rundungsdifferenzen. Bis einschließlich 2019: Erfolg, ab 2020: Bundesvoranschlag. Zeitreihenbruch 2009, dadurch bedingte Vergleichbarkeit der Werte vor 2009. – ¹⁾ Ohne Pflegegeld. – ²⁾ UG 20 Arbeit: Für Bezieher und Bezieherinnen von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Weiterbildungsgeld, Sondernotstandshilfe, Sonderunterstützung, Überbrückungshilfe. – ³⁾ UG 21 Soziales und UG 22 Pensionsversicherung: Für pflegende Angehörige sowie Pensionsbeiträge gemäß Nachtschwerarbeitsgesetz. – ⁴⁾ UG 25 Familie: Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten, für Pflegepersonen Schwerstbehinderter sowie Wahl- und Pflegekinder und bei Inanspruchnahme des Familienzeitbonus.

Im Bundesbudget werden überdies Pensionsversicherungsbeiträge für Pensionsersatzzeiten in unterschiedlichen Untergliederungen ausgewiesen. Dabei handelt es sich vor allem um die vom Bund übernommenen Beiträge für die Personen mit Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezug sowie für Kindererziehungszeiten. In Summe beliefen sich diese Beitragsleistungen im Jahr 2005 auf 1,25 Mrd. €; bis 2019 erhöhten sie sich schrittweise auf 2,4 Mrd. €. Für 2020 (2,5 Mrd. €) und 2021 (3,1 Mrd. €) ist ein weiterer Anstieg budgetiert. Die Zunahme der Ausgaben für Pensionsersatzzeiten sowie der Zuschüsse des Bundes zur Pensionsversicherung wäre ohne Kurzarbeitsbeihilfen noch beträchtlich höher ausgefallen. Da die Kurzarbeitsbeihilfen die Pensionsversicherungsbeiträge zur Gänze abdecken, ist davon auszugehen, dass ungefähr ein Viertel der Ausgaben für

Kurzarbeitsbeihilfen direkt die notwendigen Zuschüsse zu den Pensionskassen reduzieren.

4.3 Entwicklung der Finanzierungskosten

Der sprunghafte Anstieg der gesamtstaatlichen Verschuldung auf 84% des BIP 2020 bedingt, dass insbesondere der Bund in erheblichem Umfang neue Finanzschulden aufnehmen muss. Aufgrund der außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen schlägt sich dies jedoch nicht in einem Anstieg der Finanzierungskosten nieder. Im Gegenteil, durch das Auslaufen einiger hochverzinslicher Anleihen in den Jahren 2021 und 2022 wird die budgetierte Zinsbelastung des Bundes 2021 voraussichtlich unter 4 Mrd. € und im Jahr 2022 auf 3,8 Mrd. € sinken. Werden zusätzlich die erzielbaren Agien berücksichtigt, so fällt der Finanzierungsaufwand für die Zinsen noch niedriger aus.

Die Bundesausgaben für Pensionen werden vom Pensionseintritt geburtenstärkerer Jahrgänge getrieben. Kurzarbeitsbeihilfen begrenzen den Zuwachs der Ausgaben für Pensionszuschüsse.

Die Zunahme der Staatsschulden schlägt sich aufgrund historisch günstiger Finanzierungsbedingungen derzeit noch nicht in einem Anstieg der Zinsausgaben nieder.

In Relation zum BIP werden die Zinszahlungen für die Finanzschulden im Jahr 2021 noch 1,2%, 2024 nur noch 0,9% ausmachen (Übersicht 6). Trotz eines historisch hohen

Schuldenstandes werden die Finanzierungskosten für die Staatsschuld somit so niedrig sein wie zuletzt 1977.

5. Ausblick

Die COVID-19-Krise bestimmt wesentlich den kurz- und mittelfristigen Budgetpfad. Neue Ausgabenschwerpunkte sind in den Budgetplanungen nur in Ansätzen erkennbar.

Versteht man, einem alten Diktum folgend, unter dem Budget das "in Zahlen gegossene Regierungsprogramm", so sind im BVA-Entwurf 2021 und im Bundesfinanzrahmengesetz bis 2024 nur in begrenztem Umfang neue Schwerpunktsetzungen erkennbar. Im Budget 2021 spielen die COVID-19-Hilfen zwar weiterhin eine dominante Rolle, allerdings gewinnen die konjunkturbelebenden und investiven Maßnahmen sowie der Ausbau arbeitsmarktpolitischer Qualifikationsprogramme langsam an Bedeutung.

Als Signale für neue Schwerpunkte können Personalaufstockungen und Digitalisierungsprozesse in den Bereichen Justiz und Polizei verstanden werden, die der Anpassung an neue Problemlagen (Cybersicherheit) dienen sollen; weiters werden zusätzliche Budgetmittel für den überfälligen Modernisierungsprozess des Bundesheeres bereitgestellt. Neben nicht unwesentlichen Mittelaufstockungen für Wissenschaft und Forschung (2021 bis 2024 +1,6 Mrd. €) sind in diversen Budgetuntergruppen investive umweltbezogene Maßnahmen im Gesamtausmaß von 1,5 Mrd. € vorgesehen. Schwerpunkte dieses Investitionspakets in den Klimaschutz sind die Umweltförderung im Inland, eine Gebäudesanierungsoffensive, der Ausbau erneuerbarer Energieträger, Forschungsförderung im Bereich klimafreundliche Technologien sowie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Das für diese Bereiche budgetierte Volumen mag im Vergleich mit den Ausgaben für Krisenpakete gering anmuten; verglichen mit früheren Budgets ist es jedoch durchaus von nennenswerter Größenordnung. Dennoch bestimmt die COVID-19-Krise eindeutig den kurz- und mittelfristigen Budgetpfad, was (gesundheits-)politischen Dringlichkeiten und der notwendigen Fokussierung auf die Bewältigung akuter Problemlagen geschuldet ist. Zugleich stellt sich aber die Frage, ob und inwieweit der massive öffentliche Finanzbedarf und der beschleunigte Anstieg der Staatsverschuldung in der Krise den zukünftigen Handlungsspielraum der Fiskalpolitik beschränken werden und unter welchen Voraussetzungen ein fiskalischer Konsolidierungskurs eingeschlagen werden sollte.

Seit den 1980er-Jahren sind die Zinsen für Staatsanleihen in den entwickelten Volkswirtschaften fast kontinuierlich gesunken (Farhi – Gourio, 2019). Die derzeit äußerst günstigen Refinanzierungsbedingungen könnten dazu verleiten, in einem Anstieg der Staatsschulden keine besonderen Risiken zu erkennen. Der tatsächliche Spielraum für öffentliche Verschuldung wird Blanchard

(2019) zufolge allerdings durch das Vertrauen der privaten Investoren in die Bereitschaft und Fähigkeit des Staates zur Bedienung und Tilgung der Schulden begrenzt. Wird dieses Vertrauen (wie auch immer) untergraben, müssen den Investoren höhere Zinssätze geboten werden. Wenn dann Staatsausgaben in einem beträchtlichen Ausmaß schuldenfinanziert werden, können sich Erwartungen abrupt ändern. Der Verlust von Vertrauen in die Rückzahlungsfähigkeit oder -willigkeit eines Staates kann einen unerwarteten Zinsanstieg erzeugen, der dann tatsächlich zu einer Staatsschuldenkrise führen könnte. Daher sollte eine Niedrigzinsphase vor allem dazu genutzt werden, erforderliche budgetäre Anpassungen und strukturelle Reformen über einen längeren Zeitraum zu strecken, um ökonomische Friktionen und Anpassungslasten zu vermindern.

Die derzeitige Niedrigzinsphase begünstigt demnach ein graduelles Vorgehen beim Schuldenabbau und erlaubt es teilweise, auf ein "Herauswachsen" aus der Verschuldung zu setzen. Langfristig sollte die hohe Schuldenlast jedenfalls verringert werden. Dies ist erstens notwendig, um wieder Spielräume für Interventionen zu gewinnen, die in einer eventuellen künftigen Krise erforderlich werden. Zweitens ist mittelfristig mit einem erneuten Anstieg des Zinsniveaus zu rechnen, wodurch auch die Zinsausgaben steigen. Derzeit ist offen, ob die EZB nach Überwindung der Krise ihren lockeren geldpolitischen Kurs fortsetzen wird. Gegenwärtig gibt es kein glaubwürdiges Ausstiegsszenario, und mit fortgesetzten Ankäufen von Staatsanleihen könnte die Rückkehr zur geldpolitischen Normalität nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch immer schwieriger werden (Havlik – Heinemann, 2020).

Gleichzeitig ist es für eine detaillierte Diskussion über Ausmaß, Struktur und Zeitpunkt einer Konsolidierung noch zu früh, vor allem angesichts der beträchtlichen Unsicherheiten, denen Budgeterstellung und Fiskalprognose aktuell unterliegen: Derzeit sind weder Dauer noch Ausmaß der COVID-19-Pandemie sowie der damit einhergehenden gesundheitspolitischen Restriktionen exakt vorhersehbar. Ebenso ist unklar, wann es zu einer Erholung der Weltwirtschaft kommen wird. Unsicherheit besteht auch in Bezug auf das Ausmaß der Inanspruchnahme der implementierten COVID-19-Hilfen sowie hinsichtlich der Frage, ob zusätzliche Hilfsmaßnahmen oder Konjunkturpakete erforderlich werden. Es erscheint jedenfalls ratsam, notwendige langfristige Reformen im öffentlichen Sektor voranzutreiben, etwa im Bereich

Der massive Anstieg der Staatsschulden ist mittelfristig mit großen Budgetrisiken verbunden . . .

. . . die Niedrigzinsphase begünstigt aber ein graduelles Vorgehen beim Schuldenabbau.

des Föderalismus oder des Fördersystems; auch in Hinblick auf etwa im Klimaschutz- oder Pflegebereich erforderliche Maßnahmen, die ein künftiges Budget berücksichti-

gen muss. Zu ihrer Umsetzung wird es einen Budgetspielraum brauchen, sofern die Schuldenlast dadurch nicht weiter wachsen soll.

6. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Hyll, W., Pitlik, H., Schiman, S. (2020A), "Makroökonomische Effekte des zweiten Lockdown in Österreich", WIFO Research Briefs, 2020, (17), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66582>.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., Glocker, Ch., Hyll, W., Pitlik, H. (2020B), "COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten. Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(10), S. 731-753, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66558>.
- Blanchard, O. J., "Public debt and low interest rates", American Economic Review, 2019, 109(4), S. 1197-1229.
- Bock-Schappelwein, J., Huemer, U., Hyll, W., "COVID-19: Beschäftigungssituation – Bilanz nach einem halben Jahr COVID-19-Pandemie", WIFO Research Briefs, 2020, (16), <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66565>.
- Budgetdienst des österreichischen Parlaments (2020A), Transparenz der Budgetierung und Berichterstattung der im Jahr 2020 beschlossenen COVID-19-Maßnahmen, Wien, 2020.
- Budgetdienst des österreichischen Parlaments (2020B), Konjunkturpaket. Aktuelle Gesetzesvorhaben, Wien, 2020.
- Budgetdienst des österreichischen Parlaments, Budgetvollzug Jänner bis November 2020 und COVID-19-Berichterstattung, Wien, 2021.
- Bundesministerium für Finanzen (2020A), Strategiebericht 2021-2024, Wien, 2020.
- Bundesministerium für Finanzen (2020B), Budgetbericht 2021, Wien, 2020.
- Bundesministerium für Finanzen (2020C), Aktualisierung der Budgetunterlagen zum BVA-E 2021. Abänderungsantrag, Wien, 2020.
- Bundesministerium für Finanzen (2020D), Monatserfolg November 2020 sowie COVID-19 Berichterstattung gemäß § 3 Abs. 4 COVID-19 Fondsgesetz, § 3b Abs. 4 ABBAG-Gesetz und § 1 Abs. 5 Härtefallfondsgesetz, Wien, 2020.
- Farhi, E., Gourio, F., "Accounting for Macro-Finance Trends: Market Power, Intangibles, and Risk Premia", NBER Working Paper, 2019, (25282).
- Havlik, A., Heinemann, F., "Sliding Down the Slippery Slope? Trends in the Rules and Country Allocations of the Eurosystem's PSPP and PEPP", EconPol Policy Report, 2020, (21).
- Loretz, S., Pitlik, H., Schratzenstaller, M., "Budgeterstellung in Österreich während des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(5), S. 355-361, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66020>.
- Schiman, St., "Zähe Konjunktur nach kräftigem Rebound. Prognose für 2020 und 2021", WIFO-Monatsberichte, 2020, 93(10), S. 715-728, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66557>.

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autorinnen und Autoren wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 620/2021** **Digitization and the Evolution of Money as a Social Technology of Account**
Michael Peneder
- 619/2021** **Effects of Environmental and Carbon Taxation. A Literature Review**
Angela Köppl, Margit Schratzenstaller
- 618/2020** **microWELT: Microsimulation Projection of Full Generational Accounts for Austria and Spain**
Martin Spielauer, Thomas Horvath, Marian Fink, Gemma Abio, Guadalupe Souto Nieves, Concepció Patxot, Tanja Istenič
- 617/2020** **Pro-Globalization via FTAs in Times of COVID-19**
Fritz Breuss
- 616/2020** **Return and Onward Migration and Labour Market Entry. Empirical Analysis and Microsimulation Projection for Austria**
Peter Huber, Martin Spielauer
- 615/2020** **Microsimulation Projection of the Educational Integration and Labour Force Participation of First- and Second-Generation Immigrants**
Thomas Horvath, Martin Spielauer, Marian Fink
- 614/2020** **Macroeconometric Forecasting Using a Cluster of Dynamic Factor Models**
Christian Glocker, Serguei Kaniovski
- 613/2020** **Data Sources on Migrants' Labour Market and Education Integration in Austria**
Peter Huber, Marian Fink, Thomas Horvath
- 612/2020** **microWELT: Microsimulation Projection of Indicators of the Economic Effects of Population Ageing Based on Disaggregated National Transfer Accounts**
Martin Spielauer, Thomas Horvath, Marian Fink, Gemma Abio, Guadalupe Souto Nieves, Concepció Patxot, Tanja Istenič
- 611/2020** **microWELT: Socio-Demographic Parameters and Projections for Austria, Spain, Finland, and the UK**
Martin Spielauer, Thomas Horvath, Walter Hyll, Marian Fink
- 610/2020** **Integration unter Ungleichen. Länder- und schichtenspezifische Einstellungen zur EU und ihren Zielen**
Gunther Tichy
- 609/2020** **microWELT: A Dynamic Microsimulation Model for the Study of Welfare Transfer Flows in Ageing Societies from a Comparative Welfare State Perspective**
Martin Spielauer, Thomas Horvath, Marian Fink
- 608/2020** **Measuring Monetary Policy with Residual Sign Restrictions at Known Shock Dates**
Stefan Schiman, Harald Badinger
- 607/2020** **Das dynamische Mikrosimulationsmodell microDEMS zur Analyse der ökonomischen Integration von Immigrantinnen und Immigranten in Österreich**
Martin Spielauer, Thomas Horvath, Marian Fink

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/working_papers

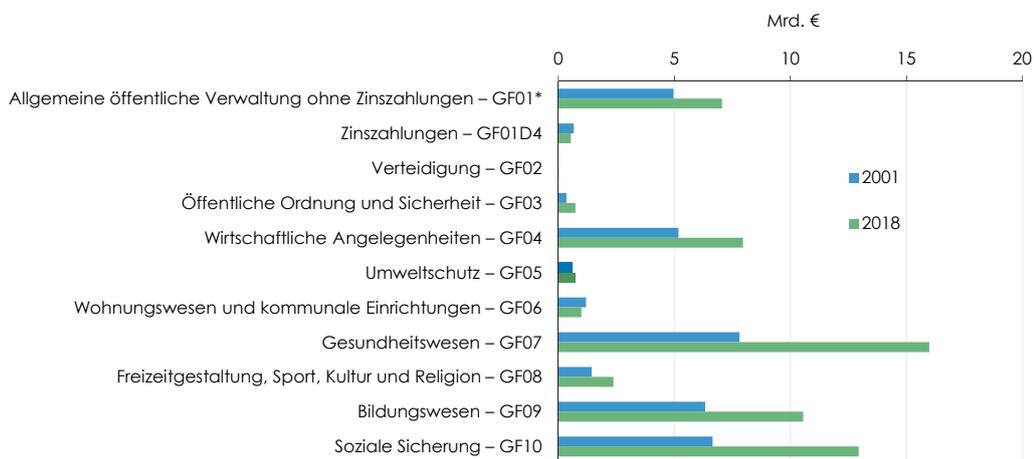
Der Beitrag der Konjunkturbelebung zur Transformation

Einordnung von Maßnahmen der Bundesländer

Daniela Kletzan-Slamanig, Franz Sinabell

- Zur Erreichung von Klimazielen ist eine Transformation der Wirtschaft erforderlich. Konjunkturbelebende Maßnahmen sollen einen Beitrag dazu leisten und sich an Klimazielen orientieren.
- Die Bundesländer und Gemeinden wenden im Vergleich mit anderen Positionen relativ wenig für Umweltschutzmaßnahmen auf. Die Transformationsziele sind daher mittels Mainstreaming in sämtliche Politik- und Ausgabenfelder zu integrieren.
- Die Bundesländer können durch Maßnahmen in ihrem Kompetenzbereich (Raumordnung, Bauordnungen, Infrastrukturausbau) die Transformation beschleunigen oder hemmen.
- Der Kapitalstock des öffentlichen Sektors ist systematisch klimaneutral umzugestalten.
- Die Bewertung von konjunkturbelebenden Maßnahmen zeigt deren jeweilige Eignung zur Erreichung von Transformationszielen. Positiv wirken etwa der Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder der Nutzung erneuerbarer Energieträger, die Verbesserung des Gebäudebestandes oder die Stärkung der Kreislaufwirtschaft.

Ausgaben der Bundesländer und Gemeinden nach Aufgabenbereichen



"Da Fuhrpark und Gebäudebestand nur langsam erneuert werden können, müssen bereits jetzt alle relevanten Einrichtungen Maßnahmen ergreifen, damit die Transformation in der angepeilten kurzen Frist tatsächlich gelingt."

Die Umweltausgaben der Länder und Gemeinden hatten im Jahr 2018 mit insgesamt 0,7 Mrd. € einen nur sehr geringen Anteil an den Gesamtausgaben. Der Anstieg seit 2000 war mit 0,1 Mrd. € weit geringer als in anderen Ausgabenbereichen (Q: Eurostat, 2020, Statistik Austria, 2020A, Klien et al., 2020, WIFO-Berechnungen).

Der Beitrag der Konjunkturbelebung zur Transformation

Einordnung von Maßnahmen der Bundesländer

Daniela Kletzan-Slamanig, Franz Sinabell

Der Beitrag der Konjunkturbelebung zur Transformation.

Einordnung von Maßnahmen der Bundesländer

Die Erreichung ambitionierter Klimaziele erfordert eine weitreichende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Konjunkturbelebende Maßnahmen sollten nur dann umgesetzt werden, wenn sie Klimaschutz und Transformation befördern. Der vorliegende Beitrag ordnet Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie hinsichtlich ihres Beitrags zu Klimaschutz, Beschäftigungswachstum und Wertschöpfung ein. Obgleich die umweltbezogenen Budgets der Länder beschränkt sind, können sie Schwerpunkte setzen und innerhalb ihres Kompetenzbereiches (etwa über die Raumordnung, Bauordnungen oder den Infrastrukturausbau) Transformationsprozesse beschleunigen. Positiv in ihrer Wirkung und kurzfristig umsetzbar sind Maßnahmen zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder der Nutzung erneuerbarer Energieträger, zur Steigerung der Kapazität des Stromnetzes, zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft, zur Waldsanierung und Neuaufforstung sowie zur Transformation des Gebäudebestandes. Zudem sollte der Kapitalstock des öffentlichen Sektors klimaneutral umgestaltet werden.

JEL-Codes: Q48, Q52, R11 • **Keywords:** Konjunkturbelebung, Regionalwirtschaft, Transformation, Klimaschutz

Der vorliegende Beitrag basiert auf einer Studie des WIFO im Auftrag von Amt der Burgenländischen Landesregierung, Amt der Kärntner Landesregierung, Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Amt der Salzburger Landesregierung, Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Amt der Tiroler Landesregierung, Amt der Vorarlberger Landesregierung, Magistrat der Stadt Wien: Franz Sinabell, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Peter Mayerhofer, Ökonomische Expertise für umwelt- und wirtschaftspolitische Entscheidungen zur Bewältigung der COVID-19-Krise in Österreichs Bundesländern unter Beachtung des Bundesrahmens (Oktober 2020, 56 Seiten, 50 €, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66521>).

Begutachtung: Claudia Kettner-Marx • **Wissenschaftliche Assistenz:** Katharina Köberl-Schmid (katharina.koeberl-schmid@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 22. 12. 2020

Kontakt: Mag. Daniela Kletzan-Slamanig (daniela.kletzan-slamanig@wifo.ac.at), Priv.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Franz Sinabell (franz.sinabell@wifo.ac.at)

The Contribution of Economic Recovery to Transformation.

Classification of Measures by the Länder

Achieving ambitious climate targets requires an extensive transformation of the economy and society. Economic stimulus measures should only be implemented if they promote climate protection and transformation. This paper ranks measures to address the economic consequences of the COVID-19 pandemic in terms of their contribution to climate protection, and growth in employment and value added. Although the environmental budgets of the Länder are limited, they can set priorities and accelerate transformation processes within their sphere of competence (e.g. through spatial planning, building regulations or infrastructure development). Measures to expand public transport or the use of renewable energy sources, to increase the capacity of the electricity grid, to strengthen the circular economy, for forest rehabilitation and afforestation, and to transform the building stock have a positive impact and can be implemented in the short term. In addition, the capital stock of the public sector should be transformed in a climate-neutral way.

1. Hintergrund und Motivation

Die Bundesländer sind zentrale Akteure, um die Transformation zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft zu erreichen.

Die zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie in Österreich, wie auch in anderen Ländern, gesetzten gesundheitspolitischen Maßnahmen schränken das Wirtschaftsleben erheblich ein und wirken sich nicht nur deutlich auf Arbeitsmarkt, Produktion, Einkommen und Wertschöpfung aus, sondern auch auf die Umwelt. Nach dieser Phase stark beschränkter wirtschaftlicher Aktivität ist die öffentliche Hand gefordert, durch konjunkturbelebende Maßnahmen bleibende Schäden abzuwenden und negative Folgewirkungen abzumildern. Bei der Auswahl

geeigneter Instrumente sollte nicht nur ihre kurz- bis mittelfristige Wirkung auf ökonomische Größen wie Wertschöpfung und Beschäftigung, sondern auch ihre Kompatibilität mit den langfristigen Klimazielen berücksichtigt werden.

Gegenwärtig basiert Österreichs Wirtschaftssystem noch stark auf dem Verbrauch fossiler Energieträger. Eine deutliche Reduktion der wirtschaftlichen Aktivität wie im Jahr 2020 ist daher mit einer Abnahme der Treibhausgasemissionen verbunden.

Berechnungen von *Sinabell – Sommer – Streicher (2020)* zufolge, wäre bei einem Rückgang der Wirtschaftsleistung 2020 um 7,0% mit einer Verringerung der Treibhausgasemissionen um 9,9% zu rechnen¹⁾. Der für 2021 erwartete Aufschwung wird zu einem erneuten Anstieg der Emissionen beitragen. Der skizzierte Zusammenhang war auch 2008 und 2009 beobachtbar, als die Treibhausgasemissionen im Zuge der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise um 0,7% bzw. 7,6% zurückgingen. Im folgenden Aufschwung nahmen die Emissionen wieder zu (2010 +5,6% gegenüber dem Vorjahr). Seither folgt die Emissionsentwicklung in Österreich keinem eindeutigen Trend – in vier Jahren stiegen die Emissionen, in fünf Jahren waren sie rückläufig.

Längerfristig betrachtet nahm die Emissionsintensität der österreichischen Wirtschaft allerdings kontinuierlich ab: Waren im Jahr 1990 gemessen am BIP noch 317 t Treibhausgase je Mio. € emittiert worden, so waren es 2018 um ein Drittel weniger, nämlich 211 t. Eine absolute Entkopplung des Wirtschaftswachstums von der Entwicklung der Treibhausgasemissionen d. h. die völlige Dekarbonisierung erfordert jedoch rasche und noch weiterreichende Anstrengungen als bisher (*Köppl et al., 2020*).

Die Pariser Klimaziele sehen vor, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur gegenüber dem vorindustriellen Niveau auf höchstens +2 °C und wenn möglich unter +1,5 °C zu begrenzen. Risiken für Wirtschaft und Gesellschaft, die sich aus unumkehrbaren und sich selbst verstärkenden Entwicklungen im Klimasystem ergeben können, sollen minimiert werden (*Lenton et al., 2019, Cai – Lenton – Lontzek, 2016*). Bislang strebte die EU eine Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40% gegenüber 1990, eine Steigerung des Anteils erneuerbarer Energie am Gesamtverbrauch auf mindestens 32% sowie der Energieeffizienz um zumindest 32,5% an. Anlässlich des EU-Gipfels im Dezember 2020 wurde nunmehr eine Verschärfung des Klimazieles für 2030 beschlossen: Die Treibhausgasemissionen sollen bis 2030 um 55% sinken (*Europäischer Rat, 2020*). Die Europäische Kommission wird bis Juni 2021 Vorschläge für die zu aktualisierenden Rechtsakte vorlegen. Somit dürften sich auch die in der Lastenteilungsverordnung festgelegten Klimaziele für Österreich verschärfen. Österreich setzte sich zudem im aktuellen Regierungsprogramm das Ziel, bis 2040 klimaneutral zu werden.

Dementsprechend kommt den Maßnahmenprogrammen zur Belebung der Wirtschaft, die in den nächsten Monaten entwickelt und in den kommenden Jahren umgesetzt werden, große Bedeutung zu. Sie sollen eine "doppelte Dividende" erzielen, indem sie die Erholung der Wirtschaft befördern und zugleich zum Erreichen der Transformationsziele beitragen.

Der vorliegende Beitrag fasst die Ergebnisse einer WIFO-Studie zusammen, die der Frage nachging, durch welche wirtschafts- und umweltpolitischen Maßnahmen

- die inländische Beschäftigung gesichert und ausgeweitet werden kann,
- die Wertschöpfung erhöht wird,
- die kurz- und langfristigen Ziele der Klimaneutralität erreicht werden und die Anpassung an Klimaveränderungen erleichtert wird, und schließlich
- die Energieeffizienz und der Anteil erneuerbarer Energien gesteigert werden können.

Die bewerteten Maßnahmen sind zumeist auf Ebene der Bundesländer angesiedelt, zum Teil wurden jedoch auch Maßnahmen betrachtet, die sowohl von den Ländern als auch von anderen Gebietskörperschaften (z. B. Gemeinden oder Bund) umgesetzt werden. Ausgehend von einer Darstellung der funktionalen Ausgabenstruktur von Bundesländern und Gemeinden und unter Berücksichtigung struktureller Merkmale der Bundesländer, wurde die Bedeutung der Umweltwirtschaft in den Bundesländern ermittelt, die Verteilung der vom Bund (teil-)finanzierten Umweltförderungen analysiert und eine Übersicht zu den – zum Zeitpunkt der Studiererstellung bekannten – umweltbezogenen Programmen und Maßnahmen der Bundesländer zusammengestellt.

Der Fokus der Untersuchung lag auf einer Zusammenschau wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die als konjunkturstimulierend eingeordnet werden können. Besonderes Augenmerk galt Maßnahmen, die im Wirkungsbereich von Bundesländern und Gemeinden häufig eingesetzt werden. Die Maßnahmen wurden hinsichtlich ihres Beitrags zu Wertschöpfung und Beschäftigung sowie ihrer Kompatibilität mit den Transformationszielen beurteilt. In Hinblick auf die Transformation werden die folgenden Zielkategorien betrachtet: "Klimaanpassung und Klimaschutz" sowie "Energieeffizienz und erneuerbare Energien".

¹⁾ *Liu et al. (2020)* analysieren die Effekte der COVID-19-Krise auf die Treibhausgasemissionen. Auf globaler

Ebene ergibt sich für das 1. Halbjahr 2020 im Vorjahresvergleich ein Rückgang um 8,8%.

Die Ausgaben der Bundesländer für umweltspezifische Maßnahmen sind, verglichen mit anderen Ausgabenpositionen, gering.

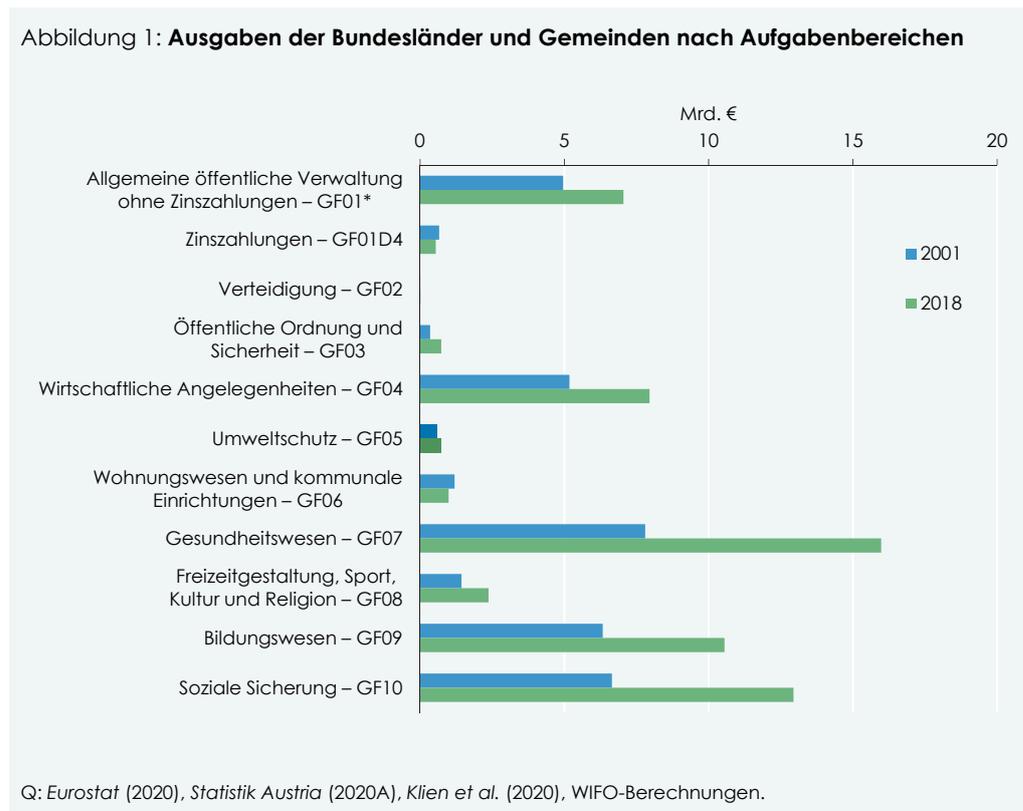
2. Umweltausgaben der Länder und Gemeinden relativ gering

Auf Grundlage der funktionalen Gliederung der Staatsausgaben gemäß COFOG²⁾ (vgl. Eurostat, 2020, Statistik Austria, 2020A) lassen sich die Ausgaben der Bundesländer und Gemeinden nach einheitlichen und international vergleichbaren Standards darstellen.

Die Umweltausgaben der Länder und Gemeinden hatten im Jahr 2018 mit insgesamt

0,7 Mrd. € einen nur sehr geringen Anteil an den Gesamtausgaben (Abbildung 1). Sie waren damit um 0,1 Mrd. € höher als 2000. Der Zuwachs war viel geringer als etwa im Gesundheitswesen, im Bereich der sozialen Sicherung, im Bildungswesen, in den wirtschaftlichen Angelegenheiten und in der allgemeinen öffentlichen Verwaltung.

Abbildung 1: Ausgaben der Bundesländer und Gemeinden nach Aufgabenbereichen



Die wirksamsten Ansatzpunkte für umweltpolitische Interventionen liegen somit nicht im Bereich der umweltspezifischen Ausgaben der Bundesländer und Gemeinden. Vielmehr muss ein Mainstreaming, also eine Integration umweltspezifischer oder klimapolitischer Zielsetzungen in alle anderen Bereiche erreicht werden, womit Politikkohärenz in allen Politikfeldern erreicht werden soll (Kettner – Kletzan-Slamanig, 2018). Eine solche Integration kann durch regulative Eingriffe (z. B. Bauvorschriften, Raumplanung), privatrechtliche Vereinbarungen und Partnerschaften (gestützt auf Auditing-Systeme), Informationsmaßnahmen, Beratungsangebote, Forschungs- und Bildungsprojekte, Nudging und andere Interventionen befördert werden.

Bundesländer und Gemeinden finden in ihrem Wirkungsbereich drei wichtige Adressaten für eine mögliche Einflussnahme vor:

- Haushalte,
- Unternehmen, die nicht in ihrem Eigentum stehen bzw. nicht von ihnen kontrolliert werden,
- Unternehmen und Einrichtungen, die unmittelbar unter der Kontrolle des Bundeslandes bzw. der Gemeinde stehen.

Direkt und unmittelbar am wirksamsten sind Maßnahmen, die den letztgenannten Bereich betreffen. Ein entscheidender und langfristig wichtiger Schritt ist, den Kapitalstock von Fuhrpark, Anlagen und Gebäuden im öffentlichen Sektor bis zum Jahr 2040 systematisch und beständig in Richtung der Klimaneutralität umzugestalten. Einige Gebietskörperschaften verankerten in ihren Programmen bereits das Ziel der Klimaneutralität. Da Gebäude eine Abschreibungsdauer

²⁾ Die Klassifikation der Aufgabenbereiche des Staates (Classification of the Functions of Government –

COFOG) ist die Standardklassifikation für die Zwecke staatlicher Aktivitäten.

von 40 Jahren aufweisen, Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge aber rascher abgeschrieben werden, ist der angepeilte Zeithorizont realistisch. Voraussetzung ist jedoch,

dass die Transformation zur Nachhaltigkeit tatsächlich von allen relevanten Einrichtungen vorangetrieben wird.

3. Treibhausgasemissionen und Anteil erneuerbarer Energie regional unterschiedlich

Die Transformation der Wirtschaft in Richtung Klimaneutralität, Anpassung an den Klimawandel, Energieeffizienz und erneuerbarer Energie ist mehrdimensional. Im Vordergrund steht die Verringerung der Treibhausgasemissionen. In diesem Bereich steht Österreich vor großen Herausforderungen, da bislang keine nachhaltige Trendumkehr erreicht werden konnte und die Emissionen (2018) die Referenzwerte des Jahres 1990 übersteigen³⁾.

In nur drei Bundesländern verringerten sich zwischen 1990 und 2018 die Treibhausgasemissionen (Übersicht 1). Nach den derzeit gültigen Bestimmungen muss Österreich in jenen Sektoren, die nicht Teil des Europäischen Emissionshandelssystems (EU-ETS) sind und in denen die Verringerung der Emissionen über andere, nationale Regulierungen erreicht werden soll, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 16% und bis 2030 um 36% gegenüber 2005 verringern (Übersicht 2).

Die Entwicklung der Treibhausgasemissionen verdeutlicht einen dringenden Handlungsbedarf. Die Bundesländer müssen entsprechende Akzente setzen.

Übersicht 1: Treibhausgasemissionen in den Bundesländern (einschließlich Emissionshandel)

	1990	1995	2000	2005	2010	2015	2018			1990/2018	2005/2018
	1.000 t CO ₂ -Äquivalente						1.000 t CO ₂ -Äquivalente	t CO ₂ -Äquivalente pro Kopf	t CO ₂ -Äquivalente je 1 Mio. € BRP ¹⁾	Veränderung in %	Veränderung in %
Österreich	78.492	79.383	80.263	92.427	84.612	78.510	78.950	8,9	204,7	+ 0,6	- 14,6
Wien	8.262	8.258	8.104	10.146	9.431	7.971	8.430	4,5	87,4	+ 2,0	- 16,9
Niederösterreich	18.393	18.192	18.052	22.184	20.254	18.213	17.975	10,7	294,6	- 2,3	- 19,0
Burgenland	1.595	1.738	1.807	2.067	1.856	1.781	1.869	6,4	207,5	+ 17,2	- 9,6
Steiermark	14.079	14.880	14.706	16.126	13.707	13.418	13.738	11,1	277,0	- 2,4	- 14,8
Kärnten	4.525	4.786	4.942	5.385	4.831	4.671	4.741	8,5	227,0	+ 4,8	- 12,0
Oberösterreich	22.097	21.343	22.436	24.536	23.709	22.166	21.510	14,6	326,7	- 2,7	- 12,3
Salzburg	3.339	3.634	3.647	4.364	3.871	3.533	3.755	6,8	129,3	+ 12,5	- 14,0
Tirol	4.185	4.440	4.473	5.256	4.745	4.746	4.852	6,4	139,9	+ 15,9	- 7,7
Vorarlberg	2.017	2.112	2.096	2.363	2.208	2.011	2.080	5,3	109,0	+ 3,1	- 12,0

Q: Umweltbundesamt (2020C); Statistik Austria (2019C); Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes; WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Bruttoregionalprodukt zu laufenden Preisen.

Übersicht 2: Treibhausgasemissionen in den Bundesländern (ohne Emissionshandel)

	2005	2010	2015	2016	2017	2018			2005/2018
	1.000 t CO ₂ -Äquivalente					1.000 t CO ₂ -Äquivalente	t CO ₂ -Äquivalente pro Kopf	t CO ₂ -Äquivalente je 1 Mio. € BRP ¹⁾	Veränderung in %
Österreich	56.581	51.856	48.955	50.414	51.414	50.486	5,7	130,9	- 10,8
Wien	7.242	6.489	6.160	6.371	6.550	6.366	3,4	66,0	- 12,1
Niederösterreich	13.030	12.000	11.236	11.534	11.760	11.389	6,8	186,6	- 12,6
Burgenland	1.946	1.762	1.688	1.771	1.789	1.768	6,0	196,3	- 9,1
Steiermark	8.472	7.519	7.063	7.314	7.345	7.311	5,9	147,4	- 13,7
Kärnten	4.673	4.149	3.910	3.929	3.964	3.975	7,1	190,4	- 14,9
Oberösterreich	10.917	10.514	9.741	10.165	10.402	10.244	6,9	155,6	- 6,2
Salzburg	3.392	3.084	3.027	3.128	3.191	3.145	5,7	108,3	- 7,3
Tirol	4.628	4.185	4.162	4.187	4.339	4.253	5,7	122,7	- 8,1
Vorarlberg	2.282	2.155	1.969	2.014	2.074	2.035	5,2	106,7	- 10,8

Q: Umweltbundesamt (2020C); Statistik Austria (2019C); Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes; WIFO-Berechnungen. Darstellung laut Klimaschutzgesetz, Nicht-Emissionshandel Abgrenzung 3. Handelsperiode, ohne NF₃ und CO₂ aus Flugverkehr. – ¹⁾ Bruttoregionalprodukt zu laufenden Preisen.

³⁾ Gemäß der letztverfügbaren Nahzeitprognose des Umweltbundesamtes (2020B) wurden in Österreich 2019 80,4 Mio. t CO₂-Äquivalente emittiert. Das ent-

spricht einem leichten Anstieg um 0,7% (nahezu 2 Mio. t) gegenüber dem Kyoto-Basisjahr 1990.

Gemäß aktuellen Zahlen für das Jahr 2019 (Umweltbundesamt, 2020A, 2020B) und den Ergebnissen einer Modellrechnung zu den Auswirkungen der Wirtschaftslage auf die Treibhausgasemissionen des Jahres 2020 (Sinabell – Sommer – Streicher, 2020) dürfte Österreich 2020 die von der EU vorgegebenen Ziele für den Bereich außerhalb des EU-ETS erreicht haben. Angesichts der Nachschärfung der bis 2030 gesetzten Ziele und des Vorhabens der EU, bis 2050 Klimaneu-

tralität zu erreichen⁴⁾, sind jedoch weitere energische Schritte notwendig. Der Vergleich der Bundesländer lässt große Unterschiede in Bezug auf Durchschnittskennzahlen und Entwicklung der Emissionen erkennen (Übersichten 1 und 2). Die Bundesländer müssen daher spezifische, ihrer Wirtschafts- und Haushaltsstruktur entsprechende Maßnahmen setzen, um die Klima- und Energieziele zu erreichen.

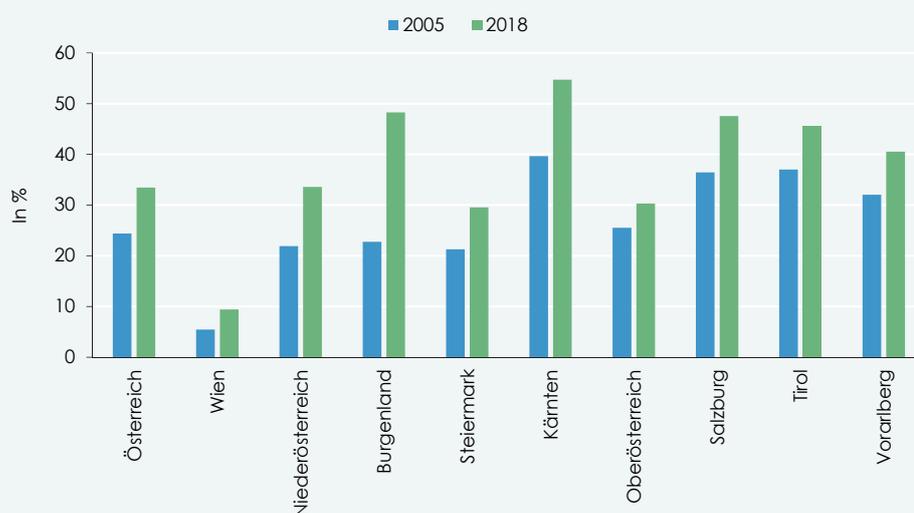
Übersicht 3: Energetischer Endverbrauch in den Bundesländern

	Insgesamt		Pro Kopf		Je 1 Mio. € BRP ¹⁾
	2018 Terajoule (TJ)	2005/2018 Veränderung in %	2018 Gigajoule (GJ)	2005/2018 Veränderung in %	2018 Terajoule (TJ)
Österreich	1,125.947	+ 2,0	127	- 5,1	2,9
Wien	133.744	- 5,7	71	- 18,2	1,4
Niederösterreich	253.711	+ 6,3	152	- 0,0	4,2
Burgenland	34.827	+ 5,4	119	+ 0,2	3,9
Steiermark	187.893	+ 3,1	151	- 0,4	3,8
Kärnten	86.636	+ 4,2	154	+ 3,9	4,1
Oberösterreich	235.517	+ 3,6	159	- 2,0	3,6
Salzburg	65.483	- 8,6	118	- 13,7	2,3
Tirol	87.195	+ 1,7	116	- 6,7	2,5
Vorarlberg	40.941	+ 1,6	104	- 6,6	2,1

Q: Statistik Austria (2020B, 2019C); Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes; WIFO-Berechnungen. –
1) Brutto regionalprodukt zu laufenden Preisen.

Abbildung 2: Anteil erneuerbarer Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch in den Bundesländern

Gemäß EU-Richtlinie (2009/28/EG)



Q: Statistik Austria (2020B, 2020C).

Die hohe Emissionsintensität ist ein Kernproblem des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, aber auch andere Bereiche der Umweltpolitik wie die Luftreinhaltung, der Gewässer-

schutz oder der Schutz der Biodiversität sind von großer Relevanz für Wirtschaft und Gesellschaft. Energienutzung und Treibhausgasemissionen hängen eng zusammen. In

⁴⁾ Das aktuelle Regierungsprogramm strebt die Erreichung der Klimaneutralität in Österreich bereits bis 2040 an.

Bezug auf die Transformation des Energiesystems sind drei Ziele dringlich, die auch auf EU-Ebene verfolgt werden:

- In erster Linie soll der mit der Energienutzung (und -bereitstellung) verbundene Verbrauch von fossilen Energieträgern reduziert und
- die Energieeffizienz insgesamt gesteigert werden.
- Dafür ist die Erhöhung des Anteils von erneuerbaren Energieträgern eine wirksame Strategie.

Auch der energetische Endverbrauch (Übersicht 3) und der Anteil der erneuerbaren Energieträger am Endenergieverbrauch (Abbildung 2) variieren erheblich nach

Bundesländern. Die Entwicklung seit 2005 spiegelt zum Teil unterschiedliche Standortbedingungen wider, was etwa den Raum und die Eignung des Terrains für die Errichtung von Windkraftanlagen betrifft.

Die Anpassung an den Klimawandel stellt eine ebenso große Herausforderung wie die Vermeidung von Emissionen dar. Da die klimatischen Veränderungen viele Bereiche betreffen, sich in vielfältiger Weise auswirken und unterschiedliche Anpassungen erfordern, ist dieser Aspekt schwierig zu quantifizieren. Die Notwendigkeit einer Anpassung an den Klimawandel spielt jedoch bei der Gestaltung und Umsetzung von umweltpolitischen Maßnahmen in den Bundesländern eine große Rolle.

Ein Kernelement der Transformation ist die Steigerung der Energieeffizienz. Den Bundesländern stehen hierzu spezifische Instrumente zur Verfügung.

4. Umweltförderung und Umweltwirtschaft als Triebkräfte der Transformation

Die Transformationsziele (Klimaschutz, Anpassung an den Klimawandel, verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger und Steigerung der Energieeffizienz) decken nur einen Teil der durch Umweltförderungen adressierten Ziele ab. Die Ausgaben für gezielte Umweltschutzmaßnahmen machen nur einen Bruchteil der Gesamtausgaben der Bundesländer und Gemeinden aus, weshalb auf dieser Ebene direkte Fördermaßnahmen mit Umweltzielen eine geringe Rolle spielen. Dabei handelt es sich um einen Bereich der geteilten Verantwortung von Bund und Ländern. Der Bund setzt in großem Umfang Mittel ein, die für verschiedene Zwecke Unternehmen bzw. Vorhaben in den Bundesländern betreffen. Ein bedeutender Teil der Bundesmittel wird für gewässerbezogene Maßnahmen eingesetzt, vor allem für Investitionen in die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur haben auch die Bundesmittel regional unterschiedliche Wirkungen. Kohärenz und Eignung der Fördermaßnahmen von Bund und Ländern, um Transformationsprozesse zu beschleunigen, wurden bisher noch nicht systematisch untersucht.

Für die Transformationsziele sind vor allem die Förderungen unter dem Titel "Umweltinvestitionen" relevant. Im Jahr 2018 wurden vom Bund dafür insgesamt knapp 64 Mio. € zur Verfügung gestellt. Die Detailauswertung einzelner Projekte im Hinblick auf Emissionsverringerung und Energiekennwerte durch das BMNT (2019, S. 8f) liefert Aufschlüsse über die Effektivität von Förderungen. Gemessen an den eingesetzten Mitteln verringern etwa Förderungen der Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität, von Fernwärmeanschlüssen und -verteilnetzen oder von

Biomasseanlagen die Treibhausgasemissionen am stärksten. Neben der Wirksamkeit von Umweltmaßnahmen im Hinblick auf die Emissionsminderung sind allerdings auch Verteilungsaspekte oder die Verfügbarkeit und Leistbarkeit von Energie zur Deckung elementarer Lebensbedürfnisse zu berücksichtigen (Kettner-Marx et al., 2020).

Ein Vergleich der Umweltausgaben der Bundesländer ist derzeit nur ansatzweise möglich. Mit *Statistik Austria* (2019A) liegen entsprechende Auswertungen auf Basis der Transparenzdatenbank vor⁵⁾. Zu Vergleichszwecken kann eine Detailauswertung zu Fördermaßnahmen für Energieeffizienz, E-Mobilität und einschlägige Forschung und Entwicklung herangezogen werden. In diesen Bereichen überwiegt deutlich das Fördervolumen des Bundes, während die Länder im Wesentlichen komplementäre Maßnahmen unterstützen.

Viele Fördermaßnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden adressieren die Kategorien Umwelt, Bauen und Wohnen, Wirtschaft, Verkehr und Technik. Von insgesamt fast 1.000 Fördermaßnahmen standen im August 2020 569 für Förderanträge offen bzw. waren unbefristet zugänglich. Für die Zwecke des vorliegenden Beitrags wurden Bereiche ausgewählt, in denen am ehesten Akzente für eine raschere Transformation gesetzt werden können. In vielen Fällen betreffen die Maßnahmen auch andere Zieldimensionen. Zugleich gilt es für eine kohärente Politikgestaltung zu bedenken, dass auch andere Förderinstrumente, deren primäres Ziel nicht der Umwelt- oder Klimaschutz ist, signifikante Auswirkungen auf Energieverbrauch und Emissionen haben können. Dazu zählen

Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Krise diskutiert werden, wirken stark unterschiedlich auf das Klima.

⁵⁾ Das Transparenzportal ist eine wichtige Anlaufstelle für die Öffentlichkeit, um sich über relevante Förderungen zu informieren. Die zugrundeliegende Datenbank

liefert einen Überblick über Fördermaßnahmen von Bundes- und Landesstellen.

etwa Förderungen für den Wohnbau oder den Straßenverkehr.

Vielfach werden Verschärfungen von Standards zu Umweltschutz und effizienter Ressourcennutzung sowie Änderungen in Produktion und Transport zur Erreichung von Transformationszielen als Einschränkung und Belastung wahrgenommen. Tatsächlich ist damit die Notwendigkeit verbunden, eingelaufene Pfade zu verlassen, jedoch ergeben sich gerade dadurch neue Geschäftsfelder, Innovationen und Gewinnmöglichkeiten. Dass durch Transformationsprozesse Beschäftigung geschaffen wird und der gesellschaftliche Wohlstand auch in materieller Hinsicht zunimmt, wird häufig übersehen.

Vor allem aufgrund der Wirtschaftsstruktur unterscheidet sich das Gewicht von Wertschöpfung (Abbildung 3) und Beschäftigung (Abbildung 4) der umweltorientierten Produktion und Dienstleistungen erheblich zwischen den Bundesländern. Teils besteht beträchtlicher Spielraum zur Steigerung dieses Anteils durch eine Transformation der Wirtschaftsstruktur. Die tiefe Rezession im Gefolge der COVID-19-Pandemie sollte deshalb als Chance verstanden werden, in diese tiefgreifende Transformation einzutreten und erwünschte ökonomische Veränderungsprozesse zu fördern und zu beschleunigen.

Abbildung 3: **Umweltbezogene Bruttowertschöpfung 2017**

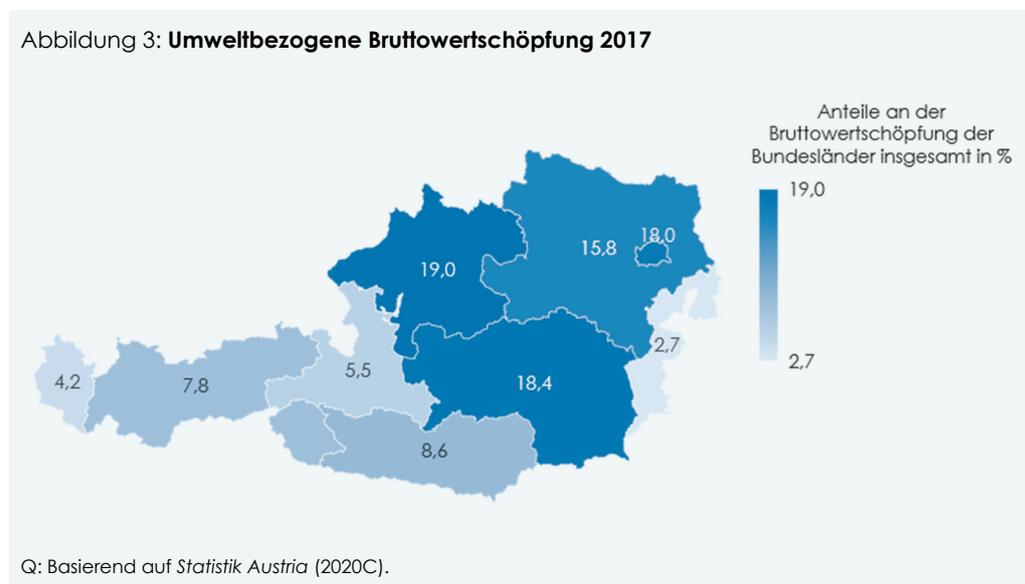
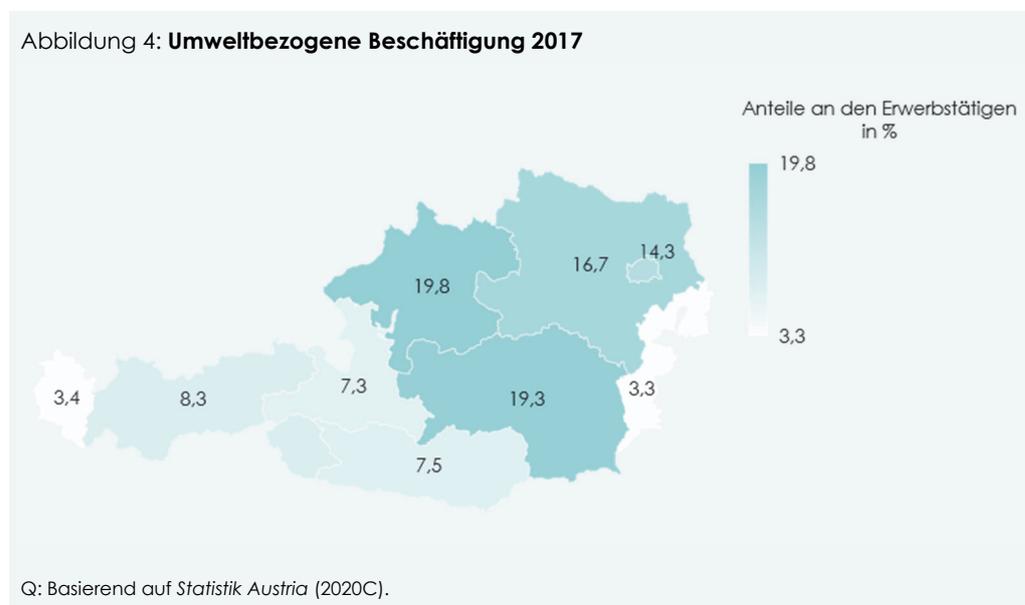


Abbildung 4: **Umweltbezogene Beschäftigung 2017**



5. Eignung wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Beschleunigung der Transformation

In diesem Abschnitt wird ein Überblick zu Maßnahmen geboten, die umweltpolitisch steuernd wirken und gleichzeitig wirtschaftspolitische Impulse setzen. Es geht um die verstärkte Ausrichtung des Wirtschaftssystems auf Ziele der Transformation. Die Übersicht ist nicht auf die Regelebenen der Länder beschränkt, sondern umfasst auch Maßnahmen des Bundes und der Gemeinden.

Fiskalpolitische Maßnahmen wie die Festlegung von Steuersätzen oder Regulierung von Finanzinstrumenten sind primär auf der Ebene des Bundes angesiedelt. Den Bundesländern obliegen dagegen die Raumordnung – und damit die Flächenwidmung für verschiedene Zwecke, z. B. zur Errichtung von Windparks – sowie Vorgaben zur thermischen Qualität von Gebäuden in den Bauordnungen oder den Richtlinien der Wohnbauförderung. Eine erfolgreiche Transformation hängt der Aktivität aller staatlichen Ebenen ab, da zur Verwirklichung von konkreten Projekten die Regelungen sinnvoll ineinandergreifen und gut aufeinander abgestimmt werden müssen. Eine wichtige Aufgabe der Bundesländer besteht folglich darin, Maßnahmen des Bundes an den spezifischen regionalen Kontext der Unternehmen und Haushalte anzupassen, um die Absorption von Fördermitteln zu erleichtern oder die Umsetzung von Maßnahmen zu ermöglichen, indem die ordnungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Zudem können etwa durch die Kofinanzierung von Fördermaßnahmen des Bundes spezifische Schwerpunkte gesetzt werden.

Wie gezeigt wurde, verfolgt bereits eine große Zahl bestehender Maßnahmen Umweltziele. Allerdings mangelt es in Österreich in diesem Zusammenhang an der systematischen Aufarbeitung der Informationen. Evaluierungen werden nur selten durchgeführt, wobei der Umweltwirksamkeit der Maßnahmen oft nur geringe Beachtung geschenkt wird.

Für Maßnahmen, die zur Bewältigung der COVID-19-Krise bereits beschlossen wurden oder noch diskutiert werden⁴⁾, fasst Übersicht 4 die Experteneinschätzung (*Sinabell et al., 2020*) der Effekte auf Beschäftigung, Wertschöpfung und Transformation zusammen. Es sind dies vorwiegend Maßnahmen, die in der Kompetenz der Bundesländer liegen. Sie wurden daraufhin untersucht, ob und in welchem Ausmaß sie die Erreichung folgender Ziele unterstützen:

- Verringerung der Treibhausgasemissionen und Anpassung an den Klimawandel,
- Steigerung der Energieeffizienz und des Anteils erneuerbarer Energieträger,
- Ausweitung der Beschäftigung und
- der Wertschöpfung.

Für viele aktuelle Maßnahmen ist eine Beurteilung im Hinblick auf die vier genannten Ziele allerdings weder sinnvoll noch angemessen. So wirken sich etwa die umfangreichen Investitionen in die Medikamenten- oder Impfstoffforschung potentiell stark positiv auf Beschäftigung und Wertschöpfung aus. Ihr Beitrag zur Erreichung der Umweltziele ist allerdings ungewiss. Derartige Maßnahmen wurden daher nicht bewertet.

Ebenso wurden Maßnahmen ausgeklammert, die der Kompensation von Einkommensverlusten dienen oder anderweitig sozialpolitisch motiviert sind. Durch die Erhöhung der verfügbaren Einkommen stabilisieren sie den Konsum und somit den Ressourcenverbrauch.

Die Einschätzungen basieren auf der Expertise von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die mit dem Thema aus ökonomischem Blickwinkel vertraut sind. Die Zusammenstellung kann eine sorgfältige Kosten-Nutzen- oder zumindest Kosten-Wirksamkeitsanalyse jedoch nicht ersetzen, sondern allenfalls eine erste Orientierung bieten.

Der Kontext der Bewertung und Beurteilung ist sehr wichtig. Eine knappe und übersichtliche Darstellung verleitet zur Verkürzung und birgt somit die Gefahr von Fehlinterpretationen. Je stärker bestimmte Wirkungen von ungewissen Vorbedingungen abhängen, umso vorsichtiger fiel die Beurteilung aus.

Die der Beurteilung zugrundeliegenden Zieldimensionen sind notwendigerweise unvollständig. Wichtige Ziele der gesellschaftlichen Wohlfahrt, etwa Fairness zwischen Gruppen mit unterschiedlichen Einkommenschancen, zwischen Geschlechtern und Generationen wurden in dieser Analyse ebenfalls ausgeklammert.

Die folgende Übersicht fasst exemplarisch die Wirkungen einiger konjunkturstabilisierender Maßnahmen auf Beschäftigung, Wertschöpfung und Transformation zusammen. Die Auswahl fokussiert vorwiegend auf Maßnahmen, die in der Kompetenz der Bundesländer liegen.

Ein wichtiger Ansatzpunkt, um Investitionen zur Beschleunigung des Transformationsprozesses zu erleichtern, ist die Raumordnung.

Umweltpolitische Maßnahmen wirken höchst unterschiedlich auf Beschäftigung und Wertschöpfung.

⁴⁾ Ein vollständiger Überblick über die identifizierten Maßnahmen findet sich in *Sinabell et al. (2020)*.

Als überwiegend positiv in allen vier Zieldimensionen und zugleich kurzfristig umsetzbar sind vor allem Maßnahmen zu bewerten, die auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder des Anteils erneuerbarer Energieträger,

die Steigerung der Kapazität des Stromnetzes, die Transformation des Gebäudebestandes, die Stärkung der Kreislaufwirtschaft sowie auf Waldsanierung und Aufforstung abzielen.

Übersicht 4: **Einschätzung der Wirkung konjunkturstabilisierender Maßnahmen auf Beschäftigung, Wertschöpfung und Transformation**

Maßnahme	Art der Maßnahme	Zieldimension: Wirkung . . .					Kurzfristige Umsetzbarkeit	Anmerkungen
		Kurzfristig auf Wertschöpfung	Kurzfristig auf inländische Beschäftigung	Langfristig auf Wertschöpfung	Kurzfristig auf Transformation	Langfristig auf Transformation		
Förderung eines nachhaltigen Modal Split	Investitionen in den öffentlichen Verkehr	+	+	+	+	++	-	Die ambitionierten Ziele zur Klimaneutralität erfordern eine rasche Neuausrichtung der Investitionen in Richtung klimaneutraler öffentlicher Mobilität.
	Transformation des öffentlichen Fuhrparks	(+)	0	0	±	+	±	Aufgrund von Automatisierungspotentialen ist die Wirkung der Maßnahme auf die Beschäftigung nicht eindeutig.
	Ausbau des Radwegenetzes und Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs	(+)	(+)	0	+	++	±	Eine generelle Einschätzung ist nicht möglich, da die Wirkung nach Regionstyp (Stadt, Land) divergiert.
Lückenschluss und Neubau von Straßen, Brücken, Tunnels usw.	Ausbau des Verkehrsnetztes ohne Transformation des Verkehrssektors	+	+	-	-	--	-	
	Ausbau des Verkehrsnetztes mit Transformation des Verkehrssektors	+	+	+	0	0	0	
Forcierung des Ausbaus erneuerbarer Energieträger	Ausbau erneuerbarer Energieträger: Ausrichtung der Pläne an Zielvorgaben und Ausweitung der Mittelausstattung	+	+	+	+	++	+	Impliziert negative Effekte auf Branchen, deren Geschäftsmodell auf fossilen Energieträgern beruht.
Gemeindeinvestitionspaket	Öffentliche Investitionen	+	+	+	(+)	(+)	(+)	Gemeinden sind zentrale Träger öffentlicher Investitionen; Erfolg im Hinblick auf Transformation hängt von konkreten Vorhaben ab.
Beschleunigung von Genehmigungsverfahren (Standortentwicklungsgesetz, Anlagenrecht usw.)	Regulierung	(+)	(+)	(+)	±	±	-	Eine positive Wirkung ist zu erwarten, wenn Transformationsziele rascher erreicht werden, eine negative, wenn angestrebte Ziele und hohe Standards unterlaufen werden.
Waldsanierung und Neuaufforstung	Aufbau von Kohlenstoffreservoirs	+	+	+	+	+	+	Stabilisierung der Ökosysteme und Sicherung der Sequestrierung von CO ₂ .
Sanierung des öffentlichen Gebäudebestandes	Umsetzung der Transformationspläne im Bereich öffentlicher Gebäude	++	++	+	+	++	+	Um die Ziele zur Klimaneutralität zu erreichen, ist gegenüber den bisherigen Plänen eine Erhöhung der Investitionen erforderlich.

Q: *Sinabell et al. (2020)*. -¹) + . . . positive Wirkung, ++ . . . ausgeprägt positive Wirkung, (+) . . . eher positive Wirkung, - . . . negative Wirkung, -- . . . ausgeprägt negative Wirkung, (-) . . . eher negative Wirkung, ± . . . Wirkung ungewiss und stark von weiteren Faktoren abhängig, 0 . . . keine nennenswerte Wirkung.

6. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Wichtige Ansatzpunkte, um Klimaneutralität zu erreichen, finden sich nicht im Bereich der Umweltpolitik, sondern in anderen Politikfeldern.

Das WIFO hat in einer aktuellen Studie (*Sinabell et al., 2020*) den Beitrag konjunkturbelebender Maßnahmen (im weiteren Sinne) zur Erreichung von Transformationszielen qualitativ beurteilt. Dazu gehören neben einer Ausweitung der Beschäftigung und einer Steigerung der Wertschöpfung die Förderung der Anpassungsfähigkeit der

Wirtschaft an den Klimawandel sowie – den EU-Vorgaben entsprechend – die Senkung von Treibhausgasemissionen, die Verbesserung der Energieeffizienz und die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energieträger am Gesamtverbrauch. Anders als eine quantitative Bewertung, welche die Wirksamkeit von Maßnahmen und Vorhaben den Kosten

gegenüberstellt, orientiert sich die vorliegende qualitative Bewertung an der Einschätzung von Expertinnen und Experten.

Da Bund, Länder und Gemeinden über unterschiedliche Kompetenzen und Eingriffsmöglichkeiten verfügen, ist ein eher breiter Überblick sinnvoll. Der Schwerpunkt wurde auf Maßnahmen im unmittelbaren Wirkungsbereich der Bundesländer gelegt, die für die Themenstellung jeweils am wichtigsten waren. Regulative Eingriffe blieben unberücksichtigt, da sie in der Regel nicht unmittelbar konjunkturbelebend wirken.

Sobald eine Maßnahme mehrere Ziele verfolgt, können Zielkonflikte und unerwünschte Wechselwirkungen auftreten; Maßnahmen müssen häufig justiert werden, um in allen Zieldimensionen ausreichend wirksam zu sein. Zur Erreichung der Transformationsziele ist zudem eine Koordination der Maßnahmen zwischen und innerhalb der Gebietskörperschaften notwendig.

Österreich besitzt eine lange Tradition von Umweltförderungen und stellt für diesen Bereich ein großes Fördervolumen ab. Jede Gebietskörperschaft setzt dabei Maßnahmen um, deren Komplementarität oftmals nicht bewertbar ist, da nur selten Evaluierungen der Maßnahmen vorliegen, auch wenn es Schritte gibt, um die Kohärenz von Instrumenten und Politikfeldern zu verbessern.

Die Länder und Gemeinden sehen, verglichen mit anderen Ausgabenpositionen, nur geringe Mittel für spezifische Umweltmaßnahmen vor. Zur Erreichung der Transformationsziele ist daher ein entsprechendes Mainstreaming, d. h. eine Durchdringung aller Politikfelder erforderlich. Nur durch zahlreiche weitere Schritte in diese Richtung kann der große Kapitalstock, über den jedes Land verfügt, in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten so umgestaltet werden, dass

die Wirtschaft spätestens 2050 klimaneutral ist.

Die vergleichsweise geringe Dotierung der Umweltförderungen in den Länderhaushalten bedeutet nicht eine geringe Wirksamkeit oder Relevanz. Einige Bundesländer setzen so in nicht durch Bundesmittel geförderten Nischenbereichen gezielte Maßnahmen oder etablieren spezifische Schwerpunkte, indem sie Bundesförderungen aufstocken. Solche aus Ländermitteln finanzierte Anschlussförderungen sollen Strukturveränderungen verstärken. Über die gezielte öffentliche Nachfrage nach umweltschutzbezogenen Gütern und Dienstleistungen setzen die Länder gleichzeitig nachhaltige Impulse für Wertschöpfung und Beschäftigung und stärken Akteure vor Ort.

Als überwiegend positiv in allen vier Zieldimensionen und zugleich kurzfristig umsetzbar sind vor allem Maßnahmen zu bewerten, die auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder des Anteils erneuerbarer Energieträger, die Steigerung der Kapazität des Stromnetzes, die Transformation des Gebäudebestandes, die Stärkung der Kreislaufwirtschaft sowie auf Waldsanierung und Aufforstung abzielen.

Ein wichtiger Hebel für Klimaschutz mit positiven Nebeneffekten für die Wirtschaft ist der öffentliche Sektor selbst. Der Kapitalstock in Gestalt von Fuhrpark, Anlagen und Gebäuden im öffentlichen Sektor sollte bis zum Jahr 2050 in Richtung Klimaneutralität umgestaltet werden. Einige Gebietskörperschaften haben das Ziel der Klimaneutralität bereits verankert und dazu maßgeschneiderte Maßnahmenprogramme entwickelt. Da Fuhrpark und Gebäudebestand nur langsam erneuert werden können, müssen bereits jetzt alle relevanten Einrichtungen Maßnahmen ergreifen, damit die Transformation in der angepeilten kurzen Frist tatsächlich gelingt.

Um Klimaneutralität zu erreichen, muss der Kapitalstock des öffentlichen Sektors entsprechend umgestaltet und erneuert werden.

7. Literaturhinweise

- Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, Umweltinvestitionen des Bundes 2018. Zahlen + Fakten. Kommunalkredit Public Consulting, Wien, 2019.
- Cai, Y., Lenton, T., Lontzek, T., Risk of multiple interacting tipping points should encourage rapid CO₂ emission reduction, *Nature Climate Change*, 2016, (6), S. 520-525, <https://doi.org/10.1038/nclimate2964>.
- Europäischer Rat, Tagung des Europäischen Rates (10. und 11. Dezember 2020) – Schlussfolgerungen, 2020, EUCO 22/20, CO EUR 17 CONCL 8, <https://www.consilium.europa.eu/media/47346/1011-12-20-euco-conclusions-de.pdf> (abgerufen am 12. 12. 2020).
- Eurostat, Government expenditure by function – COFOG, Straßburg, 2020, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Government_expenditure_by_function_%E2%80%93_COFOG.
- Kettner, C., Kletzan-Slamanic, D., Climate Policy Integration on the National and Regional Level: A Case Study for Austria and Styria, *International Journal of Energy Economics and Policy*, 2018, 8(4), S. 259-269.
- Kettner-Marx., C., Kletzan-Slamanic, D., Köppl, A., Meyer, I., Sommer, M., Sinabell, F., "Klimawandel und Energiewirtschaft 2020. Sonderthema: COVID-19, CO₂-Emissionen und Konjunkturpakete als Chance für strukturorientierten Klimaschutz", *WIFO-Monatsberichte*, 2020, 93(7), S. 539-555, <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66192>.
- Klien, M., Pitlik, H., Firgo, M., Famira-Mühlberger, U., Ein Modell für einen strukturierten vertikalen Finanzausgleich in Österreich, *WIFO*, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/65854>.

- Köpl, A., Schleicher, St., Schratzenstaller, M., Steining, K., COVID-19, Klimawandel und Konjunkturpakete, WIFO Research Briefs, 2020, (1), <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65874>.
- Lenton, T. M., Rockström, J., Gaffney, O., Rahmstorf, S., Richardson, K., Steffen, W., Schellnhuber, H. J., Climate tipping points – too risky to bet against, Comment, Nature, 2019, 575, S. 592-595, <https://doi.org/10.1038/d41586-019-03595-0>.
- Liu, Z., Ciais, P., Deng, Z., Lei, R., Davis, St. J., Feng, S., Zheng, B., Cui, D., Dou, X., Zhu, B., Guo, R., Ke, P., Sun, T., Lu, Ch., He, P., Wang, Y., Yue, X., Wang, Y., Lei, Y., Zhou, H., Cai, Z., Wu, Y., Guo, R., Han, T., Xue, J., Boucher, O., Boucher, E., Chevallier, F., Tanaka, K., Wei, Y., Zhong, H., Kang, C., Zhang, N., Chen, B., Xi, F., Liu, M., Bréon, F.-M., Lu, Y., Zhang, Q., Guan, D., Gong, P., Kammen, D. M., He, K., Schellnhuber, H. J., Near-real-time monitoring of global CO₂ emissions reveals the effects of the COVID-19 pandemic, Nature Communications, 2020, 11(5172), <https://doi.org/10.1038/s41467-020-18922-7>.
- Sinabell, F., Kettner-Marx, C., Kletzan-Slamanig, D., Klien, M., Mayerhofer, P., Ökonomische Expertise für umwelt- und wirtschaftspolitische Entscheidungen zur Bewältigung der COVID-19-Krise in Österreichs Bundesländern unter Beachtung des Bundesrahmens, WIFO, Wien, 2020, <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66521>.
- Sinabell, F., Sommer, M., Streicher, G., "Effects of the COVID-19 Related Economic Downturn on Greenhouse Gas Emissions in Austria", WIFO Working Papers, 2020, (605), <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/66185>.
- Sommer, M., Sinabell, F., Streicher, G., "Auswirkungen des COVID-19-bedingten Konjunkturreinbruchs auf die Emissionen von Treibhausgasen in Österreich. Ergebnisse einer ersten Einschätzung", WIFO Working Papers, 2020, (600), <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/65935>.
- Statistik Austria, Förderungen in den Bereichen Elektromobilität sowie Umwelt. Erneuerbare Energie und Energieeffizienz im Jahr 2017. Bericht zur Auswertung aus der Transparenzdatenbank im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen, Wien, 2018.
- Statistik Austria (2019A), Auswertung aus der Transparenzdatenbank für 2018 für die Bereiche Elektromobilität und Umwelt – Erneuerbare Energie und Energieeffizienz, Wien, 2019.
- Statistik Austria (2019B), Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung – EGSS, Wien, 2019, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/energie_und_umwelt/umwelt/umweltorientierte_production_und_dienstleistung/index.html (abgerufen am 26. 6. 2020).
- Statistik Austria (2019C), Regionale Gesamtrechnungen (RGR) – Konzept ESG 2010, VGR-Revisionsstand: September 2019 (erstellt am 10. 12. 2019), Wien, 2019.
- Statistik Austria (2020A), Staatsausgaben nach Aufgabenbereichen (COFOG), Wien, 2020, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/staatsausgaben_nach_aufgabenbereichen/index.html (abgerufen am 10. 7. 2020).
- Statistik Austria (2020B), Energiebilanzen Österreich 1970 bis 2018, Wien, 2020, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html (erstellt am 14. 1. 2020; abgerufen am 11. 8. 2020).
- Statistik Austria (2020C), Bundesländer-Energiebilanzen ab 1988 (endgültige Ergebnisse), Wien, 2020, https://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_umwelt_innovation_mobilitaet/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html (abgerufen am 11. 8. 2020).
- Steining, K., Bednar-Friedl, B., Knittel, N., Kirchengast, G., Nabernegg, St., Williges, K., Mestel, R., Hutter, H.-P., Kenner, L., "Klimapolitik in Österreich: Innovationschance Coronakrise und die Kosten des Nicht-Handelns", Wegener Center Research Briefs, Graz, 2020, (1/2020).
- Transparenz Portal, Leistungen und Förderungen für alle Zielgruppen, Bundesministerium für Finanzen, Wien, 2020, <https://transparenzportal.gv.at/tdb/tp/situation/buerger/> (abgerufen am 26. 6. 2020).
- Umweltbundesamt (2020A), Austria's Inventory Report 2020. Submission under the United Nations Framework Convention on Climate Change and under the Kyoto Protocol, Wien, 2020.
- Umweltbundesamt (2020B), Nahzeitprognose der österreichischen Treibhausgas-Emissionen für 2019 (Nowcast 2020), Reports, Wien, 2020, 0740.
- Umweltbundesamt (2020C), Bundesländer Luftschadstoff Inventur 1990-2017, Regionalisierung der nationalen Emissionsdatenauf Grundlage von EU-Berichtspflichten (Datenstand 2019), Wien, <https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/publikationen/rep0703.pdf>.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusedwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2017	2018	2019	2019	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	2020	
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	5,9	5,5	5,4	5,3	5,4	8,6	7,7	8,3	8,1	7,5	7,3	7,1	6,9
USA	4,4	3,9	3,7	3,6	3,8	13,1	8,8	11,1	10,2	8,4	7,8	6,9	6,7
Japan	2,8	2,4	2,4	2,3	2,4	2,8	3,0	2,8	2,9	3,0	3,0	3,1	2,9
Euro-Raum	9,1	8,2	7,6	7,4	7,3	7,6	8,6	7,9	8,7	8,6	8,5	8,4	8,3
Belgien	7,1	6,0	5,4	5,2	5,0	5,0	6,3	5,3	5,9	6,5	6,6	6,3	6,1
Deutschland	3,8	3,4	3,1	3,2	3,6	4,2	4,5	4,3	4,4	4,5	4,5	4,5	4,5
Irland	6,7	5,8	5,0	4,7	4,9	4,9	6,7	5,3	6,2	6,7	7,2	7,2	7,5
Griechenland	21,5	19,3	17,3	16,6	15,9	17,0	16,4	18,0	16,6	16,5	16,1	.	.
Spanien	17,2	15,3	14,1	13,8	14,0	15,5	16,6	15,9	16,9	16,6	16,3	16,2	16,4
Frankreich	9,4	9,0	8,5	8,2	7,7	7,1	9,1	6,9	9,4	9,0	8,8	8,6	8,8
Italien	11,3	10,6	9,9	9,5	9,2	8,5	9,7	9,3	9,8	9,7	9,5	9,5	8,9
Luxemburg	5,6	5,5	5,6	5,6	6,0	7,5	6,9	7,6	7,2	6,8	6,7	6,5	6,5
Niederlande	4,9	3,8	3,4	3,4	2,9	3,8	4,5	4,3	4,5	4,6	4,4	4,3	4,0
Österreich	5,5	4,9	4,5	4,3	4,5	5,3	5,2	5,5	5,3	5,2	5,1	5,1	5,2
Portugal	9,0	7,0	6,6	6,6	6,5	6,5	8,0	7,3	7,9	8,1	7,9	7,5	7,2
Slowakei	8,1	6,5	5,8	5,6	6,0	6,7	7,1	6,8	7,1	7,2	7,0	7,1	7,1
Finnland	8,6	7,4	6,7	6,8	6,7	7,7	8,5	7,8	8,6	8,5	8,4	8,1	7,8
Tschechien	2,9	2,2	2,0	2,0	2,0	2,4	2,8	2,7	2,7	2,8	2,8	2,9	2,9
Ungarn	4,2	3,7	3,5	3,5	3,6	4,6	4,5	4,9	4,6	4,4	4,4	4,5	.
Polen	4,9	3,8	3,3	2,9	3,0	3,3	3,3	3,4	3,4	3,3	3,3	3,4	3,3
Schweiz	4,8	4,7	4,4	4,1	4,2	4,9	5,0

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2017	2018	2019	2019	2020				2020				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,2
USA	+ 2,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,2
Japan	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	- 0,4	- 1,0
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,4	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,3
Belgien	+ 2,2	+ 2,3	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,0	- 0,0	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,7	- 0,9	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2
Deutschland	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,6	+ 0,7	- 0,2	+ 0,8	± 0,0	- 0,1	- 0,4	- 0,5	- 0,7
Irland	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	- 0,6	- 0,9	- 0,6	- 0,6	- 1,1	- 1,2	- 1,5	- 1,0
Griechenland	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6	- 1,2	- 2,2	- 1,9	- 2,1	- 2,3	- 2,3	- 2,0	- 2,1
Spanien	+ 2,0	+ 1,7	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,7	- 0,6	- 0,6	- 0,3	- 0,7	- 0,6	- 0,6	- 0,9	- 0,8
Frankreich	+ 1,2	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2
Italien	+ 1,3	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,4	+ 0,8	- 0,5	- 1,0	- 0,6	- 0,3
Luxemburg	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,6	- 0,9	- 0,1	- 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,7
Niederlande	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,7	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,7
Österreich	+ 2,2	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1
Portugal	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,5	- 0,2	- 0,4	+ 0,2	- 0,1	- 0,2	- 0,8	- 0,6	- 0,4
Slowakei	+ 1,4	+ 2,5	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,6
Finnland	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,1	- 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Tschechien	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,6	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,3	+ 2,9	+ 2,8
Ungarn	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,5	+ 4,4	+ 2,5	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,9	+ 4,0	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,8
Polen	+ 1,6	+ 1,2	+ 2,1	+ 2,6	+ 3,9	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,7	+ 3,7	+ 3,8	+ 3,8	+ 3,7
Schweiz	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,4	- 0,2	- 0,2	- 1,1	- 1,2	- 1,3	- 1,2	- 1,4	- 1,1	- 0,9	- 0,8

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2018	2019	2020	2020				2020				
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Europa, MSCI Europa	- 0,7	+ 0,8	- 4,3	+ 5,6	- 11,1	- 5,0	- 5,9	- 2,0	- 6,7	- 7,7	- 6,1	- 4,3
Euro-Raum, STOXX 50	- 3,0	+ 1,4	- 4,7	+ 6,8	- 12,1	- 4,8	- 7,7	- 1,7	- 7,2	- 10,4	- 8,2	- 5,1
Deutschland, DAX 30	- 1,3	- 1,3	+ 1,9	+ 8,5	- 7,1	+ 5,9	+ 0,2	+ 9,9	+ 5,5	+ 0,7	- 1,8	+ 1,8
Österreich, ATX	+ 7,6	- 9,0	- 20,5	- 6,2	- 27,9	- 24,7	- 22,9	- 23,1	- 27,0	- 29,1	- 24,6	- 15,2
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	- 0,2	- 1,2	- 13,7	- 3,0	- 18,6	- 17,7	- 15,4	- 15,7	- 18,9	- 19,0	- 15,3	- 12,0
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	+ 1,1	- 3,1	- 22,1	- 13,6	- 29,3	- 22,5	- 23,5	- 17,7	- 24,2	- 29,4	- 24,9	- 15,7
Tschechien, PX 50	+ 8,0	- 3,2	- 11,6	- 3,5	- 16,9	- 13,0	- 13,4	- 12,2	- 14,9	- 16,1	- 14,9	- 9,6
Ungarn, BUX Index	+ 5,4	+ 10,0	- 10,2	+ 1,0	- 14,8	- 13,6	- 13,7	- 10,4	- 16,4	- 18,6	- 14,3	- 9,5
Polen, WIG Index	- 2,6	- 1,3	- 13,9	- 12,6	- 20,6	- 12,1	- 10,4	- 7,4	- 13,2	- 15,7	- 12,9	- 2,1
Russland, RTS Index	+ 5,6	+ 12,7	- 4,0	+ 16,0	- 9,1	- 6,8	- 12,6	+ 0,4	- 10,6	- 16,0	- 14,8	- 7,9
Amerika												
USA, Dow Jones Industrial Average	+ 15,2	+ 5,3	+ 2,0	+ 5,6	- 5,8	+ 2,3	+ 5,6	+ 6,8	+ 3,3	+ 4,7	+ 4,8	+ 7,0
USA, S&P 500 Index	+ 12,1	+ 6,1	+ 10,5	+ 12,3	+ 1,7	+ 12,2	+ 15,3	+ 17,1	+ 12,9	+ 14,8	+ 14,3	+ 16,3
Brasilien, BM&FBOVESPA	+ 20,0	+ 23,3	- 1,9	+ 7,8	- 11,9	- 1,9	- 1,8	+ 1,1	- 4,7	- 6,4	- 2,6	+ 2,5
Asien												
Japan, Nikkei 225	+ 10,4	- 2,7	+ 4,7	+ 4,0	- 3,0	+ 7,7	+ 9,3	+ 10,9	+ 7,8	+ 5,7	+ 8,7	+ 13,3
China, Shanghai Index	- 9,4	- 0,8	+ 7,2	+ 5,3	- 4,6	+ 13,4	+ 13,8	+ 18,5	+ 10,4	+ 11,7	+ 14,4	+ 14,8
Indien, Sensex 30 Index	+ 14,4	+ 8,3	- 1,1	+ 4,7	- 17,3	- 0,0	+ 7,4	+ 2,9	+ 2,5	+ 3,8	+ 5,8	+ 12,5

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2018	2019	2020	2020				2020					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In %												
USA	2,4	2,3	0,6	1,5	0,5	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Japan	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kanada	1,8	1,9	0,6	1,7	0,4	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2
Euro-Raum	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Tschechien	1,3	2,1	0,9	2,2	0,6	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4
Dänemark	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Ungarn	0,1	0,2	0,7	0,4	1,0	0,7	0,8	0,7	0,6	0,8	0,8	0,7	0,8
Polen	1,7	1,7	0,6	1,5	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Schweden	- 0,7	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,2
Vereinigtes Königreich	0,7	0,8	0,3	0,7	0,4	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Norwegen	1,1	1,6	0,7	1,7	0,5	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,5
Schweiz	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,6	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 0,8	- 0,8	- 0,8

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2018	2019	2020	2020				2020					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In %												
USA	2,9	2,1	0,9	1,4	0,7	0,7	0,9	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9
Japan	0,1	-0,1	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kanada	2,3	1,6	0,8	1,2	0,6	0,5	0,7	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7
Euro-Raum	1,3	0,6	0,2	0,3	0,5	0,2	-0,0	0,2	0,2	0,1	0,0	-0,1	-0,1
Belgien	0,8	0,2	-0,1	-0,1	0,0	-0,2	-0,4	-0,2	-0,2	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4
Deutschland	0,4	-0,3	-0,5	-0,4	-0,5	-0,5	-0,6	-0,5	-0,5	-0,5	-0,6	-0,6	-0,6
Irland	1,0	0,3	-0,1	-0,0	0,1	-0,1	-0,3	-0,1	-0,1	-0,1	-0,2	-0,3	-0,3
Griechenland	4,2	2,6	1,3	1,5	1,8	1,1	0,8	1,1	1,1	1,1	0,9	0,8	0,6
Spanien	1,4	0,7	0,4	0,4	0,7	0,3	0,1	0,4	0,3	0,3	0,2	0,1	0,0
Frankreich	0,8	0,1	-0,1	-0,1	-0,0	-0,2	-0,3	-0,2	-0,2	-0,2	-0,3	-0,3	-0,3
Italien	2,6	2,0	1,2	1,3	1,7	1,1	0,7	1,2	1,0	1,0	0,8	0,7	0,6
Luxemburg	0,6	-0,1	-0,4	-0,3	-0,3	-0,5	-0,5	-0,4	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,6
Niederlande	0,6	-0,1	-0,4	-0,3	-0,3	-0,4	-0,5	-0,4	-0,4	-0,4	-0,5	-0,5	-0,6
Österreich	0,7	0,1	-0,2	-0,1	-0,1	-0,3	-0,4	-0,2	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4	-0,4
Portugal	1,8	0,8	0,4	0,4	0,8	0,4	0,1	0,4	0,4	0,3	0,2	0,1	0,0
Finnland	0,7	0,1	-0,2	-0,1	-0,1	-0,3	-0,4	-0,2	-0,3	-0,3	-0,4	-0,4	-0,4
Dänemark	0,5	-0,2	-0,4	-0,4	-0,3	-0,4	-0,5	-0,3	-0,4	-0,4	-0,5	-0,5	-0,5
Schweden	0,7	0,0	-0,0	-0,0	-0,0	-0,1	-0,0	-0,1	-0,0	-0,1	-0,0	0,0	0,0
Vereinigtes Königreich	1,4	0,9	0,3	0,6	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Norwegen	1,9	1,5	0,8	1,2	0,6	0,7	0,8	0,6	0,7	0,7	0,7	0,8	0,9
Schweiz	0,0	-0,5	-0,5	-0,6	-0,4	-0,5	-0,5	-0,4	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2018	2019	2020	2020				2020					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember
	Fremdwährung je Euro												
Dollar	1,18	1,12	1,14	1,11	1,10	1,10	1,17	1,19	1,18	1,18	1,18	1,18	1,22
Yen	130,41	122,06	121,78	120,36	120,10	118,32	124,09	124,59	125,40	124,50	123,89	123,61	126,28
Schweizer Franken	1,15	1,11	1,07	1,10	1,07	1,06	1,08	1,08	1,08	1,08	1,07	1,08	1,08
Pfund Sterling	0,88	0,88	0,89	0,86	0,86	0,89	0,90	0,90	0,90	0,91	0,91	0,90	0,91
Schwedische Krone	10,26	10,59	10,49	10,64	10,67	10,66	10,36	10,27	10,31	10,43	10,40	10,23	10,17
Dänische Krone	7,45	7,47	7,45	7,47	7,47	7,46	7,44	7,44	7,45	7,44	7,44	7,45	7,44
Norwegische Krone	9,60	9,85	10,72	10,09	10,46	11,02	10,67	10,76	10,58	10,78	10,92	10,75	10,60
Tschechische Krone	25,64	25,67	26,46	25,57	25,61	27,07	26,47	26,66	26,17	26,74	27,21	26,47	26,31
Russischer Rubel	74,06	72,46	82,65	70,55	73,70	79,66	86,32	90,89	87,35	89,60	91,43	91,01	90,24
Ungarischer Forint	318,83	325,23	351,21	331,93	339,08	351,71	353,57	360,46	348,93	360,61	362,53	359,84	359,02
Polnischer Zloty	4,26	4,30	4,44	4,29	4,32	4,50	4,44	4,50	4,40	4,47	4,54	4,49	4,48
Neuer Rumänischer Leu	4,65	4,75	4,84	4,77	4,80	4,84	4,85	4,87	4,84	4,86	4,87	4,87	4,87
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96
Chinesischer Renminbi	7,81	7,73	7,87	7,80	7,69	7,80	8,09	7,90	8,20	8,03	7,92	7,82	7,96
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Effektiver Wechselkursindex													
Nominell	+ 1,8	- 0,7	+ 1,6	- 0,9	- 0,2	+ 1,0	+ 2,4	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,2
Industriewaren	+ 1,7	- 0,7	+ 1,4	- 0,9	- 0,2	+ 0,9	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,9
Real	+ 1,7	- 1,0	.	- 1,2	- 0,2	+ 1,1	+ 3,1	.	+ 3,1	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,5	.
Industriewaren	+ 1,7	- 1,0	.	- 1,3	- 0,2	+ 1,0	+ 3,0	.	+ 3,0	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,3	.

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2018	2019	2020	2020				2020					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	+23,5	-12,2	-25,7	-19,8	-44,5	-22,2	-15,6	-27,3	-17,1	-22,0	-18,2	-18,0	-10,8
Ohne Energierohstoffe	+ 1,8	- 2,2	+ 6,0	- 0,9	- 7,4	+ 9,4	+22,9	- 3,6	+13,5	+19,2	+19,4	+20,9	+28,3
Auf Euro-Basis	+18,0	- 7,5	-27,3	-17,4	-43,4	-26,1	-21,7	-28,8	-22,1	-27,2	-23,2	-23,5	-18,6
Ohne Energierohstoffe	- 3,0	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,1	- 5,5	+ 3,9	+14,1	- 5,7	+ 6,7	+11,3	+12,1	+12,9	+17,2
Nahrungs- und Genussmittel	- 9,2	- 0,1	+ 4,8	+ 7,9	+ 2,0	+ 1,7	+ 7,6	- 3,8	+ 1,9	+ 7,2	+ 7,1	+ 9,1	+ 6,5
Industrierohstoffe	+ 0,7	+ 5,0	+ 3,1	- 0,7	- 9,0	+ 5,0	+17,6	- 6,6	+ 9,2	+13,3	+14,8	+14,9	+23,0
Energierohstoffe	+21,6	- 8,9	-32,0	-20,4	-49,0	-30,9	-27,2	-32,6	-26,8	-33,2	-28,8	-29,0	-24,1
Rohöl	+23,7	- 5,3	-33,4	-16,4	-51,1	-32,6	-32,3	-32,7	-28,6	-36,3	-34,1	-33,9	-29,3

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2019			2020		
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,6	+ 1,4	- 7,3	+ 4,5	+ 3,5	+ 1,4	+ 1,7	+ 0,4	- 3,4	-14,1	- 4,0
Exporte	+ 3,0	+ 4,9	+ 5,5	+ 2,9	-11,6	+ 5,2	+ 7,3	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,2	- 4,4	-22,1	- 8,6
Importe	+ 3,7	+ 5,3	+ 5,0	+ 2,4	-11,0	+ 6,2	+ 6,0	+ 4,9	+ 2,2	- 2,6	- 5,1	-21,3	- 9,1
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,3	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,1	- 6,9	+ 5,0	+ 2,8	+ 2,7	+ 1,5	- 2,2	- 3,7	-13,6	- 4,3
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,0	- 5,8	+ 4,7	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,6	- 3,5	-11,6	- 3,5
Private Haushalte ²⁾	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 0,8	- 8,3	+ 5,9	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,6	- 4,8	-16,0	- 5,1
Staat	+ 1,8	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,0	- 0,2	+ 2,5	+ 0,8	- 0,3	+ 0,5	+ 1,0
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 4,5	+ 4,4	+ 5,3	+ 0,8	- 8,5	+ 4,6	+ 3,7	+ 6,2	+ 0,5	- 8,8	- 4,0	-17,6	- 5,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,3	+ 4,1	+ 3,9	+ 4,0	- 5,0	+ 4,0	+ 2,9	+ 4,5	+ 4,7	+ 0,0	- 3,4	-12,7	- 0,7
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 9,5	+ 7,3	+ 3,2	+ 4,7	-11,0	+ 6,0	+ 4,0	+ 6,6	+ 5,6	- 5,5	-11,5	-25,3	- 0,2
Bauten	+ 0,3	+ 2,5	+ 3,6	+ 3,6	- 3,2	+ 3,1	+ 2,1	+ 3,4	+ 4,0	+ 2,7	- 0,4	- 8,5	- 1,3
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 5,2	+ 2,5	+ 5,7	+ 3,6	+ 0,5	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,3	+ 4,6	+ 2,3	+ 5,2	+ 0,2	+ 0,1
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 4,4	+ 3,7	+ 5,3	+ 0,7	- 7,7	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,0	+ 0,7	- 2,8	- 4,9	-18,5	- 4,0
Saison- und arbeitslagsbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt								- 0,3	+ 0,3	- 0,5	- 2,8	-11,6	+12,0
Exporte								- 1,4	+ 0,3	- 0,2	- 4,2	-18,4	+16,1
Importe								- 1,1	- 1,7	- 2,3	+ 0,1	-17,4	+12,1
Inländische Verwendung ¹⁾								- 0,1	- 0,8	- 1,7	- 0,4	-10,9	+ 9,9
Konsumausgaben insgesamt								- 0,5	+ 0,0	- 0,5	- 3,3	- 7,9	+ 9,1
Private Haushalte ²⁾								- 0,5	- 0,4	- 0,4	- 4,5	-11,2	+12,9
Staat								- 0,6	+ 1,2	- 0,7	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,5
Bruttoinvestitionen ³⁾								+ 2,1	- 4,8	- 5,9	+ 4,5	-10,6	+ 6,4
Bruttoanlageinvestitionen								+ 0,7	- 1,2	- 2,1	- 0,2	- 7,2	+ 7,9
Ausrüstungen und Waffensysteme								- 0,3	- 5,1	- 6,6	+ 1,1	-11,7	+14,5
Bauten								+ 0,9	+ 0,7	+ 0,2	- 2,0	- 6,8	+ 7,2
Sonstige Anlagen ⁴⁾								+ 1,9	+ 1,2	- 0,2	+ 1,4	- 1,6	+ 0,6
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren								- 0,9	- 0,6	- 1,7	- 1,3	-15,2	+15,7

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, 2020 bis 2022: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich statistischer Differenz. – ²⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³⁾ Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – ⁴⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2019			2020		
								II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 4,9	+ 2,3	+ 4,4	+ 4,6	- 6,4	+ 6,3	+ 5,0						
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,9	+ 3,5	+ 5,1	+ 4,2	- 1,3	+ 2,8	+ 3,7	+ 4,1	+ 3,3	+ 4,6	+ 2,4	- 6,5	- 1,3
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 4,6	+ 3,2	+ 4,3	+ 1,8	- 1,6	+ 2,5	+ 4,6	+ 2,9	+ 4,3	- 1,3	- 4,4	- 3,0	+ 0,3
Gesamtwirtschaftliche Produktivität													
BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,1	- 5,1	+ 3,4	+ 1,7	+ 0,1	+ 0,7	- 0,7	- 3,7	-10,1	- 2,8
BIP nominell	Mrd. €	357,61	369,34	385,36	397,58	373,41	396,22	416,93	98,84	98,97	103,68	93,82	86,15
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	40.917	41.994	43.604	44.784	41.854	44.217	46.344	11.144	11.143	11.654	10.536	9.666
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	+ 2,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,7	- 7,0	+ 4,2	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,2	+ 1,9	- 5,2	-16,0	- 3,4
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	- 0,1	+ 1,4	+ 0,6	- 0,2	- 0,3	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,5	- 1,4	+ 1,9	+ 2,3	- 0,6

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, 2020 bis 2022: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

	2019	2020			2020							
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
Indexpunkte (saisonbereinigt)												
Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft	+ 7,9	+ 7,7	-27,2	-11,8	-11,6	-15,2	-10,8	- 9,4	- 9,5	-15,0	-10,4	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	+ 8,7	+10,9	-31,7	-14,9	-11,7	-22,7	-12,7	- 9,2	- 9,1	-13,1	-12,8	
Index der unternehmerischen Erwartungen	+ 7,2	+ 4,5	-22,6	- 8,7	-11,6	- 7,6	- 8,9	- 9,6	- 9,9	-16,9	- 7,9	
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche												
Sachgütererzeugung	- 2,2	- 1,9	-30,0	-17,1	-10,6	-19,1	-16,4	-15,8	-10,7	-14,5	- 6,5	
Bauwirtschaft	+19,6	+24,0	- 6,9	+ 6,9	+ 8,6	+ 3,3	+ 6,4	+11,0	+ 8,2	+ 4,8	+12,6	
Dienstleistungen	+12,4	+10,6	-29,4	-12,2	-16,4	-16,3	-10,7	- 9,5	-12,4	-19,3	-17,5	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.3 Tourismus

Übersicht 11: **Tourismusentwicklung in der laufenden Saison**

	Umsätze im Gesamtreise- verkehr	Sommerseason 2019			Umsätze im Gesamtreise- verkehr ²⁾	Sommerseason 2020					
		Insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Aus dem Ausland		Insgesamt	Übernachtungen ¹⁾ Aus dem Inland	Aus dem Ausland			
					Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Österreich	+ 7,3	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,3	- 30,5	- 31,8	- 4,7	- 43,2			
Wien	+ 10,0	+ 5,3	+ 3,5	+ 5,7	- 80,2	- 80,9	- 57,6	- 85,5			
Niederösterreich	+ 7,1	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,0	- 35,2	- 36,1	- 21,3	- 60,5			
Burgenland	+ 5,4	+ 2,9	+ 2,1	+ 5,0	- 11,5	- 12,6	+ 0,9	- 45,1			
Steiermark	+ 6,3	+ 3,0	- 0,3	+ 5,3	- 12,4	- 13,3	+ 1,6	- 36,1			
Kärnten	+ 4,9	+ 0,8	+ 1,7	+ 0,2	- 9,9	- 11,0	+ 19,8	- 31,7			
Oberösterreich	+ 7,0	+ 4,8	+ 3,2	+ 6,7	- 28,2	- 29,4	- 14,7	- 45,4			
Salzburg	+ 8,0	+ 3,3	+ 1,2	+ 4,0	- 29,0	- 30,0	+ 1,5	- 39,6			
Tirol	+ 6,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,9	- 28,4	- 29,7	+ 1,0	- 33,3			
Vorarlberg	+ 9,4	+ 3,7	- 1,3	+ 4,5	- 22,9	- 24,2	- 5,0	- 27,0			

Q: OeNB; Statistik Austria; WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommerseason: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – 1) Oktober 2020: Hochrechnung. – 2) Schätzung. • Rückfragen: sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at, susanne.markytan@wifo.ac.at

2.4 Außenhandel

Übersicht 12: **Warenexporte und Warenimporte**

	2019		2020		2017	2018	2019	2020	Juni	Juli	2020		September	Oktober
	Mrd. €	Jänner bis Oktober	Mrd. €	Jänner bis Oktober							August	Oktober		
											Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Warenexporte insgesamt	153,5	117,8	100,0	100,0	+ 8,2	+ 5,7	+ 2,3	- 9,2	- 4,8	- 5,7	- 7,0	+ 0,2	- 10,7	
Intra-EU 27 (ab 2020)	102,4	79,8	66,7	67,8	+ 9,3	+ 5,9	+ 1,7	- 8,1	- 4,8	- 6,1	- 4,1	+ 1,0	- 7,8	
Deutschland	45,0	35,8	29,3	30,4	+ 7,0	+ 5,5	- 0,4	- 6,0	+ 0,6	- 2,3	- 4,7	+ 2,1	- 3,0	
Italien	9,8	7,3	6,4	6,2	+ 8,7	+ 7,2	- 0,1	- 11,6	- 10,8	- 7,6	- 3,6	- 2,5	- 9,4	
Frankreich	6,7	5,2	4,4	4,4	+ 31,5	- 8,5	+ 4,8	- 9,4	- 7,2	- 7,8	- 2,4	- 9,3	- 31,3	
EU-Länder seit 2004	27,9	21,7	18,2	18,4	+ 8,8	+ 7,8	+ 2,7	- 8,3	- 7,6	- 9,6	+ 1,0	+ 0,5	- 8,8	
5 EU-Länder ¹⁾	22,5	17,5	14,7	14,9	+ 9,4	+ 7,5	+ 3,1	- 8,1	- 7,6	- 9,0	+ 0,9	+ 0,7	- 9,5	
Tschechien	5,4	4,1	3,5	3,5	+ 10,0	+ 7,6	- 4,6	- 9,1	- 9,8	- 8,5	+ 0,6	- 2,3	- 7,1	
Ungarn	5,6	4,1	3,6	3,5	+ 10,1	+ 6,1	+ 9,3	- 13,4	- 15,8	- 14,0	- 5,4	- 7,1	- 12,1	
Polen	5,2	4,5	3,4	3,8	+ 11,0	+ 9,8	+ 8,1	+ 3,5	+ 5,9	- 0,8	+ 18,7	+ 19,9	- 7,1	
Extra-EU 27 (ab 2020)	51,1	38,0	33,3	32,2	+ 6,2	+ 5,5	+ 3,5	- 11,3	- 4,8	- 4,9	- 12,6	- 1,4	- 16,2	
Schweiz	7,3	6,3	4,7	5,3	- 2,3	+ 0,2	+ 3,6	+ 2,4	+ 19,6	+ 31,8	- 26,4	+ 12,0	+ 1,8	
Vereinigtes Königreich	4,5	3,3	2,9	2,8	- 4,8	+ 7,5	+ 7,1	- 14,6	- 11,4	- 9,6	- 8,5	- 2,6	+ 1,5	
Westbalkanländer	1,5	1,1	1,0	1,0	+ 7,7	+ 2,9	+ 12,8	- 11,5	- 9,7	- 13,3	- 14,3	+ 3,5	- 4,4	
GUS-Europa	2,6	1,9	1,7	1,6	+ 15,9	- 3,6	+ 11,5	- 11,6	- 7,6	+ 27,2	- 18,0	- 10,9	- 49,5	
Russland	2,4	1,8	1,5	1,5	+ 16,1	- 3,7	+ 12,3	- 10,1	- 3,8	+ 31,2	- 16,0	- 8,5	- 50,7	
Industrieländer in Übersee	17,4	12,4	11,3	10,6	+ 13,4	+ 9,0	+ 0,4	- 14,9	- 8,3	- 9,9	- 9,3	- 1,3	- 25,3	
USA	10,2	7,6	6,7	6,5	+ 10,7	+ 9,7	- 3,4	- 11,6	- 4,8	- 8,1	- 9,1	+ 1,2	- 5,4	
China	4,5	3,2	2,9	2,7	+ 11,7	+ 9,6	+ 10,0	- 11,1	- 9,7	- 6,6	- 5,6	- 5,2	+ 0,0	
Japan	1,6	1,2	1,1	1,1	+ 3,7	+ 10,7	+ 5,5	- 9,3	- 1,8	- 14,3	+ 0,9	- 25,6	- 3,7	
Agrarwaren	11,6	10,0	7,6	8,5	+ 6,6	+ 3,7	+ 6,7	+ 2,9	+ 4,9	- 0,3	- 2,7	+ 9,0	+ 1,6	
Roh- und Brennstoffe	8,3	5,9	5,4	5,0	+ 14,5	+ 12,2	+ 2,0	- 16,1	- 16,5	- 17,3	- 11,0	- 8,4	- 12,9	
Industriewaren	133,5	101,8	87,0	86,4	+ 8,0	+ 5,5	+ 1,9	- 9,8	- 4,9	- 5,4	- 7,2	- 0,0	- 11,6	
Chemische Erzeugnisse	21,6	18,6	14,1	15,8	+ 11,9	+ 0,3	+ 8,4	+ 1,0	+ 7,5	+ 3,3	- 19,3	+ 11,0	- 21,4	
Bearbeitete Waren	31,9	23,9	20,8	20,3	+ 9,8	+ 6,5	- 3,2	- 12,3	- 11,2	- 13,3	- 10,3	- 2,5	- 10,8	
Maschinen, Fahrzeuge	61,8	44,3	40,2	37,6	+ 7,8	+ 6,2	+ 2,5	- 14,7	- 8,3	- 7,6	- 4,5	- 1,8	- 10,5	
Konsumnahe Fertigwaren	17,3	13,2	11,3	11,2	+ 3,2	+ 7,2	+ 1,8	- 8,4	- 2,4	- 5,6	+ 0,7	- 4,5	- 7,1	
Warenimporte insgesamt	157,8	119,3	100,0	100,0	+ 8,8	+ 5,8	+ 1,1	- 10,5	- 4,6	- 14,6	- 5,7	- 3,1	- 6,0	
Intra-EU 27 (ab 2020)	107,8	81,4	68,3	68,2	+ 8,3	+ 5,3	+ 0,3	- 10,5	- 5,7	- 8,9	- 6,6	- 1,8	- 6,6	
Deutschland	55,2	41,8	35,0	35,0	+ 7,9	+ 2,7	- 1,1	- 10,3	- 4,7	- 8,9	- 7,2	- 1,3	- 7,9	
Italien	10,4	7,6	6,6	6,4	+ 8,3	+ 9,5	+ 4,1	- 13,1	- 9,9	- 10,1	- 5,7	- 5,7	- 10,8	
Frankreich	4,2	3,1	2,7	2,6	+ 8,2	+ 8,4	- 1,4	- 13,9	- 2,9	- 10,1	- 4,7	- 0,5	- 5,6	
EU-Länder seit 2004	24,1	18,3	15,3	15,4	+ 9,5	+ 8,8	+ 1,2	- 10,0	- 5,2	- 5,9	- 5,6	- 2,9	- 4,6	
5 EU-Länder ¹⁾	21,1	15,7	13,4	13,2	+ 9,4	+ 9,2	+ 1,1	- 11,7	- 7,5	- 7,5	- 8,5	- 4,9	- 7,1	
Tschechien	6,6	4,9	4,2	4,1	+ 8,3	+ 6,9	- 2,4	- 12,7	- 8,1	- 4,7	- 11,5	- 10,7	- 12,8	
Ungarn	4,3	3,2	2,7	2,7	+ 12,4	+ 5,9	+ 2,5	- 13,0	- 16,8	- 15,5	- 9,8	+ 7,0	- 3,9	
Polen	4,7	3,6	3,0	3,0	+ 14,1	+ 10,3	+ 11,0	- 9,2	- 5,0	+ 3,1	- 5,7	+ 0,4	+ 8,0	
Extra-EU 27 (ab 2020)	50,0	37,9	31,7	31,8	+ 9,7	+ 6,9	+ 2,8	- 10,6	- 2,1	- 25,3	- 3,6	- 6,1	- 4,7	
Schweiz	6,1	6,6	3,8	5,5	+ 7,4	- 10,8	- 10,8	+ 29,7	+ 54,1	- 14,2	+ 43,2	+ 3,0	+ 47,1	
Vereinigtes Königreich	2,8	1,8	1,8	1,5	- 8,5	+ 16,3	- 1,3	- 27,7	- 18,2	- 43,3	- 23,6	- 10,0	- 24,7	
Westbalkanländer	1,4	1,1	0,9	0,9	+ 14,5	+ 9,2	+ 16,0	- 11,4	- 5,5	- 14,7	- 1,3	- 6,4	- 15,2	
GUS-Europa	2,8	1,8	1,8	1,5	+ 12,5	+ 19,0	- 15,9	- 21,0	- 18,5	- 24,3	- 35,5	- 15,3	+ 4,1	
Russland	2,8	1,8	1,8	1,5	+ 12,3	+ 19,0	- 16,1	- 21,7	- 19,6	- 24,8	- 36,6	- 16,4	+ 5,4	
Industrieländer in Übersee	11,0	7,3	7,0	6,1	+ 14,1	+ 1,3	+ 10,6	- 24,4	- 6,5	- 52,7	- 2,7	- 11,5	- 13,7	
USA	7,1	4,3	4,5	3,6	+ 16,2	+ 2,9	+ 18,5	- 31,5	- 0,5	- 65,7	- 3,4	- 18,5	- 15,5	
China	9,8	8,3	6,2	7,0	+ 6,7	+ 7,1	+ 7,9	+ 1,3	+ 16,3	+ 5,9	- 2,1	+ 0,2	- 5,4	
Japan	2,2	1,7	1,4	1,4	+ 8,9	+ 4,2	+ 0,2	- 10,0	+ 5,7	- 3,5	+ 0,3	- 10,5	- 12,6	
Agrarwaren	11,7	9,7	7,4	8,1	+ 5,0	+ 1,2	+ 4,7	+ 0,6	+ 4,3	- 0,8	+ 0,6	+ 5,8	- 6,5	
Roh- und Brennstoffe	18,4	11,7	11,6	9,8	+ 16,6	+ 15,3	- 4,0	- 24,5	- 33,9	- 29,5	- 26,5	- 23,2	- 18,2	
Industriewaren	127,8	97,9	81,0	82,0	+ 8,1	+ 4,9	+ 1,6	- 9,5	- 1,2	- 13,8	- 3,0	- 1,2	- 4,4	
Chemische Erzeugnisse	21,8	17,5	13,8	14,7	+ 8,7	+ 4,5	+ 3,1	- 6,3	+ 6,3	- 34,4	+ 5,0	- 9,6	+ 3,5	
Bearbeitete Waren	24,4	19,3	15,5	16,2	+ 10,3	+ 6,9	- 2,2	- 7,9	- 2,2	- 9,7	- 5,6	- 0,6	- 6,8	
Maschinen, Fahrzeuge	56,8	41,0	36,0	34,3	+ 8,4	+ 4,4	+ 3,7	- 14,7	- 8,3	- 8,3	- 7,0	- 1,2	- 8,4	
Konsumnahe Fertigwaren	23,7	17,9	15,0	15,0	+ 4,3	+ 4,6	+ 3,1	- 9,4	- 0,9	- 6,2	- 6,2	- 1,6	- 8,8	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – 1) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. • Rückfragen: irene.langer@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2016	2017	2018	2019	2019			2020			2020		November
					III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	August	September	Oktober	
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Marktentwicklung													
Milchanlieferung ¹⁾	3.197	3.313	3.391	3.378	+ 0,5	+ 0,8	+ 3,1	- 0,2	- 0,5	- 1,0	- 0,4	- 1,7	- 1,5
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.819	2.459	2.493	2.612
BEE ³⁾ Rindfleisch	213	213	218	215	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,9	- 4,2	- 5,8	- 8,4	- 3,7	- 14,0	- 12,2
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	7	+ 3,9	- 5,5	- 0,6	- 7,5	- 8,8	+ 7,9	- 16,3	- 10,8	- 10,1
BEE ³⁾ Schweinefleisch	475	467	468	468	+ 1,7	- 2,5	+ 1,3	- 1,8	+ 3,2	+ 2,9	+ 5,5	- 8,1	+ 8,3
Geflügelschlachtungen ⁴⁾	107	108	110	116	+ 1,4	+ 7,4	+ 6,6	+ 8,5	+ 13,6	+ 11,3	+ 13,3	+ 2,7	+ 7,4
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	303	364	352	349	- 0,3	- 4,9	- 2,9	- 2,3	+ 3,9	+ 5,1	+ 6,9	+ 7,9	+ 8,9
Qualitätsweizen ⁵⁾	149	156	159	166	+ 2,7	- 3,4	- 10,4	- 2,5	- 3,7	- 7,8	- 7,0	+ 1,3	+ 2,2
Körnermais ⁶⁾	143	144	149	143	- 11,1	- 6,6	- 9,3	- 1,0	+ 7,6	+ 10,9	+ 13,2	- 13,1	+ 9,0
Jungstiere (Handelsklasse R3) ⁶⁾⁷⁾	3.753	3.861	3.868	3.703	- 3,1	- 4,0	- 3,3	- 2,7	- 0,5	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,8
Schweine (Handelsklasse E) ⁶⁾	1.501	1.668	1.487	1.757	+ 21,0	+ 37,6	+ 35,3	- 2,6	- 14,3	- 14,9	- 15,9	- 19,0	- 24,9
Masthühner bratfertig, lose ⁸⁾	2.093	2.082	2.731	2.665	- 14,4	- 13,5	- 18,8	- 10,3	- 3,9	- 0,4	- 7,0	- 4,8	- 7,8

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Milchlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – ²⁾ Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – ³⁾ Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – ⁴⁾ Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – ⁵⁾ Preise der ersten Handelsstufe: für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – ⁶⁾ € je t Schlachtgewicht. – ⁷⁾ Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – ⁸⁾ Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: dietmar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2017	2018	2019	2019	2020			2020					
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitsstagsbereinigt)													
Insgesamt	+ 5,4	+ 4,2	+ 0,1	- 3,8	- 6,2	- 18,4	- 4,4	- 18,5	- 11,6	- 5,3	- 4,5	- 3,4	- 0,4
Vorleistungen	+ 7,2	+ 0,5	- 4,1	- 4,1	- 6,3	- 10,1	- 3,3	- 17,8	- 10,1	- 6,8	- 2,0	- 3,3	- 0,1
Investitionsgüter	+ 9,2	+ 4,7	- 5,5	- 5,5	- 22,2	- 16,0	- 4,4	- 25,0	- 16,0	- 7,3	- 11,2	- 4,4	- 3,4
Kfz	+ 4,7	+ 10,2	+ 5,0	- 4,4	- 12,4	- 46,8	- 8,9	- 48,3	- 16,8	- 7,2	- 18,6	- 4,1	+ 3,9
Konsumgüter	+ 1,8	+ 1,7	- 2,0	- 2,0	- 1,8	- 3,7	+ 1,5	- 9,7	- 3,7	± 0,0	+ 0,9	+ 1,5	+ 0,3
Langlebige Konsumgüter	- 3,8	+ 13,0	- 13,9	- 13,9	- 10,6	- 5,6	+ 11,8	- 20,7	- 5,6	+ 5,1	+ 14,7	+ 11,8	+ 7,6
Kurzlebige Konsumgüter	+ 3,6	- 1,1	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,4	- 3,2	- 1,6	- 6,8	- 3,2	- 1,2	- 1,8	- 1,6	- 1,0
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	+ 3,1	+ 2,8	+ 1,0	+ 1,0	- 0,4	- 1,2	- 1,3	- 1,6	- 1,2	- 1,8	- 1,3	- 1,3	.
Geleistete Stunden	+ 1,7	+ 2,6	- 0,1	+ 0,7	- 2,6	- 13,4	- 4,6	- 18,3	- 4,7	- 6,4	- 4,2	- 3,2	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	+ 4,2	- 0,3	- 5,8	- 5,8	- 11,5	- 10,5	- 2,1	- 17,2	- 10,5	- 3,5	- 3,2	- 2,1	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 1,0	- 0,9	- 2,9	- 2,6	- 6,4	+ 8,8	+ 5,2	- 6,2	- 1,2	+ 1,0	- 0,4	+ 3,6	.
Aufträge													
Auftragseingänge	+ 11,1	+ 7,1	- 2,1	- 8,2	- 9,1	- 22,3	- 3,2	- 29,2	- 6,4	- 11,2	- 1,3	+ 3,4	.
Inland	+ 15,6	- 0,2	- 0,9	+ 0,9	- 4,8	- 17,2	- 1,4	- 27,8	+ 2,3	- 8,3	- 2,9	+ 7,4	.
Ausland	+ 9,7	+ 9,4	- 2,5	- 10,8	- 10,4	- 23,8	- 3,8	- 29,7	- 8,8	- 12,0	- 0,8	+ 2,2	.
Auftragsbestand	+ 21,3	+ 7,7	- 1,5	- 1,5	- 3,4	- 2,7	- 0,7	- 3,6	- 2,7	- 3,3	- 1,8	- 0,7	.
Inland	+ 21,6	- 1,5	+ 6,7	+ 6,7	+ 8,8	+ 7,1	+ 6,2	+ 5,7	+ 7,1	+ 6,1	+ 4,5	+ 6,2	.
Ausland	+ 21,2	+ 9,7	- 3,2	- 3,2	- 5,9	- 4,8	- 2,2	- 5,6	- 4,8	- 5,3	- 3,2	- 2,2	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2020: vorläufig. • Rückfragen: anna.strauss-kollin@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2019	2020			2020							
	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	
	Indexpunkte (saisonbereinigt) ¹⁾											
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung	- 2,2	- 1,9	- 30,0	- 17,1	- 10,6	- 19,1	- 16,4	- 15,8	- 10,7	- 14,5	- 6,5	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	- 2,1	+ 0,1	- 29,6	- 21,1	- 9,8	- 25,8	- 19,7	- 17,7	- 9,9	- 11,7	- 7,7	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 2,4	- 4,0	- 30,4	- 13,2	- 11,3	- 12,5	- 13,1	- 13,9	- 11,4	- 17,4	- 5,3	
In % der Unternehmen (saisonbereinigt)												
Auftragsbestände zumindest ausreichend	70,4	71,4	47,1	52,3	57,7	49,9	53,6	53,4	57,9	57,2	58,0	
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	64,3	64,1	43,0	46,3	53,6	44,5	48,1	46,2	52,4	53,1	55,4	
Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)												
Fertigwarenlager zur Zeit	+ 11,4	+ 7,8	+ 11,5	+ 10,3	+ 7,2	+ 11,7	+ 9,4	+ 9,9	+ 8,0	+ 9,8	+ 3,6	
Produktion in den nächsten 3 Monaten	+ 2,7	- 0,4	- 27,0	- 3,7	- 7,3	- 0,3	- 4,0	- 6,7	- 7,3	- 14,5	- 0,1	
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	- 4,8	- 4,7	- 39,6	- 20,3	- 17,6	- 19,0	- 20,5	- 21,4	- 15,5	- 23,9	- 13,4	
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	+ 2,6	+ 3,4	- 9,0	- 4,4	- 1,9	- 4,6	- 5,3	- 3,3	- 2,9	- 3,4	+ 0,8	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.agnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2018	2019	2020	2020											
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber		
Veränderung gegen das Vorjahr in %															
Konjunkturdaten¹⁾															
Produktion ²⁾															
Bauwesen insgesamt	+ 6,3	+ 7,3	.	+ 2,4	- 10,6	- 1,5	.	- 4,1	- 2,5	+ 2,1	.	.	.		
Hochbau	+ 9,1	+ 9,6	.	- 1,9	- 10,0	- 4,8	.	- 5,0	- 4,8	- 4,5	.	.	.		
Tiefbau	- 3,7	+ 5,9	.	+ 2,4	- 8,9	- 0,1	.	- 1,4	- 4,3	+ 5,0	.	.	.		
Baunebengewerbe ³⁾	+ 7,7	+ 6,2	.	+ 5,1	- 11,6	+ 0,3	.	- 4,3	- 0,2	+ 5,7	.	.	.		
Auftragsbestände	+ 16,3	+ 4,8	.	- 2,6	- 3,0	+ 1,0	.	- 0,5	+ 2,6	+ 0,9	.	.	.		
Auftragseingänge	+ 11,4	- 1,7	.	+ 0,3	- 5,3	+ 0,9	.	- 4,3	+ 13,6	- 3,9	.	.	.		
Arbeitsmarkt															
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,4	+ 3,8	- 0,1	- 1,0	- 2,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,1	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,2	+ 2,1		
Arbeitslose	- 9,8	- 8,6	+ 29,9	+ 14,3	+ 87,2	+ 39,3	+ 18,8	+ 45,8	+ 38,0	+ 34,1	+ 30,1	+ 31,1	+ 11,1		
Offene Stellen	+ 48,0	+ 10,5	+ 2,2	+ 6,0	+ 0,1	- 0,7	+ 4,9	- 2,9	- 0,4	+ 1,5	+ 5,6	+ 8,1	- 0,6		
Baupreisindex															
Hoch- und Tiefbau	+ 2,8	+ 3,1	.	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,5		
Hochbau	+ 3,8	+ 3,4	.	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,3		
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,7	+ 3,3	.	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,3		
Sonstiger Hochbau	+ 3,9	+ 3,4	.	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,2		
Tiefbau	+ 1,5	+ 2,7	.	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,5		

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2020: vorläufig. – ²⁾ Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – ³⁾ Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2017	2018	2019	2019	2020									
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Mai	Juni	Juli	August	Septem- ber	Oktober
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Nettoumsätze nominell	+ 5,1	+ 3,7	+ 1,2	+ 0,2	- 4,1	- 12,5	- 1,0	- 11,2	- 1,6	- 1,9	- 3,7	+ 2,3	- 3,7	
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 7,5	+ 2,1	+ 0,6	+ 3,3	- 16,4	- 24,5	+ 0,6	- 23,2	- 2,7	- 1,2	- 5,2	+ 8,3	- 1,5	
Großhandel	+ 5,7	+ 4,9	+ 0,9	- 1,3	- 2,6	- 14,5	- 4,8	- 16,5	- 4,1	- 6,2	- 6,6	- 1,7	- 9,2	
Einzelhandel	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,4	- 0,8	- 2,9	+ 4,8	+ 3,9	+ 3,6	+ 5,8	+ 1,6	+ 6,9	+ 5,1	
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,4	- 4,1	- 11,2	- 0,5	- 9,4	- 0,5	- 1,2	- 3,2	+ 3,0	- 3,4	
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 6,3	+ 0,7	- 1,2	+ 1,6	- 18,2	- 26,0	- 1,3	- 24,6	- 4,6	- 3,2	- 7,0	+ 6,4	- 3,4	
Großhandel	+ 1,8	+ 2,1	+ 0,6	- 0,2	- 1,4	- 11,6	- 2,8	- 13,0	- 1,7	- 4,0	- 4,9	+ 0,3	- 8,0	
Einzelhandel	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,0	- 1,9	- 2,9	+ 4,3	+ 4,8	+ 3,5	+ 4,6	+ 1,4	+ 6,8	+ 5,0	
Beschäftigte ²⁾	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,2	- 0,3	- 1,1	- 3,3	- 0,9	- 3,6	- 2,0	- 1,4	- 0,8	- 0,7	- 0,7	
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 1,3	+ 2,2	+ 0,9	+ 0,2	- 1,1	- 3,4	- 1,0	- 3,7	- 1,8	- 1,3	- 0,8	- 1,0	- 1,6	
Großhandel	+ 0,8	+ 2,0	+ 0,9	+ 0,4	- 0,4	- 2,7	- 1,3	- 3,1	- 1,8	- 1,6	- 1,0	- 1,2	- 1,2	
Einzelhandel	+ 0,5	+ 0,8	- 0,4	- 0,8	- 1,6	- 3,6	- 0,7	- 4,0	- 2,0	- 1,2	- 0,5	- 0,3	- 0,2	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – ¹⁾ Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – ²⁾ Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2018	2019	2020	2020											
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber		
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)															
Privater Konsum	+ 1,1	+ 0,8	.	- 4,8	- 16,0	- 5,1		
Sparquote ¹⁾	7,8	8,2	.	8,3	10,0	11,5		
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)															
Konsumklimaindikator	+ 0,9	- 2,7	- 10,1	- 4,4	- 13,6	- 9,2	- 13,1	- 10,1	- 10,3	- 7,1	- 11,7	- 15,7	- 11,8		
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	- 1,2	+ 1,9	- 2,3	+ 4,1	- 1,3	- 5,7	- 6,2	- 9,2	- 5,0	- 3,0	- 4,6	- 6,1	- 7,8		
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 3,4	+ 6,2	+ 0,4	+ 5,9	- 3,5	+ 1,5	- 2,2	+ 2,8	- 0,4	+ 2,1	- 0,8	- 4,6	- 1,2		
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	+ 13,0	- 4,9	- 22,2	- 12,8	- 29,3	- 16,7	- 30,0	- 16,8	- 20,1	- 13,1	- 31,3	- 34,8	- 23,8		
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	- 11,5	- 14,0	- 16,3	- 15,0	- 20,5	- 15,8	- 14,0	- 17,3	- 15,7	- 14,4	- 10,2	- 17,3	- 14,5		

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2018	2019	2020	2020											
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember		
Veränderung gegen das Vorjahr in %															
Güterverkehr															
Verkehrsleistung															
Straße	+ 1,1	+ 1,7	.	+ 0,1	- 7,2	+ 4,3
Schiene	- 1,9	- 0,4	.	+ 1,7	- 21,0	- 7,2
Luftfahrt ¹⁾	+ 4,6	- 4,6	.	- 7,1	- 38,3	- 34,1	.	- 35,2	- 36,5	- 30,7	- 30,0	- 27,1	.	.	.
Binnenschifffahrt	- 28,4	+ 20,7	.	- 18,2	- 5,6	- 15,8	.	- 15,6	- 22,9	- 7,0
Lkw-Fahrleistung ²⁾	+ 5,6	+ 0,9	- 4,6	- 1,5	- 15,3	- 2,5	+ 1,3	- 5,9	- 4,0	+ 2,6	- 4,3	+ 4,5	+ 5,1	.	.
Neuzulassungen Lkw ³⁾	+ 10,6	+ 1,5	.	- 27,0	- 37,7	+ 6,6	.	- 0,9	- 6,4	+ 34,4	- 4,0	+ 16,6	.	.	.
Personenverkehr															
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 3,5	- 3,4	.	- 32,4	- 38,9	- 17,6	.	- 21,1	- 30,1	+ 5,3	- 3,4	- 13,8	.	.	.
Bahn (Personenkilometer)	+ 4,7	+ 0,8
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	+ 9,7	+ 14,0	.	- 18,9	- 98,1	- 80,0	.	- 82,6	- 75,8	- 81,7	- 86,9	- 93,0	.	.	.
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei															
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,1	+ 1,6	- 3,8	- 2,1	- 4,9	- 2,8	- 5,5	- 3,4	- 2,4	- 2,5	- 4,3	- 4,8	- 7,4	.	.
Arbeitslose	- 6,8	- 1,0	+ 52,0	+ 29,7	+ 86,0	+ 53,0	+ 42,4	+ 61,2	+ 51,7	+ 46,1	+ 36,9	+ 45,5	+ 44,4	.	.
Offene Stellen	+ 34,6	+ 6,0	- 31,4	- 15,0	- 39,9	- 38,6	- 30,9	- 38,5	- 38,4	- 38,8	- 29,7	- 32,7	- 30,4	.	.
Kraftstoffpreise															
Dieselmotorkraftstoff	+ 10,5	- 1,4	.	- 3,3	- 17,8	- 14,4	.	- 14,5	- 13,2	- 15,6	- 17,1
Normalbenzin	+ 7,5	- 2,0	.	+ 0,2	- 19,2	- 15,3	.	- 16,6	- 14,7	- 14,6	- 14,5

Q: Statistik Austria; BMWF; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2018	2019	2020	2020											
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	September	Oktober	November	Dezember		
In %															
Geld- und Kapitalmarktzinssätze															
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Taggeldsatz	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Sekundärmarktrendite Bund															
Benchmark	0,7	0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,4
Umlaufgewichtete Durchschnittsrendite	0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,5	- 0,4	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute															
An private Haushalte															
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,0	.	4,0	4,0	4,0	4,0	.	4,4	4,0	4,3	4,1	.	.	.
Für Wohnbau: über 10 Jahre	2,3	1,9	.	1,6	1,6	1,5	1,5	.	1,5	1,5	1,4	1,4	.	.	.
An nichtfinanzielle Unternehmen															
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,7	.	1,6	1,8	1,6	1,6	.	1,7	1,6	1,7	1,6	.	.	.
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,3	1,2	.	1,3	1,2	1,5	1,3	.	1,3	1,3	1,3	1,4	.	.	.
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen															
In Yen	1,5	1,5	.	1,2	1,2	1,2	1,8	.	1,7	1,8	1,3	1,6	.	.	.
In Schweizer Franken	1,0	1,0	.	1,2	1,1	1,2	1,1	.	1,0	1,1	0,9	1,0	.	.	.
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute															
Einlagen von privaten Haushalten															
Bis 1 Jahr	0,2	0,2	.	0,1	0,1	0,2	0,1	.	0,1	0,1	0,1	0,1	.	.	.
Über 2 Jahre	0,6	0,5	.	0,7	0,5	0,5	0,4	.	0,4	0,4	0,5	0,5	.	.	.
Spareinlagen von privaten Haushalten															
Bis 1 Jahr	0,2	0,1	.	0,1	0,1	0,1	0,1	.	0,1	0,1	0,1	0,1	.	.	.
Über 2 Jahre	0,6	0,5	.	0,6	0,5	0,5	0,4	.	0,4	0,4	0,4	0,5	.	.	.
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %															
Einlagen und Kredite															
Einlagen insgesamt	+ 5,4	+ 3,7	.	+ 3,7	+ 4,6	+ 5,6	+ 6,9
Spareinlagen	- 0,0	+ 0,3	.	+ 0,3	- 0,7	- 0,6	- 0,1
Einlagen ohne Bindung	.	+ 6,4	.	+ 6,4	+ 7,7	+ 8,8	+ 11,7
Einlagen mit Bindung	.	- 1,8	.	- 1,8	- 1,7	- 1,1	- 3,1
Forderungen an inländische Nichtbanken	+ 4,9	+ 4,4	.	+ 4,4	+ 4,9	+ 4,6	+ 3,9

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at, nathalie.fischer@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2019			2020				2020					
	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	± 0,0	- 0,3	+ 0,7	- 1,3	- 3,0	+ 2,2	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	± 0,0	- 1,7
Arbeitslose	- 2,4	+ 4,1	- 0,8	+ 18,2	+ 33,6	- 13,4	- 4,8	- 5,7	- 4,1	- 3,4	- 2,0	+ 1,6	- 0,8
Offene Stellen	+ 3,0	- 2,2	+ 0,4	- 6,3	- 19,5	+ 5,6	+ 0,9	+ 2,6	+ 1,7	+ 2,3	+ 1,2	- 2,8	- 1,4
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,2	7,5	7,4	8,8	11,7	10,1	9,6	10,5	10,0	9,7	9,5	9,6	9,7
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,5	4,5	4,3	4,5	5,3	5,2	.	5,3	5,2	5,1	5,1	5,2	.

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2018	2019	2020	2020				2020					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.741	3.797	3.717	3.708	3.647	3.797	3.716	3.798	3.793	3.799	3.766	3.737	3.645
Männer	2.000	2.034	1.991	1.966	1.964	2.042	1.991	2.041	2.040	2.046	2.029	2.013	1.931
Frauen	1.741	1.763	1.726	1.742	1.683	1.755	1.725	1.757	1.753	1.754	1.737	1.725	1.714
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.661	3.720	3.644	3.634	3.572	3.725	3.645	3.725	3.721	3.728	3.695	3.667	3.575
Männer	1.992	2.026	1.983	1.959	1.955	2.035	1.985	2.033	2.033	2.039	2.022	2.007	1.926
Frauen	1.669	1.694	1.661	1.675	1.617	1.690	1.660	1.692	1.688	1.689	1.673	1.660	1.649
Ausländische Arbeitskräfte	753	799	777	775	742	815	777	807	814	823	802	789	740
Herstellung von Waren	619	629	620	621	615	625	617	627	624	623	621	619	612
Bauwesen	261	271	271	241	275	293	275	292	292	294	293	289	244
Private Dienstleistungen	1.751	1.781	1.707	1.732	1.640	1.759	1.698	1.759	1.764	1.755	1.724	1.702	1.669
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	955	963	970	970	963	966	982	965	961	974	981	983	981
Arbeitslose	312	301	410	398	470	368	403	384	372	347	358	391	460
Männer	175	167	224	235	247	193	220	201	194	184	189	207	266
Frauen	137	135	186	163	223	174	183	183	178	162	170	184	194
Personen in Schulung	69	62	57	63	47	54	64	49	51	62	65	66	61
Offene Stellen	72	77	63	69	58	66	58	65	66	67	65	58	51
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 86,2	+ 55,8	- 80,1	- 38,8	- 150,7	- 56,5	- 74,6	- 82,2	- 45,4	- 42,0	- 45,1	- 55,0	- 123,6
Männer	+ 50,5	+ 33,9	- 43,1	- 24,1	- 79,0	- 32,2	- 37,0	- 45,5	- 25,7	- 25,3	- 26,1	- 25,1	- 60,0
Frauen	+ 35,7	+ 22,0	- 37,1	- 14,6	- 71,7	- 24,3	- 37,5	- 36,6	- 19,7	- 16,7	- 19,0	- 29,9	- 63,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 88,0	+ 58,9	- 76,1	- 33,1	- 147,3	- 53,0	- 70,9	- 78,3	- 41,8	- 39,0	- 40,7	- 51,4	- 120,6
Männer	+ 50,4	+ 34,1	- 43,0	- 23,5	- 80,2	- 31,8	- 36,5	- 45,3	- 25,2	- 24,9	- 25,5	- 24,7	- 59,5
Frauen	+ 37,6	+ 24,8	- 33,1	- 9,6	- 67,1	- 21,3	- 34,4	- 33,1	- 16,7	- 14,1	- 15,2	- 26,7	- 61,1
Ausländische Arbeitskräfte	+ 54,4	+ 46,6	- 22,2	- 1,8	- 55,0	- 8,4	- 23,6	- 18,5	- 3,7	- 3,1	- 5,0	- 11,1	- 54,6
Herstellung von Waren	+ 18,6	+ 9,9	- 9,5	- 2,5	- 12,8	- 11,5	- 11,1	- 14,9	- 9,9	- 9,9	- 10,5	- 11,1	- 11,8
Bauwesen	+ 8,5	+ 9,9	- 0,3	- 2,3	- 7,5	+ 4,2	+ 4,6	+ 3,1	+ 6,0	+ 3,7	+ 2,8	+ 6,1	+ 4,9
Private Dienstleistungen	+ 43,4	+ 29,9	- 73,6	- 35,1	- 126,1	- 56,2	- 76,9	- 74,2	- 49,6	- 44,9	- 47,5	- 62,0	- 121,3
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 16,1	+ 7,8	+ 7,1	+ 5,9	+ 0,3	+ 10,1	+ 12,0	+ 7,8	+ 10,2	+ 12,3	+ 14,2	+ 14,9	+ 7,0
Arbeitslose	- 27,9	- 10,8	+ 108,3	+ 59,3	+ 190,2	+ 93,2	+ 90,5	+ 112,2	+ 92,7	+ 74,8	+ 70,4	+ 91,3	+ 109,9
Männer	- 18,0	- 8,2	+ 57,3	+ 33,9	+ 99,4	+ 50,6	+ 45,4	+ 59,7	+ 50,9	+ 41,2	+ 37,3	+ 46,3	+ 52,6
Frauen	- 9,9	- 2,6	+ 51,0	+ 25,4	+ 90,8	+ 42,6	+ 45,1	+ 52,4	+ 41,8	+ 33,6	+ 33,1	+ 45,0	+ 57,3
Personen in Schulung	- 3,4	- 6,8	- 4,9	- 2,7	- 15,6	- 1,9	+ 0,8	- 4,8	- 0,5	- 0,4	- 0,6	- 0,1	+ 3,2
Offene Stellen	+ 14,7	+ 5,5	- 14,3	- 3,3	- 24,1	- 16,5	- 13,1	- 18,4	- 15,9	- 15,3	- 11,5	- 12,9	- 14,8

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ ÖNACE 2008 Abschnitt O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2018	2019	2020	2020				2020					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	7,7	7,4	9,9	9,7	11,4	8,8	9,8	9,2	8,9	8,4	8,7	9,5	11,2
Männer	8,0	7,6	10,1	10,7	11,2	8,6	10,0	9,0	8,7	8,3	8,5	9,3	12,1
Frauen	7,3	7,1	9,7	8,6	11,7	9,0	9,6	9,4	9,2	8,5	8,9	9,6	10,2
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	9,2	8,7	11,2	11,1	12,4	10,0	11,2	10,2	10,0	9,7	10,1	10,9	12,5
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	10,4	10,0	10,6	10,5	11,4	10,6	9,8	10,9	10,7	10,3	9,8	9,7	9,9
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	33,9	32,7	28,5	25,1	25,0	32,7	32,0	31,1	32,6	34,7	34,2	32,6	29,7
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	4,4	3,9	6,5	5,7	8,1	5,6	7,0	5,9	5,6	5,2	5,5	6,7	9,1

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich Personen in Schulung. – ²⁾ Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2018	2019	2020	2020				2020					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Harmonisierter VPI	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,0
Verbraucherpreisindex	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2
Ohne Saisonwaren	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,5	+ 1,0	+ 2,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,9
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 0,5
Bekleidung und Schuhe	+ 0,5	+ 0,8	- 0,1	+ 1,3	- 1,5	+ 0,5	- 0,6	+ 3,4	- 1,2	- 0,5	- 0,4	- 0,2	- 1,3
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 2,2	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,1
Gesundheitspflege	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,1
Verkehr	+ 2,9	+ 0,2	- 1,7	+ 1,3	- 2,6	- 2,6	- 2,9	- 2,5	- 2,2	- 3,0	- 3,3	- 3,1	- 2,5
Nachrichtenübermittlung	- 2,8	- 3,1	- 3,0	- 4,6	- 3,8	- 1,9	- 1,7	- 2,0	- 1,9	- 1,8	- 1,3	- 2,0	- 1,7
Freizeit und Kultur	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,6
Erziehung und Unterricht	+ 2,4	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9
Restaurants und Hotels	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,9
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,1	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,8
Großhandelspreisindex	+ 4,2	± 0,0	- 4,1	- 1,8	- 6,6	- 4,5	- 3,5	- 4,6	- 4,0	- 5,0	- 4,1	- 3,8	- 2,7
Ohne Saisonprodukte	+ 4,3	- 0,1	- 4,3	- 1,8	- 6,8	- 4,8	- 3,7	- 4,9	- 4,2	- 5,3	- 4,3	- 4,0	- 2,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauning@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2018	2019	2020	2020				2020					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Beschäftigte	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1
Ohne öffentlichen Dienst	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,1
Angestellte	+ 2,6	+ 3,1	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,0
Bedienstete													
Öffentlicher Dienst	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Die Werte für das Jahr 2018 beruhen auf dem Tariflohnindex 2006, alle übrigen Werte auf dem Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2017	2018	2019	2019	2020			2020					
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 3,6	+ 5,0	+ 4,4	+ 4,8	+ 2,5	- 6,5	- 1,3						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 3,4	+ 4,5	+ 4,5										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,9	+ 3,7	+ 2,5	- 1,3	+ 0,6						
Netto	+ 1,4	+ 2,2	+ 2,9										
Netto, real ²⁾	- 0,7	+ 0,2	+ 1,4										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 3,8	+ 6,3	+ 4,1	+ 3,1	+ 1,6	- 3,0	- 2,7	- 4,9	- 4,7	- 0,4	- 2,4	- 4,3	- 1,3
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,2	+ 1,3	- 1,6	- 1,2	- 3,5	- 3,2	+ 0,8	- 0,6	- 3,1	+ 0,0
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 1,9	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	- 1,5	+ 4,8	- 0,8	+ 0,9	+ 0,5	- 1,1
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 3,9	+ 7,3	+ 8,4	+ 7,1	+ 8,0	- 1,1	+ 4,4	- 7,9	- 2,8	+ 5,3	+ 2,9	+ 2,4	+ 8,2
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 0,9	+ 2,6	+ 3,2	+ 2,6	+ 5,9	- 1,2	+ 1,9	- 6,2	- 3,1	+ 3,3	+ 0,8	- 0,3	+ 5,6
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 1,3	+ 2,4	+ 3,4	+ 3,2	+ 5,2	+ 2,3	+ 2,0	- 0,2	+ 3,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 3,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Lauf ESVG 2010. – ²⁾ Referenzjahr 2015. – ³⁾ Konjunkturerhebung (Primärerhebung). – ⁴⁾ Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.311	2.305	2.324	2.341	2.364	2.380	1.078	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.915	1.912	1.929	1.945	1.966	1.980	1.091	1.114	1.136	1.155	1.187	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.070	1.062	1.066	1.069	1.073	1.076	846	862	878	892	917	945
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	845	850	864	877	893	904	1.392	1.420	1.443	1.464	1.500	1.543
Selbständige	358	357	359	360	362	364	1.006	1.034	1.057	1.079	1.110	1.145
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	179	181	185	188	193	196	1.246	1.274	1.296	1.315	1.344	1.377
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	179	176	174	171	170	168	758	777	795	811	835	863
Neuzuerkennungen insgesamt	111	100	115	117	123	132	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	93	84	96	97	102	111	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	52	47	53	54	56	58	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	41	36	43	44	47	52	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Selbständige	17	15	18	18	19	20	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	10	10	11	12	12	13	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	7	5	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.311	2.305	2.324	2.341	2.364	2.396	1.078	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212
Direktpensionen	1.803	1.801	1.822	1.841	1.867	1.902	1.196	1.222	1.244	1.265	1.298	1.338
Invaliditätspensionen ¹⁾	188	170	165	159	153	147	1.104	1.133	1.150	1.158	1.179	1.197
Alle Alterspensionen ²⁾	1.615	1.631	1.656	1.682	1.714	1.755	1.207	1.231	1.254	1.275	1.309	1.349
Normale Alterspensionen	1.504	1.534	1.569	1.603	1.639	1.680	1.162	1.194	1.219	1.242	1.276	1.317
Vorzeitige Alterspensionen	111	97	88	79	74	75	1.809	1.820	1.871	1.933	2.026	2.080
Bei langer Versicherungsdauer	5	4	3	2	2	2	1.627	1.809	2.022	2.275	2.340	2.400
Korridorpensionen	16	16	17	18	20	21	1.515	1.596	1.717	1.869	1.890	1.924
Für Langzeitversicherte ³⁾	84	67	53	39	25	21	1.880	1.875	1.915	1.990	2.224	2.345
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	6	7	9	11	14	18	1.759	1.829	1.932	2.004	1.658	2.135
Witwen- bzw. Witwerpensionen	460	456	455	452	449	447	688	725	738	747	742	762
Waisenpensionen	48	47	48	47	47	47	352	361	368	373	382	393
Neuzuerkennungen insgesamt	111	100	115	117	123	132	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213	1.275
Direktpensionen	81	70	84	86	91	101	1.032	1.201	1.300	1.329	1.194	1.453
Invaliditätspensionen ¹⁾	20	15	19	17	16	17	848	1.123	1.137	1.122	1.155	1.162
Alle Alterspensionen ²⁾	61	55	65	69	75	84	1.092	1.223	1.347	1.382	1.452	1.514
Normale Alterspensionen	30	32	37	42	46	56	502	933	984	1.035	1.098	1.232
Vorzeitige Alterspensionen	31	23	28	27	29	28	1.676	1.632	1.833	1.916	2.020	2.078
Bei langer Versicherungsdauer	4	3	3	1	0	0	1.389	1.421	1.491	1.694	2.376	2.432
Korridorpensionen	6	6	7	8	9	9	1.538	1.626	1.803	1.838	1.879	1.919
Für Langzeitversicherte ³⁾	18	9	12	11	11	9	1.769	1.612	1.900	2.001	2.197	2.300
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	2	2	3	4	5	6	1.847	1.942	2.032	2.061	1.645	2.181
Witwen- bzw. Witwerpensionen	25	25	26	26	26	26	693	710	725	732	745	769
Waisenpensionen	5	5	5	5	5	5	282	294	297	300	286	305

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – ¹⁾ Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – ²⁾ Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – ³⁾ Langzeitversicherterregelung ("Hacklerregelung"). – ⁴⁾ Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	60,8	61,3	60,9	61,1	61,5	61,3	58,6	59,2	59,1	59,2	59,4	59,5
Invaliditätspensionen	55,7	56,0	55,4	55,1	55,7	55,0	52,8	52,8	52,5	51,9	52,2	51,4
Alle Alterspensionen	63,2	63,6	63,3	63,3	63,2	63,3	59,8	60,2	60,3	60,4	60,4	60,5

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2014	2015	2016	2017	2018	2019
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.968,6	4.752,6	4.665,7	3.515,1	4.055,0	3.981,1	17,0	15,9	15,3	11,3	12,5	11,8
Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft	1.309,2	1.272,2	1.230,6	1.251,4	1.279,2	1.347,1	42,9	40,2	37,6	37,0	36,1	36,1
Sozialversicherungsanstalt der Bauern und Bäuerinnen	1.437,6	1.464,1	1.496,7	1.495,5	1.496,6	1.540,4	86,1	86,3	87,0	86,2	84,1	83,9

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: stefan.weingaertner@wifo.ac.at

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2017	2018	2019	2019	2020					2020			
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 2,6	+ 3,7	+ 1,9	+ 5,2	-12,6	-77,9	-13,7	-58,4	-17,0	-10,9	-13,4	-49,0	-80,4
Wien	+ 3,7	+ 6,3	+ 6,8	+ 3,5	-22,1	-94,5	-72,3	-88,0	-72,2	-70,4	-74,7	-84,2	-93,3
Niederösterreich	+ 4,0	+ 3,3	+ 3,5	+ 3,2	-18,5	-71,9	-19,6	-48,0	-21,7	-17,6	-19,7	-36,2	-61,7
Burgenland	+ 0,3	- 1,4	+ 3,1	+ 5,9	-19,1	-67,8	+ 9,5	-34,3	+ 4,1	+ 6,5	+22,5	- 9,7	-77,8
Steiermark	+ 3,5	+ 1,9	+ 1,7	+ 3,9	-11,0	-65,4	+ 4,8	-38,0	+ 3,5	+ 5,1	+ 5,9	- 9,6	-71,3
Kärnten	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,2	+ 5,8	- 8,6	-59,1	+ 3,7	-38,9	+ 0,6	+ 2,2	+14,6	- 9,2	-57,6
Oberösterreich	+ 4,2	+ 5,8	+ 4,6	+ 4,5	-16,2	-69,6	-12,9	-44,6	-15,9	-10,2	-12,6	-33,8	-68,6
Salzburg	+ 2,9	+ 4,2	+ 1,6	+ 7,4	-10,2	-80,0	-14,3	-63,2	-21,2	-10,4	- 8,8	-37,5	-83,7
Tirol	+ 2,0	+ 3,6	+ 0,5	+ 6,3	-11,9	-82,6	-10,2	-66,4	-14,4	- 7,1	- 8,7	-65,3	-85,9
Vorarlberg	- 0,1	+ 2,8	+ 0,5	+ 3,2	-14,4	-78,5	- 4,1	-59,4	-10,1	- 0,0	- 1,7	-53,1	-81,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2017	2018	2019	2019	2020				2020				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 6,3	+ 6,7	+ 1,0	- 3,5	- 6,3	-21,3	- 5,6	-28,6	-27,0	- 7,5	- 6,8	- 8,7	- 1,8
Wien	+ 1,5	+ 0,9	- 3,0	- 5,1	+13,3	- 0,3	+ 7,4	+14,7	-14,5	+ 0,3	+12,2	+ 2,1	+ 7,3
Niederösterreich	+ 7,2	+ 9,1	- 1,5	- 6,3	- 8,2	-24,5	-11,5	-33,9	-28,2	-10,0	-13,1	-12,5	- 9,0
Burgenland	+ 7,2	+ 2,2	- 0,8	- 3,6	- 5,4	-30,7	- 7,4	-44,7	-35,9	-11,5	- 8,9	- 8,9	- 4,8
Steiermark	+ 7,7	+11,5	+ 4,1	- 4,3	-10,7	-26,6	-11,5	-35,0	-30,1	-13,9	- 9,8	-21,7	- 4,3
Kärnten	+ 9,7	+ 9,5	- 1,7	- 9,8	- 6,9	-13,8	- 3,4	-25,2	-16,7	+ 1,4	- 9,1	- 1,7	+ 1,0
Oberösterreich	+ 7,2	+ 4,9	+ 1,1	- 1,7	- 7,8	-25,1	- 3,3	-35,8	-30,7	- 7,7	- 5,4	- 4,5	- 0,3
Salzburg	+ 3,3	+ 5,3	+ 3,7	- 2,6	- 1,1	-18,1	- 4,5	-20,6	-22,8	-10,6	- 8,7	- 6,0	+ 1,6
Tirol	+ 6,4	+ 5,5	+ 1,9	- 0,3	- 5,8	-14,6	- 5,2	-20,7	-21,9	- 0,4	- 6,1	- 5,3	- 4,3
Vorarlberg	+ 1,4	+ 4,8	+ 4,4	+ 2,7	- 6,6	-16,6	+ 2,6	-20,0	-27,2	- 1,5	+ 0,1	- 0,8	+ 8,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2020: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2017	2018	2019	2019	2020				2020				
				IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	April	Mai	Juni	Juli	August	September
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 5,5	+ 6,3	+ 7,3	+ 5,7	+ 2,4	-10,6	- 1,5	-20,8	-11,0	- 1,1	- 4,1	- 2,5	+ 2,1
Wien	+ 3,1	+ 6,2	+ 8,4	+ 8,5	- 4,6	-11,0	- 4,0	-20,9	- 8,5	- 4,4	- 3,9	- 3,7	- 4,5
Niederösterreich	+ 6,9	+ 6,6	+ 8,2	+ 6,0	+ 4,9	-10,9	+ 1,1	-21,8	-14,3	+ 2,7	- 3,4	+ 0,1	+ 6,9
Burgenland	+16,3	- 2,4	+16,3	+29,1	+28,0	- 3,9	- 0,9	-17,6	- 6,6	+12,7	- 1,3	- 3,2	+ 1,4
Steiermark	+ 3,3	+ 5,4	+ 7,3	+ 2,6	+ 3,7	-10,2	- 4,2	-20,8	- 9,4	- 1,1	- 6,5	- 3,7	- 2,2
Kärnten	+ 7,5	+ 3,9	+ 6,0	- 0,1	- 1,1	-16,6	- 4,9	-25,8	-18,2	- 6,9	- 8,7	-10,7	+ 4,9
Oberösterreich	+ 6,3	+ 9,1	+ 4,8	+ 4,3	- 1,4	-11,5	- 1,2	-21,9	- 9,7	- 4,1	- 4,1	- 2,3	+ 2,7
Salzburg	+ 0,2	+ 8,3	+ 5,8	+ 1,4	+ 7,5	-12,5	+ 2,7	-22,4	-17,2	+ 0,6	+ 2,1	- 4,1	+10,5
Tirol	+ 8,8	+ 2,7	+12,3	+11,6	+ 5,2	- 9,0	- 2,1	-18,2	- 8,3	- 1,1	- 7,9	+ 1,2	+ 1,2
Vorarlberg	+ 5,7	+ 8,7	+ 0,1	- 1,2	+11,6	- 2,4	+ 5,0	- 9,7	- 8,3	+ 9,7	+ 3,6	+ 1,5	+ 9,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit). 2020: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 34: Beschäftigung

	2018	2019	2020	2020				2020					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In 1.000												
Österreich	3.661	3.720	3.644	3.634	3.572	3.725	3.645	3.725	3.721	3.728	3.695	3.667	3.575
Wien	836	852	831	832	816	839	838	836	837	845	845	842	827
Niederösterreich	605	615	611	601	603	624	615	623	622	626	624	620	602
Burgenland	102	104	103	100	102	107	104	107	107	107	106	104	101
Steiermark	512	520	510	504	502	523	512	520	521	526	521	516	500
Kärnten	209	211	206	200	202	216	205	218	217	213	210	206	198
Oberösterreich	650	660	651	644	643	662	655	663	661	663	662	659	644
Salzburg	253	256	248	253	240	255	244	257	256	253	248	245	239
Tirol	331	336	322	334	307	335	312	336	336	331	318	313	306
Vorarlberg	162	165	161	165	157	164	160	165	163	163	161	160	159
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	+ 88,0	+ 58,9	- 76,1	- 33,1	-147,3	- 53,0	- 70,9	- 78,3	- 41,8	- 39,0	- 40,7	- 51,4	-120,6
Wien	+ 19,6	+ 15,9	- 20,5	- 6,2	- 37,7	- 19,2	- 18,9	- 23,6	- 17,4	- 16,6	- 17,3	- 19,6	- 19,7
Niederösterreich	+ 13,4	+ 10,1	- 3,9	+ 2,6	- 16,5	- 2,3	+ 0,4	- 5,5	- 0,6	- 0,7	- 0,1	+ 1,0	+ 0,4
Burgenland	+ 2,0	+ 1,5	- 0,9	- 0,4	- 3,8	- 0,1	+ 0,7	- 1,2	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,5
Steiermark	+ 15,7	+ 8,0	- 10,0	- 5,8	- 20,5	- 7,5	- 6,3	- 11,5	- 5,2	- 5,6	- 4,4	- 5,3	- 9,3
Kärnten	+ 3,9	+ 2,2	- 5,9	- 4,4	- 12,1	- 3,7	- 3,4	- 6,0	- 2,8	- 2,2	- 1,8	- 1,8	- 6,4
Oberösterreich	+ 15,9	+ 10,4	- 8,9	- 2,4	- 19,9	- 7,5	- 5,6	- 10,8	- 5,5	- 6,1	- 6,0	- 4,4	- 6,5
Salzburg	+ 5,2	+ 3,1	- 8,4	- 4,9	- 12,0	- 4,8	- 11,8	- 7,6	- 4,1	- 2,6	- 3,2	- 6,7	- 25,4
Tirol	+ 8,4	+ 5,4	- 14,4	- 9,8	- 20,0	- 6,3	- 21,6	- 9,2	- 4,9	- 4,7	- 7,2	- 13,0	- 44,7
Vorarlberg	+ 4,0	+ 2,2	- 3,2	- 1,9	- 4,7	- 1,8	- 4,4	- 2,8	- 1,4	- 1,3	- 1,7	- 2,3	- 9,4

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2018	2019	2020	2020				2020					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In 1.000												
Österreich	312	301	410	398	470	368	403	384	372	347	358	391	460
Wien	119	115	150	136	171	147	145	153	148	139	136	143	156
Niederösterreich	52	51	65	67	72	59	62	62	60	55	55	60	71
Burgenland	9	8	11	12	12	10	11	10	10	9	9	10	13
Steiermark	35	34	48	50	55	41	45	44	42	38	39	43	55
Kärnten	22	21	27	30	30	21	27	21	21	20	22	26	33
Oberösterreich	35	34	47	47	52	43	44	44	44	40	39	42	52
Salzburg	14	13	20	19	25	15	21	16	15	14	17	21	25
Tirol	18	16	29	25	37	20	33	20	19	20	28	33	39
Vorarlberg	9	9	14	12	16	13	14	13	13	12	13	14	16
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	- 27,9	- 10,8	+ 108,3	+ 59,3	+ 190,2	+ 93,2	+ 90,5	+ 112,2	+ 92,7	+ 74,8	+ 70,4	+ 91,3	+ 109,9
Wien	- 5,6	- 3,6	+ 34,8	+ 11,1	+ 60,1	+ 37,1	+ 31,1	+ 44,2	+ 36,8	+ 30,2	+ 28,4	+ 34,3	+ 30,6
Niederösterreich	- 5,5	- 1,7	+ 14,2	+ 7,9	+ 26,3	+ 12,4	+ 10,2	+ 14,9	+ 12,4	+ 9,8	+ 8,8	+ 11,1	+ 10,7
Burgenland	- 0,9	- 0,3	+ 2,5	+ 1,5	+ 4,7	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,0
Steiermark	- 5,2	- 1,0	+ 13,9	+ 10,4	+ 24,9	+ 10,9	+ 9,3	+ 13,2	+ 10,8	+ 8,7	+ 7,4	+ 9,7	+ 10,8
Kärnten	- 2,2	- 0,9	+ 6,0	+ 4,6	+ 12,1	+ 3,4	+ 3,9	+ 4,5	+ 3,5	+ 2,2	+ 1,9	+ 3,7	+ 6,1
Oberösterreich	- 4,5	- 1,1	+ 12,5	+ 7,8	+ 22,3	+ 11,1	+ 8,8	+ 12,9	+ 11,4	+ 9,0	+ 7,8	+ 9,7	+ 8,8
Salzburg	- 0,8	- 0,8	+ 7,4	+ 5,0	+ 12,6	+ 4,9	+ 7,2	+ 6,2	+ 4,7	+ 3,6	+ 3,5	+ 6,0	+ 12,2
Tirol	- 2,8	- 1,2	+ 12,6	+ 8,6	+ 20,2	+ 7,7	+ 13,9	+ 9,4	+ 7,3	+ 6,4	+ 7,9	+ 10,9	+ 22,9
Vorarlberg	- 0,5	- 0,0	+ 4,4	+ 2,5	+ 7,0	+ 3,7	+ 4,2	+ 4,4	+ 3,7	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,9	+ 5,8

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2018	2019	2020	2020				2020					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Österreich	7,7	7,4	9,9	9,7	11,4	8,8	9,8	9,2	8,9	8,4	8,7	9,5	11,2
Wien	12,3	11,7	15,1	13,8	17,1	14,7	14,6	15,3	14,9	13,9	13,7	14,3	15,7
Niederösterreich	7,8	7,5	9,4	9,8	10,4	8,5	9,0	8,8	8,6	8,0	8,0	8,6	10,4
Burgenland	7,7	7,3	9,4	10,5	10,2	8,0	9,1	8,4	8,2	7,5	7,6	8,6	11,1
Steiermark	6,3	6,0	8,4	8,8	9,7	7,2	8,0	7,6	7,3	6,7	6,8	7,6	9,7
Kärnten	9,2	8,8	11,3	12,7	12,7	8,5	11,3	8,7	8,6	8,3	9,2	10,8	14,0
Oberösterreich	5,0	4,8	6,5	6,7	7,3	6,0	6,2	6,2	6,2	5,5	5,4	5,9	7,3
Salzburg	5,0	4,6	7,3	6,9	9,3	5,5	7,8	5,8	5,5	5,3	6,3	7,7	9,3
Tirol	4,9	4,5	8,1	7,0	10,6	5,4	9,4	5,6	5,2	5,5	8,0	9,2	11,0
Vorarlberg	5,4	5,3	7,7	6,6	9,2	7,0	8,1	7,2	7,2	6,7	7,4	8,0	8,8

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	49,2	49,9	54,1	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,3	48,7	48,4
Staatseinnahmenquote	47,9	48,4	48,8	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,5	48,5	48,9	49,1
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	41,6	42,4	42,0	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,4	42,5	42,9	43,1
Indikator 2	40,7	41,5	41,1	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,8	41,9	42,3	42,6
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	- 1,4	- 1,5	- 5,3	- 4,4	- 2,6	- 2,2	- 2,0	- 2,7	- 1,0	- 1,5	- 0,8	0,2	0,7
Bund	- 1,1	- 1,3	- 4,3	- 3,3	- 2,3	- 2,1	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 1,2	- 0,9	- 0,1	0,4
Länder	0,1	- 0,4	0,1	0,1	0,2
Gemeinden	0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,1
Wien	- 0,0	- 0,1	- 0,0	0,0	0,1
Sozialversicherungsträger	- 0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0
Struktureller Budgetsaldo laut													
Europäischer Kommission¹⁾													
Struktureller Budgetsaldo laut	- 2,5	- 2,6	- 3,6	- 3,0	- 2,4	- 1,7	- 0,9	- 0,5	0,1	- 1,0	- 1,1	- 0,9	- 0,7
Primärsaldo	1,8	1,5	- 2,2	- 1,5	0,2	0,5	0,7	- 0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,1
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	65,0	68,7	79,9	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,0	70,5
Bund	70,9	70,6	73,5	74,2	71,9	68,0	63,9	60,8
Länder	6,3	6,0	5,6	5,3
Gemeinden	2,3	2,3	2,2	2,3
Wien	1,9	2,0	1,9	1,9
Sozialversicherungsträger	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – !) WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andrea.sutrich@wifo.ac.at

- 1/2020** Editorial: Zum neuen Layout der WIFO Monatsberichte • Österreichs Wirtschaftspolitik an der Jahreswende. Rückblick und Herausforderungen in der Zukunft • Schwäche der Weltwirtschaft dämpft Konjunktur in Österreich. Prognose für 2020 und 2021 • Update der mittelfristigen Prognose der österreichischen Wirtschaft 2020 bis 2024 • Investitionen steigen 2020 in der Sachgütererzeugung leicht. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2019 • microDEMS – Ein dynamisches Mikrosimulationsmodell für Österreich. Illustration am Beispiel der Entwicklung der Erwerbsbeteiligung bis 2040
- 2/2020** Abschwung fällt in Österreich mild aus • Konjunktureinschätzung bleibt über Sektoren hinweg uneinheitlich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO Konjunkturtests vom Jänner 2020 • Europäisches Bauwesen in der Abschwungphase. Euroconstruct-Prognose bis 2022 • Eine neue Taxonomie zur Gliederung von Branchen nach ihrer IKT-Intensität • Kreislaufwirtschaft und Förderung des Reparatursektors
- 3/2020** Konjunkturindikatoren zeigen bislang kaum Auswirkungen der Coronavirus-Epidemie • Die Europäische Währungsunion im Wandel • Reformbedarf und Reformoptionen für das EU-Budget aus österreichischer Perspektive • Zur Prognostizierbarkeit von Krisen • Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2019
- 4/2020** Editorial: Die COVID-19-Pandemie als historische Herausforderung für die Wirtschaftsforschung • Die Wirtschaftsentwicklung in Österreich im Zeichen der COVID-19-Pandemie. Mittelfristige Prognose 2020 bis 2024 • Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in Österreich und die Möglichkeiten der Stabilisierungspolitik • Antworten der internationalen Wirtschaftspolitik auf die COVID-19-Krise • Abschwächung der Konjunktur im Jahresverlauf 2019. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2019 • Finanzmärkte 2019 durch anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen geprägt
- 5/2020** Internationaler Konjunkturerinbruch als Folge der COVID-19-Pandemie • Konjunktureinschätzung stürzt infolge der COVID-19-Pandemie ab. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO Konjunkturtests vom April 2020 • Reaktionen der Unternehmen auf die COVID-19-Krise. Eine Analyse auf Basis der Sonderbefragung im Rahmen des WIFO Konjunkturtests vom April 2020 • Budgeterstellung in Österreich während des Ausbruchs der COVID-19-Pandemie • Abgeschwächter Arbeitsmarktaufschwung 2019 und der COVID-19-Schock im Frühjahr 2020 • Unsicherheit durch internationale Handelskonflikte – Industriekonjunktur flaut ab. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2019 • Senkung des Eingangssteuersatzes in der Lohn- und Einkommensteuer. Wirkung auf Steuerbelastung, Steueraufkommen und verfügbare Einkommen der privaten Haushalte
- 6/2020** Heimische Konjunktur auf Talfahrt – Unternehmenserwartungen bessern sich • COVID-19-Pandemie in Mittel-, Ost- und Südosteuropa: Tiefste Rezession seit der Transformationskrise • Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich • Verschiebung der regionalen Wachstumsmuster durch Abkühlung der Konjunktur. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2019 • Öffentliche Ausgaben für Pflege nach Abschaffung des Regresses in der stationären Langzeitpflege
- 7/2020** Tiefe, jedoch kurze Rezession in Österreich. Prognose für 2020 und 2021 • Investitionen der Sachgütererzeugung brechen aufgrund der COVID-19-Krise ein. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2020 • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Home-Office-Potential • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2020 – Sonderthema: COVID-19, CO₂-Emissionen und Konjunkturpakete als Chance für strukturorientierten Klimaschutz
- 8/2020** Erholung der Wirtschaft zeichnet sich ab – hohe Konjunkturrisiken aufgrund steigender COVID-19-Infektionszahlen • Konjunkturbeurteilungen bleiben unter dem Eindruck der COVID-19-Krise – Erwartungen signalisieren beginnende Entspannung. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2020 • Abschätzung der Verringerung der Treibhausgasemissionen aufgrund des Konjunkturerinbruchs • Ärztliche Versorgung und der demographische Wandel
- 9/2020** Schleppende Konjunkturerholung: Arbeitslosigkeit droht sich zu verfestigen • Cash-Flow-Quote der österreichischen Sachgütererzeugung 2019 rückläufig • Robustes Wachstum der Nicht-Lebensversicherung sichert Privatversicherung 2019 Steigerung der Prämieinnahmen • 2019 neuerlich Einkommensrückgang in der Landwirtschaft. Österreichs Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2019 im Kontext von 25 Jahren EU Mitgliedschaft • Der Beitrag österreichischer Hochschulen zur erfinderischen Tätigkeit von Unternehmen
- 10/2020** Zähe Konjunktur nach kräftigem Rebound. Prognose für 2020 und 2021 • COVID-19-Pandemie dämpft die Konjunkturaussichten. Mittelfristige Prognose 2021 bis 2025 • 2019 trotz Anstieges der Lohnstückkosten Verbesserung relativ zu Handelspartnern • Pflegevorsorge in den Gemeinden • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich
- 11/2020** Wirtschaftsentwicklung im III. Quartal von Nachholeffekten geprägt • COVID-19-Pandemie bestimmt weiterhin Konjunkturbeurteilung der Unternehmen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2020 • COVID-19-Krise stoppt dynamische Expansion im Tourismus • EU und Mercosur – Auswirkungen eines Abbaus von Handelschranken und Aspekte der Nachhaltigkeit
- 12/2020** Zweiter COVID-19-Lockdown dämpft Wirtschaftsleistung • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft • Die ökonomischen Auswirkungen einer Erhöhung der Gleichstellung von Frauen und Männern • Die Entwicklung der Nachfrage nach Gütertransportleistungen in Österreich zwischen 1995 und 2015. Ergebnisse einer Input-Output-Analyse

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Andreas Brandstetter, Renate Brauner, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Gerhard K. Humpeler, Johann Kalliauer, Christoph Klein, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Günther Platter, Walter Rothensteiner, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Rainer Seele, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walser, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

Leitung

Leiter: em.o.Univ.Prof. Dr. Christoph Badelt

Stellvertretende Leiterin und Leiter:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Dr. Jürgen Janger, MSc, Mag. Alexander Loidl

Ökonominnen und Ökonomen

Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Elisabeth Christen, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Matthias Firgo, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Walter Hyll, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Andrea Kunnert, Thomas Leoni, Simon Loretz, Hedwig Lutz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Andreas Reinstaller, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman, Lukas Schmoigl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulentinnen und Konsulenten

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Kurt Kratena, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Vorständin des Instituts für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien

Mag.^a Maria Kubitschek, Stellvertretende Direktorin und Bereichsleiterin Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner und Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, Mondi AG, Österreichische Hotelierversammlung, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Jarko Fidmuc, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Gertrude Tumpel-Gugerell

Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Anna Brunner, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Andrea Grabmayer, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Birgit Schuster, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Fabian Unterlass, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Michaela Gaber, Lucia Glinsner, Claudia Hirnschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klozar, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppi-Oswald, Birgit Nowotny, Robert Nowotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Ilse Schulz, Gerhard Schwarz, Kristin Smeral, Eva Sokoll, Klara Stan, Karin Syböck, Tatjana Weber, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

